



Info

Zeitschrift des Interdisziplinären Zentrums
für Frauen- und Geschlechterforschung



21. Jg. / Nr. 28 / 2004



Aufsätze

Weibliche Adoleszenzkrisebewältigung im Nationalsozialismus
Körper und Körperlichkeit im polizeilichen Diskurs
Geschlechterverhältnisse (in) der Mathematik
Frauen- und Geschlechterforschung in Russland

Berichte aus der Uni/FH Bielefeld

Auf dem Weg zu einem MA Gender Studies
GENDER MACHT DIVERSITY

Berichte aus dem IFF

u.a.
Gewalt gegen Frauen in Deutschland

Impressum:

IFF Info, Zeitschrift des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung
21. Jg., Nr. 28, 2004
ISSN 1611-230X

Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF)
Universität Bielefeld
Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld
Fon: 0521-1064574, Fax: 0521-1062985
Email: iff@uni-bielefeld.de

Redaktion: Dr. Anina Mischau, Email: anina.mischau@uni-bielefeld.de
Layout: Sonja Neuß
Druck: Zentrale Vervielfältigung der Universität Bielefeld
Auflage: 500
Erscheinungsweise: 2x jährlich im April und Oktober

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall
die Ansicht der Redaktion wieder

Liebe LeserInnen,

wir haben bereits darüber berichtet, dass das IFF im Juni letzten Jahres erfolgreich evaluiert wurde und seine „Neugründung“ als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Bielefeld für weitere acht Jahre erfolgte. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verwaltungs- und Benutzungsordnung vom 2. August 2004 ist nun auch unsere Namensänderung amtlich. Das Interdisziplinäre Frauenforschungs-Zentrum (IFF) heißt jetzt Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF).

An dieser Stelle möchten wir auf drei Veranstaltungen hinweisen, die in den nächsten Wochen vom IFF oder in Kooperation mit dem IFF hier an der Universität Bielefeld stattfinden. Im Wintersemester 2004/05 führt das IFF eine Ringvorlesung zum Thema „Gewalt – Geschlecht – Kontext“ durch. Im Zusammenhang mit der Konzeptentwicklung eines MA Gender Studies an der Universität Bielefeld veranstaltet das IFF gemeinsam mit anderen Fakultäten der Universität Bielefeld im November zwei ExpertInnenhearings mit dem Titel „Gender Studies – Arbeitsmarktperspektiven und Studiengangskonzepte“. In Kooperation mit der Gleichstellungskommission der Fakultät für Mathematik schließlich lädt das IFF im November zu dem Vortrag „Geschlecht und Fachkulturen in der Mathematik. Ergebnisse einer Studierendenbefragung an der Universität Bielefeld“ ein. Weitere Informationen zu den Veranstaltungen finden sich bei den Kurzmitteilungen der Rubrik „Berichte/Beiträge aus dem IFF“.

Die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen ist ein besonderes Anliegen des IFFs, dem es in vielfältiger Weise Rechnung trägt. Da es gerade für junge Wissenschaftlerinnen wichtig ist, auch über Publikationen einen ersten Schritt in die wissenschaftliche Community zu machen, hierzu aber häufig Erfahrungen fehlen, hat das IFF Info damit begonnen, hierfür eine spezielle Betreuung und Unterstützung anzubieten. Nachwuchswissenschaftlerinnen der Universität oder der Fachhochschule Bielefeld, die eine mindestens mit gut bewertete Abschlussarbeit im Bereich der Geschlechterforschung geschrieben haben, seien herzlichst dazu ermutigt, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen, um gemeinsam zu überlegen, inwieweit die Arbeit für einen Artikel im IFF Info geeignet wäre. Die Redaktion bietet sodann an, den Prozess des Schreibens und der Veröffentlichung konstruktiv zu begleiten. Dies ist bereits bei dieser Nummer des IFF Info geschehen und wir freuen uns, dass Alexandra Deppe ihre Abschlussarbeit an der FH Bielefeld in dem Artikel „GENDER MACHT DIVERSITY“ zusammengefasst und überarbeitet hat.

Allen Autorinnen dieses IFF Infos sei herzlich für ihre interessanten, spannenden und informativen Beiträge gedankt. Für das nächste IFF Info möchten wir schon jetzt wieder alle LeserInnen ermutigen, durch interessante Aufsätze, Forschungsberichte, Diskussionsbeiträge, Mitteilungen, Veranstaltungshinweise, Rezensionen oder Tagungsberichte daran mitzuwirken, das IFF Info zu einer lebendigen, interdisziplinären, anregenden und diskursfreudigen Zeitschrift der Frauen- und Geschlechterforschung und zu einem Forum frauen- und geschlechterpolitischer Diskussionen werden zu lassen. Die nächste Nummer wird im April 2005 erscheinen; Beiträge können bis 15. Januar eingereicht werden.

Für diese Ausgabe wünschen wir allen LeserInnen eine anregende Lektüre!

Anina Mischau, Redaktion

IFF Info

Zeitschrift des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF)
21. Jahrgang / Nr. 28 / 2004

EDITORIAL

AUFSÄTZE

- Christel Gärtner
Moralische Integrität und mangelnde politische Urteilsfähigkeit:
weibliche Adoleszenzkrisebewältigung im Nationalsozialismus 7
- Ursula Müller
Gestaltbarkeit und Grenzziehungen.
Körper und Körperlichkeit im polizeilichen Diskurs 23
- Anina Mischau, Jasmin Lehmann, Judith Daniels
Geschlechterverhältnisse, Geschlechterasymmetrien und Geschlechterstereotype
(in) der Mathematik 36
- Rita Stein-Redent
Frauen- und Geschlechterforschung in Russland. Einige Gedanken zu ihrer
Entwicklung und zu den Problemen einer komparativen Forschung 51

BERICHTE/BEITRÄGE AUS DER UNIVERSITÄT UND FACHHOCHSCHULE BIELEFELD

- Nora Gresch, Claudia Hornberg, Mechtild Oechsle, Birgit Riegraf, Birgitta Wrede
Umstrukturierungsprozesse an Hochschulen: Neue Herausforderungen für die
Frauen- und Geschlechterforschung – Auf dem Weg zu einem MA Gender
Studies an der Universität Bielefeld 63
- Alexandra Deppe
GENDER MACHT DIVERSITY 79

BERICHTE/BEITRÄGE AUS DEM IFF

- Ursula Müller und Monika Schröttle
Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland.
Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland 95
- Anina Mischau
Frauen – Mathematik – Männer: Ein Tagungsrückblick 115
- Mechtild Oechsle und Anina Mischau
Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit. Verlieren wir die Balance? 122
- Kurzmeldungen aus dem IFF 127

SONSTIGE BERICHTE/BEITRÄGE

Emilija Mitrovic und Christa Oppenheimer
Prostitution: eine ganz „normale“ Arbeit 131

Ingrid Biermann
Die Frauen- und Geschlechterpolitik der Europäischen Union:
Rechtliche Normen, Programme, AkteurInnen 137

REZENSIONEN

Kerstin Münder: Ich liebe den Menschen und nicht das Geschlecht. Frauen mit
bisexuellen Erfahrungen (Birgitta Wrede) 143

Susanne Moser: Freiheit und Anerkennung bei Simone de Beauvoir
(Christa Oppenheimer) 144

Andrea E. Abele, Helmut Neunzert, Renate Tobies: Traumjob Mathematik!
Berufswegen von Frauen und Männern in der Mathematik
(Anina Mischau) 146

NEUERSCHEINUNGEN 148

INFORMATIONEN 151

Moralische Integrität und mangelnde politische Urteilsfähigkeit: weibliche Adoleszenzkrisebewältigung im Nationalsozialismus

Gegenstand des Aufsatzes sind die moralische und politische Schuld bzw. Verantwortung der Generation, die im Nationalsozialismus aufgewachsen ist und noch aktiv in die Unterstützung des Systems einbezogen war. An Textpassagen aus einem Interview mit einer 1924 geborenen Frau dieser Generation, deren Adoleszenzkrise ganz in den Nationalsozialismus fällt und bei Kriegsende abgeschlossen ist, wird zum einen die Attraktivität des BDM für Mädchen, zum anderen die Reaktion auf den Judenpogrom 1938 rekonstruiert. Auf der Basis dieser Analyse wird abschließend die Frage der Schuld und deren Verarbeitungsmöglichkeiten für diese Generation nochmals thematisiert.

Der Nationalsozialismus bildet das zentrale Bezugsereignis der politischen Kultur der BRD (Lepsius 1989). Sowohl die Frage der moralischen und politischen Verantwortung der Menschen, die den Nationalsozialismus erlebt und (aktiv oder passiv) mitgetragen haben, als auch der Umgang der nachfolgenden Generationen mit diesem Phänomen sind bis heute Gegenstand kontroverser öffentlicher und wissenschaftlicher Debatten.¹ Die (unabgeschlossene) Auseinandersetzung mit der historischen Schuld wird, so Peter Reichel (2003), immer in eine Doppelfrage eingebettet sein: warum Hitler nicht verhindert werden konnte und warum die Gewaltverbrechen gerade in Deutschland geschehen sind. Erklärungsversuche bezüglich der „Deutschen Katastrophe“ (Meinecke 1947) sind vielfältig und schwanken zwischen den beiden Polen des „totalen Moralverlustes der Deutschen“ – wie Hannah Arendt und Daniel Goldhagen diagnostizierten (vgl. dazu Schwan 2001, S. 71f.) – auf der einen und der mit dem deutschen Sonderweg zusammenhängenden verzögerten Nationalstaatsbildung, die anstelle des politisch mündigen Bürgers den Typus des gehorsamen und pflicht-

bewussten Mitglieds eines Macht- und Obrigkeitsstaats hervorbrachte, auf der anderen Seite.²

Der Schuldvorwurf erstreckt sich dabei auch auf die im Nationalsozialismus aufgewachsene Generation. Da gerade die Angehörigen dieser Generation die „Träger der zweiten deutschen Demokratie“ (Hübner-Funk 1998) sind, stellt sich bei ihnen die Frage der Kontinuität zur NS-Sozialisation in besonderer Weise. Dementsprechend ist die bei ihnen vermutete lebenslang wirksame Prägung der „Formationserziehung“ Gegenstand vieler Untersuchungen.³ Diskutiert wird zum einen, ob es sich um eine politische oder eine unpolitische Erziehung handelte; zum anderen, worin die Verantwortung dieser Generation liegt.⁴ Diesen Streitpunkt werde ich aufgreifen und versuchen, ihn weiter zu klären.

Zeitzeugen, die sich am wissenschaftlichen Diskurs beteiligen, glauben und bekunden, dass die Mitgliedschaft im Jungvolk bzw. Jungmädelbund keine politische war. Rolf Schörken, der 1928 geboren ist und zur so genannten „Flakhelfergeneration“ gehört, untersuchte zunächst das politische Bewusstsein und den Prozess der Identitäts-

findung dieser Generation (Schörken 1984, S. 9) und fragte später, wie tief und fest „der Nationalsozialismus in den Köpfen der jungen Leute saß und auf welchen Wegen – Umwege oder Holzweg eingeschlossen – so etwas wie ein demokratisches Bewußtsein erlangt wurde“ (Schörken 1994, S. 7). Dabei kommt er zu dem Schluss, dass die nationalsozialistische Ideologie nach dem Zusammenbruch keine identifizierbare Rolle mehr spielte, vielmehr habe sich der abrupte Wechsel in die Nachkriegsgesellschaft wie ein Katalysator für die Selbstauflösung der NS-Ideologie ausgewirkt (ebd., S. 174). Die nationalsozialistische Ideologie habe nach Kriegsende sowohl die Funktion der Orientierung als auch der Welterklärung verloren. Das gelte insbesondere „für den biologischen Rassismus, für das geopolitische Raumdenken, das Volk-und-Führer-Prinzip, das Befehl-Gehorsam-Prinzip, es gilt im wesentlichen auch für den Antisemitismus, an dessen Stelle nun freilich aus naheliegenden Gründen keine frisch-fröhliche Verständigungsbereitschaft treten konnte, sondern eine tief sitzende und lange währende Befangenheit“ (ebd., S. 183). Im Vergleich zu den Inhal-

ten, die relativ leicht abgelegt werden konnten⁵, weil sie durch die Realität widerlegt waren und jede Legitimations- und Argumentationsfähigkeit verloren hatten, gesteht er zu, dass die eingeschliffenen Strukturen nationalsozialistischer Mentalität um so länger erhalten geblieben seien, als sie dem analysierenden Zugriff unsichtbar blieben (ebd., S. 186). Das, was überlebt habe, bezeichnet Schörken als „Basissubstrat“, ohne genauer zu bezeichnen, was damit gemeint ist; es sei vielfach das, was dem Nationalsozialismus vorausgegangen sei und ihn erst ermöglicht habe.

Die „Nachgeborenen“ gehen dagegen vielfach von einer Kontinuität aus. Sie werfen der im Nationalsozialismus aufgewachsenen Generation vor, ihr Leben in der NS-Zeit als „unpolitisch“ zu stilisieren, um damit die Verstrickung zu leugnen und die Verantwortung abzuwehren (Rosenthal 1990, S. 237ff.) und bezweifeln, dass es ein „unpolitisches“ Leben unter Hitler geben können. Das „Dritte Reich“, so das Argument, sei durch die „totale Politisierung“ auch des privaten Lebens gekennzeichnet gewesen (Hübner-Funk 1995). Die Vertreter dieser Position nehmen an, dass die im Nationalsozialismus und der Hitlerjugend sozialisierten Jugendlichen den Rest ihres Lebens Nationalsozialisten bleiben (Gehrken 1999) und zwar deshalb, weil nicht die Ratio, sondern das Gefühl angesprochen und die nationalsozialistische Weltanschauung auf diesem Wege verinnerlicht worden sei. Das wird auf die „geschickt durchgeführte Indoktrination (...) im Hinblick auf die Formierung von Einstellungen und Haltungen“ (ebd., S. 118) zurückgeführt. Eine solche Annahme wirft aber die Frage auf, ob die indoktrinierten Jugendlichen überhaupt in der Lage waren, politisch

zu urteilen.

Es wäre somit zu klären, was unter „politisch“ verstanden wird. Sibylle Hübner-Funk unterstellt der Generation, alles als „unpolitisch“ einzustufen, „was nicht explizit parteipolitische Bezüge hatte“ (Hübner-Funk 1995, S. 57). Dazu gehörten sowohl die Beteiligung an Massendemonstrationen als auch die „Wahrnehmung institutioneller Funktionen in außerparteilichen oder nur mittelbar parteigebundenen Organisationen“ (ebd.). Friedrich Boll konstatiert zwar, dass Hübner-Funk zu recht darauf hingewiesen habe, dass das Interpretationsmodell des „unpolitischen“ Lebens unter Hitler „ein dauerhaftes Versatzstück der öffentlichen Streitkultur in der BRD darstellte und eng mit dem nach 1945 gängigen Politikbegriff zusammenhing“ (Boll 1997, S. 507), der sich auf parteipolitische Bezüge beschränkte und etwas mit Bewusstsein und Eigenverantwortung zu tun habe. Er plädiert aber für eine differenziertere und immanente Betrachtung, die zunächst in Darstellungen von Zeitzeugen genauer rekonstruiert, „warum das Wort ‚unpolitisch‘ auftaucht und was damit gesagt sein soll“ (ebd., S. 506). Boll macht dabei auf ein wichtiges Kriterium aufmerksam: „Die HJ-Sozialisation zielte ja nicht auf zunehmendes politisches Verständnis und Mündigkeit, sondern eher auf kritikloses Mitmachen und gläubige Begeisterung“ (ebd., S. 494).

Im Folgenden werde ich diese Unterscheidungsmerkmale aufgreifen und das Augenmerk auf Personen legen, bei denen noch eine politische Sozialisation im Nationalsozialismus unterstellt werden kann, also diejenigen, die zwischen 1918 und 1925/26 geboren sind und noch vor dem Krieg in die Adolenzkrise kamen, die sie ganz oder

teilweise bis Kriegsende abgeschlossen hatten. Dazu gehören z.B. Helmut Schmidt (geb. 1918), der politisch auf (s)eine „unpolitische Jugend“ zurückblickt (Schmidt 1992), Sophie Scholl (geb. 1921), die sich nach dem Ausschluss aus dem Kreis der BDM-Führerinnen eigenständig mit Politik auseinandersetzte⁶ und Eva Sternheim-Peters (geb. 1925), die bekennt: „Die Hitlerjugend war eine ‚politische‘ Jugend“ (Sternheim-Peters 1989, S. 212), wobei sie den Begriff des „Politischen“ in Führungszeichen setzt und damit markiert, dass es sich nicht um politisches Denken im souveränen oder gar demokratischen Sinne handelte, sondern sich auf „kritiklose Gläubigkeit und Gefolgschaftstreue zum Führer beschränkte“ (ebd., S. 227).

Ich werde die aufgeworfenen Fragen zunächst entlang des konkreten Falles einer 1924 geborenen Frau, die ich Brunhilde Wagner nenne, reflektieren. Dabei werde ich entsprechende Interviewpassagen unter Berücksichtigung der zeit-historischen Perspektive und dem subjektiven Erleben sequenzanalytisch auslegen. In einem zweiten Schritt werde ich dann versuchen, einen Erklärungsversuch zu unternehmen.

Der Fall Brunhilde Wagner

Brunhilde Wagner wurde 1924 geboren und wuchs in einem protestantisch kleinbürgerlichen Milieu⁷ auf. Beide Großeltern gehörten zum so genannten „alten Mittelstand“, waren kaisertreu und konservativ. Die Mutter wurde 1897 geboren, der Vater 1893. Er machte zunächst eine Maurerlehre (Elektriker zu werden, wie es sein Wunsch war, hatte ihm sein Vater nicht gestattet); nach der Ausbildung holte er das Abitur nach und bildete sich in Abendkursen weiter. Er nahm am

Ersten Weltkrieg teil und wurde Offizier. Nachdem er 1921 aus der Gefangenschaft zurückkam, heiratete die Eltern. Anschließend hatte Herr Wagner wechselnde Arbeitsstellen, war auch zeitweise arbeitslos, bis er eine Stelle als Prokurist bei einer Wohnungsbaugesellschaft antrat. Der „neue Mittelstand“, dem die Familie zuzurechnen ist, galt als weltoffene, konsumfreudige und moderne bürgerliche Erwerbsklasse, die auf die soziale Distanz zur Arbeiterklasse achtete und sich am gehobenen bürgerlichen Lebensstil orientierte (Wehler 2003, S. 303ff.). Die Lebensentwürfe dieser Klasse beruhten meist auf bewusster Familienplanung und Konsumentscheidung, wobei Wert auf eine komfortable Wohnung und die Ausbildung der Kinder gelegt wurde. Die politische Orientierung der Angestellten war heterogen und entsprach nicht, wie vielfach angenommen wurde, dem Klischee der vergangenheits- und obrigkeitsfixierten Rechtslastigkeit. Neuere Forschungsergebnisse belegen, dass es keine signifikant ausgeprägte Affinität zum Nationalsozialismus gab; vielmehr fiel der NS-Anteil in einem Wahlbezirk umso niedriger aus, je mehr Angestellte dort lebten (vgl. ebd., S. 305). Aufgrund der verfügbaren „objektiven“ Daten muss man annehmen, dass das Herkunftsmilieu Brunhilde Wagners eine gewisse Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus aufwies. Für diese These spricht, dass Herr Wagner, als sein Vorgesetzter 1938 die Firma verließ und ein Nazi dessen Stelle antrat, eine neue Beschäftigung suchte und als Festungspionier – im Bau- und zur Wehrmacht ging.

Das Fallmaterial von Brunhilde Wagner entnehme ich einer Gruppendiskussion, die ich mit Frauen geführt habe, die im Nationalsozialismus aufgewachsen sind.⁸ Die

Frauen gehören einer Seniorengruppe einer dörflichen Gemeinschaft an und kennen sich. Dass Frau Wagner die Gruppendiskussion dominierte, entspricht ihrer realen Position in der Gruppe. Das Interview beginnt damit, dass die drei jüngeren Frauen sich sowohl rechtfertigen als auch die unterstellten Implikationen der Eingangsfrage⁹ zurückweisen: es war nicht alles schlecht. Dieser Beginn ist meiner Erfahrung nach typisch für Interviews mit Angehörigen der Generation(en), die im Nationalsozialismus sozialisiert wurden und zeigt, dass sie sich dem Diskurs um die so genannte Vergangenheitsbewältigung nicht entziehen können. Es folgt eine deskriptive Aufzählung der Aktivitäten im BDM:¹⁰ singen, basteln, turnen, wandern und die Erwähnung der Kleidung, die für die Mädchen damals die Zugehörigkeit zur Jugend symbolisierte. Nachdem sie die attraktive Seite des Nationalsozialismus benannt haben, nämlich dass der BDM ihnen Chancen geboten hatte, aus dem traditionellen Familialismus eines ländlichen Lebens herauszugelangen (vgl. dazu auch Reese 1989), distanzieren sie sich von der negativen Seite: Von der Judenverfolgung hätten sie nichts gewusst. Während die Jüngere der Frauen (F1934) entschuldigend anführt, dass man 1938 noch zu jung gewesen sei, nimmt Brunhilde Wagner das Stichwort „38“ zum Anlass, sich in die Gruppendiskussion einzuschalten. Damit werde ich die Sequenzanalyse beginnen.¹¹

Sequenzanalyse: „... ne wunderschöne Zeit war des ...“

Wagner: /Die Kristallnacht die hab ich also noch ganz deutlich in Erinnerung/ also ich hab das ja eher in'er ich hab's in'er, ich bin ja in'er /Kleinstadt ?groß geworde?/ (Z. 17-18)

Frau Wagner schließt mit der Äu-

ßerung an das zuvor Gesagte an und grenzt sich in zweifacher Hinsicht von den vorangegangenen Sprecherinnen ab: Anders als diese habe sie etwas von der Judenverfolgung gewusst und begründet das damit, dass sie in einer Kleinstadt groß geworden sei, also einen größeren Erfahrungsraum hatte als die beiden Frauen, die in dem Dorf aufgewachsen sind.

F1934 gesteht ihr zu: „/Du bist ja älter/“ (Z. 19).

Wagner: ja, und ich hab das ja auch noch erlebt eh de, eh die Nationalsozialismus kam ich bin ja '24 geboren (Z. 20-21)

Da Brunhilde Wagner 1933 neun Jahre alt war, erlebte sie auch noch etwas vor dem Nationalsozialismus, was nicht ausgeführt, sondern mit „das“ umschrieben. Da das Referenzthema das Leben in der Kleinstadt vor 1933 ist, könnte es sich erstens auf die Weimarer Zeit beziehen; entweder allgemein (Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit) oder konkret, im Anschluss an die BDM-Tätigkeit der beiden ersten Sprecherinnen, auf die schlechten Bedingungen für die weibliche Jugend, bevor es die Hitlerjugend gab, zweitens darauf, dass jüdische Bürger vor 1933 integriert waren und nicht verfolgt wurden.¹² Zudem spricht sie distanziert vom Nationalsozialismus, der ohne ihr Zutun „kam“.

F1934: Also zehn Jahr älter (Z. 22)

Die Altersdifferenz ist insofern wichtig, als daran ersichtlich wird, dass die beiden Frauen unterschiedlichen Generationen angehören. Für die historische Generationenbildung sind die jeweiligen gesellschaftlichen Themen, an denen die Adoleszenzkrisen bearbeitet wird, zentral.¹³ Während F1934 erst in der Nachkriegszeit in die Adoleszenzphase eintrat, war die Adoleszenzkrisen Brunhilde Wagners bei Kriegende bereits abgeschlossen.

Wagner: und '33 äh kam ja dann erst die Hitlerjugend [F?: unv] (Z. 23)
Damit markiert sie eine Differenz: Vorher gab es in dem Ort entweder gar keine oder „nur“ andere, wenig(er) präsen- te oder attraktive Jugendverbände.

und dann, äh meine Eltern warn da also sehr konservativ, des war der Hitler war in unserm Hause nicht, be# überhaupt net drüber oder kaum bei mir net drüber /gesprochen worde/ [F?: / unv/] (Z. 23-25)

Bevor sie ausführt, was „dann“ geschah, fügt sie ein, dass ihre Eltern sehr konservativ gewesen seien. Dazu gehört, dass Hitler in ihrem Hause nicht beliebt gewesen sei, das Wort wird jedoch nicht ausgesprochen, sondern abgebrochen. Sie korrigiert sich: zu Hause sei nicht, jedenfalls nicht ihr gegenüber, über Hitler gesprochen worden. Dass nicht differenziert über Politik gesprochen wurde, ist nicht ungewöhnlich für die damalige Zeit: vor Kindern wurde in der Regel nicht über politische Themen gesprochen.¹⁴ Die meisten erinnern entweder eine reservierte Haltung der Eltern: „Hitler bedeutet Krieg“, wie z.B. Hannelore Schmidt (1992, S. 36), oder ein Gefühl des Triumphs wie Lore Walb (2000, S. 16 ff.), deren Eltern die Machtübergabe an die Nationalsozialisten als Lösung der Probleme begrüßten.

Was heißt in diesem Zusammenhang konservativ? Die Aussage kann sich zunächst darauf beziehen, dass die Eltern gegen die Veränderung durch die Hitlerjugend waren, also gegen das durch sie verkörperte Neue. Es kann aber auch umfassender gemeint sein, dass sie politisch konservativ und von daher gegen Hitler waren und in der Folge davon auch gegen die nationalsozialistischen Organisationen. Vor 1933 herrschte im konservativen Bürgertum zunächst ein innerlich distan-

ziertes Verhältnis zu den Nationalsozialisten. Diese wurden für Leute gehalten, die sich nicht zu benehmen wussten und keine Erfolge nachweisen konnten. Das traf im Prinzip auch auf die Hitlerjugend zu, deren Mitglieder sich zunächst aus der proletarischen Mittelschicht und dem entwurzelten Kleinbürgertum rekrutierten (Klaus 1983, Bd.1, S. 260f.).

und ich durfte auch am Anfang net hingehen, weil des, habe se net für gut gefunde [F?: unv] (Z. 25-26)

Das heißt zunächst, dass Frau Wagner in die Hitlerjugend eintreten wollte; von daher muss diese für sie etwas Attraktives verkörpert haben. Die Eltern haben es ihr jedoch verboten, zumindest am Anfang. Es kam also zum Konflikt, dessen Ausgang man aber schon erahnen kann: sie wird sich durchsetzen. Damit wird der Generationenkonflikt, der konstitutiv für die Ausbildung einer eigenen Identität ist, in Gang gesetzt.

aber dann warn halt alle Kinder dort [F1928: Ja] /gell+ / [F?: / unv/] (Z. 26-27)

Die Äußerung bezieht sich hier weniger auf einen von den Nationalsozialisten ausgehenden Konformitätsdruck, sondern auf den Sog und die Attraktivität, die die Hitlerjugend entfaltete; dieser wird zum Mittel, Druck auf die Eltern auszuüben.

und ich hab dann so gebettelt dass ich da auch hin will, und dann bin da halt dann auch dort gewesen (Z. 27-28)

Der kindliche Ausdruck „betteln“ verweist zum einen darauf, dass Frau Wagner sich zum damaligen Zeitpunkt noch in der Latenzphase befunden hat; zum anderen, dass sie freiwillig in die Hitlerjugend eingetreten ist, bevor die Mitgliedschaft Pflicht wurde. Mit dem Ausgang des Konflikts hat sie ein erstes Stück Eigenständigkeit gewonnen. Das kann sowohl bedeuten, dass die

Eltern sie zu einem gewissen Selbstbewusstsein erzogen haben und ihr aus dieser Haltung heraus nicht dogmatisch Wünsche verwehrten; als auch, dass die Eltern es nicht geschafft haben, sich gegen den Zeitgeist zu stellen, was angesichts des staatlich geforderten und geförderten Aufbruchs einer ganzen Generation nicht leicht war (vgl. dazu von der Grün 2003, S. 105). Die Nationalsozialisten stellten sich im Generationenkonflikt auf die Seite der Jugend. Sie gaben ihr Argumente an die Hand, mit denen sie die Eltern anprangern konnte: als traditional, ewig gestrig, Leute, die die „neue Zeit“ nicht verstehen, dem Abgelebten anhängen, usw. Die Jugendlichen suchten nach Idealen – die sie in der Weimarer Zeit vermissten – und waren bereit, sich mit den Angehörigen der eigenen Generation der neuen Zeit zuzuwenden.¹⁵

Zum besseren Verständnis wird ein kurzer Exkurs zum historischen Hintergrund, der die Hitlerjugend gerade auch für Mädchen so attraktiv machte, eingeführt.

Bis 1933 stand nur wenigen, aus bürgerlich-städtischen Milieus kommenden Mädchen eine Adoleszenz i.S. eines (Bildungs-)Moratoriums zur Verfügung. Die Nationalsozialisten gestanden Mädchen erstmals eine eigenständige Jugendzeit zu und versprachen ihnen moderne Lebensperspektiven, weil sie – wie die männliche Jugend auch – die Garanten der Zukunft seien. Sie nahmen Mädchen ernst, sprachen sie direkt als Subjekte an und vermittelten ihnen, dass sie wichtig seien und gebraucht würden: „Ohne dich, Mädel, geht es nicht!“¹⁶ Sie führten konkrete Innovationen ein: Jugend führt Jugend; formale Gleichstellung beider Geschlechter; Aufruf, an der Erneuerung von Volk und Gesellschaft mitzuarbeiten; sie boten Aufstiegschancen und Profilierungsmöglich-

keiten, Gesundheitsvorsorge, Sport, öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung (vgl. Klaus 1983, Bd. 1, S. 333f.). Nicht alles wurde von den Nationalsozialisten erfunden, aber – und das war das Neue daran – für alle Mädchen verfügbar gemacht. Die Mitgliedschaft im BDM und anderen nationalsozialistischen Organisationen (vor allem dem RAD¹⁷) bot Mädchen die Chance, sich außerhalb der elterlichen Kontrolle zu entfalten und damit Grenzen zu überschreiten, die ihnen bis dahin aufgrund ihrer Schichtzugehörigkeit und ihres Geschlechts gesetzt waren.

Aus Sicht der Jugendlichen stellte die Hitlerjugend von daher zunächst eine Chance dar: auch Mädchen konnten sich nun außerhalb des Elternhauses in Gleichaltrigengruppen betätigen. Sie erhielten auf diese Weise Struktur und Inhalte, um ihre Adoleszenzkrise zu bearbeiten: z.B. neue Bindungen aufzubauen und dadurch die alten lösen bzw. umgestalten zu können; sich an gemeinschaftsbezogenen Inhalten zu bewähren usw. Die Empfänglichkeit für Bewährungsangebote ist in der Adoleszenzphase besonders hoch. Dieser Modernisierungspay-off, so die These, fiel für Mädchen – angesichts ihrer historischen Situation – stärker ins Gewicht als für Jungen.

In dieser Hinsicht, den Mädchen Möglichkeiten der außerfamilialen Vergemeinschaftung geboten zu haben, verkörperten die Nazis zwar einen Antitraditionalismus, appellierten aber zugleich mit den Mitteln der Massenpsychologie an archaische Dispositionen.¹⁸ Gerade letzteres erschwerte es, sich der Verführung zu entziehen, weil sie auf einer archaischen Ebene eine Evidenz entfaltete, die dem Bewusstsein schwer zugänglich ist.¹⁹

und ich bin da sehr geprägt von der

Zeit, muss ich sagen weil se ne wunder-schöne Zeit war (Z. 28-29)

Mit dieser Aussage konstatiert Frau Wagner, dass ihre Sozialisation in der Hitlerjugend für ihr Leben prägend war und bewertet die Zeit als erfüllend. Man erfährt zunächst nichts über den Inhalt der Prägung. Die Stärke und Nachhaltigkeit wird mit der Erlebnisqualität der Zeit begründet. Das, was hier mit Prägung bezeichnet wird, so die These, muss mit der Antwort zu tun haben, die sie in der Bearbeitung der Adoleszenzkrise gemeinsam mit Angehörigen ihrer Generation generiert hat.

Die Äußerung enthält zwei Ebenen: das damalige Erleben und die nachträgliche Bewertung. Einerseits drückt sie ihr subjektives Erleben aus, andererseits wird dieses apodiktisch verallgemeinert. Indem sie dabei jedoch ein Urteil über die historische Epoche als solche generalisiert, geht die Aussage über den Bericht einer persönlichen Erfahrung hinaus und bekommt in Anbetracht des heute möglichen Wissens um die Verbrechen im Dritten Reich etwas Reaktionäres. Daraus muss man schließen, dass sie auf dem ursprünglich Erlebten beharrt und es nicht einer nachträglichen Rekonstruktion unterzieht, in die sie das Wissen um die Kehrseite mit einbezieht.

Fragen wir weiter: Unter welchen Bedingungen kann eine Jugendliche das „Dritte Reich“ als „wunderschöne Zeit“ erlebt haben?

Eine Bedingung ist, dass sie in das System integriert sein musste: zwischen den eigenen Entfaltungswünschen und den Möglichkeiten, die die Hitlerjugend eröffnete, musste ein positives Passungsverhältnis bestanden haben. Übertragen auf Frau Wagner heißt das, dass sie eine aktive, ehrgeizige, dominante, nach Unabhängigkeit strebende, sportliche

Person gewesen sein muss. Wenn das zutrifft, hat die Hitlerjugend ihr eine Chance geboten, sich erfolgreich von den Eltern abzunabeln und unabhängig zu werden. Gerade in dem Maße, so meine These, in dem die Ablösung vom Elternhaus durch die herrschende Ideologie positiv sanktioniert wurde, gewannen Jugendliche subjektiv an Bedeutung. Es hat etwas sehr Suggestives und Verführerisches, wenn man früh die Chance erhält, Verantwortung zu tragen und anerkannt zu werden: das bedeutet zunächst Sinn-erfüllung. Mädchen haben außerdem auf diese Weise Entfaltungsmöglichkeiten erhalten, die über die bis dahin geltenden weiblichen Lebensentwürfe hinausgingen. Wenn das so ist, ist es nachvollziehbar und plausibel, dass B. Wagner die NS-Zeit subjektiv als schöne Zeit empfunden hat.

Da ihre Wertung auf dem Ausblenden der Kehrseite der NS-Wirklichkeit basiert, lassen sich zwei weitere Bedingungen, die mit der bereits genannten zusammenhängen und gewissermaßen komplementär dazu stehen, erschließen: Sie und ihre Familie können weder zu den Verfolgten dieser Zeit gehört noch in (politischer) Opposition zum Regime gestanden haben.

des möchte ich amal betonen dass das net immer nur [F1927: Ja ja] als so negativ ehm gesehen wird, (Z. 29-30)

Indem sie ihre Aussage ausdrücklich betont, antizipiert Frau Wagner den Vorwurf (der nachfolgenden Generationen): Warum habt ihr nichts gegen das Nazi-Regime unternommen? Während sie der nachfolgenden Generation unterstellt, dass sie nur die verbrecherische Seite des Nationalsozialismus sieht, hebt sie einseitig die positive hervor: darin enthält die Äußerung etwas Uneinsichtiges und Verstocktes. In der Verteidigung kommt aber auch

zum Ausdruck, dass ihre Haltung nicht so ungebrochen ist, wie sie sie dargestellt.

wir haben also gewusst was wa in unserer Freizeit machen [F1934: Mhm] und des war alles positiv, (Z. 30-32)

Das „wir“ steht hier im Gegensatz zur heutigen Jugend, der implizit unterstellt wird, dass sie nicht weiß, was sie mit ihrer Freizeit anfangen soll. In dieser bornierten Beurteilung der Jugend fehlt die Bereitschaft, sich auf deren veränderte soziale Lage einzulassen und sie zu verstehen. Vielmehr kommt zum Ausdruck, dass ihre als erfüllt erlebte Freizeit von einem Ressentimentafekt begleitet wird. Die Formulierung gerät zur nachträglichen Rechtfertigung, dass der Nationalsozialismus ihrer Generation ermöglichte, ihre Freizeit mit positiven, sinnvollen Inhalten zu füllen.

Darin liegt ein Hinweis, dass Frau Wagner etwas, was die heutige Jugend verkörpert, in ihrer Adoleszenzkrise nicht integrieren konnte – und bis heute nicht integriert hat. Es stellt sich die – in ihrem Fall ungeklärt gebliebene – Frage: Unter welchen Bedingungen können Personen, die im Nationalsozialismus aufgewachsen sind, in ihre Biographie integrieren, dass sie – subjektiv betrachtet – eine schöne Jugend erlebten und gleichzeitig von einem verbrecherischen System instrumentalisiert worden sind?

wir haben also sehr viel auch soziale Dinge äh [F?: Mhm] ge# geleistet möcht ich sogar sagen, wir haben also wir sind in Altersheime gegangen haben Theater gespielt haben äh, gesungen und haben, Heilkräuter gesammelt wir haben Kartoffelkäfer abgesammelt wir sind mit de Bauern gegangen und /haben in der Ernte geholfen/ (Z. 32-36)

Aus ihrer Sicht hat ihre Generation nicht nur ihre Freizeit – mit basteln, singen usw. – sinnvoll gefüllt, sondern darüber hinaus auch etwas

für andere getan. Indem sie das zunächst geplante Verb abbricht und statt dessen emphatisch „geleistet“ wählt, legt sie den Schwerpunkt – wieder im Gegensatz zur heutigen Jugend – darauf, dass sie ihr Moratorium nicht nur genutzt hat, um sich selbst zu verwirklichen, sondern auch, um einen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten. Faktisch, dem Inhalte nach, sind es vor allem auf das Gemeinwohl bezogene, aber auch kreative Tätigkeiten. Die Inhalte des Positiven sind somit Leistung, Idealismus und Gemeinwohl. Das ist insofern zweischneidig, als es sich einerseits tatsächlich um einen Dienst am Gemeinwohl handelte, andererseits war dieser durch das politische System, in dem er „geleistet“ wurde, verderbt. Die Angehörigen der Generationen, die im Nationalsozialismus aufgewachsen sind, stehen also vor einem doppelten Problem: zum einen wird das Engagement fürs Gemeinwohl (und die damit verbundene Sinnerfüllung) im Nachhinein entwertet, zum anderen müssen sie realisieren, dass sie durch ihr Engagement mit dazu beigetragen haben, das System zu stützen.

F1934: /Ich glaub da is ?auch? der Grundstein gelegt worden/ (Z. 37)

Wagner: also des war auch sehr vieles was [F1934: Ja] uns auch sozial geprägt hat, (Z. 38)

F1928: Das stimmt ?bei mir ach? (Z. 39)

Die Schlussformel ist – da sind sich die Frauen einig: der BDM hat den Grundstein für das bis heute anhaltende Engagement gelegt und sie zu sozialen und hilfsbereiten Menschen erzogen.

Wagner: und wer dann halt net ganz äh, will sagen äh na wie soll ich sagen doof war (lachend) aber, wer sich beteiligt hat wem das Freude gemacht hat der is halt auch angespornt worden da hat ma halt auch, ehm, äh Lob geerntet und und Anerkennung und, /und ma hat unter seine

(unv) unter Seinesgleichen/ [F1934: /unv/] war ma da halt auch äh äh /im im Kreis der einen halt anerkannt hat/ [F?: /unv/] (Z. 40-44)

„Wer nicht ganz doof war ...“ lässt sich interpretieren als: Wer die gebotenen Chancen erkannt und ergriffen hat, der wurde auch gefördert und anerkannt. „Seinesgleichen“ meint hier Gleichgesinnte; das können Gleichaltrige sein, das können aber auch gleichgesinnte (arische) Deutsche – aus anderen Altersgruppen – sein. In der Gemeinschaft von Gleichgesinnten erfährt man die Evidenz für die Richtigkeit dessen, was man tut. Hier bestätigt sich, dass die außerfamiliale Existenz eine durchaus attraktive Eigenlogik besaß.

und wie ich dann vierzehn alt war und da sind also meine meine Freundinnen mit denen ich immer so zusammen war, mir sind dann halt auch äh Führerinnen geworden gell+ [FA?: Na ja] wenn man net grad b# ganz ganz [CG: Mhm] äh (.) na sich weniger beteiligt hat aber da ich halt also sehr aktiv dabei war mit Herz und Seele dabei war, und da hat ma dann auch äh ne Jungchar gekriegt das warn dann so 15 Mädchen so zehnjährige mit denen man dann all das gemacht hat was ma vorher auch gemacht hat [F?: Mhm] und haben halt sehr viel gesungen, [F?: Ja] und gebastelt und Sport gemacht / und sind zu Sportfesten gegangen und da war ma halt auch sehr/ [F1934?: /unv/] äh engagiert weil man ja doch net bei den Schlechten sein wollte da gab's halt auch Preise und das war doch wunderbar, und des war alles des was Jugend begeistert, (Z. 44-54)

1938 wurde B. Wagner mit vierzehn Jahren unter „Ihresgleichen“ zur Führerin! Damit hat sie ein Etappenziel erreicht in der langen Hierarchie der Führer. Dieser „Aufstieg“ war mit Machtgewinn und dem Gefühl, von anderen gebraucht zu werden verbunden. War sie zuvor gefördert worden, übernahm sie

nun Verantwortung für Jüngere. Selbstständigkeit und Verantwortung waren durchaus – innerhalb des vorgegebenen Rahmens – erwünscht und gefordert. Sie bekennt, dass sie mit dem Jungmädelsbund identifiziert war: sehr aktiv dabei, mit Herz und Seele. Ihr Engagement wurde durch öffentliche Ehrung, Auszeichnung und Anerkennung belohnt. Sie verallgemeinert zwar: „des war alles des was Jugend begeistert“! trifft aber damit etwas Adoleszenztypisches: Jugendliche suchen außerhalb der Herkunftsfamilie nach Bewährungschancen, mit denen sie sich identifizieren können, an denen sie reifen und ihre Identität ausbilden können (Erikson 1970). Frau Wagner machte offensichtlich nicht die Erfahrung, dass ihr Engagement im Jungmädelsbund auch adoleszente Freiheits- und Individuierungswünsche einschränken konnte.

In dieser Rede, die auf die Schilderung der Aktivitäten reduziert ist (vgl. dazu Möding 1985), kommt das weiter oben vermutete Lebensgefühl zum Ausdruck: Aktivismus und Einsatzfreudigkeit setzen quasi eine Spirale von Bewährungshandeln und -erfolgen frei. Im Umkehrschluss heißt das: Wer nicht an den von der Gemeinschaft vorgegebenen Inhalten und Aktivitäten partizipierte, z.B. unsportlich war und lieber gelesen hat oder andere, eigene (intellektuelle, politische) Interessen hatte, wurde nicht anerkannt, fiel also tendenziell aus der Gemeinschaft heraus.²⁰

und von der Politik, sind wir so gut wie unberührt gewesen [F?: Ja] (Z. 54-55)

Politik wird hier als etwas dargestellt, das von den eigenen Alltagserfahrungen weit entfernt ist, etwas, das Politiker entscheiden und verantworten. Das entspricht durchaus der damaligen Haltung der Mehrheit der

Bevölkerung, die auf der einen Seite das Parlament für eine „Schwatzbude“ und Politik für ein „schmutziges Geschäft“ hielt; auf der anderen Seite den Staat als unanfechtbare Instanz und „Aufhalter des Bösen“ überhöhte (Fest 1995, S. 520) und dem „Führer“ die Verantwortung übertrug. Gleichwohl heißt „so gut wie unberührt“, dass es Berührungspunkte gegeben hat. Das könnten sowohl politische Schulungen als auch politische Veranstaltungen, zu deren Gestaltung die Jungmädelsgruppen beigetragen haben, gewesen sein.

Es ist jedoch fraglich, ob eine politische Sozialisation in der Art stattgefunden hat, dass Frau Wagner (zumaal in dem Alter) in der Lage war, über politische Auswirkungen (des eigenen Handelns) überhaupt nachzudenken oder diese zu antizipieren. Die Nazis hatten zwar Ambitionen, die Jugend politisch zu erziehen, aber nicht zu mündigen Bürgern, sondern zu Gläubigen der Doktrin. Die politische Sozialisation zeichnete sich vor allem durch einen „spezifischen Wissen- und Erfahrungsmangel in Fragen der Politik, der Demokratie, der Staatsaufgaben, der toleranten Auseinandersetzung und des selbstverantwortlichen Handelns“ (Boll 1997, S. 518) aus. Darüber hinaus verhinderte eine selbstverständlich akzeptierte Autorität, „eine prinzipiell als hierarchisch verstandene und erlebte Gesellschaftsordnung sowie eine hoheitliche Vorstellung von Politik“ (ebd.) einen politischen Diskurs und zwar nicht nur unter Jugendlichen. Wie in allen totalitären Systemen – das gilt z.B. auch für die DDR – waren Denkgrenzen gesetzt, deren Überschreitung negativ sanktioniert und mit Ausschlussverfahren geahndet wurde. Insofern muss man davon ausgehen – zumindest, wenn kein Korrektiv durch die Familie be-

stand –, dass die Jugendgeneration, der Frau Wagner angehört, den nationalsozialistischen Idealen gefolgt ist, ohne sich über deren Implikationen bewusst zu sein.²¹

In der nächsten Sequenz schließt B. Wagner an den Beginn ihrer Ausführungen in Zeile 17 an:

ich hab zum ersten Mal was echt Negatives erlebt des war die Reichskristallnacht, und da war ich also erschüttert von dem [F?: unv] wir sind morgens in die Schule gegangen, meine Freundin und ich mir warn ja so, Erika die jetzt ?gestorbe?, wir warn immer zusammen und wir sind dann an den, durch die Hauptstraße gegangen, und haben gedacht was is für a Menschenansammlung und da warn einige Judenhäuser an denen ma vorbeimusste, da hat die SA dann die Federbetten aufgeschlitzt gehabt und habe die Federn wie die Frau Holle ?ausgeschnippt? die Bücher aus de Fenster geworfen die Bilder rausgeschmissen, die Möbel auf die Erd geschmissen, also wir konnten das überhaupt net [P: Mhm] verstehen was da passiert [P: Hm] (Z. 55-64)

Nun schildert sie nach all dem Begeisternden und Schönen eine erste Kontrasterfahrung, die ihr bis dahin positives Weltbild „erschüttert“. Eine Erschütterung verweist auf ein einschneidendes Erlebnis, das bei ihr offenbar einen nachhaltig negativen Eindruck hinterlassen hat und von ihr auch noch nach über 60 Jahren erinnert und erzählt wird.

Ich gehe davon aus, dass die Erinnerung authentisch ist, weil die Schilderung nicht stereotyp oder schablonenhaft, sondern sehr plastisch und konkret ist; zudem ist die zeitliche Anordnung sehr klar gegliedert und in den normalen Schulalltag eingebettet (der 10.11., von dem sie hier spricht, war ein Donnerstag). In diesen Alltag trat eine Irritation: Sie ging morgens zur Schule und wurde dann mit den Folgen des Pogroms konfrontiert. Sie und ihre Freundin trafen auf eine sonst nicht

vorhandene Versammlung von Menschen, die auf etwas Ungewöhnliches, Außeralltägliches verweist. Davon war sie zunächst überrascht. Sie schiebt dann ein: „da warn einige Judenhäuser an denen ma vorbeimusste“. Diese Formulierung könnte auf eine distanzierte, abwertende Haltung gegenüber Juden verweisen. Gegen diese Lesart spricht aber, dass sie, obwohl sie von der nationalsozialistischen Propaganda beeinflusst war (davon muss man ausgehen), die Behandlung der jüdischen Bevölkerung nicht als normal wahrnahm. Dass das Erlebnis Unverständnis bei ihr auslöste, zeigt, dass sie nicht antizipierte, dass dieses Regime und seine Anhänger so mit Juden umgehen würden.

Der Passage schließt sich ein kurzer Dialog in der Gruppe (Z. 65-78) an, der zeigt, dass es für diese Art der Erfahrung keinen öffentlichen Diskurs gab. Frau Wagner fährt mit ihrer Erzählung fort. Während sie vorher über den Hinweg zur Schule berichtete, schildert sie jetzt den Rückweg:

Wagner: Ja das war des was ich miterlebt /hab und/ [F1928: /unv/] wie wa dann von der Schul nach Haus sind (.) sind wa ?musste Richtung? musste am Marktplatz vorbei, und da warn wa also wirklich zutiefst erschüttert da haben die die Juden alle zusammengetriebe auf de Marktplatz und auf de, ha# äh Kreisleitung des war so'n Vorbau mit so Säule, oben Balkon, da hat dann der Kreisleiter gestande und hat dann mit äh Kommando äh (.) Gymnastikkommando [F: Mhm] und da warn alte ?und? Jude dabei die über achtzig warn die musste dann Kniebeugen machen wehe wenn se sich net tief genug runtergebückt habe [P: Mhm] habe und wehe wenn einer net mitgemacht hat, da hat der gleich n Stiefeltritt [P: Mhm] gekriegt und so weiter also es war furchtbar (Z. 79-88)

Dass sie auch hier wieder „musste“ sagt, schwächt die weiter oben

noch mögliche Lesart der abwertenden Haltung gegenüber Juden weiter ab. Auch in dieser Passage schildert sie sowohl die Umgebung als auch die Verhältnisse sehr plastisch: die Juden wurden vom Kreisleiter schikaniert und gedemütigt; sie erkannte, dass ihnen mit dieser Behandlung die Würde genommen wurde. Insofern sah sie als Jugendliche, was mit den Juden passierte und leugnet es nicht. Auch wenn an der Stelle niemand getötet wurde, war die Struktur der Judenverfolgung klar und man konnte im Prinzip das Ende antizipieren. Sie sah auch nicht weg, sondern beobachtete alles und reagierte innerlich emphatisch: es war furchtbar.

Gegen Ende der Gruppendiskussion kommt Frau Wagner noch einmal auf den Judenpogrom zu sprechen und bemerkt, dass die Juden, die 1938 noch in der Kleinstadt lebten, alle ins KZ gekommen seien (Z. 1418f.). Auf die Frage, ob sie wusste, dass die Juden deportiert wurden, sagt sie:

Frau Wagner: /Ja ja ich hab's ja selber/ gesehn [CG: Ja+] wie die auf die Lastwagen ge# äh [CG: Mhm] treten worden sind geschlagen worden sind [F1927: Ja] das war ja fürchterlich, / (unv)/ [F?: /unv/] da is mir des aufgegangen dass das doch nix Gutes sein kann [P: Mhm] obwohl ma da noch, so mittendrin war in dem Leben we# äh um ?diesen? Nationalsozialismus [P: Mhm] rum, da is mir zum erste Mal aufgeganze dass das was Schlimmes is [P: Mhm] ?was da jetzt? passiert [CG: Mhm] na da war ich vierzehn alt [F1928: Ja] und das hat ma /das hat ma also sehr/ [F?: /unv/] e# das also [CG: Mhm] das hat einen, sehr beeindruckt [P: Mhm] also da hat ma nächtelang net drüber geschlafen [P: Mhm] das war also das war sehr sehr schlimm für uns alle die wir das /so erlebt haben/ (Z. 1422-1431)

Die Formulierung drückt sehr plastisch die Gleichzeitigkeit von

begeistertem Involviert-Sein und dem Schock durch das negative Erlebnis aus. Brunhilde Wagner geriet in einen Zwiespalt: einerseits erlebte sie als Jugendliche ihr Engagement und die Anerkennung geradezu als euphorisierend – so erinnert sie das auch noch – und in diesem Lebensgefühl sah sie, wie die Juden behandelt wurden. Daran, dass sie den Pogrom als Unrecht erlebte, lässt sich ablesen, dass sie nicht politisch fanatisiert war, sonst hätte sie die Ausschreitungen anders interpretieren müssen, nämlich als gerechtfertigt. Stattdessen stellte sie den Zusammenhang zum politischen System her, in dem sie lebte, und erkannte, dass etwas nicht stimmte: Sie sah wie brutal und unmenschlich mit Personen umgegangen wurde, die nicht zu der von ihr als positiv erlebten „Volksgemeinschaft“ gehörten. Diese Erkenntnis warf die bange Frage auf, ob der NS-Staat, dem sie angehört und der so etwas zulässt, etwas Gutes sein kann. Solche Fragen sind typisch für die adoleszente Auseinandersetzung und zeigen, dass ein eigenständiges Denken im Hinblick auf moralische Kategorien einsetzte.²² An der Aussage lässt sich der mit den Zweifeln verbundene Konflikt ablesen: zum einen realisierte Frau Wagner schon frühzeitig, in einem „Unrechtssystem“ zu leben, zum andern hält sie – bis heute – daran fest, dass es eine schöne Zeit gewesen sei. Letzteres hängt, so meine These, mit zweierlei zusammen: Erstens, den Möglichkeiten, die das System ihr bot: Emanzipation aus dem Traditionalismus der Familie und Chancen auf ein eigenständiges Leben. Zweitens der Überzeugung, subjektiv moralisch integer gehandelt zu haben, zumal sie ihr Engagement als erfüllend erlebte.

An der Stelle breche ich die Sequenzanalyse ab. Als bisheriges Er-

gebnis der Analyse lässt sich festhalten:

Erstens: Frau Wagner war mit dem nationalsozialistischen System identifiziert und in es integriert. *Zweitens:* Ihre moralische Urteilsfähigkeit war so weit ausgebildet, dass sie das sittliche Problem des Judenpogroms erkannte, ihre Erkenntnis führte aber nicht zu einer (politischen) Distanzierung vom NS-System. *Drittens:* Sie war aber keine politisch fanatisierte Nationalsozialistin, sonst hätte sie die Behandlung der Juden nicht als Unrecht, sondern, entsprechend der NS-Doktrin, als notwendige Maßnahme beurteilt. *Viertens:* Ihr (jugendliches) Verständnis vom Nationalsozialismus ist nicht mit den Inhalten der NS-Politik identisch.

Aus der Analyse ergeben sich folgende Fragen: Warum ist Frau Wagner, die die Judenvernichtung nicht verleugnet – ihre Erzählung ist auch ein Beleg dafür, dass sie ihr Wissen nicht verdrängt hat –, nicht in der Lage, beide Seiten der nationalsozialistischen Erfahrung in ihre Biographie zu integrieren?²³ Warum bleibt diese Erfahrung folgenlos?²⁴ Warum findet auch nachträglich keine Reflexion und Umarbeitung der eigenen Vergangenheit statt?

Zum Zeitpunkt des Erlebens war Frau Wagner vierzehn Jahre alt und stand am Beginn ihrer Adoleszenzkrise. Sie lebte in einem System, das sie selbst nicht gewählt hatte, mit dem sie aber identifiziert war, weil es ihr positive Möglichkeiten der Bearbeitung der Adoleszenzkrise bot. Der Pogrom wurde als Schock erlebt, der sie mit einem Entscheidungsproblem konfrontierte. Zu dem Zeitpunkt war sie aber noch zu jung, die politische Dimension zu ermessen und ein eigenständiges politisches Urteil zu fällen. Dieses entwickelt sich erst im Verlauf der Bearbeitung der Adoleszenzkrise, an

deren Ende man sich als Staatsbürger(in) positionieren muss. Insofern, so meine These, konnte sie in dem Alter nur eine Lösung finden, die die Gemeinschaft, der sie angehörte, auch wählte.²⁵ Sie hatte Angst, schritt nicht ein und schwieg! Statt eines offenen und öffentlichen Diskurses über den Pogrom, gab es eine stillschweigende Missbilligung. Diese Reaktion lässt sich u.a. daran ablesen, dass die Partei sich veranlasst sah, Propagandamittel einzusetzen, um eine wohlwollende öffentliche Meinung bezüglich der aggressiven antijüdischen Politik des Staates herzustellen und diese zu rechtfertigen. Die Partei organisierte Hetzkampagnen in der Presse, die die Ausschreitungen gegen Juden als „Ausbruch spontanen Volkszorns“ und die Deportationen als „Schutzhäft“ deklarierten, sowie Volksversammlungen, zu denen die Bevölkerung hinzitiert wurde.

Daraus lassen sich Thesen ableiten, die noch weiter ausgeführt und begründet werden müssen: Die Art der politischen Sozialisation befähigt Frau Wagner nicht, erkennen zu können, dass der Judenpogrom einen Rechtsbruch der Gemeinwohlbindung bedeutet, die auch ihrem Dienst an der Gemeinschaft zugrunde liegt. Somit verkörpert sie – wie die Mehrheitsgesellschaft, in der sie aufgewachsen ist – einen Typus, bei dem sittliches Urteilsvermögen²⁶ mit der Unempfänglichkeit für politische Verantwortung gepaart ist. Die Sozialisation im BDM führt zwar zur (bedingten) moralischen Reifung, denn unter Gleichaltrigen Gefolgschaft zu leisten und auch Führerschaft zu übernehmen ist, so Erikson (1970), ein wichtiger Schritt in Richtung erwachsener Verantwortung, trägt aber nicht zur politischen Reifung bei! Von daher kann sie diesen Konflikt nicht verarbeiten, sondern muss ihn abspal-

ten: nur so ist es möglich, dass beide Seiten unintegriert nebeneinander bestehen bleiben können.²⁷

Um diesen Mechanismus der Verarbeitung historisch besser verstehen zu können, bietet sich ein Vergleich mit Gleichaltrigen an. Wie Brunhilde Wagner erlebte die 1925 geborene Eva Sternheim-Peters den Novemberpogrom am Anfang ihrer Adoleszenzkrise und empörte sich über die Ausschreitungen gegen Juden. Sie berichtet, dass der Führerinnendienst sich an diesem Abend darauf reduzierte, dass alle erzählten, was sie gesehen und gehört hatten. „Alle waren sich darüber einig, dass es keineswegs ‚Ausbruch spontanen Volkszorns‘, sondern die SA gewesen war, die die sogenannten ‚Vergeltungsaktionen‘ durchgeführt hatte“ (Sternheim-Peters 1989, S. 186). Sie schreibt weiter, dass die Hitlerjugend die SA für „einen Verein primitiver Spießbürger“ hielt und dass man davon ausging, dass die Betroffenen zur Rechenschaft gezogen würden. Damit schien die Angelegenheit erledigt gewesen zu sein. Bei ihr wird noch deutlicher, dass sie den Konflikt mit einer Art Spaltung bearbeitet, die zu der Zeit in Deutschland nicht unüblich war: Während Hitler das Vertrauen eines großen Teils der Bevölkerung genoss, wurden alle negativen Entwicklungen und Entgleisungen der Partei zugeschrieben; das drückte sich in der bekannten Redensart aus: „Wenn das der Führer wüsste, dann würde er es verhindern!“²⁸

Der weitere biographische Verlauf

Wie verlief die Entwicklung Brunhilde Wagners weiter? Bevor sie in der Lage war, im Verlauf ihrer Adoleszenzkrise eine eigene (politische) Position zu erarbeiten, begann der Krieg. Das bedeutet, dass ihre

Adoleszenzkrise, und das betrifft die ganze Generation, mit der gesellschaftlichen Krise zusammenfiel, in der von allen unterschiedslos erwartet wurde, dass sie ihre „patriotische“ Pflicht erfüllten: damit wurden auch die Möglichkeiten, einen eigenen Lebensentwurf zu entwickeln, eingeschränkt. Für Jugendliche, die gerade am Beginn ihrer Adoleszenzkrise standen, verringerten sich dadurch auch die Chance, sich von ihrer Identifizierung mit dem Nationalsozialismus zu lösen, wie das bei den etwas älteren durchaus möglich war.²⁹ Vielmehr mussten die eigenen Interessen dem Gemeinwohl untergeordnet werden bzw. waren mit ihm verwoben. Das hat zwei unterschiedliche Folgen: Zum einen stellte der Krieg – auch und gerade für Mädchen, die am Beginn ihrer Adoleszenzkrise standen – eine Erhöhung der Bewährungschancen dar.³⁰ Sie erlebten sich als wichtiges Mitglied der Gemeinschaft und erfuhren es als unmittelbar sinnerfüllend, gebraucht zu werden. Zum anderen fiel das für die Identitätsbildung notwendige Moratorium weg; dadurch minimierten sich die Chancen, die eigene Persönlichkeit unter handlungsentlastenden Bedingungen zu entwickeln.

B. Wagners Adoleszenzkrise fiel ganz in den Nationalsozialismus, vor allem in die Zeit des Zweiten Weltkrieges und ist mit Kriegsende abgeschlossen. Die Antwort, die sie auf das Bewährungsproblem generierte, ist: Selbstverwirklichung durch Engagement in der Gemeinschaft für die Gemeinschaft. Ihren „Bewährungsmythos“, den sie mit einem großen Teil ihrer Generation teilt, könnte man auf die Formel bringen: „Von uns hängt alles ab!“³¹ Frau Wagner begann nach der Mittleren Reife eine Ausbildung zur Kindergärtnerin. Aufgrund dieser

Tätigkeit war sie zwar vom Arbeitsdienst befreit, meldete sich aber nach Abschluss der Ausbildung im Winter 1942/43 – also noch nach der Niederlage von Stalingrad und obwohl sie nicht mehr an den so genannten „Endsieg“ glaubte – freiwillig zum RAD. Dem liegen, so meine Interpretation, zwei Motive zugrunde: einerseits Pflichterfüllung, weil sie wie die Männer, die an der Front waren, ihren Dienst fürs „Vaterland“ leisten wollte, andererseits das Interesse, sich auch in anderen Feldern auszuprobieren, die traditional meist Männern vorbehalten waren. Allerdings lehnte sie das Angebot, sich als Führerin im RAD zu engagieren, ab; zum einen, weil ihr durch fanatisierte Arbeitsdienstführerinnen „die Augen aufgingen“, zum anderen, weil ihr der Arbeitsdienst zu militärisch gewesen sei: „immer nur Uniform“. Sie zog die Ausübung ihres Berufes vor und übernahm die Leitung eines NSV-Kindergartens. Dass Frau Wagner auch Parteimitglied wurde, zeigt, dass ihr Engagement ungebrochen anhält.

Auch Eva Sternheim-Peters stellte nach dem misslungenen Attentat vom 20. Juli aus Treue zu Hitler – sie war überzeugt, dass nur er die Kriegswende herbeiführen könne – einen Mitgliedsantrag in die NSDAP. Damit demonstrierte sie, dass sie kein „Wendehals“ war. Sie unterbrach ihr Studium und leistete freiwillig in Paderborn Kriegshilfsdienst als Straßenbahnschaffnerin. Entsprechend ihrer durchaus selbstbewussten nationalsozialistischen Überzeugung erlebte sie die Kapitulation als bittere Niederlage und lehnte die Besatzer als Eindringlinge ab. Ihr Widerstand speiste sich aus der Haltung der Treue und bedingungslosen (aber unpolitischen) Hingabe an „Volk und Vaterland“. Das lässt sich an einem Zitat von

ihr verdeutlichen, in dem auch noch einmal die Abspaltung der Erfahrung des Judenpogroms zum Ausdruck kommt: „E.'s Hochachtung vor den moralischen Qualitäten des deutschen Volkes war in Kindheit und Jugend grenzenlos. Ebenso fest, sie wie daran glaubte, daß ‚im Namen Deutschlands‘ kein Unrecht geschehen konnte, glaubte sie bis Kriegsende daran, auf der gerechten, der richtigen Seite zu stehen.“ (Sternheim-Peters 1989, 119) Nachdem sie jedoch von den NS-Verbrechen erfuhren, brach der Glaube an den Nationalsozialismus zusammen. So erging es auch B. Wagner: sie empfand tiefe Beschämung, wie sie im Interview sagt (Z. 1508ff.). Damit stehen die jungen Frauen vor dem Problem, nachträglich realisieren zu müssen, dass sie zwar – subjektiv betrachtet – ihre Jugend im Nationalsozialismus als sinnerfüllend erlebten, gleichzeitig aber von einem verbrecherischen System (für das sie nicht verantwortlich waren) verführt und instrumentalisiert wurden. Anders formuliert: Sie haben auf der einen Seite das subjektive Gefühl, dass sie mit ihren konkreten Tätigkeiten einer sinnvollen Sache gedient haben und sich dabei nichts haben zuschulden kommen lassen; auf der anderen Seite müssen sie erkennen, dass die Rechtsgemeinschaft, der sie gedient haben, eine verbrecherische war.

Eva Sternheim-Peters nutzte nach Kriegsende die Chance, ihre Adoleszenzkrise wieder partiell zu öffnen: sie machte zunächst eine Ausbildung zur Lehrerin und studierte später Psychologie. Damit schaffte sie sich Raum, um sich mit der eigenen Vergangenheit und Verstrickung auseinanderzusetzen. Ihren mühsamen und langwierigen Weg in die Demokratie beschreibt sie eindrücklich in einem Bericht (Sternheim-Peters 1998). Während sie sich be-

müht, beide Seiten ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit in ihre Biographie, die nur eine gebrochene sein kann, zu integrieren, behält Frau Wagner, deren Adoleszenzkrise bei Kriegsende abgeschlossen ist, die Struktur, die sie im Nationalsozialismus erworben hat – bis heute – bei, wechselt aber den (politischen) Inhalt aus. Zunächst wird sie – weil sie Führerin, Leiterin eines NSV-Kindergartens und Parteimitglied war – im Entnazifizierungsverfahren in Gruppe II als belastet eingestuft, fällt dann aber unter die Jugendamnestie (die alle Personen, die nach dem 1.1.1919 geboren sind, entlastete). Die adoleszente Entwicklung wird, so meine These, ohne politische Reifung zur autonomen und souveränen Staatsbürgerin vollendet. Entsprechend wählt sie die autoritäre Seite der Staatsbürgerschaft: Zunächst macht sie eine Ausbildung zur Fürsorgerin und arbeitet zehn Jahre in diesem Beruf, danach geht sie zur Kriminalpolizei. In beiden Berufen kann sie ihren erworbenen Habitus, der aus einer Mischung von moralischer Integrität, Gemeinwohlorientierung und obigkeitstaatlicher Orientierung besteht, auf einer neuen Stufe unterbringen.

Resümee

Abschließend möchte ich noch einmal die Frage nach der Anerkennung der Schuld sowie der Möglichkeit ihrer Bearbeitung aufgreifen. Hierbei muss sowohl zwischen subjektiv zurechenbarer und objektiver Schuld als auch zwischen politischer Verantwortung im Nationalsozialismus und nachträglicher Verantwortung (aufgrund des später möglichen Wissens) differenziert werden. Die Bewältigung dieses Problems betrifft beide Geschlechter gleichermaßen, beruht aber aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen im

Krieg³² und der ungleichen Chancenverteilung in der Nachkriegszeit auf je anderen Voraussetzungen.

Brunhilde Wagner und Eva Sternheim-Peters stehen exemplarisch für einen Typus junger Frauen, die im Nationalsozialismus die Chance ergriffen, die traditional für sie eingeschränkten Handlungsspielräume zu erweitern. Aufgrund der Möglichkeit, sich mit gleichgeschlechtlichen peers zu vergemeinschaften, konnten Mädchen nicht nur ihr moralisches Urteilsvermögen erweitern, sondern auch ein stärkeres Selbstbewusstsein entwickeln. Auf der anderen Seite fiel ihre Adoleszenzkrise nahezu ganz in die Zeit des Zweites Weltkrieges, was bedeutet, dass für diese Generation das Verfolgen von Eigeninteresse sowie die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Autonomie in der wichtigen Phase der Identitätsbildung stark eingeschränkt waren. Vielmehr stand die Bewältigung der gesellschaftlichen Krise im Vordergrund. Von daher ist die Antwort auf die individuelle Bewältigung der Adoleszenzkrise häufig mit der Lösung der gesellschaftlichen Krise identisch: Dienst am „Vaterland“ und Pflichterfüllung. Das geforderte und positiv anerkannte gesellschaftliche Engagement führte dazu, dass Frauen sich in Bereichen engagierten und bewährten, die bis dahin meist Männern vorbehalten waren. Insgesamt ermöglichten diese Erfahrungen ein Überschreiten der bestehenden Geschlechtsgrenzen und führten bei Frauen zu einem Bewusstsein der „Gleichwertigkeit“ zwischen den Geschlechtern (vgl. Klaus 1983, Bd. 2, S. 89).

Als aktive und tatkräftige Personen ließen sich beide Frauen von den nationalsozialistischen Vergemeinschaftungsangeboten und propagierten Idealen begeistern, verführten und zum Teil auch indoktrinieren.

Zu den Inhalten gehörten der unbedingte Glaube an „Volk, Führer und Vaterland“ sowie der Grundsatz: Gemeinsinn geht vor Eigennutz! Der ihre Entwicklung prägende Einfluss des Nationalsozialismus ist für sie deshalb so schwer abzulegen, weil das soziale und gesellschaftliche Engagement zum einen persönlich als unmittelbar sinn erfüllend erlebt wurde, zum anderen, weil die damit verbundene subjektive Überzeugung, einer guten Sache zu dienen, durch die Anerkennung der Gemeinschaft als evident erfahren wurde. Ihr Engagement bewährte sich zunächst und war positiv begründet: alle (Frauen) halfen einander in der Krisenzeit und zwar über Klassenunterschiede hinweg. Nachdem sie jedoch realisieren mussten, dass sie von einem verbrecherischen System instrumentalisiert wurden, brach ihr positiver gesellschaftlicher Bewährungsmythos zusammen.

Zum Zeitpunkt des Nationalsozialismus waren die Jugendlichen zu jung, um das Unrecht (politisch) beurteilen und die Konsequenzen ihres gesellschaftlichen Engagements ermessen zu können. Nachträglich, nachdem das Unrechtssystem offenbar wurde, erhielt es eine andere Bedeutung. Die jungen Erwachsenen standen bei Kriegsende somit vor folgendem Dilemma: Eine persönliche moralische Schuld konnten sie nicht erkennen, weil sie diese nach den eigenen Taten beurteilten und nicht nach der Mitverantwortung für die Taten, die im Namen des „Gemeinwesens“, dem sie angehörten, geschehen waren. Gleichwohl erzeugte das Wissen um die Verbrechen, die man nicht gewollt habe, tiefe Scham. Obwohl ihnen subjektiv keine Schuld zuzurechnen ist, haben sie sich „objektiv“ schuldig gemacht, weil sie verstrickt waren und durch ihren Einsatz das natio-

nalsozialistische Regime unterstützt haben. Das jedoch, so meine These, ist deshalb so schwer zu verstehen, weil es sich nur in abstrakten Terms des Politischen begreifen lässt. Die Übernahme der „politischen“ Verantwortung für die NS-Verbrechen setzt nämlich ein autonomes und souveränes Subjekt voraus, das sich in der nationalsozialistischen Gesellschaft kaum entwickeln konnte. Karl Jaspers beschrieb die damalige politische Haltung: „Die Staatsmacht wird nicht als die eigene Sache gefühlt. Man weiß sich nicht mitverantwortlich, sondern sieht politisch untätig zu, arbeitet und handelt in blindem Gehorsam“ (zitiert nach Rosenthal 1990, S. 239). Insofern standen die Angehörigen dieser Generation, und zwar beide Geschlechter, vor dem Problem, ihre „objektive Verstrickung“ anerkennen und nachträglich bearbeiten zu müssen. Dafür wäre ein öffentlicher Diskurs notwendig gewesen, der jedoch allenfalls in intellektuellen Kreisen stattfand.³³

Den meisten blieb somit nur die Möglichkeit, sich individuell mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.³⁴ Brunhilde Wagner und Eva Sternheim-Peters haben zwei unterschiedliche Wege gewählt: Erstere behält ihr aktives gesellschaftliches Engagement bei und macht eine Berufskarriere in staatlichen Organisationen der Bundesrepublik. Ihren Wunsch nach einer Familie konnte sie aufgrund des „Männer Mangels“ nach dem Krieg nicht realisieren. Sie erlebte die Nachkriegszeit in zweifacher Hinsicht als Kontrast: Frauen zogen sich wieder aus der Öffentlichkeit zurück und die erweiterten Bewährungsperspektiven wurden eingeschränkt und geschlechtsspezifisch auf den familialen Bereich verengt. Das Leitbild der Frau als Mutter und Ehefrau wurde auch von kirchlichen und politischen Instituti-

onen propagiert und gefestigt (vgl. Frevert 1986, S. 253ff.). Zwar blieb ungefähr ein Drittel der Frauen dieser Generation unverheiratet, aber die berufliche Selbstverwirklichung war nunmehr zugunsten des gesellschaftlich favorisierten und sanktionierten familialen Bewährungsmythos negativ begründet: Die Frauen „mussten“ berufstätig sein, weil sie nicht verheiratet waren. Gerade weil sich die beruflichen und öffentlichen Entfaltungschancen für Frauen in der Nachkriegszeit minimierten, hält Frau Wagner am Nationalsozialismus als „wunderschöne Zeit“ fest. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass sie die Erweiterung der weiblichen Bewährungsperspektiven in ihrer Adoleszenz als „Gewinn“ erlebte und diesen „retten“ will. Aus diesem Grund, so meine These, ist sie bis heute nicht in der Lage, die verbrecherische Seite der nationalsozialistischen Vergangenheit, die sie ja auch erfahren hat, in ihre Biographie zu integrieren. Die Kehrseite ist, dass sie sich nicht mit der eigenen Biographie versöhnen kann, denn diese setzt die Anerkennung von Schuld voraus. Dort wo diese fehlt, bleiben Ressentiments erhalten, die sich dann gegen die nachfolgenden Generationen richten können, für die kein Verständnis aufgebracht wird.³⁵ Eva Sternheim-Peters verzichtet dagegen auf eine Berufskarriere, sie ist resistent gegen eine Verbeamtung und bemüht sich, auf authentische Weise beide Seiten in ihre Biographie zu integrieren: ihre persönlichen, positiven Erfahrungen und die historischen Verbrechen. Das geht nur um den Preis einer gebrochenen Biographie, den sie bereit ist zu zahlen. Am Ende schreibt sie ein Buch, in dem sie ihre ganz persönliche Verstricktheit als Kind und Jugendliche vor dem Hintergrund des Wissens, das sie sich später angeeignet hat, reflektiert. Es

bleibt die Frage, was befähigt Personen, diese Integrationsleistung zu vollziehen?

Anmerkungen

1 Die Publikationen über den (angemessenen) Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit (Stichwort: Vergangenheitsbewältigung oder historische Schuld) und die im Laufe der Zeit sich verändernden Deutung sind zahlreich. Hier seien nur einige genannt: Lübke (1983), Schwab-Trapp (1996), Schwan (2001), Reichel (2003).

2 Vertreter dieser These sind z.B.: Plessner (1974), Fest (1995), Oevermann (2000b) und Wehler (2003). Die Autoren interpretieren die Entstehung des Nationalsozialismus als „deutsche Konsequenz“ (Fest), d.h. als Folge der politischen Verfasstheit Deutschlands bzw. als mangelnde politische Kompetenz der Deutschen.

3 Vgl. dazu exemplarisch Schörken (1984), Rosenthal (1986, 1987), Bude (1987), Klafki (1988), Schörken (1994), Keim (1997) und Hübner-Funk (1998).

4 Einen guten Überblick über die vorliegenden Untersuchungen geben die beiden Übersichtsartikel von Boll (1997) und Moses (2000).

5 Das hängt damit zusammen, dass eine Ideologie leichter abzulegen ist als ein Habitus. Vgl. dazu: Riesman (1958) und Oevermann (2001b).

6 Siehe Leisner (2003) und Brumlik (2003).

7 In der Einteilung der Klassen folge ich dem Vorschlag Hans-Ulrich Wehlers (vgl. Wehler 2003).

8 Das Material stammt aus meinem Habilitationsprojekt (Gärtner 2002). An der Gruppendiskussion waren vier Frauen aus unterschiedlichen Generationen beteiligt: Brunhilde Wagner ist 1924 geboren, je eine der anderen drei Frauen 1927, 1928 und 1934; sie werden im Text mit F1927, F1928 und F1934 gekennzeichnet.

9 Sie haben Ihre Kindheit und einen großen Teil Ihrer Jugend und jungen

Erwachsenenlebens im Nationalsozialismus verbracht. Wie hat das Ihr Leben beeinflusst?

10 Zum Bund Deutscher Mädel vgl. die Arbeiten von Reese (1989) und Klaus (1983 und 1998); zur Hitlerjugend allgemein: Klose (1982 [1964]) und Klönne (1995 [1982]).

11 Die Gruppendiskussion wurde mit der Objektiven Hermeneutik interpretiert; zur Methode und Methodologie siehe: Oevermann (2000a und 2001c).

12 Die jüdische Tradition der Kleinstadt reicht bis ins 16./17. Jahrhundert zurück. Unter den 140 jüdischen Bürger (2,1% der Bevölkerung), die 1933 dort lebten, befanden sich viele Geschäftsleute, Fabrikbesitzer, Gewerbetreibende, die im öffentlichen Leben, auch politisch, präsent waren. Nachdem die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit Begeisterung aufgenommen wurde und die NSDAP bei den Märzahlen 47,6% der Stimmen erhielt (damit lag der Anteil der NSDAP-Wähler über dem Reichsdurchschnitt), emigrierten die meisten jüdischen Bürger nach 1933 entweder ins Ausland oder zogen in eine der umliegenden größeren Städte, so dass 1938 nur noch 21 Juden in der Kleinstadt lebten.

13 Vgl. dazu Oevermann (2001a) und Gärtner (2002).

14 Ausnahmen stellen Familien aus kommunistischen und sozialdemokratischen Milieus dar, z.B. die Familie Scholl.

15 Dieser Mechanismus lässt sich gut an den Geschwistern Scholl studieren (vgl. dazu Leisner 2003).

16 Dieses Zitat ist von einem Flugblatt (zitiert nach Klaus 1983, Bd. 1, S. 332).

17 Zur besonders geregelten Dienstpflicht für Frauen im Reichsarbeitsdienst (RAD) vgl. Watzke-Otte (1999).

18 Kontrast von Licht und Nacht, Musik, Lieder, Monumentalität, Fahne – alles Inszenierungen, die eine Art säkulares Tremendum bieten.

19 Dazu hätte man die Gelegenheit haben müssen, sich – wie z.B. Helmut Schmidt – diese Mechanismen klarma-

chen zu können; er las u.a. Gustave Le Bons „Psychologie der Massen“ und konnte sich anschließend mit den Massenaufmärschen und Parteitagungen der NSDAP vor dem Hintergrund dieser Schriften anderes auseinandersetzen (vgl. 1992, S. 212).

20 Vgl. dazu die Erfahrungen von Hans und Sophie Scholl (Leisner 2003).

21 Eva Sternheim-Peters, die ähnlich mit dem System identifiziert war und sich in ihm engagierte, hielt sich in jungen Jahren „für eine überzeugte Anhängerin der nationalsozialistischen Weltanschauung“ und zwar aus Idealismus und weil sie an die Idee der „Volksgemeinschaft“ glaubte (Sternheim-Peters 1989, S. 115f.). Ihr ganzes Bestreben galt der Verwirklichung dieser Utopie – auch wenn die Realität der Konfrontation mit diesem Ideal nicht standhielt. Sie wuchs in einer überwiegend homogenen Umgebung auf, die an den „besten Absichten“ Hitlers nicht zweifelte und übernahm den Grundsatz: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!“ Ihre Hingabe folgte jedoch eher der Logik des religiösen bzw. moralischen als des politischen Handelns. Als Studentin fand sie, dass die gefühlsmäßige Übereinstimmung mit dem NS-System ihrem geistigen Niveau nicht mehr angemessen sei und traf den Entschluss, sich mit dem begrifflichen Kern der „nationalsozialistischen Weltanschauung“ auseinanderzusetzen, „um nicht nur bewußter danach leben und handeln, sondern sie gegebenenfalls auch überzeugender vertreten zu können“ – eine Veranstaltung zu diesem Thema wurde an der Universität aber nicht angeboten (S. 432). Ihr Bemühen zeigt zum einen, dass selbst geschulte BDM-Führerinnen sich nicht in der Lage sahen, im politischen Sinne nationalsozialistisch zu argumentieren, zum anderen, dass sie antizipierte, mit Fragen und Zweifeln konfrontiert zu werden, die durch eine auf Erfahrung basierende Antwort nicht überzeugend beantwortet oder ausgeräumt hätte werden können.

22 Ein Beleg für die These, dass mit ca. 14 Jahren das selbständige Denken beginnt, findet sich auch in den Erinnerungen Helmut Schmidts (Schmidt 1992, S. 188). Dort gesteht er zu, dass er aus der Rückschau betrachtet, dem Zeitgeist hätte erliegen und ein „kleiner Nazi“ hätte werden können, wenn er keinen jüdischen Großvater gehabt hätte.

23 Eine solche Bearbeitung hätte dazu geführt, die „schönen Erfahrungen“ revidieren zu müssen, da sie sie in einem verbrecherischen System gemacht hat, das andere Menschen, die nicht konform waren, ausgeschlossen und verfolgt hat.

24 Diese Frage kann im Grunde nur aus nachträglicher Sicht gestellt werden. Wie schwierig dies war, zeigen die Konflikte der Widerstandsoffiziere: sie standen zwischen „soldatischer Pflicht gegenüber dem Vaterland“ und der Erkenntnis, dass das Wissen um die Verbrechen des Regimes ihnen Handlungen abforderte, die aus der damaligen Sicht (und lange über das Kriegsende hinaus) als dezidiert „unnational“ erschienen. Der Widerstand war nur denkbar und möglich, „wenn man, wie es einer der Widerstandsoffiziere ausdrückte, alles in Frage stellte, was den Vätern als selbstverständlich galt. Wer gegen Hitler Widerstand leistete, musste der eigenen Erziehung und Kultur Widerstand leisten“ (zit.n.: Michael Jeismann: „Die eigene Erziehung bezwingen“, FAZ, 14.07.2004).

25 Eine andere Chance hatte z.B. Sophie Scholl, die in einer politisch orientierten Familie aufwuchs. In ihrer Familie sowie im Kreis ihrer Freunde wurde über das aktuelle Zeitgeschehen diskutiert (Leisner 2003, S. 214). Dies und die konkrete Erfahrung, wie der nationalsozialistische Staat mit Gegnern umging (ihr Bruder Hans wurde 1937 wegen bündischer Umtriebe und § 175 angeklagt) führte dazu, ihr nationalsozialistisches Engagement zu hinterfragen. Sie begann, sich sowohl mit Religion als auch eigenständig mit Politik auseinanderzu-

setzen – auch wenn letzteres als unweiblich galt, wie sie ihrem Verlobten Fritz schrieb (das zeigt, dass politisches Interesse und Denken von Frauen erklärungsbedürftig war). Durch diese Auseinandersetzung schärfte sich ihr Gespür für Recht und Unrecht und führte letztlich zu dem Entschluss des Widerstands. Zur Sozialisation Sophie Scholls vgl. auch Brumlik (2003).

26 Gesine Schwan (2001) zeigt, dass der Kernbestand „traditionaler Moral“ selbst bei NS-Tätern – die parallel auch der „NS-Moral“ folgten – noch vorhanden ist und die Basis für das Unrechtsbewusstsein bildet.

27 Das ist mit dem Mechanismus vergleichbar, den Freud in Zusammenhang mit der Kastrationsdrohung behandelt hat: Auf den Konflikt zwischen dem Anspruch des Triebes (hier: Teil der Gemeinschaft zu sein, für die man sich engagiert) und dem Einspruch der Realität (hier: Wahrnehmung verbrecherischer Handlungen des Regimes, das die Gemeinschaft, der man angehört, vertritt) wird mit zwei entgegengesetzten Reaktionen geantwortet: mit Hilfe bestimmter Mechanismen wird die Realität abgewiesen, gleichzeitig wird die Gefahr der Realität anerkannt und die Angst vor ihr wird als Leitsymptom aufgenommen, von der man sich später zu erwehren sucht. Freud hält das insofern für eine geschickte Lösung, als beide streitenden Parteien ihren Teil bekommen: der Trieb darf seine Befriedigung behalten, der Realität ist der gebührende Respekt gezollt. Dieser Erfolg wird jedoch erreicht auf Kosten eines Risses im Ich, „der nie wieder verheilen, aber sich mit der Zeit vergrößern wird. Die beiden entgegengesetzten Reaktionen auf den Konflikt bleiben als Kern einer Ichspaltung bestehen“ (Freud 1989, S. 391f.).

28 Vgl. dazu auch Henriette von Schirachs Bericht, die sich eines besseren belehren lassen musste: nachdem sie in Amsterdam die Deportation von jüdischen Frauen beobachtet hatte, intervenierte sie bei Hitler, weil sie – wie

die Mehrheit der Bevölkerung – davon ausging, dass dieser dieses „Unrecht“ gemissbilligen und abstellen würde (von Schirach 2003, S. 10f.).

29 Als Beispiele dafür vgl. die Geschwister Scholl (vgl. Leisner 2003) und Margarete Hannsmann (1982), die sich zu dem Zeitpunkt in einer späteren Phase der Adoleszenz befanden und sich aus jeweils unterschiedlichen Gründen vom NS distanzieren.

30 Der BDM erzog die Mädchen „zum unbedingten Einsatz für die Volksgemeinschaft“ und „sprach von ‚Bewährung‘ und ‚neuen Höhepunkten‘ des bereits Begonnenen“ (Klaus 1998, S. 126). Eva Sternheim-Peters, die mit zwei älteren Brüdern aufgewachsen war, „beneidete alle Jungen und Männer, die für Deutschland kämpfen und ihr Leben einsetzen durften. (...) E[va], die sich nach Heldentaten für das Vaterland sehnte, weil auch sie mit dem Mythos von Langemarck aufgewachsen war, verfluchte in jenen Septembertagen einmal mehr die Tatsache, daß sie ‚nur ein Mädchen‘ war“ (1989, S. 423).

31 Stellvertretend vgl. Sophie Scholl (geb. 1921) (und ihre Geschwister) (Leisner 2003), Margarete Hannsmann (geb. 1921) (1982) und Eva Sternheim-Peters (geb. 1925) (1989). Margarete Hannsmann formuliert das Gefühl dieser Generation: „Wir wurden bestätigt, benötigt, wir sind plötzlich jemand, von uns hängt was ab!“ (1982, 55). Die älteren hatten jedoch die Chance, die Struktur des „Generationenmythos“ mit eigenen Inhalten zu füllen, weil sie sich bereits vor dem Krieg in einer späten Phase der Adoleszenzkrise befanden; auch Männer generierten diesen Mythos, der im Krieg aber – je nach Erfahrungsmöglichkeit – einer anderen Bewährungsprobe ausgesetzt war.

32 Männer, die als Kriegsteilnehmer an der Front waren, hatten eher die Chancen, ihre illusionäre Verstrickung zu lösen bzw. zu korrigieren, und zwar dann, wenn sie mit der Realität der nationalsozialistischen Verbrechen konfrontiert

wurden.

33 Dass dieser ausblieb bzw. nur in gewissen Zirkeln geführt wurde, ist nicht verwunderlich; denn wäre ein solcher Diskurs nach Kriegsende möglich gewesen, hätte der Nationalsozialismus kaum entstehen können. Boll schlägt vor, die mit „der Besatzungszeit einsetzenden Prozesse nicht als Entpolitisierung [wie Schelsky, Ch.G.], sondern als sukzessive Politisierung im Sinne des langsamen Heranführens an selbstverantwortliches Handeln im öffentlichen Raum und an Verständniserwerb für demokratisch-pluralistische Prozesse [zu] bezeichnen“ (1997, S. 494).

34 Zum langen Prozess der „Vergangenheitsbewältigung“ vgl. Reichel (2003). Junge Frauen waren insofern benachteiligt, als nach dem Kriege Ausbildungs- und Studienplätze vor allem an Männer vergeben wurden; damit reduzierte sich für sie zum einen die Gelegenheit an Formen der öffentlichen Vergemeinschaftung zu partizipieren, zum anderen waren Frauen dadurch stärker aus dem allmählich beginnenden Diskurs um die so genannte „Vergangenheitsbewältigung“ ausgeschlossen.

35 Nach der These von Dirk Moses (2000, S. 261) war die biographische Anerkennung der eigenen Schuld keine Voraussetzung für die Etablierung der Bundesrepublik als demokratische politische Ordnung – darin gibt er Hermann Lübke (1983) recht; allerdings konstatiert er – und darin stimmt er mit Gesine Schwan (2001) und Sibylle Hübner-Funk (1998) überein –, dass das „Beschweigen der Schuld“ auf der privaten Ebene einen hohen Preis forderte: die Weitergabe der psychologischen Folgen der Schuld an die nächste Generation (Moses 2000, S. 262).

Literatur

Boll, Friedhelm: Jugend im Umbruch vom Nationalsozialismus zur Nachkriegsdemokratie, in: Archiv für Sozialgeschichte, 37, 1997, S. 482-520.

- Brumlik, Micha: Adoleszenz, Freundschaft und Widerstand, in: sozialersinn, 2, 2003, S. 267-293.
- Bude, Heinz: Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation, Frankfurt a. M. 1987.
- Erikson, Erik H.: Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel, Stuttgart 1970.
- Fest, Joachim C.: Hitler: eine Biographie, Berlin 1995.
- Freud, Sigmund: Die Ichspaltung im Abwehrvorgang (1949 [1938]), in: Psychologie des Unbewußten, Bd. III Studienausgabe, hg. v. Mitscherlich, A./u.a. Frankfurt a. M. 1989, S. 389-394.
- Frevert, Ute: Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt a. M. 1986.
- Gärtner, Christel: Ausbildung generationenspezifischer Bewährungsmythen und Habitusformationen, in: Netzwerk Frauenforschung NRW, 14, 2002, S. 50-52.
- Gehrken, Eva: Singen und Marschieren - das war doch nicht alles!, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 50 Jg. Heft 1, 1999, S. 118f.
- Hannsmann, Margarete: Der helle Tag bricht an. Ein Kind wird Nazi, München/Hamburg 1982.
- Hübner-Funk, Sibylle: Aufwachsen unter Hitler: Eine „unpolitische“ Jugendzeit? Irritierende Vermächtnisse einer „gebrannten“ Generation, in: Jahrbuch für Pädagogik, 1995, S. 53-72.
- Hübner-Funk, Sibylle: Loyalität und Verblendung. Hitlers Garanten der Zukunft als Träger der zweiten deutschen Demokratie, Potsdam 1998.
- Keim, Wolfgang: Erziehung unter der Nazi-Diktatur. Band II: Kriegsvorbereitung, Krieg und Holocaust, Darmstadt 1997.
- Klafki, Wolfgang (Hg.): Verführung Distanzierung Ernüchterung. Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus, Autobiographisches aus erziehungswissenschaftlicher Sicht, Weinheim/Basel 1988.
- Klaus, Martin: Mädchenerziehung zur Zeit der Faschistischen Herrschaft in Deutschland, Bd. 1 u. 2, Frankfurt a. M. 1983.
- Klaus, Martin: Mädchen im 3. Reich. Der Bund Deutscher Mädel, Köln 1998.
- Klönne, Arno: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, München 1995 [1982].
- Klose, Werner: Generation im Gleichschritt. Die Hitlerjugend, Oldenburg/Hamburg/München 1982 [1964].
- Leisner, Barbara: „Ich würde es genauso wieder machen“. Sophie Scholl, München 2003.
- Lepsius, Rainer: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: M. Haller et al (Hgg.): Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages (...) in Zürich 1988, Frankfurt a. M./New York 1989, S. 247-264.
- Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im Deutschen Nachkriegsbewusstsein, in: Historische Zeitschrift, 236, 1983, S. 579-599.
- Meinecke, Friedrich: Die Deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1947.
- Möding, Nori: „Ich muß irgendwo engagiert sein – fragen Sie mich bloß nicht, warum“. Überlegungen zu Sozialisationserfahrungen von Mädchen in NS-Organisationen, in: v. Plato, A./Niethammer, L. (Hgg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche und der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Berlin/Bern 1985, S. 256-304.
- Moses, Dirk: Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung: Vierteljahres-Zeitschrift für Erziehung und Gesellschaft, 40. Jg., Heft 1, 2000, S. 233-263.
- Oevermann, Ulrich: Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis, in: Kraimer, K. (Hg.): Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung, Frankfurt a.M., 2000a, S. 58-156.
- Oevermann, Ulrich: Mediziner in SS-Uniform: Professionalisierungstheoretische Deutung des Falles Münch, in: Kramer, H. (Hg.): Die Gegenwart der NS-Vergangenheit, Berlin/Wien 2000b, S. 18-76.
- Oevermann, Ulrich: Die Soziologie der Generationsbeziehungen und der Generationen aus strukturalistischer Sicht und ihre Bedeutung für die Schulpädagogik, in: Helsper, W./Kramer, T.R./Busse, S. (Hgg.): Pädagogische Generationsbeziehungen. Opladen 2001a, S. 78-126.
- Oevermann, Ulrich: Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung, in: sozialersinn 1, 2001b, S. 35-81.
- Oevermann, Ulrich: Strukturprobleme supervisorischer Praxis. Eine objektiv hermeneutische Sequenzanalyse zur Überprüfung der Professionalisierungstheorie, Frankfurt a. M. 2001c.
- Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation, Frankfurt a. M. 1974.
- Reese, Dagmar: Straff, aber nicht stramm – herb, aber nicht derb. Zur Vergesellschaftung von Mädchen durch den Bund Deutscher Mädel im sozialkulturellen Vergleich zweier Milieus, Weinheim/Basel 1989.
- Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland, Bonn 2003.
- Riesman, David: Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters, Hamburg 1958.
- Rosenthal, Gabriele: Die Hitlerjugend-Generation. Biographische Thema-

- tisierung als Vergangenheitsbewältigung, Essen 1986.
- Rosenthal, Gabriele: „... Wenn alles in Scherben fällt ...“ Von Leben und Sinnwelt der Kriegsgeneration, Opladen 1987.
- Rosenthal, Gabriele: „Als der Krieg kam, hatte ich mit Hitler nichts mehr zu tun“. Zur Gegenwärtigkeit des „Dritten Reiches“ in Biographien, Opladen 1990.
- Schmidt, Hannelore: Gezwungen, früh erwachsen zu sein, in: Schmidt, Helmut (Hg.): Kindheit und Jugend unter Hitler, Berlin 1992, S. 19-68.
- Schmidt, Helmut: Politischer Rückblick auf eine unpolitische Jugend, in: ders. (Hg.): Kindheit und Jugend unter Hitler, Berlin 1992, S. 188-254.
- Schörken, Rolf: Luftwaffenhelfer und Drittes Reich. Die Entstehung eines politischen Bewußtseins, Stuttgart 1984.
- Schörken, Rolf: Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte, Frankfurt a. M. 1994.
- Schwab-Trapp, Michael: Konflikt, Kultur und Interpretation. Eine Diskursanalyse des öffentlichen Umgangs mit dem Nationalsozialismus, Opladen 1996.
- Schwan, Gesine: Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens, Frankfurt a. M. 2001.
- Sternheim-Peters, Eva: Die Zeit der großen Täuschungen. Mädchenleben im Faschismus, Bielefeld 1989.
- Sternheim-Peters, Eva: Von der Hochschulreife zum Hauptdiplom. Ein weiblicher Bildungsweg in Krieg und Nachkriegszeit, in: Kersting, Franz-Werner (Hg.): Jugend vor einer Welt in Trümmern. Erfahrungen und Verhältnisse der Jugend zwischen Hitler- und Nachkriegsdeutschland, Weinheim/München 1998, S. 233-255.
- von der Grün, Max: Wie war das eigentlich? Kindheit und Jugend im Dritten Reich, München 2003.
- von Schirach, Henriette: Der Preis der Herrlichkeit, München 2003.
- Walb, Lore: Ich, die Alte - ich, die Junge. Konfrontation mit meinen Tagebüchern 1933-1945, Berlin 2000.
- Watzke-Otte, Susanne: „Ich war ein einsatzbereites Glied in der Gemeinschaft ...“. Vorgehensweise und Wirkungsmechanismen nationalsozialistischer Erziehung am Beispiel des weiblichen Arbeitsdienstes, Frankfurt a. M./Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1999.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, Bd. 4, München 2003.

*Dr. Christel Gärtner
Essener Kolleg für Geschlechterforschung
FB Soziologie
Universität Duisburg-Essen
Universitätsstr. 12
45117 Essen
Email: christel.gaertner@uni-essen.de*

Gestaltbarkeit und Grenzziehungen. Körper und Körperlichkeit im polizeilichen Diskurs

Dieser Beitrag ist im Rahmen des DFG-Projekts „Geschlechterkonstruktionen im Organisationswandel am Beispiel Polizei“ entstanden.¹ Er richtet sich in erster Linie an die polizeiinterne Öffentlichkeit und verzichtet daher weitgehend auf eine explizite geschlechtertheoretische Einordnung.² Das Projekt hat untersucht, inwieweit Geschlechterkonstruktionen in der Polizei im gegenwärtigen Organisationswandel in Bewegung geraten, oder ob durch die Präsenz von Frauen eher von einer Re-Traditionalisierung von Geschlecht gesprochen werden muss. Der Aufsatz beleuchtet einen in diesem Forschungsfeld bislang weitgehend unbeachteten Aspekt: die Fragen, wie Körper und Körperlichkeit im polizeilichen Diskurs zur Sprache kommen und welche Bedeutung Körperlichkeit im Polizeidienst für die Anerkennung von Polizistinnen als gleichwertige Kolleginnen hat.

1. Einleitung

Bei der Frage nach Unterschieden zwischen Männern und Frauen, insbesondere im Hinblick auf polizeiliche Tätigkeiten, spielt der Bezug auf körperliche Unterschiede immer wieder eine Rolle. Darin unterscheidet sich der Polizeibereich nicht von anderen Beschäftigungsbereichen. Da körperliche Unterschiede häufig als Fakt genannt werden, an dem niemand vorbei könne, und daraus Begründungen für Arbeitsteilungen zwischen den Geschlechtern im Berufs- wie im Privatleben abgeleitet werden, ist es wichtig, dieses offenbar so zentrale Argument einmal gründlicher zu beleuchten.

Besonders interessant ist, dass im offiziellen Selbstverständnis der Polizei körperliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen eigentlich keine Rolle spielen sollten: es gibt *eine* Polizei und die ist für alle Polizeiaufgaben zuständig.³ Aus einem speziellen körperlichen Unterschied, nämlich der Gebärfähigkeit weiblicher Beschäftigter, erwachsen Frauen als gesellschaftlicher Gruppe allgemein auf dem Arbeitsmarkt viele Nachteile.⁴ Wenn die Polizei als Organisation damit ernst machen will, dass alle alles können sollen, ist sie gefordert, diese Nachteile in ihrem Bereich zu vermeiden. Wird diese körperliche Differenz

durch Routinen der Polizei als Organisation in ihrer Bedeutung eher verstärkt oder eher vermindert?⁵

Andere körperliche Unterschiede sind weniger eindeutig. Frauen können, müssen aber nicht, zierlicher als Männer sein; Männer können, müssen aber nicht, mehr Körperkraft als Frauen haben. Ein kräftiger, aber untrainierter Mann kann in einer „Widerstandssituation“ im Vergleich zu einer schwächeren, aber gut trainierten Frau im Vorteil, aber auch im Nachteil sein. Interessant ist es deshalb, danach zu fragen, wie diese eher „variablen“ körperlichen Unterschiede in der Polizei zum Thema werden. Welche Richtungen sind erkennbar? Werden Unterschiede betont oder eher die Gleichheit? In welche Richtung deuten Arbeitsverteilungen⁶ und Zusammensetzung von Teams? Und wie denken Polizeibedienstete und Vorgesetzte darüber?

In diesem Aufsatz wird untersucht, wie der Körper im polizeilichen Diskurs zur Sprache kommt und wie sich das Reden über Körperlichkeit mit tatsächlichen körperlichen Gegebenheiten wie Belastung, Leistungsfähigkeit u.a.m. verbindet. Dabei geht es zunächst vor allem um die Betrachtung sprachlicher Körperbezüge, die den Körper in engen Zusammenhang mit Ar-

beitsanforderungen und Belastungen bringen. Anschließend soll der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung Körperlichkeit im Polizeidienst für die Anerkennung von Polizistinnen als gleichwertige Kollegin hat. Exemplarisch soll dies anhand des Streifendienstes als dem zentralen Bereich polizeilicher Tätigkeit betrachtet werden und dann speziell hinsichtlich des Themas „Frauenstreifen“.

2. Der konkrete Körper: Anspannung, Belastung und Leistungsfähigkeit

Konkrete körperliche Empfindungen und Beschwerden stellen eine Dimension von Körperlichkeit dar, die sich in vielen der durchgeführten Interviews findet.⁷ Vor allem zur Belastung des Körpers werden eine Fülle von Aussagen gemacht, die sich auf die Arbeitszeiten, den Schichtdienst oder den Nachtdienst beziehen. Nachtdienste mit vielen Einsätzen, die nachfolgend noch korrekte schriftliche Berichterstattungen erfordern, werden als stark belastend erlebt: „Zwölf Stunden Dienst und dann noch drei Stunden tippen, das kann kein Mensch.“ (PK Busch)⁸ Zudem werde diese „übermenschliche“ Leistung von den Kollegen im Tagdienst, die den Vorgang weiterbearbeiten, nicht gewürdigt.

Habe man nach einer solchen Nachtschicht Tippfehler übersehen oder keine flüssigen Formulierungen mehr gefunden, werde der Kollege („*der um 8 kommt und um 4 geht*“) sich darüber ironisch äußern, statt die Leistung anzuerkennen. Lange Arbeitszeiten, auch zu „*unüblichen*“ Tageszeiten, seien „Selbstverständlichkeiten“, ebenso der Umstand, dass man in Führungspositionen niemals pünktlich nach Hause käme und keine Teilzeit möglich sei, wobei sich ein Achtstundentag von selbst ausschließe.⁹ Hier geht die Erwähnung von großen Belastungen mit einer deutlichen Anspruchshaltung einher, diesen Belastungen auch gewachsen sein zu müssen und dies auch von anderen erwarten zu können.

Schlafmangel als eine spezifische Form der körperlichen Belastung wird unter unterschiedlichen Aspekten thematisiert. Polizistinnen und Polizisten leiden z.B. aufgrund des Schichtdienstes nicht nur häufig unter Schlafmangel („*das ist ganz normal*“), sie werden darüber hinaus nicht selten von ihrer Arbeit „*in den Schlaf verfolgt*“, z.B. wenn sie mit der Bearbeitung von „*Leichensachen*“ befasst sind. Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit Schlafmangel genannt wird, ist die deutlich verspürte Anforderung, Schlafmangel dürfe die Leistung nicht beeinflussen. Der (erzwungene) Verzicht auf Schlaf gelte nicht als akzeptable Entschuldigung dafür, Details bei einer Ermittlung nicht gesehen oder Beweisspuren nicht gesichert oder deren Sicherung nicht schriftlich erwähnt zu haben. Auch morgens um vier Uhr müsse hochwertige Arbeit im Sinne einer guten Dokumentation geleistet werden. Hinzu komme, dass das Bedürfnis, Nachtschlaf haben zu wollen, als Hinweis auf Faulheit gewertet werden könne. Besonders tabuisiert ist Schlafman-

gel, der, wie eine Polizistin mit jüngerem Kind berichtete, andere als dienstliche Ursachen hat. Unausgeschlafenheit wegen eines kranken und nachts unruhigen Kindes sei nach ihrer Erfahrung kein legitimes Thema am Arbeitsplatz und schon gar keine Entschuldigung, die einen Anspruch auf Schonung begründen könnte.

Eine andere im Kontext der Interviews häufig zu findende Dimension von Körperlichkeit oder Belastung gründet auf der Thematisierung der Verletzlichkeit des Körpers, die im Berufsalltag eine wichtige Rolle spielt: die zentrale Aufgabe der Eigensicherung bzw. die der Sicherung von Kollegen sowie die Umsicht im Auftreten, bedeuten, dass man nie vergessen darf, „*dass man verletztlich ist*“, so der Leiter einer Einsatzhundertschaft. Gerade Einsätze im Bereich der Hundertschaften werden ausführlich unter Belastungsaspekten erwähnt. Großdemonstrationen, z.B. bei Atommülltransporten – ein insgesamt bei den Polizeibeschäftigten sehr gegenwärtiges Thema – stellen enorme zeitliche und physische Belastungen dar. Oft müssen lange Anfahrten bewältigt werden, an deren Ende eine „*schlechte Unterbringung*“ wartet. Tagelange Einsätze mit wenig oder gar keinem Schlaf, bei denen man „*kräftig Steine*“ abbekommt, sind dann zu erwarten. Große körperliche Disziplin ist bei diesen Einsätzen auch bei „*natürlichen*“ Bedürfnissen gefragt; so ist es z.B. nicht möglich, einzeln zur Toilette zu gehen, sondern nur in der Gruppe.

Bei diesen Schilderungen fällt auf, dass die erlebten körperlichen Zumutungen – Steinwürfe, Schlafmangel etc. – kaum als Erfahrungen körperlichen Leids benannt, sondern aus der Perspektive des guten oder weniger guten Umgangs mit dem Körper betrachtet werden.

Man weiß, wie man sich schützt, und hat deshalb auch keine Angst. Unbehagen bereitet es aber, wenn die körperliche Höchstleistung, die man/frau bei solchen Einsätzen erbringt, sich nicht in einer sorgsamem Behandlung von Organisationsseite widerspiegelt, sondern eben in schlechter Unterbringung und eben solchem Essen.¹⁰ Der Umgang mit dem eigenen Körper ist auch Thema, wenn Kolleginnen und Kollegen erwähnt werden, die dem Alkohol zusprechen, um sich von der während der Arbeit ertragenen Belastung zu lösen. Dieses Verhalten gilt einerseits als verständlich, andererseits aber auch als bedenklich, da es in verstärkte Formen des Konsums von Alkohol (und anderem) übergehen kann („*Suchtprobleme*“).

Wenn Einsatzsituationen geschildert werden, in denen körperliche Gefährdungen eine Rolle spielen, finden sich kaum Nennungen einer Gefährdung durch aggressive Gegner. Wenn nämlich „*dicke Sachen*“ anstehen, „*wenn mal was Größeres passiert*“, wissen Polizistinnen und Polizisten, wie sie sich zu verhalten haben: Sie stehen füreinander ein – auch körperlich. Es ist ihnen wichtig zu wissen, dass „*der Kollege*“ körperliche Hilfe geben wird, statt wegzulaufen. Die Körpergröße spielt dabei eine Rolle, denn manchmal muss man „*stark auftreten*“, gerade auch im körperlichen Sinne. Allerdings wird durchaus von Frauen wie von Männern betont, dass Durchsetzungsvermögen und Körpergröße nicht unbedingt zusammenhängen. Durchsetzungsvermögen könne auch über Kommunikationsfähigkeit geschehen und da wird Frauen im Polizeidienst ein besonderer Stellenwert beigemessen. Gleichwohl findet die Gegenüberstellung von „*kräftig*“ versus „*zierlich*“ doch immer wieder Erwäh-

nung, wie in den folgenden Abschnitten noch genauer gezeigt werden wird.

Eine weitere Dimension konkreter Körperlichkeit benennt den Körper als eine Art „letzter Instanz“. Dies gilt zum einen für die Neigung oder Abneigung gegenüber einer bestimmten Arbeit. So begründet eine Polizistin ihre Ablehnung, auf einen anderen Aufgabenbereich versetzt zu werden, damit, dass sie dort sehr viel Computerarbeit machen müsse und erfahrungsgemäß davon Migräne bekäme, was nicht im dienstlichen Interesse sein könne. Der Bezug auf den Körper, so scheint es, kann ein legitimes Argument sein, wenn es um berufliche Positionierungen geht.

Auch die in den Interviews mehrfach angesprochene und gedeutete Abwesenheit von Frauen in den allermeisten Spezialeinsatzkommandos wird mit dem Körper als letzter Instanz begründet. Es gebe dort „sehr sehr harte Tests“, insbesondere im körperlichen Bereich, denen auch die meisten Männer nicht gewachsen seien. Dieses Argument, das der Abwesenheit von Frauen eine Geschlechterdimension abspricht, beruht auf einer interessanten Konstruktion: Wenn auch die meisten Männer das körperlich nicht schaffen, kann die Abwesenheit von Frauen in den SEK's keine Diskriminierung sein. Unhinterfragt bleibt hier, *warum* die körperlichen Tests so „hart“ sind und wieso dies als entscheidende, eben „letztinstanzliche“ Begründung gegeben wird, auf deren Verständnis man ganz allgemein rechnen kann.

Insgesamt zeigt sich ein Bild starker Belastung im Berufsalltag, hervorgerufen durch den Zwang zur ständigen Aufmerksamkeit, einer permanenten Anspannung, lange und unregelmäßige Arbeitszeiten und hohe Ansprüche an die Quali-

tät der Arbeit, die auch dann gewährleistet werden müssen, wenn Mann oder Frau „*vor Müdigkeit die Augen nicht mehr aufkriegt*“. Andererseits werden die besonderen körperlichen Belastungen im Polizeidienst auch als besonderer Reiz empfunden; nicht nur die Belastung selbst, sondern auch die Tatsache, dass man sie aushält, tragen zum Berufsstolz bei. Man fühlt sich als guter Profi, als „*Elite*“, als „*etwas Besonderes*“ in dem Bewusstsein, dass dies nicht jeder leisten könne. Vor diesem Hintergrund ist die von Befragten als scherzhaft bezeichnete Antwort auf die Frage, wodurch man Karriere bei der Polizei machen könne – „*völlige Selbstaufgabe*“ – ambivalent zu sehen: es stimmt und es stimmt auch nicht.

Demgegenüber wird „Krankheit“ in ihrer Verleugnung erwähnt: „*Das ist ja die polizeispezifische Krankheit: immer stark sein, alles aushalten*“. Problematische Aspekte dieser generellen „Krankheit“ der Polizei, alles aushalten zu können, sind den Befragten durchaus bewusst. Dies zeigt sich z.B. in der Forderung insbesondere männlicher Polizeibeamter, man müsse durchweg darauf achten, „*dass Stärke nicht in Härte umschlägt*“ und Polizeibeamte außer Kontrolle geraten. Kollegen, die gegenüber Beschuldigten oder Festgenommenen körperlich aggressiv werden, sind den Befragten entweder aus persönlicher Erfahrung oder vom Hörensagen bekannt; es gebe im Polizeidienst einige „*fahrende Zeitbomben*“, die das Verhältnis von Stärke und Härte nicht ausbalancieren könnten.

Krankheit wird von weiblichen Polizeibeamten stärker unter dem Aspekt problematisiert, dass sie männlichen Kollegen Zuschreibungen hinsichtlich Weiblichkeit ermöglicht. So schildert die heutige Dienstgruppenleiterin Arndt, wie

sie und andere Kolleginnen der ersten Generation hätten beweisen wollen, dass Frauen genau so gut und geeignet seien wie Männer, sich dabei aber oft überanstrengt hätten und auch oft krank geworden seien „*durch extrem übersteigerten Ehrgeiz, den wir auch hatten, aber es ist alles von außen hergetragen worden. Selbstverschuldete chronische Erkrankungen, die aber mit Sicherheit auch damit zusammenhängen, dass man das Gefühl hatte, ich muss hier mehr bringen. Wenn ich jetzt krank feiere, dann kommt, ach siehste, drei Tage im Regen Fußstreife gegangen, jetzt hat sie ne Grippe, und schon feiert sie krank.*“ (PHK'in Arndt)

Der Körper, so konnte aufgezeigt werden, wird in der Polizei in verschiedenen Bezügen erwähnt: hinsichtlich der *Leistungsfähigkeit* des Körpers, seiner *Verletzlichkeit* und der *körperlichen Zumutungen/Anforderungen*, die mit dem Polizeidienst einhergehen. Es war ferner erkennbar, dass der Körper eine wichtige Rolle in der *Anerkennung als verlässlicher Kollege/verlässliche Kollegin* spielt, dass er im Kontext von *Funktionalitäten* (welche körperlichen Voraussetzungen erfordern bestimmte berufliche Tätigkeiten?) erwähnt wird, aber auch zur Regelung von *Konkurrenz* (SEK). Ferner spielte die *Natürlichkeit* des Körpers eine Rolle (Müdigkeit, Gebärfähigkeit) und der *Umgang* mit dieser. Eine wichtige Dimension des Umgangs mit dem Körper ist seine Gestaltung durch Training und Sport. Dieser Aspekt soll im Folgenden noch etwas detaillierter betrachtet werden.

3. Körper und Sport oder: Die Überwindung der Zierlichkeit?

Polizeiarbeit erfordert eine Reihe von Fähigkeiten, die im Berufsalltag zu bewussten Strategien werden. „*Blickkontakt*“ mit dem polizeilichen Gegenüber wahren zu können, wird als wichtige Fähigkeit beschrieben,

die den Beziehungsaufbau und den Ablauf des Geschehens entscheidend prägen. Auch „*laut sprechen können*“, z.B. beim Erstkontakt in einer Einsatzsituation, wird als eine solche Fähigkeit erwähnt. Als eine besondere körperliche Fähigkeit gilt die Körperbeherrschung, die z.B. dann zum Tragen kommt, wenn es gefordert ist, „*sich lautlos nähern*“ zu können. Ein zentrales Thema bezogen auf den Körper und seine Fähigkeiten ist jedoch der Sport. Sport, bzw. die Fähigkeit dazu, scheint ein nicht unwichtiger Bereich des polizeilichen Selbstverständnisses zu sein. So beschreibt ein Vorgesetzter, wie sich Frauen insbesondere auch über ihren Willen zu sportlicher Leistung in seine Einheit hätten integrieren können – allerdings gelänge das nur, wenn sie es nicht „*übertreiben*“ und härter sein wollten als die Männer.

Der Sport wird von den Polizistinnen, die ihn erwähnen, in der Regel als positiv besetztes Betätigungsfeld benannt. Teilweise setzen sich diejenigen, die nach eigenem Bekunden gern und häufig Sport treiben, argumentativ von „*anderen Kolleginnen*“ in der Polizei ab, die es z.B. fertig brächten, mit Verweis auf ihre gerade stattfindende Menstruation die Beteiligung an sportlichen Übungen zu verweigern. Solchen Kolleginnen wird auch nachgesagt, aus Sorge um ihre „*lackierten Fingernägel*“ oder um „*Schmuck*“ und „*Piercing*“ sportliche Betätigungen abzulehnen. Der Verweis auf unangemessenen Körperschmuck – der im übrigen nicht auf den Sport begrenzt ist, sondern sich auch bei der Schilderung von Einsatzsituationen findet – wird überwiegend von Frauen geäußert. Die „*lackierten Fingernägel*“ stehen offenbar für eine Einstellung zum Polizeiberuf, von der sich eine Reihe von Polizistinnen abgrenzen.¹¹

Polizistinnen, die das Thema „Sport“ ansprechen, beziehen sich interessanterweise meist nicht auf den Vergleich mit Männern, sondern auf den Vergleich von sich selbst mit „anderen“ Frauen im Polizeiberuf, denen sie eine oder mehrere „Weiblichkeitsstrategien“ zuschreiben, von denen sie sich abgrenzen. Sie selbst würden beispielsweise niemals wegen „*Menstruationsbeschwerden*“ den Sport verweigern. Eine „Verweigerung“, in der auf eine weibliche körperliche Eigenheit Bezug genommen wird, erscheint diesen Frauen als eine völlig unakzeptable Verhaltensweise. Diese Deutung wird noch betont durch die Erwähnung der Sorge, die „*manchen*“ Kolleginnen um ihre lackierten Fingernägel unterstellt wird.¹² Anders verhielte es sich, so lässt sich vermuten, bei einer „Zerrung“ oder einer anderen, *nicht* als „weiblich“ geltenden körperlich begründeten Verweigerung. Die Gründe, weshalb Männer und Frauen eine Auszeit vom Sport nehmen können, wollen offenbar gut überlegt sein. Deutlich ist aber, dass Bezugnahmen auf traditionelle weibliche Eigenheiten als Indiz für Lustlosigkeit oder fehlendes Engagement gegenüber der Polizeidienst gewertet werden.

Damit erweisen sich der Körper, seine Naturhaftigkeit und seine Gestaltbarkeit als ein Gebiet, in dem teilweise *keine* geschlechtsbezogenen Bedeutungen mitgeteilt werden, teilweise jedoch sehr wohl. Es kristallisiert sich ansatzweise ein „richtiger“ und ein „falscher“ Umgang mit Sport für *Frauen* heraus: männliche Bedienstete wie der oben zitierte Vorgesetzte beobachten den Sport der Frauen und haben hierfür Beurteilungskriterien, die darauf hindeuten, dass Sport sich als Mittel der Integration von Frauen in die Polizei als zweischneidiges Schwert erweist. Sie sollen sportlich sein, es

aber nicht „*übertreiben*“. Die Grenze zum „Übertreiben“ ist dann überschritten, wenn Frauen durch übermäßiges Training und zu großen Ehrgeiz den Eindruck erwecken, so gut wie Männer – oder gar besser als Männer – sein zu wollen. Ein Beispiel dafür, dass für Frauen in „männlich“ geprägten Berufsfeldern die Anforderung besteht, sich mit den „Weiblichkeitserwartungen“ ihres Umfeldes auseinander zu setzen. Frauen können sich durch Sport Achtung als ernstzunehmende Kollegin erwerben – als eine, die sich Mühe gibt, ihren Körper in einer Verfassung zu halten, die ihn zuverlässig macht; dies bedeutet ja häufig: eine Kollegin, auf die man sich beim Einsatz in dem Sinne verlassen kann, dass sie nicht zusammenbrechen wird und man sich mit ihr kein Risiko für die eigene Sicherheit einhandelt. Aber bedeutet diese Zuverlässigkeit der körperlichen Leistungsfähigkeit auch, dass man sich der Kollegin notfalls „anvertrauen“ kann? Wird sie körperlich für ihre Kollegen einstehen (können)? Wird sie ihre „Zierlichkeit“ in den Augen der Kollegen überwinden? Hier sind Zweifel angebracht, denn wenn sie nicht „wie die Männer“ werden soll, bleibt doch eine Einschränkung an ihr haften.

So zeigt sich eine weitere Facette des Umgangs mit Geschlechtlichkeit in der Polizei: Frauen dürfen weder zu „männlich“ noch zu „weiblich“ sein. Das „richtige“ Verhalten herauszufinden, ist dabei gar nicht so einfach: was noch tolerabel ist und was die Grenze des Akzeptablen in beide Richtungen überschreitet, ist nicht eindeutig festlegbar; von daher sind „Irrtümer“ in der Selbstdarstellung der Frauen naheliegend. Anders als z.B. Schwangerschaft und Mutterschaft verweisen „Menstruation“, „Übertreiben“,

„Zierlichkeit“ und „lackierte Fingernägel“ auf „ungeregelte“ Dimensionen von Geschlechtlichkeit, die sich vielleicht gerade deshalb für subtile Unterstreichungen der Bedeutsamkeit von Geschlecht als Grenzziehung eignen, obwohl die Polizei als „entkörperlichter“ Bereich in Einstellungen und Bewertungen von Geschlecht und dessen Bedeutung für die Eignung zum Polizeiberuf gilt.

Die „Gestaltbarkeit“ des Körpers über seine „natürlichen“ Grenzen hinaus (Schlafmangel, Zierlichkeit) ist im Polizeiberuf wichtig. Dies wird durch die Betrachtung des Themas „Sport“ unterstrichen. Weibliche Bedienstete nehmen diese Botschaft dahingehend auf, dass sie ihre Körperlichkeit über Sport und Training zu einer zuverlässigen Basis für die Ausübung des Polizeiberufs und auch für ihre Anerkennung als Kolleginnen machen wollen. Sport hat somit auch die Bedeutung einer tendenziellen Überwindung von Geschlechtergrenzen. Diese Strategie der Integration ist jedoch nicht ohne Tücken; die Überwindung körperlicher „Unterlegenheit“ ist wichtig, aber unter Geschlechteraspekten zweischneidig.

Der Körper als „zuverlässige“ Basis spielt eine besonders wichtige Rolle im Tätigkeitsfeld „Streifendienst“. Der Streifendienst gilt als einer der zentralen Bereiche polizeilicher Tätigkeit. Alle Befragten kennen ihn und die allermeisten haben mit ihm Erfahrung, viele schildern ihn ausführlich. Öfter wird er darüber hinaus als Tätigkeitsbereich in einem Beispiel benutzt, das Aspekte eines guten Polizisten bzw. einer guten Polizistin, eines Kollegen/einer Kollegin, mit dem/der man gut und gern zusammen arbeitet, verdeutlichen soll. Aber er hilft vielen auch, die Frage nach etwaigen Un-

terschieden, wie Frauen und Männer den Polizeiberuf ausüben, zu beantworten.

4. Körperlichkeit und Streifendienst

„Das ging dann so weit, dass man das im Streifendienst, das ging dann so weit, dass man gesagt hat, mit einer Frau fahre ich nicht raus. Weil die kann mich ja nicht beschützen. Und die älteren Kollegen haben diese Aversion nach wie vor noch. Die sagen, auf eine Frau ist nicht Verlass, Frauen kommen daher in eine Männerdomäne, irgendwann kriegen sie Kinder, sind weg und belasten uns.“ (Herr Welchert)

„...ich glaube, dass die Älteren da eher flexibler sind, komischerweise, als die Jüngeren. Ich weiß es nicht, woran´s liegt und was ich da halt mitbekommen hab von den Kollegen, das war echt erschreckend, da hab ich echt gedacht, mein Gott. Wahrscheinlich haben die privat irgendwie ein Frauenproblem oder Komplexe da wird halt eher der Frau dann irgendwo hingekuckt und... aber halt nicht, dass sie vielleicht wirklich auch was kann. Da wird gesagt, ach, die hat einen schönen Hintern oder so was. Aber dass man sagt, hier, das ist ne Kollegin, mit der arbeitet man zusammen und die macht denselben Beruf wie ich, die gehen da so nicht mit um“ (POM'in Bochtler)

Diese beiden Zitate zeigen, wie unterschiedlich die Sichtweisen auf die Normalität von Frauen im Streifendienst sind. Herr Welchert verortet Probleme mit der Akzeptanz von Frauen in der Vergangenheit; dort, wo sie sich noch zeigen, sind sie bei „älteren“ Bediensteten anzutreffen.

Polizeiobermeisterin Bochtler zeichnet ein anderes Bild; zwar nicht auf ihrer jetzigen Dienststelle, wohl aber in früheren Stationen ihrer noch kurzen Laufbahn, hat sie die Erfahrung gemacht, dass Vorurteile kein Generationenproblem sind, und wenn, dann eher in umgekehrter Richtung. Verbale Ausgren-

zungsversuche von männlicher Seite sind für sie noch Gegenwart. Dass gerade jüngere Kollegen ihr die selbstverständliche Behandlung als Kollegin verweigern, kann sie sich nur dadurch erklären, dass diese Kollegen „privat“ gegenüber Frauen oder allgemein „Komplexe“ haben. Eigentlich, so meint sie, dürfte es so etwas heute nicht mehr geben und diese Meinung versucht sie auch durchzusetzen – mit wechselndem Erfolg. Bei ihrer jetzigen Dienststelle fühlt sie sich voll anerkannt; bei einer gesundheitsfördernden Maßnahme traf sie hingegen auf „Kollegen, die eigentlich so ungefähr so alt sind wie ich, ... die eigentlich es gewohnt sein müssten, mit Frauen umzugehen oder mit Frauen zusammen zu arbeiten vor allen Dingen. Die hatten eine Einstellung, die könnt ich nicht teilen, die müssen dann wahrscheinlich mal schlechte Erfahrungen gemacht haben, oder es ist diese Mundpropaganda, diese typischen Gerüchte, die immer schneller da sind als alles andere, dass Frauen halt wegen ihrer körperlichen Unterlegenheit einfach fehl am Platze sind so. Und das ist, ich hab die Einstellung dazu, einen guten Polizisten macht es sicherlich nicht aus, ob er jetzt 1,80 m groß ist... und das find ich erschreckend, dass jemand, der eigentlich mit Frauen da groß geworden ist in der Polizei, dass der so denkt ...Ich hatte mich halt auch mit dem einen oder anderen unterhalten darüber, weil das Thema halt einfach mal aufkam, dann hab ich halt schon abgeblockt und hab immer gesagt, hier, da brauchen wir uns nicht darüber unterhalten, das ist ein tot geredetes Thema mittlerweile schon, ja, dann fragen die, wieso – die fragen z.B. nicht, nee, die fragen mich nicht, wie gehst du damit um, wenn es zu ner Schlägerei... – wie fühlst du dich dabei, wenn alle 13 Köpfe größer sind, die sagen dann halt, wie kannst du zur Polizei gehen, so. Und so was, find ich, braucht man nicht, oder solche Sachen kommen dann.“ (POM'in Bochtler)

Polizeiobermeisterin Bochtler

berichtet hier über ein Verhalten jüngerer männlicher Kollegen, das erfahrungsresistent erscheint: Diese Kollegen müssten es eigentlich aus eigener Erfahrung besser wissen. Grob resümierend lässt sich anhand der Interviews der Stellenwert von Erfahrung unterstreichen: Mit Frauen im Streifendienst zusammen arbeiten zu können, verlangt von männlichen Polizeibeamten eine gewisse Erfahrung, die sie erst einmal sammeln müssen. Liegen Erfahrungen vor, gibt es zwei Möglichkeiten: Sie werden gebündelt zu einem Fazit „Frauen sind überall genauso geeignet wie Männer“, oder zu dem Fazit „Frauen haben spezielle Fähigkeiten und sind (daher) eingeschränkt verwendbar“. Beide Möglichkeiten können aber auch bei ein und demselben Befragten auftreten. Im Folgenden wollen wir beispielhaft die Äußerungen von Kommissar Rauscher betrachten, der 30 Jahre alt ist und über einige Jahre Streifenfendenerfahrung verfügt.

„Ich finde nicht, ... dass das eher ein Nachteil ist, wenn Du zu einer Schlägerei gehst oder zu Randalierern. Mit einer Frau bist Du ein bisschen im Nachteil wegen dem Hinlangen, habe ich gedacht früher. Aber im Gegenteil: Da langan die Frauen auch hin und machen Handschellen ran. Oder können auch mal ein bisschen auf ihn eingehen. Können die männlichen Kollegen vielleicht irgendwie weniger. Es kommt immer drauf an, wie die Frau ist. Es gibt solche und solche, genau so wie es bei den Männern solche und solche gibt.“ (KOM Rauscher)

Dass eine Polizistin sich im Streifenfendienst gegenüber einem männlichen Kollegen als defizitär erweisen könnte, ist in diesem Zitat angesprochen und auch als eigene Meinung kenntlich gemacht; diese wird jedoch im Stadium der bewältigten Vergangenheit präsentiert. Heute ist dieser Polizist auf Grund seiner Erfahrungen nicht mehr der Meinung,

dass es für ihn nachteilig sei, mit einer Frau Streifenfendienst zu versehen oder zu einem Einsatz zu fahren.

Würde das Interview hier enden, wäre seine Deutung eindeutig. Es geht aber noch weiter: Herr Rauscher hat, wie erwähnt, auch schon „schlechte Erfahrungen“ mit Frauen gemacht, und die wirken bis heute nach. Bei einer Demonstration – „das ist aber schon ein paar Jahre her“ – ging es um einen Schlagstockeinsatz und die Kollegin hat nicht nur „nichts gemacht“, sondern hat sich „versteckt, kann man sagen, hinter mir.“ Zwar entschuldigt er die Kollegin über ihre Körperlichkeit – „das war eine kleine, zierliche Kollegin“ – andererseits ist er mit ihrem Verhalten als Polizistin nicht einverstanden: „Aber wenn es da hart auf hart kommt, dann erwarte ich auch von einer Kollegin, dass ich da unterstützt werde. Egal was halt kommt.“ In einem weiteren Beispiel ist die Kollegin, mit der er zu einem nächtlichen Einsatz wegen eines Einbruchs gefahren ist, am Auto geblieben und hat „auf den Funk gewartet“, während er ausstieg und das Objekt umsuchte. Allerdings fügt er hinzu, dass er auch positive Erfahrungen mit Kolleginnen hat, wo diese genauso wie er das Haus nach einem Einbruch durchsuchen und genauso wie er jemanden mit einer Waffe festgenommen haben. Und schließlich: „Aber das hätte mit einem Kollegen genauso passieren können. Ich kenne auch Kollegen, die ängstlicher waren, und der im Auto sitzen geblieben ist. Das erlebt man mal in seiner Laufbahn.“ (KOM Rauscher)

Diese um eine gerechte Beurteilung bemühte Äußerung scheint oberflächlich dem Muster der individualisierten Betrachtung zuzuordnen zu sein, das in Interviews sehr häufig anzutreffen war. Als Beispiel für dieses Muster eine Äußerung von Polizeioberkommissar Schulze: „...ich hab auch da ne Meinung zu, und

zwar einfach die, man muss das an den Personen festmachen. Also man darf das ganz einfach nicht pauschal sagen, ja geht, oder nein, geht nicht, sondern ich bin ganz einfach der Meinung, es gibt Konstellationen, es gibt sehr viele Konstellationen, da geht es hundertprozentig, und es gibt manchmal Konstellationen, da würde es vielleicht nicht gut gehen“. Man kann weder pauschal über Männer noch über Frauen Behauptungen aufstellen; alle Menschen sind verschieden und der ängstlichen Kollegin wird argumentativ eine zuverlässige, dem bequemen Kollegen ein einsatzbereiter gegenübergestellt.

Dass dies jedoch noch nicht alles ist, zeigt Herrn Rauschers generelle Einschätzung davon, welcher Prozentsatz von Frauen in der Polizei der beste sei. Für die Kripo würde er 50/50 vorschlagen, oder auch 60/40. Im Streifenfendienst käme für ihn jedoch bestenfalls 80/20 in Betracht: „Ein Großteil Männer auf jeden Fall. Auch darum, einfach die Schichtarbeit, die Frühdienste, die Wechselschicht. Dann auch die Besoffenen, die Randalierer, die Einbrecher. Klar, Frauen machen das mit Sicherheit genau so gut, aber Streifenfendienst ist für mich eigentlich mehr was für Männer. Es gibt so viele Bereiche, wo Frauen genau so gut sind. Ob es jetzt bei der Reiterstaffel ist oder bei der Kripo oder es gibt ja auch mal ein Einsatzkommando. Das ist ja keine Frage. Aber im Streifenfendienst, wo es rund um die Uhr... und dann die Schichtarbeit, das muss halt jede Frau wissen.“ (KOM Rauscher)

Frauen haben im Streifenfendienst in seinen Augen durchaus ihre Funktion: „Streifenfendienst, ja, man ist oft glücklich, wenn man eine Frau dabei hat. Sei es, [dass sie] deeskalieren, oder sei es einfühlsamer teilweise, was Frauen sind. Oder beruhigender.“ Ganz generell sind Frauen jedoch in seinen Augen weniger breit einsetzbar als Männer: „Aber im Streifenfendienst muss man alles machen. Da kann man es sich nicht groß raussuchen, was man macht.“

Da kann es sein ein Raubüberfall, da kann es sein, es kommt eine Leichenschichte, ein Besoffener, ein Randalierer. Das ist halt ein bisschen schwieriger im Streifendienst, weil man da halt alles machen muss und nicht lange überlegen kann.“ (KOM Rauscher)

Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass Frauen im Streifendienst einen Platz haben, wenn ihr Anteil begrenzt ist. In vielen Situationen ist die Anwesenheit von Polizistinnen hilfreich, weil sie ihre speziellen Fähigkeiten zur De-Eskalation und zur Kommunikation einsetzen können. Nicht bei jedem Einsatz ist aber im Vorhinein absehbar, ob Situationen eintreten, in denen Frauen mit ihren spezifischen Fähigkeiten am Platze sind. Im Gegenteil: wenn eine Streife vor Ort ist, gleich in welcher Zusammensetzung, muss sie „alles“ bearbeiten, was kommt. Dabei kommt es eben doch oft zu Situationen, in denen eine einfühlsame Polizistin nicht so hilfreich ist wie ein Kollege, der ebenfalls – wie der Sprecher selbst – darauf eingestellt ist, „alles“ machen zu müssen und auch zu können.

Als Quintessenz aus der hier geäußerten Meinung kann festhalten werden: Männer sind für die Polizeiarbeit in ihrer ganzen Breite geeignet; Frauen haben ganz besondere Fähigkeiten. Als Gründe werden unter anderem solche genannt, die mit körperlicher Leistungsfähigkeit zu tun haben. Gleichheit von Frauen und Männern in der Eignung für den Polizeiberuf ist aber dennoch gegeben, weil die Polizei soviel verschiedene Verwendungsmöglichkeiten bietet, dass die unterschiedlichen Fähigkeiten von Frauen und Männern gut zum Tragen kommen können.¹³

Dieser Konsens – Gleichheit der Geschlechter durch Einsatz entsprechend ihrer Unterschiedlichkeit

– ist demnach als ausreichend breite Grundlage zu sehen, auf der sich unterschiedliche Auffassungen über Gleichheit und Gleichwertigkeit ansiedeln lassen. Auch eine Reihe weiblicher Bediensteter kann in diesen Konsens mit einstimmen. Sie vertreten die These von der mangelnden Körperkraft, teils in Verbindung damit, dass es auch weniger kräftige Männer gebe. Allerdings betonen die Beamtinnen stark die besonderen Fähigkeiten der Frauen und die gesetzliche Notwendigkeit, dass Frauen mit zum Einsatz fahren. Gerade die Vielfältigkeit der polizeilichen Arbeit und damit die Breite der Verwendung, insbesondere auch bei Streifendienst und Einsatzfahrten, ist es jedoch, was jüngere Kommissarinnen als zentral für ihre Arbeitsmotivation, aber auch als wichtige, von ihnen zu bewältigende Aufgabe schildern. Sie betonen, dass sie im Prinzip *alles* machen und auch machen wollen. So meint beispielsweise Kommissarin Ott, zum Zeitpunkt des Interviews im ersten Berufsjahr nach der Ausbildung, es sei *„... jetzt noch ein bisschen schwer, weil man das natürlich jetzt im ersten Jahr nach der Ausbildung noch so in der Lernphase ist (...) Deswegen... muss ich halt zusehen, dass ich mit sämtlichen Einsätzen klar komme, sämtliche Einsätze lösen kann, und versuche das auch.“ (PK in Ott)* Im Zitat von Herrn Rauscher war angedeutet, dass der Streifendienst im Prinzip eher etwas für Männer sei, weil man da *„alles“* machen müsse und sich nichts *„herausuchen“* könne. Die Grundhaltung der interviewten Kolleginnen zeigt, dass diese – im Unterschied zu Herrn Rauscher – diese Auffassung nicht teilen und sich der Herausforderung stellen wollen. Sie grenzen sich deutlich von solchen Kolleginnen ab, die sich etwas *„herausuchen“* wollen, statt überall mit anzupacken. Solche Frauen schaden ihrer Meinung nach

insgesamt dem Image der Frauen in der Polizei.¹⁴

Ein oft auftretendes Muster der Argumentation ist das der Ergänzung von Mann und Frau durch ihre Unterschiedlichkeit. In diesem Muster sind Frauen für den Streifendienst und den Polizeidienst insgesamt durchaus geeignet, bleiben aber in ihrer Verwendungsbreite eingeschränkt. Männliche Vertreter dieses Arguments plädieren, wie oben exemplarisch aufgezeigt, daher meist dafür, den Frauenanteil in der Polizei, insbesondere im Streifendienst, auf 20% zu begrenzen. Für Kommissar Kämpfert kämen sogar nur 10% in Frage. Für den Vorgesetzten Riedelsheimer wären 30% *„schon ein Problem“*. Allerdings überschneidet sich das Argument der wegen Körperkraft eingeschränkten Verwendung mit dem des Schwangerschaftsrisikos, das auch einige Polizistinnen sich dafür aussprechen lässt, den Anteil von Frauen in der Dienstgruppe einzugrenzen.¹⁵

Als weiterer Aspekt, wie die Bezugnahme auf Körperlichkeit eine nachteilige Differenz für Frauen konstruiert, stellt sich ein Kavaliers- oder Schutzverhalten männlicher Kollegen, aber auch Vorgesetzter heraus. Frauen werden manchmal gezielt zur Vorsicht oder zum Rückzug aufgefordert, womit sie dann in die „Akzeptanzfalle“ geraten, die Kolleginnen seien schutzbedürftig bzw. hätten sich unsicher, ängstlich, unwohl oder zu erschöpft gefühlt, um voll einsatzfähig zu sein. Hierzu sollen zwei Beispiele aus der langjährigen Berufserfahrung von Frau Arndt betrachtet werden. Frau Arndt ist heute Dienstgruppenleiterin. In ihrer Anfangszeit als Polizistin gehörte sie mit zu der ersten Frauengeneration (2. Einstellungsjahrgang) in der Schutzpolizei. Sie berichtet von verschiedenen Ver-

suchen männlicher Kollegen, sie zu schützen. Wenn sie *„rausfahren zu irgend nem Familienstreit, was dann permanent kam: und du bleibst hinter mir. Wo ich dann auch gesagt hab, hinter dir kann ich dir nicht helfen.“* Durch dieses Schutzverhalten fühlte sie sich daran gehindert, zu beweisen, was sie kann – und das in einem Kollegenkreis, der davon ausging, dass Frauen prinzipiell ungeeignet seien. *„Und das ist im Grunde das, was wir Frauen, gerade die ersten Frauen bei der Polizei immer wieder gesagt haben, gebt uns ne Chance zu beweisen, dass wir gut genug sind, und dass wir dazu gehören. Und wenn wir den Beweis nicht erbringen können, dann könnt ihr immer noch schreien. Aber nicht von vornherein.“* Ihrer Meinung nach sind Frauen körperlich belastbarer als Männer; das sei *„in zahlreichen Studien erwiesen worden, nicht umsonst sagt man, lasst mal die Männer die Kinder kriegen“* (PHK'in Arndt)

Dass schützendes Verhalten von Seiten männlicher Kollegen und Vorgesetzten eine Falle sein kann, wenn es darum geht, als Kollegin ernst genommen zu werden, hat Frau Arndt auch in ihrer Zeit in der Einsatzhundertschaft erlebt. Bei einer großen Anti-AKW-Demonstration in einem anderen Bundesland wurden die Gruppen nach vier Tagen Dauereinsatz gefragt, ob sie sich in den Innendienst zurückziehen wollten; in dem nächsten großstädtischen Einsatzort sei es gefährlich, *„es gäbe bürgerkriegsähnliche Zustände irgendwo in der Innenstadt, wo wir jetzt hin müssen. Und vier unserer Kolleginnen, wir waren insgesamt zu sechst in der Hundertschaft, haben gesagt, ja, wir gehen nach hinten. Diese vier Kolleginnen haben anschließend in der Hundertschaft kein Bein mehr an die Erde gekriegt. Und das, obwohl, sowohl der Zugführer als auch diese Gruppen massiv auf sie eingeredet haben, fährt nicht mit raus, bleibt hinten, kümmert euch um die Versorgung, baut die*

Betten auf, es ist zu gefährlich...“ Auch sie selbst habe „hinten“ bleiben sollen und nur durch heftigen Widerstand erreicht, dass sie mit zum Einsatz durfte, *„und im Gespräch im Nachhinein hat die Gruppe mir gegenüber auch zugegeben, wenn du da ausgestiegen wärest, dann wär´s vorbei gewesen. Die hätten dich nie wieder ernst genommen.“* (PHK'in Arndt)

Die bis hierhin analysierten Einschätzungen gewinnen noch an Deutlichkeit, wenn man sich dem Thema „Frauenstreifen“ zuwendet. Beim Einsatz in einer Frauenstreife ist klar: „Alles, was anfällt“ muss von den beiden Frauen im Einsatzwagen als Aufgabe übernommen und erledigt werden, ggf. – wie auch bei Männern und bei gemischten Streifen – mit Unterstützung weiterer Streifenwagen.

5. Frauen als Vertretung der gesamten Polizei? Frauenstreifen als kontroverses Thema

Der Informationsstand bezogen auf die formelle Handhabe von Frauenstreifen erwies sich als alles andere als einheitlich. Eine Reihe männlicher wie weiblicher Polizeibediensteter geht davon aus, dass Frauenstreifen nicht sein dürfen oder sein sollen, *„nicht zu empfehlen“* seien bzw. *„von oben nicht genehmigt“* würden. Andere hingegen meinen, so was gäbe es durchaus, befürworteten Frauenstreifen explizit oder sehen Frauenstreifen für die Zukunft positiv, *„wenn die Kolleginnen mehr Erfahrungen haben“*; selbst ein eher skeptischer Interviewpartner meint:

„Wenn es nicht sein muss, mache ich es nicht“ (nur Frauen zu einem Einsatz einteilen, d.V.), *„es wäre aber kein Problem.“* (EPHK Riedelshemer)

Von anderen wird betont, der Einsatz von Teams bzw. deren Zusammensetzung vollziehe sich nach dem Zufallsprinzip: *„wer am nächsten dran ist, fährt hin“*. Die Leitwarte

könne ja nicht in die Wagen hineingucken, wer da gerade drinsitze, und per Funkkontakt sei auch über die Stimme nicht unbedingt das Geschlecht erkennbar.¹⁶ Von daher gebe es gar keine Möglichkeit, Frauenstreifen zu orten, gezielt einzusetzen oder im Einsatz zu bremsen. Andererseits geben die Interviews Hinweise auf vielfältige Möglichkeiten, dass dies doch geschieht.

Die grundlegendste Möglichkeit, eine Frauenstreife zu vermeiden, besteht in der (insbesondere in Baden-Württemberg sowie häufig in ländlichen Gebieten anzutreffenden) Zuteilung von lediglich einer Frau pro Dienstgruppe. Dies wird mehrfach als offizielle Strategie genannt: *„Damit alle mal in den Genuss einer Frau kommen.“* (PHK Hiller) Diese eine Frau fährt dann entweder mit einem festen Teamkollegen zum Einsatz oder aber sie wird flexibel zugeteilt, wenn die Umstände den Einsatz einer Frau erfordern – z.B. bei weiblichen Tatverdächtigen, die nicht von Männern durchsucht werden dürfen, sowie bei Frauen und Kindern als Opfern von Gewalt, auch sexualisierter Gewalt, und Misshandlung.

Grundsätzlich dürfen Frauenstreifen aber kein Problem sein, weil dies wichtigen Grundsätzen polizeilicher Arbeit widerspräche. Die Konsensformel, auf die sich die meisten Befragten einstimmen, ist die „gemischte Streife“. Sie gilt vielen als das „Optimum“, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. *„Uns begegnet das tägliche Leben in der ganzen Bandbreite. Da sind immer Männer und Frauen gemeinsam da. Und so treten wir auch auf, also unser Auftritt in Geschlechter differenziert, das halte ich für ganz gut. Und drum geschieht das so, dass wir das auch zeigen“* (PD Lange). Für diesen Befragten liegt daher der ideale Frauenanteil in der Polizei durchgängig bei 50%.

Dieses Plädoyer für gemischte Streifen geht mit der Vorstellung einher, durch eine Gleichverteilung von Männern und Frauen werde Gleichheit durch Vielfältigkeit, als Repräsentanz aller möglichen Unterschiede, hergestellt. Diese Vorstellung wiederum hat viele Facetten. Sie kann, wie gerade dargestellt, zur Forderung nach gleichen Anzahlen von Frauen und Männern in allen Bereichen der Polizei führen, aber auch mit der Forderung nach zahlenmäßiger Männerdominanz in einigen Bereichen einhergehen.

Nur wenige männliche Vorgesetzte sehen die Einsetzbarkeit von Frauen im Großen und Ganzen als unbegrenzt an. Mehrere weibliche Vorgesetzte und ein männlicher Vorgesetzter sehen hingegen keinerlei Risiko bei Frauenstreifen. Vorgesetzter Lange, 59 Jahre alt, meint beispielweise, er habe sein ganzes langes Arbeitsleben lang keine Körperkraft im Dienst gebraucht. Weibliche aber auch einige männliche Vorgesetzte bewerten die Frage nach Frauen im Streifendienst überwiegend nach dem Gesichtspunkt, wie schnell Unterstützung da sein kann oder ist. In brenzligen Situationen müssten alle Streifen, egal in welcher Besetzung, Unterstützung durch weitere Streifenwagen anfordern; diese seien dann in aller Regel auch sehr schnell da; von daher ließe sich kein besonderes Risiko für oder durch weiblich besetzte Streifen erkennen.

Sehen also einige Polizeibedienstete eine enge Verbindung zwischen „Körper“ und „Eignung“ für Streifendienst, lösen andere sie in eine Frage der Routinen und der Gegebenheiten „vor Ort“ auf, also in der Frage, wie schnell Unterstützung kommen kann.

Allerdings kann die Anforderung von Unterstützung durchaus zweischneidig sein. Kriminalkommissar

Busch erinnert sich an Formulierungen, die er im Funk mitgehört hat, wo eine von der Leitstelle wegen eines Randalierers angesprochene Streifenkollegin gesagt habe: „... ja, aber da können wir nicht alleine hinfahren, wir sind zwei Kolleginnen. – Da muss sie ja nicht alleine hinfahren. Aber das ist natürlich wieder so, wenn’s gefährlich ist, dann wollen wir nichts mit zu tun haben, das ist so, und das kommt dann unerschwerlich selber raus. Und dann kommt natürlich auch direkt der Kommentar von nem Kollegen, ja...“ (PK Busch) Unaufgeklärt bleiben muss hier, ob sich die beiden Polizistinnen in dieser Erzählung von sich aus für nicht in der Lage hielten, diesen Einsatz zu bewältigen, oder ob sie sich konform zu ihnen bekannten Vorgaben verhielten, die Frauenstreifen betreffen.

Polizeiobermeisterin Bochtler deutet an, dass die Bitte um Unterstützung, wenn zwei Frauen rausfahren, leicht dahingehend gedeutet werden kann, Frauen müssten öfter Unterstützung durch einen weiteren Wagen erbitten. Auf dem Wege zu einer solchen Aussage, dass Männer nach ihrer Vermutung seltener Unterstützung rufen müssen – „Ich denke schon. Würd ich sagen, das ist seltener“ – hält sie ein und schwenkt auf das im vorigen Abschnitt beschriebene Individualisierungsargument um: „Mag positiv sein, mag auch nicht so sein, dass es - kommt da ganz drauf an. Und wenn man - es kommt auch wirklich drauf an“ (POM Bochtler). Dies lässt sich dahingehend deuten, dass eine unbefangene-spontane Antwort, die eine Differenz zwischen den Geschlechtern andeutet, von ihr sogleich als problematisch, weil gegen Frauen wendbar erkannt und deshalb „umgeleitet“ wird.

Diejenigen Polizistinnen, die Frauenstreifen als häufigere oder gar als normale Erfahrung in ihrem Alltag bezeichnen – vornehmlich in

Nordrhein-Westfalen – verfügen über sowohl positive wie auch über negative Erfahrungen mit Kolleginnen. Die negativen beziehen sich fast nie auf körperliche Anforderungen, sondern auf die Einsatzbereitschaft. Polizeiobermeisterin Schießler würde nicht mit jeder Kollegin rausfahren (z.B. nicht mit einer, die mit Schmuck „wie ein Christbaum behängt“ sei), aber eben auch längst nicht mit jedem Kollegen – wenn es nicht unbedingt sein muss; Größe und Kleinheit gebe es auch bei Männern. Kommissarin Schmidt neutralisiert körperliche Geschlechterdifferenzen auf eigene Art: sie fühlt sich mit einem großen Mann sicherer im Streifendienst – aber nicht mit einem kleinen. Gleichwohl ist sie der Auffassung, der größere Respekt beim Bürger, wenn ein Mann mit auf der Bildfläche erscheine, sei bereits im Schwinden begriffen.

Eine junge Polizeiobermeisterin, die schon häufig mit einer Kollegin Streife gefahren ist, berichtet, wie Teilzeitbeschäftigung von Frauen auch zu Frauenstreifen führen kann: „Durch die Teilzeit im Frühdienst waren [wir] nur Frauen. Die Männer hatten alle dienstfrei genommen, die Frauen waren alle da, und alle Einsätze waren mit Frauen besetzt, gibt es auch“. Ihre Erlebnisse mit Frauenstreifen schildert sie als „unproblematisch. Das ist nicht besonders toll, das ist aber auch nicht besonders schlecht, es ist einfach unproblematisch. Das ist mir in dem Moment egal, fahr ich mit ner Frau raus, auf die ich mich verlassen kann, als mit irgend nem Mann, ... wo ich hier genau weiß, wie ich eben erklärt hab, auf den muss ich aufpassen, dem bind ich am besten das Funkgerät um den Hals, damit er nicht verloren geht, gibt’s auch die Kollegen. Also dann lieber mit ner Frau zu zweit, auf die kann ich mich verlassen, und ... eigentlich funktioniert das immer gut“ (POM in Post). Unangenehme Erlebnisse gab es in ei-

ner Sondersituation: Karneval mit der traditionellen Übergriffigkeit der Bevölkerung auf Polizeibedienstete (traditionell versuchen verkleidete Frauen männlichen Ordnungshütern Küsse aufzudrücken, im Falle der Polizistinnen war es umgekehrt und wurde als sehr „heftig“ empfunden). In einem Vorgesetzteninterview wird auf denselben Vorfall Bezug genommen, um zu belegen, dass Frauenstreifen generell problematisch seien – also der Umkehrschluss von dem, was die Betroffene selbst schildert: als unangenehmes Einzelerlebnis in einer Reihe unproblematischer Erfahrungen.

Das „Unproblematische“ von Frauenstreifen, was ja schon nah ans „Normale“ grenzt, wird in der obigen Aussage von Frau Post als mögliche Betrachtungsweise sichtbar. Längst nicht alle Polizistinnen finden jedoch Gelegenheit, sich aus eigener Erfahrung heraus eine Meinung zu Frauenstreifen zu bilden, sondern werden stattdessen mit bereits vorhandenen Meinungen konfrontiert. Eine Personalrätin, seit 25 Jahren in der Polizeiorganisation, berichtet über das ihr vom Hörensagen bekannte Gerücht, dass *„so ne Diffamierung jetzt auch mal stattfindet, wenn in einer Wache zwei Frauen zusammen einen Streifenwagen besetzen, ja, so ein Ausdruck wie Hühnerstreife, das wär die Hühnerstreife, die Frauen wollen... diesen Stempel eigentlich auch nicht auf sich sitzen lassen, und sehen zu, dass sie mit Männern fahren.“* (Frau Nafzger) Sie berichtet ferner, dass es mit dieser ins Lächerliche ziehenden Bezeichnung nicht getan sei; vielmehr sei diese der Ausdruck dafür, dass Polizistinnen nach wie vor unterstellt werde, aus mangelnder Körperkraft nur begrenzt einsatzfähig zu sein. *„Es wird ihnen dann unterstellt ... wenn zwei Männer sich schlagen, ihr könnt das nicht unterbinden kräftemäßig, also diese alten Vorurteile stecken doch noch in den*

Köpfen, Frauen sind nicht so stark, sie können sich nicht so durchsetzen, dass sie ganz andere Möglichkeiten haben so was zu schlichten, oder es hat sich ja eigentlich auch bewiesen, dass Frauen so was oft viel besser handeln als muskelstarke Männer.... die ersten Frauen, die hatten´s eben wirklich schwer mit diesen Vorurteilen zu kämpfen, haben sich aber eigentlich, wie ich meine, ganz gut integriert. Und aber wenn ich es jetzt höre von den jüngeren Kollegen, es ist immer noch Thema.“ (Frau Nafzger)

Dieses Beharren auf der Bedeutung von Körperkraft steht durchaus im Widerspruch zur ebenfalls vorhandenen Meinung, die Kriminalhauptkommissarin Dobs wiedergibt: offenbar könnten Frauen in der Schutzpolizei die Anforderungen *„ganz gut auffangen, sagen wir, auch dass die Belastungen bei ner Demo oder so, das scheint sich irgendwie zu relativieren. Auch haben die meisten Frauen kein Problem zu zweit im Streifenwagen zu sitzen oder so, man hört eher wenig Probleme mit dem Gegenüber oder so was, scheint das gar nicht so, was wir ursprünglich befürchtet haben“* (KHK'in Dobs)

Dienstgruppenleiterin Arndt hingegen, die selbst Streifenteams einteilt und im vorigen Abschnitt mit ihrer Kritik am schützenden Verhalten von Kollegen zu Wort kam, hält es bei den Frauenstreifen wie viele andere: gemischte Streifen sind für sie die besten, insbesondere, was den Umgang mit dem polizeilichen Gegenüber angeht, aber auch bezogen auf Gefahrensituationen: Frauenstreifen sind *„anfälliger“*, insbesondere wenn sie auf *„die falschen Gestalten“* treffen, die *„dann möglicherweise zu dritt oder zu viert im Auto sitzen“*. Da brächte sie zwei Kolleginnen dann eher in Gefahr als eine gemischte Besatzung. Wendet sie also das „Schutzargument“, gegen dass sie sich selbst in früherer Zeit heftig gewehrt hat, heute in ihrer Vorgesetztenverantwortung selbst an,

so würde sie andererseits Frauenstreifen nicht aktiv vermeiden: *„Ich streiche also keinem Kollegen das Dienstfrei,... das mit Sicherheit nicht. Wenn ich nur Frauen im Dienst hab, dann fahren die halt miteinander.“* Und da ist offenbar trotz ihrer zuvor ausführlich geschilderten Bedenken auch nichts dabei, denn *„ich denke mal, unsere Frauen sind mittlerweile auch so geschult, auch rhetorisch so die Frau, dass sie die meisten Lagen auch verbal meistern können. Wenn sie klein sind, muss sie halt ne große Klappe haben.“* (PHK'in Arndt)

Die Beurteilung reiner Frauenstreifen bringt also einerseits ans Tageslicht, dass es durchaus Vorbehalte gegenüber der vollen Einsatzfähigkeit und -bereitschaft von Frauen in der Polizei gibt. Andererseits aber ist das Bild, das über die Frauenstreifen von der Akzeptanz von Polizistinnen vermittelt wird, alles andere als einheitlich. Grundsätzlich findet sich keine Frau (und auch kein Mann), die aussagen würde, Frauenstreifen seien *besser* oder *ihnen angenehmer*; es finden sich aber durchaus Männer, die deutlich machen, dass reine Männerstreifen grundsätzlich mit allem gut zurechtkommen im Unterscheid zu Frauenstreifen. Der in den Interviews dargestellte Konsens der Geschlechter, gemischte Streifen seien optimal, erweist sich so als durchsichtiger Mantel, der manchmal noch recht große Unterschiede in der Einschätzung verschleiert.

6. Von der Natur zur Kultur?

Ein innerpolizeilicher Diskurs über Gleichheit durch vielfältige Verschiedenheit läuft immer Gefahr, in eine Argumentation abzugleiten, die Frauen die Akzeptanz als vollwertige Repräsentinnen der Polizei erschwert. Auch die Ablehnung von Frauen kann sich in das Gewand des Zusprechens besonderer Fähigkeiten kleiden.

Die vordergründige Akzeptanz körperlicher Unterschiede unterstreicht argumentativ die mangelnde Eignung von Frauen. Dies zeigt die folgende Äußerung: *„...wenn ich es aufgrund einer solchen Erfahrung auf einmal als Problem empfinde, dass Frauen körperlich schwächer sind, dann hab ich ein Problem. Wenn ich's aber im Prinzip als wirklich naturgegeben akzeptiere, weil es nicht der Normalzustand, hab ich kein Problem damit. Ich muss es einfach nur wissen und akzeptieren.“* (EPHK Hillenbrandt)

Damit sind Frauen als „von Natur aus“ defizitär benannt, was die Einsatzfahrten betrifft, und zugleich entschuldigt. Es ist zu erkennen, dass das Plädoyer für gemischte Streifen, das weibliche wie männliche Bedienstete halten, viele Bedeutungen transportieren kann: von der verkleideten Ablehnung von Frauen, über die Akzeptanz ihres Einsatzes in besonderen Fällen und wegen spezieller Fähigkeiten, bis hin zu dem selbstbewussten Pochen auf Gleichwertigkeit bei den weiblichen Polizeibediensteten, das sie mit dem Hinweis auf *zusätzliche* Fähigkeiten von Frauen untermauern.

In einigen Aussagen hingegen verwischt sich das Argument körperlicher Unterlegenheit völlig und scheint keine Rolle mehr zu spielen. Die Bezugnahme auf körperliche Eignung wird von der „kulturellen“ Argumentation verdrängt: es gibt polizeiliche Gegenüber – hier werden weit überwiegend Personen aus dem muslimischen Kulturkreis genannt, insbesondere Türken und Kurden – für die eine Frau als Polizistin nicht existent sei, und dem versucht die Polizei Rechnung zu tragen – *„ganz professionell“*. Dies äußert sich z.B. darin, dass bei *„türkischen Familienstreitigkeiten“* der männliche Polizist mit dem Mann und die Polizistin mit der Frau spreche; türkische Autofahrer reagierten erfah-

rungsgemäß nicht immer auf Anforderung einer Polizistin, ihr die Papiere zu zeigen, händigten diese dem Kollegen aber ohne weiteres aus – darauf stelle man sich eben ein. Nicht nur Vorgesetzte vertreten diese Auffassung und treten damit für die gemischte Streife ein; auch Polizistinnen stimmen dem weitgehend zu. Kommissarin Korrell sieht darin sogar eine deeskalierende Strategie: *„Und was hab ich von nem Resultat, wenn ne Frau meint, sie müsste sich jetzt durchsetzen, und es ist zum Widerstand gekommen.“* (PK'in Korrell)

Dass damit auch eine Festschreibung des Diskurses von der begrenzten Einsatzfähigkeit von Frauen einhergehen kann, wird bisher kaum problematisiert. Vielmehr wird auf einen Bereich der besonderen Fähigkeiten für Frauen zurückgegriffen: *„Weil es ist nun mal effektiv so, dass ... die Frau, die dann Gott sei Dank auch noch Frau geblieben ist trotz dieses Berufes, dass ... die ne Sache völlig anders angeht, es kommt zum selben Ergebnis ...“* (PK Busch) Dessen Tauglichkeit erweist sich für die gleichwertige Integration von Frauen in die Polizei als zweischneidig: Es gibt, so wird andererseits deutlich, eigentlich *mehr* Einsatzsituationen, in denen diese speziellen Fähigkeiten nicht benötigt werden, sondern eben die allgemein zuständige Polizei im Streifendienst, die sich übrigens, auch durchaus in den Aussagen männlicher Bediensteter, als „Mädchen(!) für alles“ bezeichnet.

Angesichts der vielfachen Schilderung kultureller Gründe für die Unverzichtbarkeit männlicher Polizeibeamter kann aber gefragt werden: Warum wird auf die Arbeitsteilung der Geschlechter gesetzt und nicht auf Gleichheit? Warum setzt der Kollege, dem ein polizeiliches Gegenüber widerstandslos die Papiere gibt, die er zuvor der Kollegin

verweigert hat, sich gar nicht erst dafür ein, dass die Papiere der Kollegin gegeben werden, sondern nimmt die Papiere selbst entgegen? Werden damit nicht immer wieder neue Belege für das „Kulturargument“ hergestellt, statt ihm durch andere Strategien des Umgangs langsam, aber sicher den Boden zu entziehen?

In eine neue Richtung des Denkens weisen die Aussagen einer Beamtin im Fortbildungsbereich. *„Ja, ich muss als sichernder Beamter beispielsweise, jetzt hab ich eine Streifenwagenbesatzung, nen Mann und ne Frau, und wir haben ne Festnahme, nen Mann. Der muss durchsucht werden. Und dann geht das nun mal nicht, dass der Mann den Mann festhält und die Frau den Mann durchsucht, das geht nicht, das ist rechtlich nicht zulässig. Dann muss die Frau fixieren. So, die Frage ist, wie fixierst du. Kann sie hingehen und kann diesen Mann stehend an der Wand fixieren, gehen wir mal davon aus, es besteht wirklich die Gefahr, dass der Gegenwehr leistet, nicht jetzt fiktiv, sondern der ist wirklich renitent. Und der ist groß und stark, der muss aber noch nicht mal ein Preisboxer sein, der ist einfach nur ein Mann und kräftiger. Da ist die Frage, kann die Frau den überhaupt festhalten. So. Dann muss ich mir natürlich überlegen, kann ich den an der Wand halten, muss ich den zu Boden bringen, hab ich den auf dem Boden, hab ich ganz andere Möglichkeiten den zu fixieren, ... Wenn ich dem den Arm am Körper fixiere durch mein Knie und gleichzeitig den hinten auf den Rücken lege, dann ist hier nichts mehr, dann kann auch ich einen kräftigen Menschen fixieren. Der macht nämlich nichts mehr, wenn der Arm hier ist, kriegt der nicht mehr weg. Also muss ich ihr beibringen, wie geht das. Das sind so ganz wichtige Punkte dabei.“* (PHK'in Horsch)

Mit ihren Trainingsmaßnahmen zielt Frau Horsch genau in das Zentrum einer wichtigen Argumentation: Kann eine Kollegin genau so si-

chern, fixieren und damit zuverlässig sein wie ein Kollege? Mit voller Absicht spricht sie in ihren Trainings immer an, dass es auch kleinere und weniger „gewichtige“ männliche Kollegen gibt: „Also ich mach das immer zum Thema. Weil die sind dankbar dafür.“ Und sie kommt auch zu einer eigenen Definition von Teamarbeit: „Wichtig dabei ist immer, dass sie lernen, im Team zu agieren, dass sie lernen, ich bin nicht alleine, ich muss hier nicht alleine die Lage lösen und die Situation lösen, sondern ich muss im Team arbeiten, und das bedeutet, ich kann nicht den einen Arm in die Richtung drehen und den anderen in die andere, dann hebel ich mir den nämlich wieder raus aus meinem Griff. Also muss man zusammen in eine Richtung arbeiten. Das sind auch Sachen, die oft sehr schwierig sind. Da wird an einer Seite gezogen und an anderen auch gezogen, und dann wundert man sich, dass es nicht geht.“ (PHK in Horsch)

7. Fazit: Körper im Kontext

Was „Körperlichkeit“ im Polizeidienst für die Anerkennung von Polizistinnen als gleichwertige Kolleginnen bedeutet bzw. wie „wichtig“ körperliche Eigenheiten in diesem Zusammenhang sind, hat sich nicht eindeutig klären lassen. Es scheint recht abhängig vom jeweiligen Kontext zu sein, welche Bedeutung Polizeibedienstete dem beimessen. Im Kontext „Aushalten von Belastungen“ wird Körperlichkeit bei Frauen und Männern zum Thema, im Kontext von Einsatzfähigkeit eher bei Frauen – und hier oft mit grenziehendem Beiklang: der Körper der Frau als etwas Gegebenes (Größe, Gewicht, Gebärfähigkeit), das in Rechnung zu stellen sei. Aber auch die Gestaltbarkeit des Körpers durch Training, die Überwindung seiner Grenzen durch Disziplin (z.B. beim Thema „Schlafmangel“) sowie das Unwichtigwerden des Körpers durch Know-how und „andere“

Wege – Kommunikation, „große Klappe“, Zusammenarbeit, Unterstützung etc. – werden angesprochen, womit Geschlechtergrenzen eher verwischt (oder manchmal auch neu etabliert) werden. Es gilt jedoch auch: eher schwächliche männliche Polizisten sind „dankbar dafür“, wenn ihre Körperlichkeit im Festnahmetraining offensiv angesprochen wird. Dass Körperlichkeit über das Thema „Frau“ ins Spiel gekommen ist, macht sie auch für Männer als problematisches Thema ansprechbar.

Möglicherweise vollzieht sich langsam eine „Ablösung“ der körperbezogenen Argumentation durch das „Kulturargument“. Ist hiervon eine Befreiung der Frauen aus der Zuschreibung von körperlich bedingten Defiziten zu erwarten? Eine Frage, die derzeit noch nicht abschließend beantwortet werden kann. Es scheint eher so zu sein, dass sich eine Verschiebung andeutet: über das Argument des „professionellen“, d.h. durch geschlechts-differenten Einsatz gekennzeichneten Verhaltens gegenüber Bürgern aus „anderen Kulturen“ geraten Frauen in der Polizei erneut in die Gefahr, in ihrer Andersartigkeit festgeschrieben zu werden.

Anmerkungen

1 Das Forschungsprojekt wurde in Kooperation von Ursula Müller (Leitung) und Sylvia Wilz, beide Universität Bielefeld, mit Waltraud Müller-Franke (Leitung) und Patricia Pfeil, beide FH Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei, durchgeführt. Zum Kontext und zu den Forschungsfragen des Projekts vgl. Müller, Ursula/Müller-Franke, Waltraud/Pfeil, Patricia/Wilz, Sylvia Wilz: Polizei und Gender, in: IFF Info, 19. Jg., Nr. 24, 2002, S. 24-42. An dieser Stelle sei nur angemerkt, dass das Kernstück der Untersuchung die Durchführung und Auswertung von je rund 40

Interviews und Expertengesprächen in ausgesuchten Organisationseinheiten der Polizei war. Untersuchungsgegenstand war jeweils ein Präsidium bzw. eine Landespolizeidirektion in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

2 Die Publikation in Buchform für die wissenschaftliche Öffentlichkeit ist derzeit in Arbeit und wird im Frühjahr 2005 abgeschlossen sein. Dieser Beitrag basiert auf (einem hierfür leicht überarbeiteten Kapitel) einer Veröffentlichung, die in der Schriftenreihe der Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei, erschienen ist: Müller, Ursula/Müller-Franke, Waltraud/Pfeil, Patricia/Wilz, Sylvia: Alles eine Frage der Zeit? Zur Situation von Frauen und Männern in der Polizei, Reihe „Texte“ Nr. 37 (2004), ISBN 3-931778-37-1. Diese Veröffentlichung kann über den Buchhandel oder direkt über die Hochschule für Polizei bezogen werden. Die Adresse lautet: Sturmbühlstr. 250, D-78054 Villingen-Schwenningen, Tel. 07720-309 288, Fax 272, e-mail Zahlstelle@fhpol-vs.de, Preis: 6.- €.

3 Siehe hierzu auch das Kapitel „Eignung, Neigung, Verwendung – Aufgabenteilung zwischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten“ in: Müller/Müller-Franke/Pfeil/Wilz (2004).

4 Diese Nachteile treffen auch Frauen, die keine Kinder haben oder planen. Mit „statistischer Diskriminierung“ wird bezeichnet, dass den einzelnen Mitgliedern einer Gruppe das Verhalten unterstellt wird, das für den Durchschnitt der Mitglieder dieser Gruppe gilt. Dabei ist bezogen auf Frauen im gebärfähigen Alter darauf zu verweisen, dass mehr als ein Viertel der heutigen jüngeren Frauengenerationen keine Kinder gebären wird; je höher die Qualifikation, umso größer wird dieser Anteil. Bei Akademikerinnen liegt er bei 40 %.

5 Siehe hierzu auch das Kapitel „Familiendarbeit und Berufstätigkeit in der Po-

lizei – (k)ein Widerspruch?“ in: Müller/Müller-Franke/Pfeil/Wilz (2004).

6 Siehe hierzu ausführlicher das Kapitel „Eignung, Neigung, Verwendung – Aufgabenteilung zwischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten“ in: Müller/Müller-Franke/Pfeil/Wilz (2004).

7 Eine andere Dimension stellen sprachliche Körperbilder dar, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll. Vgl. hierzu Müller/Müller-Franke/Pfeil/Wilz (2004).

8 An dieser Stelle sei angemerkt, dass alle im Text aufgeführten Namensnennungen aus Datenschutzgründen auf „Phantasienamen“ beruhen.

9 Siehe hierzu ausführlicher die Kapitel „Familienarbeit und Berufstätigkeit in der Polizei – (k)ein Widerspruch?“ und „Einstieg und Aufstieg. Berufsverläufe von Männern und Frauen in der Polizei“ in: Müller/Müller-Franke/Pfeil/Wilz (2004).

10 Zur Erläuterung sei hier angemerkt, dass die Länder, in deren Hoheit die Polizei ja fällt, sich bei Großeinsätzen wechselseitig Polizeibeamte „ausleihen“; schlechte Unterbringung der auswärtigen Hundertschaften führt nicht nur zur Verstimmung der Polizeibeamten, sondern auch des entsendenden Innenministeriums.

11 Dabei ist es völlig gleichgültig, ob es solche Kolleginnen in der Polizei *real* gibt.

12 Noch einmal betont werden soll hier, dass die Autorin diese Aussagen als Verdeutlichung der eigenen Position in den hier geschilderten Aussagen von Polizistinnen betrachtet und nicht als Aussage über Tatsachen; sie sollen nicht als Beleg dafür genommen werden, dass es tatsächlich Polizistinnen gibt, die in der beschriebenen Weise mit Menstruation und lackierten Fingernägeln umgehen, sondern betrachten den Umstand, dass, wie stark und aus welchen Gründen die hier zu Wort kommenden Polizistinnen sich von solchen Äußerungen von Weiblichkeit abgrenzen.

13 Diese Aussagen sind anhand des in diesem Beitrags analysierten Datenmaterials gewonnen. Betrachtet man nicht den Aspekt der „Körperlichkeit“, sondern den der Aufgabenverteilungen und die Art und Weise, wie über die Praxis der Polizeiarbeit und Kriterien guter Polizeiarbeit gesprochen wird, kommt man zu teilweise anderen Gewichtungen (vgl. hierzu: Müller/Müller-Franke/Pfeil/Wilz 2004).

14 Noch einmal sei darauf verwiesen, dass damit nichts darüber ausgesagt werden soll, ob es solche Frauen in der

Polizei gibt oder nicht. Es kommt hier auf die Konstruktion des Arguments an, mit denen Polizistinnen ihre Berufsauffassung beschreiben.

15 Siehe hierzu auch das Kapitel „Familienarbeit und Berufstätigkeit in der Polizei – (k)ein Widerspruch?“ in: Müller/Müller-Franke/Pfeil/Wilz (2004).

16 Siehe hierzu auch das Kapitel „Eignung, Neigung, Verwendung – Aufgabenteilung zwischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten“ in: Müller/Müller-Franke/Pfeil/Wilz (2004).

Literatur

Müller, Ursula/Müller-Franke, Waltraud/Pfeil, Patricia/Wilz, Sylvia: Alles eine Frage der Zeit? Zur Situation von Frauen und Männern in der Polizei, Reihe „Texte“ der Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei, Nr. 37, 2004.

*Prof. Dr. Ursula Müller
Fakultät für Soziologie,
Universität Bielefeld
Postfach 100131, 33501 Bielefeld
Email: ursula.mueller@uni-bielefeld.de*

Ursula Müller und Patricia Pfeil werden über den Theorie-Ertrag des Projekt referieren zum Thema

**„Zwischen De-Thematisierung und Vergewisserung.
Geschlechterkonstruktionen im Organisationswandel am Beispiel Polizei“**

auf der Abschlusstagung des DFG-Forschungsschwerpunktprogramms „Professionalisierung, Organisation und Geschlecht“, die unter dem Titel „Erosion oder Reproduktion geschlechtlicher Differenzierung? Prozesse der Vergeschlechtlichung in Organisationen und professionellen Feldern“ am 18./19.11. 2004 im WZB Berlin stattfindet.

Geschlechterverhältnisse, Geschlechterasymmetrien und Geschlechterstereotype (in) der Mathematik

Geht mit den seit Jahren steigenden Studentinnenanteilen in der Mathematik eine (langsame aber kontinuierliche) „Angleichung“ der Geschlechterverhältnisse in dieser Wissenschaftsdisziplin einher oder werden bis heute „ungebrochen“ Geschlechterasymmetrien und Geschlechterstereotype (in) der Mathematik reproduziert? Zur Beantwortung dieser Frage werden im Folgenden – basierend auf einer Studierendenbefragung – Gründe für die Studienfachwahl, die Affinität zur Mathematik bzw. die Faszination an dieser Disziplin, die Interaktionskultur im Fach Mathematik, die „Lebendigkeit“ von Stereotypen über das Verhältnis „Frauen und Mathematik“ und die Frage, ob und auf welche Weise Mathematik von Studierenden noch immer als eine Männerdomäne wahrgenommen wird, betrachtet. Im Vordergrund stehen dabei Ergebnisse aus qualitativen Leitfadeninterviews mit Mathematikstudierenden, die jedoch an den Stellen um Ergebnisse aus einer quantitativen Erhebung ergänzt wurden, an denen es einen unmittelbaren Bezug zwischen den beiden Teilstudien gab.

1. Einleitung

Seit Jahren steigt der Anteil der Studentinnen in der Mathematik an deutschen Hochschulen kontinuierlich an und liegt dabei deutlich über dem Frauenanteil in der Fächergruppe „Mathematik und Naturwissenschaften“ mit der Tendenz einer Annäherung an den Anteil der Frauen an den Studierenden insgesamt.

Auch wenn noch immer eine ungleiche Verteilung der Geschlechter auf die einzelnen Studiengänge der Mathematik zu beobachten ist – Männer noch immer deutlich häufiger Diplomstudiengänge der Mathematik, Frauen hingegen entsprechende Lehramtsstudiengänge wählen – so kann dennoch angenommen werden, dass die Entwicklung der Studentinnenanteile auf eine (langsame, aber kontinuierliche) „Angleichung“ der Geschlechterverhältnisse in der Mathematik hindeutet – zumindest auf der Ebene der Studierenden.¹

Inwieweit diese Annahme stimmt, ist eine der zentralen Fragestellungen des am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Uni-

versität Bielefeld angesiedelten Forschungsprojektes „Prozesse des doing gender in der Mathematik“. Dieses Forschungsprojekt besteht aus zwei Teilprojekten: einer quantitativen und einer qualitativen Erhebung unter Mathematikstudierenden. Im Rahmen der quantitativen Erhebung wurden insgesamt 741 Mathematikstudierende des 3. bis 12. Semesters an acht deutschen Universitäten mittels eines weitgehend standardisierten, 59 (bzw. für Frauen 62) Fragen umfassenden Fragebogens befragt.² Im Rahmen der qualitativen Erhebung wurden zusätzlich an sechs der acht Universitäten insgesamt 68 qualitative Leitfadeninterviews mit Mathematikstudierenden durchgeführt, wovon 63 in die Auswertung aufgenommen wurden.³

Der Beitrag fokussiert in erster Linie auf einige Ergebnisse der qualitativen Teilstudie des Projektes. Die werden jedoch zum Teil um Ergebnisse der qualitativen Studie ergänzt bzw. mit diesen kontrastiert.⁴ Im Rahmen der qualitativen Studie wurden einerseits ausgewählte Aspekte der quantitativen Erhebung vertieft, andererseits aber auch neue, ergän-

zende Schwerpunkte angesprochen. Zentrale Themen und Fragestellungen waren u.a.: ob und inwieweit sich in der Wahrnehmung und in den Erfahrungen der Studierenden Geschlechterunterschiede in der Mathematik auf der symbolischen, der interaktionalen und der mentalen Ebene zeigen, wie diese zu verstehen sind, wie sie sich in den einzelnen Individuen ausprägen und wie sie sich im Individuum reproduzieren; ob und inwieweit die Studierenden ihr Fach (noch) als Männerdomäne sehen und erleben und wo und in welcher Weise sich Geschlechterasymmetrien oder Gleichheitstendenzen in der Mathematik zeigen.

2. Kurzcharakterisierung der InterviewpartnerInnen

Die Auswahl der InterviewpartnerInnen für die strukturierten Leitfadeninterviews erfolgte zunächst nach den Kriterien Studiengang und Geschlecht, d.h. es wurde jeweils versucht, aus den Studiengängen Mathematik auf Lehramt (Sek. I. oder Sek. II), Diplom- und Wirtschaftsmathematik gleich viele Frauen und Männer für ein Interview zu

gewinnen. Dies ist in etwa auch gelungen. Die Studierenden waren zwischen dem 3. und 11. Semester, wobei bei der Auswahl der InterviewpartnerInnen in einem zweiten Schritt versucht wurde, die Geschlechterparität bei den einzelnen Studiengängen – so weit dies möglich war – auch mit der jeweiligen Semesterzahl der Studierenden zu kombinieren, um ähnliche Erfahrungswerte im Studium voraussetzen zu können. Entweder sollten die Studierenden aus demselben Semester kommen oder aus einem unmittelbar darunter bzw. darüber liegendem Semester. Dieses Kriterium konnte bei den einzelnen Studiengängen leider nur bedingt erfüllt werden. Insgesamt wurden 19 Studierende des Studiengangs Mathematik auf Lehramt interviewt, davon 10 Studenten und 9 Studentinnen, 21 Studierende des Studiengangs Diplommathematik, davon 10 Männer und 11 Frauen, und 23 Studierende aus dem Studiengang Wirtschaftsmathematik, davon 12 männlich und 11 weiblich.

3. Aufbereitung und Auswertung der qualitativen Daten

Die strukturierten Leitfadenterviews dauerten durchschnittlich 90 Minuten. Sie wurden auf Tonband aufgenommen und anschließend nach den einfachsten Transkriptionsregeln verschriftet. Für die Transkription galt, dass alle expliziten sprachlichen Äußerungen erhalten sein mussten, die für die in den Gesprächen fokussierten inhaltlichen Schwerpunkte wichtig sind. Entsprechend mussten in den Transkriptionen nur die Sprecher und Sprecherinnen (Interviewerin und der/die jeweilige InterviewpartnerIn) und die von ihnen geäußerten Inhalte vollständig in wörtlicher Form enthalten sein, ohne Berücksichtigung umgangssprachlicher und

dialektbedingter Laut- und Wortformen sowie außersprachlicher Merkmale wie u.a. Pausen, Intonationen oder überlappende Rede.

Die qualitativen Untersuchungsfragen sollten durch explorative, inhaltsanalytische Verfahren beantwortet werden. Für die dazu erforderlichen Gesprächsanalysen wurden Klassifikationsschemata zur Erfassung der thematisch relevanten Argumente aus den Interviews induktiv in Anlehnung an Vorschläge aus der einschlägigen Literatur entwickelt.⁵ Diese Schemata wurden ausgehend vom vorliegenden Gesprächsmaterial entworfen und iterativ im Verlauf der Anwendung auf dieses Material ausgebaut, geprüft und modifiziert. Um den formulierten Fragestellungen nachgehen zu können, mussten dabei alle Redebeiträge identifiziert und klassifiziert werden, in denen zu den einzelnen Fragestellungen oder Themenschwerpunkten Stellung genommen wurde. Die Zuordnung und Klassifikation der Äußerungssegmente bildeten sodann die Grundlage für die zu beschreibenden Ergebnisse.

4. Darstellung ausgewählter Ergebnisse

Aus den sehr breit gefächerten Themenschwerpunkten der Leitfadenterviews⁶ sollen im Folgenden – unter der übergeordneten forschungsleitenden Frage nach Geschlechterunterschieden oder Geschlechtergleichheiten – fünf Aspekte betrachtet werden: die Gründe für die Studienfachwahl, die Frage nach der Affinität der Studierenden zur Mathematik bzw. deren Faszination an ihrer Disziplin, die Interaktionskultur im Fach Mathematik, d.h. Erfahrungen mit Interaktionsmustern und Situationen im Studienalltag, die Frage nach der „Lebendigkeit“ von Stereotypen über

das Verhältnis „Frauen und Mathematik“ und die Frage, ob und auf welche Weise Mathematik noch immer als eine Männerdomäne wahrgenommen wird.

Bei vier der genannten Aspekte werden den Ergebnissen aus den teilstrukturierten Leitfadenterviews Ergebnisse aus der quantitativen Erhebung⁷ vorangestellt, da es hinsichtlich dieser Gesichtspunkte einen unmittelbaren Bezug zwischen den beiden Teilstudien gab, die quantitative Erhebung also durch den qualitativen Blick ergänzt und vertieft wurde.

4.1. Gründe für die Studienfachwahl

In der quantitativen Erhebung zeigte sich, dass Mathematik für die Mehrheit der 741 Befragten tatsächlich ihr Wunschstudienfach war, als sie mit dem Studium begonnen haben. Dies gilt für die befragten Studentinnen sogar noch stärker als für ihre Kommilitonen. Um sehen zu können, ob sich die Gründe für ihre Studienfachwahl bei Frauen und Männern möglicherweise unterscheiden, wurden den Befragten in der quantitativen Erhebung 14 mögliche Gründe vorgegeben. Die Studierenden sollten für jeden einzelnen Grund auf einer 4-stufigen Skala (sehr wichtig, eher wichtig, eher nicht wichtig, völlig unwichtig) spezifizieren, wie wichtig für sie persönlich der aufgeführte Grund für ihre Studienfachwahl war. Alternativ konnten sie noch die Kategorie „trifft nicht zu“ wählen.

Im Ergebnis zeigte sich: Studentinnen wie Studenten haben ihr jetziges Studienfach vor allem deshalb gewählt, weil es ihren Neigungen und Begabungen entspricht. Weitere wichtige Gründe waren ihr fachliches Interesse, die angenommenen guten Arbeitsmarktchancen, ihre guten Schulnoten und ein mit dem Stu-

dium verbundener bestimmter Berufswunsch. Ebenfalls wichtig, dabei aber bereits zum Teil deutlich unwichtiger als die bereits genannten Gründe, war der Wunsch, sich selbst zu verwirklichen, die erwartete Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten, die Neugierde auf das Fach und die angenommenen Karrierechancen.

Obwohl die jeweiligen Prozentanteile bei der Beurteilung (des Grads) der Wichtigkeit der abgefragten Gründe für die Studienfachwahl zwischen den Geschlechtern zum Teil nicht unerheblich variierten, zeigte sich lediglich bei vier der abgefragten Gründe ein signifikanter Unterschied: Für die Studentinnen hatte ein bestimmter Berufswunsch als Grund für ihre Studienfachwahl eine signifikant höhere Wichtigkeit als für Studenten, wobei die große Anzahl von Lehramtstudentinnen in unserem Sample darauf schließen lässt, dass sich dieser

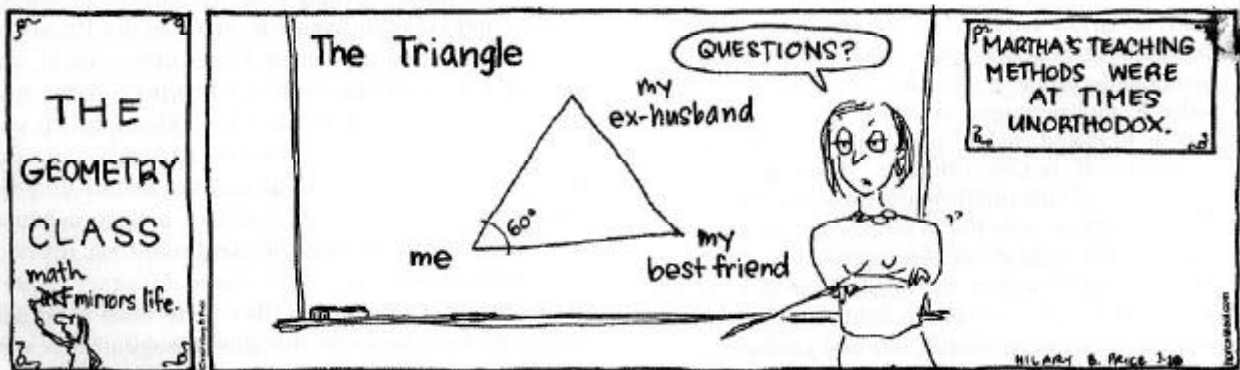
figer als ihre Kommilitoninnen.

In den qualitativen Interviews wurde der Aspekt der Studienfachwahl noch einmal aufgenommen. Die interviewten Studierenden wurden u.a. gefragt, ob sie denken, dass sich die Gründe für die Wahl eines Mathematikstudiums oder für die Wahl eines bestimmten Studiengangs der Mathematik bei Frauen und Männern unterscheiden.

Bei den Antworten der Interviewten zeigte sich zunächst: Die überwiegende Mehrheit der Studierenden geht nicht davon aus, dass sich die Gründe, die dazu geführt haben, sich generell für ein Mathematikstudium zu entscheiden, zwischen den Geschlechtern unterscheiden. Ihrer Ansicht nach studieren Frauen wie Männer Mathematik in erster Linie aufgrund ihrer Interessen, Neigungen und ihrer Begabungen oder wegen ihrer guten Noten, die sie bereits in der Schule in diesem Fach hatten. Unterschiede zwi-

Familie und Beruf sehen. Vorstellbar ist aber auch, dass sie Mathematik eher auf Lehramt studieren, weil sie zwar gerne Mathematik machen, sich aber einen Diplomstudiengang nicht so zutrauen würden. Nur eine Minderheit der hier befragten Studierenden und dabei etwas mehr Männer als Frauen, hatten eine „ambivalente“ Einschätzung. Einerseits konnten sie sich (zumindest theoretisch) vorstellen, dass es möglicherweise Unterschiede in der Motivation der Geschlechter gibt, Mathematik zu studieren, andererseits aber halten sie diese Unterschiede, sofern es sie wirklich geben sollte, nicht für wesentlich und haben diese in ihrem Umfeld auch bislang nicht bemerkt. Die folgenden Zitate verdeutlichen exemplarisch die unterschiedlichen Einschätzungen der Studierenden:

„(...) nicht in der Mathematik. Entweder man mag das Fach oder man mag es nicht. (...) ich denke, wenn man Mathe mag, (...) spielt das Geschlecht dann kei-



Variationen zum Thema Geschlecht und Mathematik I

Berufswunsch vorrangig auf den Lehrerinnenberuf bezieht. Auch der Grund, dass Eltern oder Verwandte in ähnlichen Berufen arbeiten, sowie ihre guten Schulnoten hatte für die Studentinnen offensichtlich bei der Studienfachwahl eine signifikant größere Bedeutung als für die Studenten. Diese wiederum nannten die Karrierechancen signifikant häu-

schen den Geschlechtern könnten ihren Vorstellungen möglicherweise jedoch hinsichtlich der Wahl des entsprechenden Studiengangs der Mathematik bestehen. Vor allem Studentinnen verwiesen darauf, dass Frauen sich ggf. eher für einen Lehramtsstudiengang entscheiden, weil sie damit für die spätere Erwerbstätigkeit eher eine Vereinbarkeit von

ne Rolle.“ [männlich, Diplommathematik]

„Ja, ich denke (...) die Entscheidung z.B. ob man Lehramt studiert, ist bei Frauen sehr oft (...) daran orientiert, dass die sehr gerne noch Familien haben möchten und Kinder kriegen wollen und (...) sagen: mit dem Lehramt ist das vereinbar. Also dass die, wenn sie jetzt gerne Mathe studieren, dann sagen: Okay, dann

machen wir das auf Lehramt, weil wir da einen Job haben, in dem man das mit Familie alles irgendwie unter eine Hut kriegen kann. Und das sind vielleicht Gründe, wo ich vermute, dass das die Männer nicht so oft sagen (...).“ [weiblich, Diplommathematik]

„Nein, glaube ich eigentlich nicht. Also, ich denke, dass die Gründe, warum man Mathematik studiert, dass die vom Geschlecht unabhängig getroffen werden. (...) Wobei es (...) vielleicht für Frauen irgendwie generell immer noch eine größere Barriere darstellt, Mathematik zu wählen, weil ja immer noch dieses Klischee herrscht: Frauen und Mathe, das passt ja überhaupt nicht zusammen (...).“ [männlich, Mathematik Lehramt]

„Oh, schwierige Frage. Glaube ich gar nicht mal so. Ich denke, dass die meisten halt Interesse an Mathematik haben und gut darin waren und deshalb darauf kommen, das Fach zu wählen.“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Ich glaube nicht, also, was ich so kenne nicht. Die Gründe sind bei allen ungefähr gleich, also bei Männern und Frauen.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

„Nein, ich denke, dass die Gründe genau gleich sind, (...) einfach Interesse dafür und Begabung. Das sind die wichtigsten Kriterien, und das ist unabhängig ob Frauen oder Männer.“ [männlich, Wirtschaftsmathematik]

„Also (...) zum Beispiel in Wirtschaftsmathematik studieren deutlich mehr Frauen als jetzt in der reinen Mathematik. Und bei den Frauen ist es oft so gewesen, auch zum Beispiel in meiner (...) Gruppe, wo man halt darüber geredet hat: Warum studiere ich jetzt hier?, dass eigentlich jedes Mädchen gesagt hat: Na ja, an die reine Mathematik, da habe ich mich jetzt nicht so rangetraut. (...). Und es ist ja auch so, dass viele von den Frauen, die jetzt in den Mathematikvorlesungen sitzen, auch wirklich auf Lehramt studieren. (...) Ich meine, meine Eltern haben mir auch irgendwann mal gesagt: willst du nicht Lehrerin werden? (...) Falls Du

mal an Familienplanung denkst usw., (...) dann funktioniert das besser. (...) Ich glaube schon, dass bei Frauen auch solche Gründe eher noch eine Rolle spielen.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

4.2. Die besondere Faszination der Mathematik

Eine Frage der quantitativen Erhebung zielte explizit darauf, etwas über die Einstellung bzw. Affinität der Studierenden zur Mathematik und damit letztlich auch über ihre Wahrnehmung der symbolischen Repräsentation dieser Disziplin zu erfahren. Hierzu wurden den Studierenden neun Aussagen vorgelegt, warum Mathematik interessant sein kann. Die Befragten sollten anhand einer 4-stufigen Skala (stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu) den Grad ihre Zustimmung spezifizieren. Die quantitativen Ergebnisse zeigten: Studentinnen wie Studenten finden Mathematik in gleichem Maße interessant oder nicht interessant, weil sie streng logisch aufgebaut ist, weil sie viele wichtige Anwendungsgebiete hat, weil sie wertfrei, klar und eindeutig ist, weil sie überall in der Welt in der gleichen Weise betrieben wird, weil sie sie intellektuell herausfordert und ästhetisch anspricht und weil sie Wissenschaft und Praxis optimal verbindet. Der Grad der Zustimmung oder Ablehnung bei diesen acht Aussagen zeigte keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Lediglich eine Aussage offenbarte signifikante Unterschiede: Studentinnen stimmten der Aussage „ich finde Mathematik interessant, weil sie eine lebendige Wissenschaft ist“ signifikant seltener zu als Studenten.

In den qualitativen Interviews wurden ergänzend zu diesem Aspekt die Fragen aufgegriffen, wann die Studierenden ihr Interesse an der

Mathematik entdeckt haben und worauf die Faszination an diesem Fach beruht. Dabei zeigte sich zunächst, dass nahezu alle interviewten Personen bereits im Laufe ihrer Schulzeit ein ausgeprägtes Interesse an der Mathematik entwickelt hatten. Einerseits natürlich, weil sie in diesem Fach gute Noten und Spaß am Lernen hatten bzw. Mathematik ihnen leichter fiel als andere Fächer, andererseits aber auch, weil sie bereits in ihrer Schulzeit eine gewisse Affinität zu diesem Fach „spürten“, d.h. Mathematik sie in besonderer Weise faszinierte. Die Gründe, weshalb Studentinnen wie Studenten bereits in ihrer Schulzeit eine besondere „Leidenschaft“ für dieses Fach entwickelten, unterscheiden sich, so zeigte sich in den Interviews, nicht von den Gründen, warum Mathematik auch heute noch eine besondere Faszination auf sie ausübt. Interessanterweise gaben die Studierenden dabei in ihren eigenen Worten in etwa die Aspekte wieder, die auch in der quantitativen Untersuchung am häufigsten genannt worden waren. Der logische Aufbau, die Eindeutigkeit und Klarheit, die intellektuelle Herausforderung und die Vielfältigkeit (in der Anwendung), sind entscheidende Gründe, warum Mathematik bereits in der Schule zu einem Lieblingsfach avancierte und warum diese Disziplin die Studierenden bis heute begeistert, selbst dann, wenn sich bei einigen der Studierenden das Bild von der Mathematik im Laufe des Studiums etwas verändert hat. Die folgenden Zitate geben einen Einblick in die besondere Affinität der Studierenden zu ihrem Fach, die in einigen Fällen sogar fast als eine libidinöse Beziehung beschrieben werden kann. Sie machen deutlich, worauf – für Frauen wie Männer gleichermaßen – die Faszination an dieser Wissenschaftsdisziplin beruht:

„(...) hat mich eben schon immer fasziniert, (...) so diese logischen, diese einfachen Zusammenhänge, und dass man halt so komplexe Gebilde doch wirklich schön einfach strukturieren kann. (...) Man kann sehr abstrakte Dinge sehr schön formal darstellen und sie auch exakt und logisch bearbeiten. Es ist irgendwie nichts schwammiges daran.“ [männlich, Diplommathematik]

„Also schon früher fand ich das sehr interessant, wenn sich was (...) zusammengefügt hat. Wenn (...) man z.B. Sachen ausrechnen konnte und dann irgendwelche Techniken dafür hatte, und einem das auf einmal total logisch vorkam, warum das jetzt so und so gehen muss (...).“ [weiblich, Diplommathematik]

„Wie gesagt, Knobelaufgaben oder Sachaufgaben haben mich schon immer interessiert. Also, wie man quasi Probleme der Alltagswelt mit Mathematik lösen kann. (...) Mathematik ist eine Form von Sprache, wie man Alltagsprobleme irgendwie übersetzt in Mathematik und mathematisch dann entsprechend lösen oder bearbeiten kann.“ [männlich, Mathematik Lehramt]

„Also ich glaube einfach, die Liebe zur Mathematik, wenn ich es knallhart sagen muss, dass begeistert einen an dem Fach. Dann dass (...) da soviel Logik drinsteckt, und einfach das Spiel mit den Zahlen.“ [männlich, Mathematik Lehramt]

„Grundsätzlich hat mich schon immer (...) dieses Logische und dieses, na ja, doch relativ Greifbare, das hat mich sehr angesprochen.“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Also, früher fand ich die Mathematik so absolut, so klar, so eindeutig. Das fand ich wirklich schön. Mittlerweile muss ich sagen, dass sie nicht ganz so eindeutig und klar ist, wie ich das früher immer gedacht habe.“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Ich fand es schon immer toll, dass es da ein Richtig und Falsch gibt und nicht dieses drum rum Gerede. (...) jeder Schritt hat seinen Sinn und ist logisch und nach-

vollziehbar. (...) Das fand ich schon immer echt toll und heute, das habe ich damals natürlich nicht so gesehen, Mathematik kommt einfach überall vor und ist in unserer Umwelt überall vorhanden und (...) wenn man sich viel mit Mathe beschäftigt, kann man auch viel Einblick kriegen in andere Bereiche.“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„(...) ich fand halt gut, dass es so schön überschaubar ist. Dass alles irgendwie logisch aufeinander aufbaut (...) dass es klare Regeln gibt, nach denen man sich richten kann. (...) das ist auch heute noch so.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

„Also ich fand es immer sehr interessant, dass (...) alles sehr logisch aufgebaut ist und dass es entweder eine Lösung gibt oder (...) halt keine und die ist richtig oder falsch (...) Mittlerweile finde ich die ganzen Zusammenhänge interessant und zu wissen, dass hinter den meisten Sachen noch eine ganze Theorie dahintersteckt und dass das alles sehr komplex ist.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

„Also toll fand ich an der Mathematik eigentlich die Eindeutigkeit. Dass man (...) mit wohldefinierten Objekten umgeht und wirklich klare Antworten bekommt. Also eine gewisse Ästhetik gibt es natürlich auch in einigen Bereichen der Mathematik. Das sind allerdings eher diejenigen, die nicht so angewandt sind.“ [männlich, Wirtschaftsmathematik]

4.3. Zur Interaktionskultur im Fach Mathematik

Um der Frage nachgehen zu können, inwieweit die Studierenden in Interaktionen zwischen Lehrenden und Studierenden, aber auch zwischen den Studierenden selbst, Erfahrungen einer positiven oder negativen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts machen bzw. inwieweit sie diese Interaktionsmuster als gleichberechtigt erfahren, wurden ihnen 13 Situationen vorgelegt, die Studierende an der Hochschule erleben können. Anhand einer 4-stufigen Skala (trifft voll und ganz zu,

trifft eher zu, trifft eher nicht zu, trifft überhaupt nicht zu) sollten sie angeben, inwieweit die „konstruierten“ Situationen mit ihren eigenen Erfahrungen übereinstimmen.

Von den quantitativen Ergebnissen ist zusammenfassend festzuhalten: Lediglich bei fünf der 13 aufgelisteten Situationen bzw. Interaktionsmustern gleichen sich offensichtlich positive wie negative Erfahrungen der Studentinnen mit denen der Studenten, d.h. hier zeigten sich keine signifikanten Unterschiede in den Erfahrungswerten.

Signifikante Unterschiede wurden demgegenüber bei acht der 13 Interaktionsformen bzw. Situationen sichtbar: Den Erfahrungen der Frauen entspricht es demnach signifikant stärker als denen der Männer, dass Studentinnen in der Interaktion untereinander von ihren männlichen Kommilitonen weniger Sachkompetenz zugetraut wird als ihren männlichen Mitstudenten und dass Studenten abfällige Bemerkungen über sie machen. Hinsichtlich der Interaktion zwischen Lehrenden und Studierenden stimmt es signifikant häufiger mit ihren Erfahrungswerten überein, dass Beiträge von Studentinnen von Lehrenden weniger „ernst“ genommen werden als Beiträge von Studenten, dass das fachliche Interesse von Studentinnen weniger berücksichtigt wird als das ihrer Kommilitonen, dass Lehrende Studenten bevorzugen und ihnen auch häufiger Hiwi-Stellen anbieten als den Studentinnen. Widersprüchlich bleibt das Ergebnis bei der Frage, ob nun Studentinnen oder Studenten in Prüfungen besser bewertet werden. Studenten glauben signifikant häufiger, dass dies für Studentinnen gilt, Studentinnen hingegen glauben genau das Gegenteil.

Im Ergebnis zeigte sich also in der quantitativen Erhebung: Den ei-

genen Erfahrungen nach erleben die hier befragten Mathematikstudierenden in der Interaktion unter den Studierenden selbst, aber auch in der Interaktion mit den Lehrenden der Mathematik, noch immer Formen einer negativen Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts.

In den Interviews mit Mathematikstudierenden galt den Interaktionsmustern im Studium und den Erfahrungen mit Lehrenden und Mitstudierenden noch einmal ein

dieser Hinsicht erwies es sich als Vorteil, qualitative Interviews nach der quantitativen Erhebung durchzuführen. Damit wurde es möglich, die Studierenden noch einmal konkret auf ihre eigenen Erfahrungen mit und ihre Wahrnehmungen von Interaktionsmustern und Situationen im Studium anzusprechen und diese detaillierter darstellen zu lassen. So wurden die Studierenden einerseits mit den quantitativen Ergebnissen zu Erfahrungen mit be-

Studierenden übereinstimmend als gut bis sehr gut. Sie sahen überhaupt keine Probleme oder gar Anzeichen für einen „Geschlechterkampf“ oder einer Diskriminierung von Frauen. Das Verhältnis untereinander wäre völlig „normal“ und „entspannt“ oder „gleichberechtigt“, „alle verstehen sich gut und arbeiten gut zusammen“, so die Hauptcharakterisierungen. Diese erste nahezu ausschließlich positive Reaktion steht natürlich in einem deutlichen Widerspruch zu den quantitativen Ergebnissen. Da es als relativ unwahrscheinlich anzusehen ist, dass ausgerechnet in der interviewten Teilgruppe ausschließlich „gute“ Erfahrungen in der Interaktion zwischen Studenten und Studentinnen gemacht wurden, wurde den Studierenden die konkrete Nachfrage gestellt, ob sie selbst schon Situationen erlebt hätten oder davon gehört hätten, in denen die Fachkompetenz von Frauen angezweifelt wurde oder in denen über Frauen abfällige Bemerkungen gemacht wurden. Mehr als ein Drittel der Befragten verneinte auch dies. Nahezu zwei Drittel der interviewten Studierenden erinnerte sich jedoch aufgrund der Nachfrage an solche Situationen. Auffällig dabei ist, dass die Studierenden diese Erlebnisse, aus welchen Gründen auch immer, in der Mehrzahl nicht als Diskriminierung wahrnehmen (wollen), sondern sie offensichtlich nicht selten z.B. als Scherz umdefinieren oder in irgendeiner Form abschwächen und entschuldigen. Dies gilt, wie die folgenden Zitate zeigen, gleichermaßen für Männer wie für Frauen:

„Okay, (...) da wurde mal ein Spruch gebracht, aber nichts wirklich Schlimmes. (...) Das wurde eigentlich meistens auch immer als Spaß aufgefasst. Wenn da überhaupt Frauen anwesend waren, insofern.“ [männlich, Diplommathematik]



Variationen zum Thema Geschlecht und Mathematik II

besonderes Augenmerk. Die Ergebnisse der quantitativen Befragung, die deutlich darauf verwiesen, dass Frauen in ihrem Studienalltag bis heute Diskriminierungen seitens der Lehrenden, aber auch seitens ihrer Kommilitonen erfahren, sagen leider noch nichts darüber aus, wie und durch was sich diese Diskriminierungen im Detail zeigen, welche Stereotypen damit transportiert werden, welche Auswirkungen diese auf Interaktionen haben, was sie für die Studiensituation von Frauen bedeuten und wie Frauen damit umgehen. Hier zeigen sich Grenzen einer standardisierten Befragung. In

stimmten Situationen im Studium konfrontiert und um eine Stellungnahme gebeten. Darüber hinaus wurden die Studierenden gefragt, ob sie selbst schon einmal Situationen positiver oder negativer Diskriminierung erlebt oder wahrgenommen haben und wie sie das Verhältnis untereinander und zu den Lehrenden beschreiben würden. Einige Ergebnisse zu diesen Aspekten sollen nun im Folgenden skizziert werden.

Erfahrungen in der Peer-Group

Das Verhältnis der Studentinnen und Studenten untereinander beschrieben nahezu alle interviewten

„Nein, abfällige Bemerkungen bestimmt nicht. Ich kann mir schon vorstellen oder das war bestimmt mal, ich kann mich jetzt nicht weiter dran erinnern, dass da irgendwann mal ein Witz darüber gemacht wurde, dass man jetzt weiblich ist. Aber genauso kann ich auch einen Witz drüber machen, dass irgendjemand anderes männlich ist.“ [weiblich, Diplommathematik]

„Ja, ich habe schon öfter erlebt, dass so abfällige Bemerkungen kamen. Die wurden dann natürlich immer ein bisschen spaßig dargestellt, als Witz (...).“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Das stimmt schon, ja. Also ich habe auch hin und wieder (...) Scherze über meine Studienkolleginnen gemacht, aber das war eben auch spaßhaft gemeint (...).“ [männlich, Wirtschaftsmathematik]

„Nein, wenn dann im Spaß, aber nicht ernst gemeint. (...) Also, ich beziehe es nicht auf mich. Ich weiß nicht, vielleicht habe ich auch immer nur gedacht, dass es im Scherz gemeint war und es war doch ernst gemeint. Das kann natürlich sein. Aber es war nie so, dass es mir negativ aufgefallen wäre.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

„Das mit den abfälligen Bemerkungen, (...) manchmal bietet sich das an. Aber das ist dann, also das klingt jetzt Scheiße, aber das ist dann halt nicht so (...) gemeint, sondern das ist einfach als Gag gemeint oder so.“ [männlich, Wirtschaftsmathematik]

„Ja also, dass Studentinnen weniger zugebraut wird, das kann ich bestätigen. Das geht mir auch selber so, aber dann kann man ja beweisen, dass das nicht so ist.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

In den Interviews wurde hinsichtlich eines weiteren Aspektes sichtbar, dass das Verhältnis zwischen Studenten und Studentinnen vielleicht doch nicht ganz so „ungebrochen“ gut und frei von „stereotypen Bildern“ ist, wie es die Mehrzahl der Studierenden sieht oder sehen will. Inwieweit es sich dabei um Einzelfälle handelt, sei dahingestellt.

Dennoch: Einige Antworten der Frauen auf die Nachfrage, wie sie das quantitative Ergebnis erklären würden, dass die Männer signifikant stärker annehmen, Studentinnen würden in Prüfungen besser bewertet werden, deuten darauf hin, dass sie sehr wohl noch „alte, männliche Vorurteilen“ oder „typische Frauenbildern und Stereotypen“ in den Köpfen ihrer Kommilitonen vermuten und diese im Umgang miteinander offenbar durchaus noch lebendig sind. In wenigen Einzelfällen wurde dies sogar von Studenten selbst in den Interviews bestätigt. Folgende Beispiele sollen dies verdeutlichen:

„(...) rein intuitiv haben männliche Studenten doch die Tendenz zu sagen: na ja, ihr habt ja den Mäuschen-Bonus. (...) Vor allem in der mündlichen Prüfung (...) ist doch tatsächlich öfter mal dieser Ausdruck Mäuschen-Bonus gefallen, weil man eben weiblich ist und wenn man unter Umständen noch irgend wie was her macht, (...) also dann sagen Männer auch oftmals: na ja, da drücken die Prüfer schon mal ein Auge zu. Ob das stimmt, ist wieder eine andere Sache (...) aber es gibt tatsächlich Kommilitonen, die das (...), wenn auch mit einem Schmunzeln im Gesicht, sagen.“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Ja, das kriege ich manchmal aber auch zu hören. Wenn ich jetzt eine gute Prüfung gemacht habe oder eine gute Leistung erbracht habe (...): Na ja, das war der Frauenbonus. Man kriegt manchmal so was zu hören.“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„(...) ja die Männer, da kommen auch immer so Sprüche: Ja, wenn die einen kurzen Rock anzieht, dann kriegt sie sowieso eine bessere Note und vielleicht denken die auch wirklich irgendwie so was.“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Aber ja, die meisten Frauen gehen halt doch im Minirock oder zumindest knappen Sachen zur Prüfung. Also, man versucht als Frau offensichtlich doch in dieser Art und Weise zu punkten.“ [männlich,

Wirtschaftsmathematik]

Erfahrungen mit Lehrenden

Auch das Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden beschrieb mehr als die Hälfte der Interviewten als gut bis sehr gut. Die Mehrzahl der Studierenden sahen überhaupt keine Probleme, charakterisierten die Lehrenden als hilfsbereit und fair, verneinten, dass es in irgendeiner Form eine Ungleichbehandlung von Frauen und Männern gäbe und beschrieben das Verhältnis als „entspannt“ und „kooperativ“. Diejenigen Studierenden, die das Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden eher etwas problematisch sahen, bezogen dies nicht auf eine mögliche Ungleichbehandlung der Geschlechter, sondern entweder auf konkrete Einzelpersonen oder allgemeiner auf das „spürbare“ Desinteresse von Lehrenden an ihre Studierenden bzw. an einer „guten Lehre“.

Trotz dieser mehrheitlich positiven Einschätzung des Verhältnisses zwischen Studierenden und Lehrenden scheinen auch im Lehrkörper noch Bilder und Stereotypen anzutreffen zu sein, die darauf schließen lassen, dass nicht alle männlichen Dozenten Frauen in der Mathematik eine vorurteilsfreie Einstellung entgegenbringen und die Geschlechter als gleichberechtigt ansehen. Auch wenn es sich hier offensichtlich um Einzelfälle handelt, sind sie für das „Gesamtklima“ in einem Studienfach zumindest problematisch. Die folgenden Zitate der Studierenden sollen diese Haltungen, Einstellungen und Verhaltensweisen exemplarisch beschreiben:

„Ah, ich habe einmal, also ganz am Anfang, wo ich jetzt bei dem Professor war, (...) habe ich mich nicht immer getraut, bei ihm reinzulaufen oder so anzuklopfen und Termine zu machen. (...) Auf jeden Fall habe ich dann irgendwann mal

gefragt, wann wir den nächsten Termin machen oder so was. Und dann, na ja, hat er irgendwie gemeint: Och Gottchen, sie Arme. So richtig doof. Und dann habe ich ihn angeschaut (...) und habe gar nichts mehr gesagt. Ich meine, (...) ein Mann hätte wahrscheinlich diese behätschelnde Situation (...) nicht erlebt.“ [weiblich, Diplommathematik]

„Also, ich weiß, dass es durchaus Dozenten gibt, die Frauen nichts zutrauen. (...) Also, ich weiß von einem Fall, dass in einer Prüfungssituation (...) der Kommentar kam: Ja, für eine Frau war es nicht schlecht. Da geben wir doch mal eine Drei statt einer Vier. (...) Aber ich glaube, das ist doch eher selten.“ [männlich, Mathematik Lehramt]

„(...) ich meine, wie einige Professoren sich gegenüber Frauen verhalten, die hier an der Universität angestellt sind, daraus kann man auch Rückschlüsse ziehen, wie sie sich gegenüber Studentinnen verhalten. (...) Ich möchte da aber nicht konkreter werden. (...) ich würde schon einige sehr wertkonservative Leute ausmachen, von denen ich es teilweise bemerkt habe und mir teilweise gut vorstellen könnte, dass sie sehr chauvinistische Positionen vertreten oder Werte vertreten, teilweise ganz bestimmt frauenfeindlich, die aber kein Problem damit haben, mit Frauen zusammen zu arbeiten, wenn Frauen sehr viel Leistung zeigen.“ [männlich, Mathematik Lehramt]

„Also wo es mir auffällt, ist schon bei den Dozenten. Ich glaube, da gibt es schon etliche, die Männern weitaus mehr Mathematikwissen zugestehen als Frauen. Ich denke, das ist auch ein durchaus großes Problem, weil es nach wie vor mehr Dozenten als Dozentinnen gibt.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

4.4. Bilder und Stereotypen über das Verhältnis „Frauen und Mathematik“

Um möglichen noch immer bestehenden Vorurteilen oder geschlechtsstereotypen Zuschreibungen nachgehen zu können, die in

Einstellungen über „Frauen und Mathematik“ sichtbar werden, wurden den Studierenden in einer Frage der quantitativen Erhebung zehn Aussagen vorgelegt, die vor allem „alltagsweltliche“ Erklärungen darüber wiedergeben, warum sich noch immer mehr Männer als Frauen für ein Mathematikstudium entscheiden. Sie sollten auch hier anhand einer 4-stufigen Skala (stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu) angeben, inwieweit sie diesen Aussagen zustimmen.

Die statistischen Analysen zeigten, dass zwischen den Geschlechtern lediglich bei zwei der 10 vorgegebenen Aussagen keine signifikanten Unterschiede im Grad der Zustimmung vorliegen.

Bei acht Aussagen offenbarten sich jedoch signifikante Unterschiede im Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung zwischen den Geschlechtern, die zum Teil sehr deutlich zeigen, dass, zumindest nach den quantitativen Ergebnissen, Vorurteile oder geschlechtsstereotype Vorstellungen noch immer vor allem in den Köpfen der Studenten „herumgeistern“. Die Studenten stimmten den Aussagen, dass Männer im Allgemeinen begabter für Mathematik sind, dass Frauen analytisches Denken nicht liebt, dass Frauen sich nicht so stark für Mathematik, dafür aber stärker für Sprachen interessieren und dass die meisten Frauen kein Fach studieren wollen, in dem sie in der Minderheit sind, signifikant häufiger zu als die Studentinnen. Damit suchen sie Gründe oder Erklärungen dafür, dass noch immer mehr Männer als Frauen Mathematik studieren, in erster Linie bei den Frauen selbst bzw. bei deren „Defiziten“.

Studentinnen hingegen stimmten lediglich den Aussagen, dass Frau-

en sich ein Mathematikstudium nicht zutrauen, dass das Mathematikinteresse von Jungen in der Schule stärker gefördert wird und dass Frauen in mathematischen Berufen schlechtere Berufschancen haben, signifikant häufiger zu. Damit verweisen sie als mögliche Erklärungen dafür, dass noch immer weniger Frauen als Männer Mathematik studieren, eher auf kulturelle und strukturelle Barrieren als auf Defizite der Frauen.

Als die Studierenden in den Interviews mit diesen Ergebnissen konfrontiert und um eine Bewertung oder Erklärung vor allem der „männlichen Sicht“ gebeten wurden, zeigte sich interessanterweise Folgendes: Ausschließlich Studenten stimmten, über alle Studiengänge hinweg, diesen Ergebnissen (zumindest teilweise) zu und bestätigen bzw. reproduzieren dadurch auch die hinter diesen Ergebnissen liegenden Bilder und Stereotypen. Nicht selten erscheinen ihre „Erklärungen“ für diesen Sachverhalt oder ihre „Einstellungen“ etwas aufgesetzt. Die Mehrheit der Studentinnen hingegen reagierte zunächst ziemlich überrascht oder sogar verärgert über diese Ergebnisse und wies sodann die damit verbundenen Stereotypen entschieden zurück. Einige Studentinnen versuchten darüber hinaus, mögliche Erklärungen für diese Sachverhalte oder Einstellungen eher in gesellschaftlichen Bedingungen zu finden. Ausgewählte Zitate sollen diese Reaktionen und Einstellungen, zunächst der Männer, dann der Frauen, veranschaulichen:

„Ja, also ein gewisses Maß an Stereotypen existiert bestimmt. Also ich weiß nicht, wie tief das liegt und wie konkret die Stereotype sind, aber ich denke, dass das nicht nur an der Universität so ist, sondern auch, wie ich Frauen durchaus wahrgenommen habe, an der Grundschule. Wenn da im

Bastelunterricht gesagt wird, das ist ja dann die Domäne für die Frauen und das müssen die ja sehr gut können. (...) wo hingegen, wenn es um Sachkundeunterricht geht, dann die Jungen gefragt sind. Also dadurch fördert man ja auch schon in der Grundschule bestimmte Geschlechterbilder und die setzen sich dann eben auch im Kopf fest.“ [männlich, Mathematik Lehramt]

„(...) finde ich schon, (...) dass sich Jungen mehr für Mathematik interessieren. Dass auch diese Begabung vielleicht ein bisschen mehr da ist (...) Aber wie gesagt, also ich habe keine Vorurteile im Mathestudium gegen meine Frauen. Äh (...) gegen Frauen in meinem Mathestudium (...) Gut, die Vorurteile liegen bei mir vielleicht darin begründet, dass ich sage, Jungs haben grundsätzlich ein höheres Interesse für Mathematik und vielleicht liegt ihnen das logische Denken grundsätzlich auch erst mal mehr. Aber (...) wenn sich Mädchen für ein Mathestudium einschreiben, dass dann diese Unterschiede verfliegen. (...), dass dann beide gleich gut sein können oder das Mädchen auch besser sein kann. Ich denke, dass es dann keine Unterschiede mehr gibt.“ [männlich, Wirtschaftsmathematik]

„Ich glaube halt wirklich, dass es in der Natur der Sache liegt, dass (...) mehr Männer sich für Mathematik interessieren oder Naturwissenschaft allgemein (...) und dass Frauen halt mehr in die Sprachen reingehen oder Pädagogik. (...) Liegt einfach in der Natur der Sache.“ [männlich, Wirtschaftsmathematik]

„Auf jeden Fall stützt sich die männliche Perspektive wieder ganz stark auf das Gesellschaftsbild. (...) Also, ich finde es total schwierig, das jetzt zu erklären. (...) so dieses Gesellschaftsbild, was dahinter steht, so von wegen, Frauen können halt besser Sprachen und denen liegt das analytische

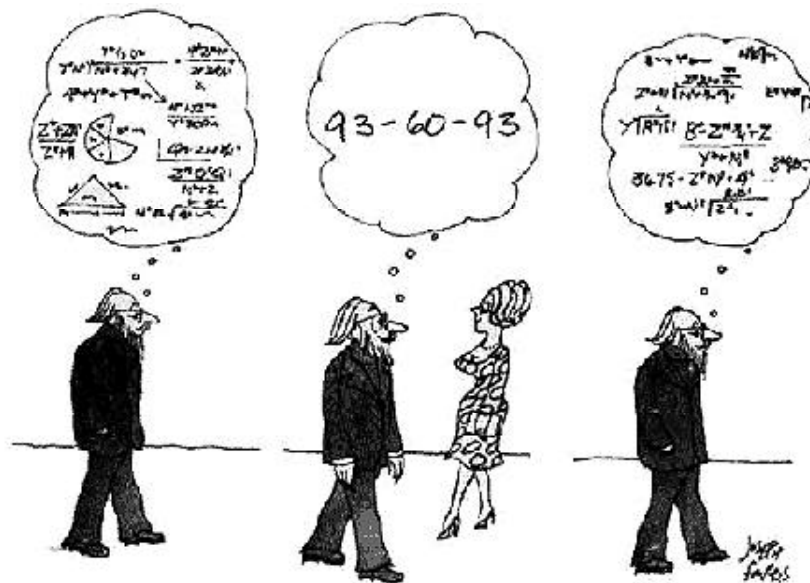
Denken nicht so sehr und so. Das ist alles das, was man eigentlich so aus der allgemeinen Diskussion kennt, die dann immer mal wieder auftaucht, in irgendwelchen Zeitungen, in irgendwelchen Artikeln.“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Da kriegt man ja so einen Hals, wenn man hört, dass die Studenten wirklich meinen, dass Frauen weniger analytische Fähigkeiten haben. So was kann ich gar nicht haben. (...)“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Ich denke, keine Frau wird sagen, ich bin nicht so gut im analytischen Denken und mache deswegen nicht Mathematik. Das ist schon klar, dass das eher von Männern kommt. (...) Ja, gehört habe ich das natürlich auch schon. Aber ich denke, das ist Quatsch. (...) Natürlich gibt es Frauen, die das genauso gut oder viel besser können als irgendwelche Männer. Und ich denke, es gibt auch Männer, die für Mathematik überhaupt kein Verständ-

Männer sich für Naturwissenschaften. Aber ich denke, natürlich ist es in der Erziehung schon begründet. Denn wie gesagt, es ist ja noch immer so, dass man den Jungs eher ein Lexikon schenkt oder ein (...) Teleskop und versucht, mit dem in die naturwissenschaftliche Richtung zu gehen und Frauen halt eher Puppen und ähnlichen Kram.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

Um einem anderen „gängigen“ Stereotyp oder Vorurteil nachgehen zu können, nämlich dem, dass Frauen in Mathe weniger gut sind als Männer, wurden in der quantitativen Untersuchung drei Teilaspekte zu dem Bereich „Leistung“ erhoben. Zunächst wurde den Studierenden die Frage gestellt, wie sie die Leistungen von Studenten im Vergleich zu Studentinnen in ihrem Mathematikstudiengang beurteilen. Dabei zeigte sich, dass sowohl die Mehrheit der Männer wie die der



Variationen zum Thema Geschlecht und Mathematik III

nis haben, aber dafür in Sprachen gut sind. (...) Es gibt immer solche und solche. Ich weiß natürlich nicht, ob es vielleicht im Groben so sein kann, dass sich Frauen mehr für Sprachen interessieren und

Frauen der Ansicht war, es gebe zwischen den Leistungen beider Geschlechter keine Unterschiede.

Anschließend wurden die Studierenden gefragt, ob sie mit ihren eige-

nen Leistungen zufrieden seien und wie sie diese einordnen würden. Dabei zeigte sich: Der Anteil der Männer, die mit ihren Leistungen zufrieden waren, lag deutlich über dem der Frauen, wenngleich in beiden Gruppen die Mehrheit nur „teils-teils“ mit ihren Leistungen zufrieden und die Anteile der Unzufriedenen etwa gleich groß waren. Auch der Anteil der Männer, die ihre Leistungen als überdurchschnittlich einordneten, lag über dem der Frauen, während der Anteil derjenigen, die ihre Leistung als durchschnittlich angaben, bei den Studenten geringer war als bei den Studentinnen. Gleich hoch gestalteten sich in etwa die Anteile derjenigen, die ihre Leistungen als unterdurchschnittlich eingeordnet hatten.

Um den „scheinbaren“ Widerspruch zu lösen, dass einerseits sowohl die Mehrheit der Männer wie der Frauen der Ansicht ist, es gäbe keine Leistungsunterschiede zwischen den Geschlechtern, dass andererseits aber Frauen in der Tendenz mit ihren Leistungen eher unzufriedener sind und diese auch eher schlechter einschätzen als Männer, wurden die Studierenden in den qualitativen Interviews um eine Erklärung dieser quantitativen Ergebnisse gebeten.

Dabei bestätigte sich zunächst, dass keiner der interviewten Studierenden aus eigenen Erfahrungen heraus tatsächlich geschlechtsspezifische Leistungsunterschiede hatte feststellen können. Dass Frauen sich offensichtlich dennoch eher schlechter einschätzen oder mit ihren Leistungen unzufriedener sind, erklären beide Geschlechter vor allem damit, dass Männer sich in der Tendenz eher überschätzen, Frauen hingegen unterschätzen oder auch „unter Wert verkaufen“, dass Frauen vielleicht auch aufgrund ihrer Minderheitenstellung selbstkriti-

scher mit sich sind und dass Frauen wie Männer eben doch – zumindest unbewusst – internalisierte Bilder und Vorurteile reproduzieren. Die folgenden Zitate von Studentinnen sollen diese Erklärungsmuster exemplarisch verdeutlichen:

„Ich könnte mir einfach (...) vorstellen, dass diese (...) Meinung schon so stark vorherrscht, dass die Männer das halt besser können und die Frauen nicht so gut sind und dass deshalb die Männer sich mehr zutrauen oder glauben, sie können es besser und die Frauen dann eher zurückhaltender sind, weil es in den Köpfen schon so drinsteckt.“ [weiblich, Diplommathematik]

„(...) ich glaube einfach, Frauen gehen oft selbstkritischer mit sich selbst um. Und ich würde mich auch nicht als brillant hier hinsetzen und würde auch nicht sagen: ich bin so toll. Und ich glaube, das (...) liegt einfach so in der Natur der Männer zu sagen: Hey, ich kann das alles voll gut (...), viele Männer sind einfach geborene kleine Angeber (...) aber ich bin eben ein bisschen kritischer mit mir selbst.“ [weiblich, Diplommathematik]

„Das würde, glaube ich, ganz gut zu den Vorurteilen passen, die vorhanden sind. Also, wenn z.B. der Lehrer sowieso immer sagt: Frauen können es nicht so gut, dann glaubt man es zuletzt. Und dann glaubt man vielleicht auch später, dass man schlechter ist, obwohl man selber gar nicht schlechter ist (...).“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Also, ich denke, viele Frauen verkaufen sich eher unter Wert. Und die Männer überbewerten sich öfter.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

„Ich glaube das ist, weil Frauen eher dazu neigen, ihr Licht so ein bisschen unter den Scheffel zu stellen, also zu sagen: Ja, so gut bin ja doch nicht. Und Männer eher so sind, zu sagen: Ja, super, das kann ich, ich bin ein Held. Ich denke das ist einfach so der Unterschied zwischen Männern und Frauen.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

„Ich denke, das ist wieder dieses Selbst-

bewusstsein in der Mathematik, dass es selbstverständlicher ist, dass ein Mann Mathematik studiert, als dass es eine Frau tut. Und dass die Frau sich dadurch leichter unterschätzt. (...) Aber vielleicht ist es auch so eine Frauen-/Männersache, dass Männer sich einfach überschätzen und Frauen sich eher unterschätzen, das ist ja in vielen Bereichen so, nicht nur in der Mathematik, oder?“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

4.5. Mathematik – noch immer eine Männerdomäne?

Der Frage, inwieweit die Mathematik sowohl historisch wie gegenwärtig (noch) als Männerdomäne angesehen und von den Studierenden als solche wahrgenommen wird, wurde in den qualitativen Interviews ein besonderer Schwerpunkt gewidmet. Hierzu sollen im Folgenden zwei Aspekte beschrieben werden. An einer Stelle im Interviewverlauf wurden die Studierenden gebeten, zwei Personen zu nennen, die ihrer Ansicht nach in der Mathematik und damit für die Entwicklung dieser Wissenschaftsdisziplin Herausragendes geleistet haben. Wurden hierbei nur Männer genannt, wurde explizit nachgefragt, ob die Studierenden auch eine Frau benennen könnten. Indirekt sollte damit erhellt werden, ob Mathematikerinnen überhaupt im Bewusstsein der Studierenden eine relevante Größe sind und ob z.B. auch in der Wissensvermittlung auf deren Präsenz und deren Leistungen hingewiesen wird. An einer anderen Stelle im Interview wurden die Studierenden dann direkt gefragt, ob es auch heute noch so ist, dass Mathematik die Männerdomäne ist, für die sie lange Zeit gehalten wurde und woran sie diese Charakterisierung festmachen würden.

Hinsichtlich der Frage nach „berühmten“ Personen der Mathematik ist zusammenfassend festzuhal-

ten: Die deutliche Mehrheit der Studierenden konnte spontan Personen nennen, die ihrer Ansicht nach Herausragendes für die Mathematik geleistet haben. Dabei fielen ihnen jedoch zumeist nur männliche Vertreter dieser Disziplin ein; nur einige wenige nannten spontan (zumeist neben einem Mann) die Mathematikerin Emmy Noether. Selbst auf die Nachfrage hin erinnerten sich die meisten Studierenden – Frauen wie Männer – nicht an eine Mathematikerin. Einige Studierende nannten in diesem Zusammenhang immerhin den Namen „allgemein bekannter“ (Natur-)Wissenschaftlerinnen wie z.B. Marie Curie, ohne diese eindeutig einer Disziplin zuzuordnen zu können. Überhaupt wurden lediglich drei Mathematikerinnen erwähnt; allen voran Emmy Noether, deutlich seltener Sophia Kowalewskaja und in einem Fall zusätzlich Harriet Griffin.

Offensichtlich wird, so das wohl niederschmetternde Ergebnis, von all den Mathematikerinnen, die es in der Geschichte der Mathematik gibt, lediglich Emmy Noether wahrgenommen und nur ihr Herausragendes für die Disziplinentwicklung zugeschrieben. Dieses Nichtwissen über oder die Nichtwahrnehmung von Mathematikerinnen zeigte sich bei Frauen wie Männern gleichermaßen, d.h. auch die Studentinnen, die heute Mathematik studieren, kennen die Geschichte der Frauen in der Mathematik und ihrer Leistungen für die Entwicklung dieser Wissenschaftsdisziplin nicht. Hinsichtlich der historischen Perspektive erscheint die Mathematik demnach bis heute nahezu ungebrochen als Männerdomäne wahrgenommen und offensichtlich auch vermittelt zu werden. Wie, so die sich anschließende Frage, ist die Wahrnehmung heute? Sehen die Studierenden die Mathematik noch immer als Män-

nerdomäne und wenn ja, woran machen sie diese Charakterisierung fest?

Zunächst ist festzuhalten, dass nicht einer der hier interviewten Studierenden die Beschreibung der Mathematik als Männerdomäne für die heutige Zeit kategorisch ablehnte. Die Anzahl derjenigen, die die Ansicht vertreten, dass die Mathematik bis heute quasi uneingeschränkt eine Männerdomäne geblieben ist, auch wenn immer mehr Frauen dieses Fach studieren würden, war jedoch sehr gering. Zur Unterlegung dieser Einschätzung verweisen sie z.B. darauf, dass Veröffentlichungen noch immer nahezu ausschließlich von Männern stammen, gerade so, als gäbe es überhaupt keine Mathematikerinnen, dass zwar mehr Frauen heute ein Mathematikstudium anfangen, sie aber noch immer häufiger als Männer das Studium abbrechen oder den Studiengang wechseln, so dass in höheren Semestern manchmal kaum noch Frauen zu finden sind und natürlich, dass in höheren Stausebenen der Universität, aber auch in der Wirtschaft, nach wie vor nahezu keine Mathematikerinnen anzutreffen sind.

Die Mehrheit der Studierenden – Männer wie Frauen – fand jedoch, dass die Mathematik auch heute noch teilweise als Männerdomäne charakterisiert werden muss, wobei diese Einschätzung von Studierenden über alle Studiengänge hinweg gleichermaßen vertreten wurde. Diese Charakterisierung machen sie nicht allein an den „reinen“ Zahlenverhältnissen von Frauen und Männern in der Mathematik fest, sondern auch an den damit einhergehenden Bildern und Stereotypen über Frauen in der Mathematik oder „Beharrungs- und Ausschließungstendenzen“ der männlichen Mehrheit und deren Definitionsmacht. Dennoch nehmen sie mehr oder

weniger „deutliche“ Veränderungen bzw. Öffnungstendenzen wahr und sind der Ansicht, dass die Zeit, in der die Mathematik eine Männerdomäne war, langsam aber sicher zu Ende gehen wird. Folgende Zitate sollen dies verdeutlichen:

„Von den Zahlen her ist es einfach so, dass mehr Mathematiker da sind und dass es halt von daher auch wahrscheinlich eine Männerdomäne sein wird. (...) Dadurch dass es halt wenig Frauen gibt, ist es etwas Besonderes, wenn eine Frau dorthin kommt. (...) Also was weiß ich, da gibt es zwanzig Männer, die das gemacht haben und es gibt eine Frau und von daher hat die schon mal eine gesonderte Stellung. (...) Von daher ist es schon mal nichts Normales. (...) ich weiß nicht, ob es aktiv Leute gibt, die das vermeiden wollen, dass Frauen Professoren werden. Da kann ich mir kein Urteil drüber bilden. Ich kann es mir nicht vorstellen, aber die Zahlen sprechen halt dafür, dass es so ist. Ich glaube, das ist eher so ein Verhaltensschema: Sobald jemand in der Minderheit ist, versucht man ja, den auszugrenzen. Ich glaube, das ist eher so ein Mechanismus, der dann so in der Gruppe greift. (...) Aber ich denke auch, das wird sich ändern. (...) Es werden ja doch mehr Frauen, vor allem bei den Studierenden.“ [männlich, Diplommathematik]

„Also, es liegt einfach an dem quantitativen Unterschied, dass halt jetzt auch schon zum Ende hin mehr Männer Mathematik studieren als Frauen. Am Anfang war es ja halbwegs ausgeglichen (...) jetzt zum Ende hin ist es schon (...) männerdominiert. Aber im Lehramt ist es ja schon anders. Und man sieht es auch an den Professoren. Man sieht es einmal daran, dass es halt einfach mehr männliche Studierende gibt und dass so gut wie alle Professoren Männer sind. Und auch alle Dozenten.“ [weiblich, Diplommathematik]

„Der Anteil der Frauen ist ja, gerade was die Dozentenebene angeht, doch sehr gering und ich glaube, dass da noch größere Vorbehalte sind oder größere Vor-

urteile als unter den Studierenden selber (...) aber ich glaube, dass bei den meisten diese Vorbehalte nicht offen ausgesprochen werden. Also unter den Mathematikprofessoren gibt es zwar eine Professorin, die aber für Didaktik zuständig ist. Also, für die Diplomstudenten gibt es eigentlich nur männliche Dozenten. Und die Dozenten sind es auch nur gewohnt, unter Männern über Mathematik zu diskutieren. (...) Es ist ein schleicher Prozess, denke ich, aber das wird sich erst richtig mal geändert haben, wenn auch auf der Diplomanden- und irgendwann auch auf Professorebene mehr Frauen da sind.“ [männlich, Mathematik Lehramt]

„Ja, ein bisschen vielleicht. Aber ich glaube nicht mehr so extrem. Ich denke, das wird mit den Jahren jetzt auch mehr kommen, dass man da langsam den Frauen mehr zutraut (...) und dass immer mehr Frauen solche Sachen machen und vielleicht wird das dann (...) in absehbarer Zeit mal ein bisschen besser werden.“ [weiblich, Mathematik Lehramt]

„Also, wenn es eine absolute Männerdomäne wäre, dann wären weniger Frauen da (...). Ich denke nicht, dass es noch eine Männerdomäne ist. Oder (...) sagen wir so: Es ist vielleicht noch nicht durchgesickert zu den Dozenten, dass es auch sehr fähige Mathematikerinnen gibt. Oder sie geben es auch gerne zu, aber wenn es dann zu der Besetzung der Stellen geht, lehnen sie es auch gerne wieder ab. Vielleicht so in die Richtung, (...) de facto ist es ja so, dass nun mal sehr viel weniger Professorinnen hier sind als Professoren und ich denke auch noch, deutlich weniger Doktorandinnen oder Doktorinnen als der männliche Gegenpart. (...) Ich denke aber auch, dass es sich ändern wird.“ [männlich, Wirtschaftsmathematik]

„Also, ich glaube schon, dass reine Mathematik wirklich noch eher eine Männerdomäne ist. Aber in den anderen Studiengängen hat sich doch schon viel getan, da ist es nicht mehr so, da gibt es doch schon viel mehr Frauen.“ [weiblich, Wirtschaftsmathematik]

5. Zusammenfassung und Ausblick

Im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen ausgewählte Ergebnisse aus 63 qualitativen Interviews mit Mathematikstudierenden von sechs Universitäten in Deutschland, die im Wintersemester 2003/2004 durchgeführt wurden. Ausgehend von der Hypothese, dass mit den seit Jahren steigenden Studentinnenanteilen in der Mathematik eine (langsame aber kontinuierliche) „Angleichung“ der Geschlechterverhältnisse in diesem Fach bzw. in dieser Wissenschaftsdisziplin einhergeht, wurden aus den Themenschwerpunkten der Leitfadeninterviews fünf Aspekte betrachtet: die Gründe für die Studienfachwahl, die Frage nach der Affinität der Studierenden zur Mathematik bzw. deren Faszination an ihrer Disziplin, die Interaktionskultur im Fach Mathematik, d.h. Erfahrungen mit Interaktionsmustern und Situationen im Studienalltag, die Frage nach der „Lebendigkeit“ von Stereotypen über das Verhältnis „Frauen und Mathematik“ und die Frage, ob und auf welche Weise Mathematik noch immer als eine Männerdomäne wahrgenommen wird. Bei vier der genannten Aspekte wurden den Ergebnissen aus den qualitativen Leitfadeninterviews Ergebnisse aus einer quantitativen Erhebung, die im Zeitraum WS 2002/03 bis WS 2003/04 an acht Universitäten durchgeführt wurde, vorangestellt, da es hinsichtlich dieser Gesichtspunkte einen unmittelbaren Bezug zwischen den beiden Teilstudien gibt. Zusammenfassend können folgende Ergebnisse hervorgehoben werden:

In Bezug auf mögliche Geschlechterunterschiede bei den Gründen für die Studienfachwahl zeigten die quantitativen Ergebnisse: Für die deutliche Mehrheit der insgesamt 741 Befragten war Ma-

thematik, als sie mit dem Studium begonnen haben, auch tatsächlich ihr Wunschstudienfach. Hinsichtlich der Wichtigkeit verschiedener Gründe für ihre Studienfachwahl unterschieden sich die Geschlechter kaum (noch). In den Interviews wurde ergänzend (und die quantitativen Ergebnisse bestätigend) deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Studierenden keineswegs der Meinung ist, dass sich die Gründe, die dazu geführt haben, sich generell für ein Mathematikstudium zu entscheiden, zwischen den Geschlechtern unterscheiden. Ihrer Ansicht nach studieren Frauen wie Männer Mathematik in erster Linie aufgrund ihrer Interessen, Neigungen und ihrer Begabungen oder wegen ihrer guten Noten, die sie bereits in der Schule in diesem Fach hatten. Unterschiede zwischen den Geschlechtern könnten ihren Vorstellungen möglicherweise jedoch hinsichtlich der Wahl des entsprechenden Studiengangs der Mathematik bestehen.

Hinsichtlich der Frage nach der Affinität der Studierenden zur Mathematik ist aufgrund der quantitativen Ergebnisse festzuhalten: Der Grad der Zustimmung oder Ablehnung der Studierenden zu vorgegebenen Aussagen, warum Mathematik für sie interessant ist, zeigte nahezu keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. In den qualitativen Interviews wurden ergänzend zu diesem Aspekt die Fragen aufgegriffen, wann die Studierenden ihr Interesse an der Mathematik entdeckt haben und worauf die Faszination an diesem Fach beruht. Dabei zeigte sich zunächst, dass nahezu alle interviewten Personen – Männer wie Frauen – bereits im Laufe ihrer Schulzeit ein ausgeprägtes Interesse an der Mathematik entwickelt und eine starke Affinität zu diesem Fach gespürt hatten. Der logi-

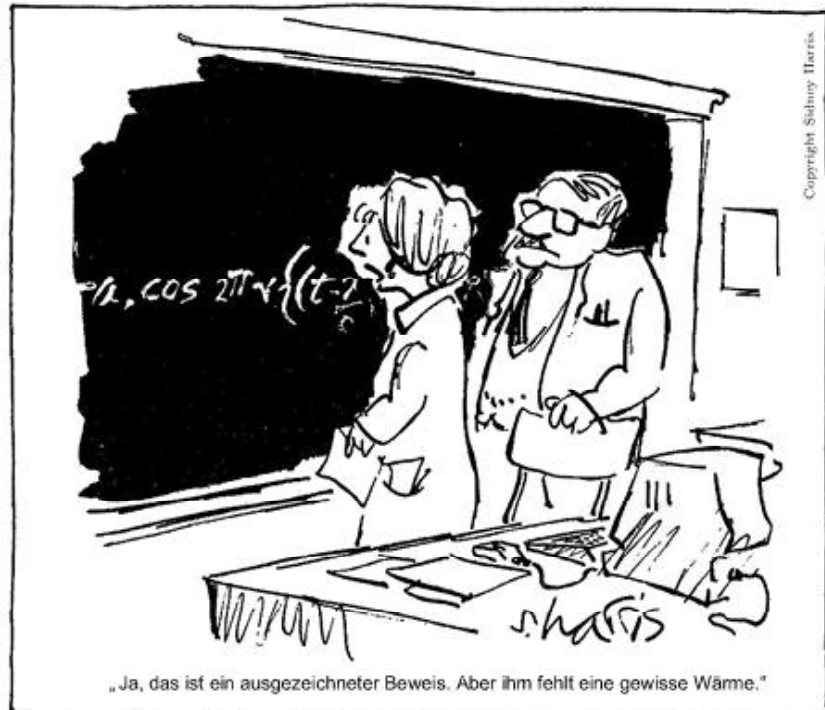
sche Aufbau, die Eindeutigkeit und Klarheit, die intellektuelle Herausforderung und die Vielfältigkeit (in der Anwendung) sind für Frauen wie Männer entscheidende Gründe, warum Mathematik bereits in der Schule zu einem Lieblingsfach avancierte und warum diese Disziplin die Studierenden bis heute begeistert.

Hinsichtlich der Interaktionskultur im Fach Mathematik zeigte sich aufgrund der quantitativen Ergebnisse: Den eigenen Erfahrungen nach erleben die hier befragten Mathematikstudentinnen in der Interaktion unter den Studierenden selbst aber auch in der Interaktion mit den Lehrenden der Mathematik noch immer Formen einer negativen Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts. Noch immer kommt es z.B. vor, dass Studentinnen von Studenten weniger Sachkompetenz zgetraut wird als ihren männlichen Kommilitonen, dass Studenten abfällige Bemerkungen über sie machen, dass ihre Beiträge von Lehrenden weniger „ernst“ genommen werden als Beiträge von Studenten und dass ihr fachliches Interesse weniger berücksichtigt wird als das ihrer Kommilitonen.

In den Interviews beschrieb die deutliche Mehrheit der Studierenden das Verhältnis der Studentinnen und Studenten untereinander zunächst übereinstimmend als gut bis sehr gut, als völlig „normal“ und „gleichberechtigt“. Auf die konkrete Nachfrage, ob sie selbst schon Situationen erlebt hätten oder davon gehört hätten, in denen die Fachkompetenz von Frauen angezweifelt wurde oder in denen über Frauen abfällige Bemerkungen gemacht wurden, erinnerten sich dann jedoch nahezu zwei Drittel der interviewten Studierenden an solche Situationen. Diese werden jedoch nicht selten als Scherz umdefiniert oder in irgendeiner Form abgeschwächt

und entschuldigt. Auch das Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden beschrieb mehr als die Hälfte der Interviewten als gut bis sehr gut. Die Mehrzahl der Studierenden verneinte, dass es in irgendeiner Form eine Ungleichbehandlung von Frauen und Männern gäbe. Dennoch wurde in einigen wenigen Aussagen deutlich, dass nicht alle männlichen

Köpfen der Studenten „herumgeistern“. Diese stimmten u.a. den Aussagen, dass Männer im Allgemeinen begabter für Mathematik sind, dass Frauen analytisches Denken nicht lieg und dass Frauen sich nicht so stark für Mathematik interessieren, signifikant häufiger zu als die Studentinnen. Damit suchten sie Gründe oder Erklärungen dafür, dass



Variationen zum Thema Geschlecht und Mathematik IV

Dozenten Frauen in der Mathematik eine vorurteilsfreie Einstellung entgegenbringen und die Geschlechter als gleichberechtigt ansehen.

Inwieweit Mathematikstudierende heute noch „alte“ Vorurteile oder geschlechterstereotype Zuschreibungen internalisiert haben und gleichsam auch in ihren Einstellungen reproduzieren, wurde über die Frage erfasst, warum weniger Frauen als Männer Mathematik studieren. Aufgrund der quantitativen Ergebnisse zeigte sich, dass Vorurteile oder geschlechtsstereotype Vorstellungen noch immer vor allem in den

noch immer mehr Männer als Frauen Mathematik studieren, in erster Linie bei den Frauen selbst bzw. bei deren „Defiziten“. Studentinnen hingegen verwiesen in ihren Erklärungen eher auf kulturelle und strukturelle Barrieren.

Als die Studierenden in den Interviews mit diesen Ergebnissen konfrontiert und um eine Erklärung der „männlichen Sicht“ gebeten wurden, zeigte sich, dass nicht wenige Studenten diesen Ergebnissen (zumindest teilweise) zustimmten und damit auch die hinter diesen Ergebnissen liegenden Bilder und Stereotypen reproduzieren. Die Mehr-

heit der Studentinnen hingegen wie die damit verbundenen Stereotypen entschieden zurück.

Um einem anderen „gängigen“ Stereotyp oder Vorurteil nachzugehen zu können, nämlich dem, dass Frauen in Mathe weniger gut sind als Männer, wurden in der quantitativen Untersuchung drei Teilaspekte zu dem Bereich „Leistung“ erhoben. Zusammenfassend zeigte sich, dass einerseits sowohl die Mehrheit der Männer wie der Frauen der Ansicht war, es gäbe keine Leistungsunterschiede zwischen den Geschlechtern, dass andererseits aber Frauen in der Tendenz mit ihren Leistungen eher unzufriedener waren und diese auch eher schlechter einschätzen als Männer. In den Interviews bestätigte sich zunächst, dass keiner der interviewten Studierenden aus eigenen Erfahrungen heraus tatsächlich geschlechtsspezifische Leistungsunterschiede hatte feststellen können. Dass Frauen sich offensichtlich dennoch eher schlechter einschätzen oder mit ihren Leistungen unzufriedener sind, erklären beide Geschlechter vor allem damit, dass Männer sich in der Tendenz eher überschätzen, Frauen hingegen unterschätzen, dass Frauen vielleicht auch aufgrund ihrer Minderheitenstellung selbstkritischer mit sich sind und dass Frauen wie Männer eben doch – zumindest unbewusst – internalisierte Geschlechterstereotype und Vorurteile reproduzieren.

Inwieweit die Mathematik historisch wie gegenwärtig (noch) als Männerdomäne angesehen und von den Studierenden als solche wahrgenommen wird, war ein Themenschwerpunkt der Interviews gewesen. Durch die Bitte, zwei Personen zu nennen, die nach Ansicht der Studierenden in der Mathematik und damit für die Entwicklung dieser Wissenschaftsdisziplin Herausra-

gendes geleistet haben, sollte indirekt erhellt werden, ob Mathematikerinnen im Bewusstsein der Studierenden eine relevante Größe sind und ob z.B. auch in der Wissensvermittlung auf deren Präsenz und deren Leistungen hingewiesen wird. Dabei zeigte sich: Die deutliche Mehrheit der Studierenden konnte weder spontan, noch auf konkrete Nachfrage eine Mathematikerin benennen. Dieses Nichtwissen über oder die Nichtwahrnehmung von Mathematikerinnen zeigte sich bei beiden Geschlechtern gleichermaßen, d.h. auch die heutigen Studentinnen kennen die Geschichte der Frauen in der Mathematik und ihrer Leistungen für die Entwicklung dieser Wissenschaftsdisziplin nicht. Hinsichtlich der historischen Perspektive erscheint die Mathematik demnach bis heute nahezu ungebrochen als Männerdomäne wahrgenommen und offensichtlich auch vermittelt zu werden.

Aber auch heute noch nehmen die Studierenden – Männer wie Frauen – in ihrer Mehrheit die Mathematik zumindest teilweise noch als Männerdomäne wahr. Zur Unterlegung dieser Charakterisierung verweisen sie vor allem darauf, dass in höheren Stausebenen der Universität wie der Wirtschaft nach wie vor nahezu keine Mathematikerinnen anzutreffen sind, dass sich noch immer hartnäckig „alte“ Bildern und Stereotypen über Frauen in der Mathematik halten oder „Beharrungs- und Ausschließungstendenzen“ der männlichen Mehrheit zu beobachten sind. Dennoch nehmen die Studierenden mehr oder weniger „deutliche“ Veränderungen bzw. Öffnungstendenzen wahr und sind zuversichtlich, dass die Zeit, in der die Mathematik eine Männerdomäne war, langsam aber sicher zu Ende gehen wird, nicht zuletzt aufgrund der steigenden Studentinnenzahlen.

Zurück zur Ausgangsfrage: Deutet sich aufgrund der hier dargestellten Aspekte nun eine „Angleichung“ der Geschlechterverhältnisse in der Mathematik an oder werden bis heute, trotz einer steigender Partizipation von Studentinnen, „ungebrochen“ Geschlechterasymmetrien und Geschlechterstereotype reproduziert. Diese Frage kann aufgrund der vorliegenden Ergebnisse nicht eindeutig in eine Richtung beantwortet werden. Die Ergebnisse verweisen eher auf eine Gleichzeitigkeit von Tendenzen der Überwindung wie der Reproduktion von Geschlechterasymmetrien und Geschlechterstereotypen in diesem Fach bzw. dieser Wissenschaftsdisziplin. Deutlich wird, dass eine rein quantitative Veränderung in den Studentinnenanteilen allein offensichtlich noch keinen nachhaltigen Wandel dieser als Männerdomäne gewachsenen Disziplin vollziehen kann oder konnte. Veränderungen und möglicherweise auch entsprechende Förderkonzepte müssen deutlich stärker als bislang auch an der symbolischen Ordnung dieser Wissenschaftsdisziplin, an der Interaktionskultur in diesem Fach und an den Einstellungen und stereotypen Bildern ihrer AkteurInnen ansetzen.

Anmerkungen

1 Obwohl der Studentinnenanteil in der Mathematik in den letzten 25 Jahren kontinuierlich angestiegen ist, setzt sich dieser „Trend“ bislang offensichtlich nicht in ihrer Präsenz an der Universität nach dem ersten Abschluss fort. Bei den Promotionen im Fach Mathematik liegt der Frauenanteil derzeit bei gut einem Fünftel. Der Anteil der Frauen an den Habilitationen liegt bei ca. 15%, der Anteil der Mathematikprofessorinnen bei ca. 5%.

2 Die Erhebungen fanden im Wintersemester 2002/03, im Sommersemester

2003 und im Wintersemester 2003/04 an den Universitäten Bielefeld, Stuttgart, Hamburg, Oldenburg, Gießen, Potsdam, Ulm und der TU Berlin jeweils in Kooperation mit MathematikerInnen und/oder SozialwissenschaftlerInnen der einzelnen Universitäten statt. Der Fragebogen spannt den Bogen von der schulischen „Bildungsbiographie“ über die Einstellung und Affinität zur Mathematik, zur Studienfachwahl, der Studiensituation und Studienzufriedenheit bis hin zur Berufs-, Familien- und Karriereorientierung und den Lebensperspektiven der Studierenden.

3 Zwei Interviews konnten aufgrund technischer Mängel in der Aufnahme nicht vollständig verschriftet werden, drei weitere Interviews wurden aufgrund der Studiengänge nicht in die Auswertung aufgenommen, da es sich um Interviews mit Lehramtsstudierenden handelte, die nicht Mathematik auf Lehramt für Mittel- bzw. Oberstufe, sondern z.B. für die Primarstufe oder berufliche Schulen studierten.

4 In der quantitativen Erhebung wurden insgesamt 741 Mathematikstudierende befragt. Von ihnen waren 344 Studenten und 397 Studentinnen (46,4% zu 53,6%). 233 Befragte (31,4%) studierten zum Erhebungszeitpunkt Mathematik im Diplomstudiengang, 200 (27,0%) studierten Wirtschaftsmathematik und 308 (41,6%) studierten Mathematik auf Lehramt (Mittel- und Oberstufe). Nach Geschlecht sieht die Verteilung auf die Studiengänge folgendermaßen aus: 37,5% der Männer und 26,2% der Frauen studierten Diplommathematik, 30,5% bzw. 23,9% Wirtschaftsmathematik und 32,0% der Männer sowie 49,9% der Frauen studierten Mathematik auf Lehramt. Die Befragten

studierten im 3. bis 12. Fachsemester, wobei die Mehrzahl der Studierenden im 3. bis 7. Semester studierte (618 = 83,4%), die Minderheit sich bereits im 8. bis 12. Semester befand (123 = 16,6%).

5 Vgl. hierzu: Lampert, M. D./Ervin-Tripp, S. M. (1993): Structured coding for the study of language and social interaction, in: Edwards, J. A./Lampert, M. D. (eds.): Talking data. Transcription and coding in discourse research, Hillsdale, New Jersey, S. 169-206; Mayring, Philipp (1983): Grundlagen und Techniken qualitativer Inhaltsanalyse, München und Mayring, Philipp (1988): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim.

6 An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass einige Themenkomplexe und Fragen der Interviews sich an denen aus dem Forschungsprojekt „Professorinnen in der Mathematik“ am Institut für Mathematik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg anlehnten, deren Interviewleitfaden uns zur Verfügung gestellt wurde. Dies auch unter der Perspektive, möglicherweise die Ergebnisse beider Untersuchungen irgendwann einmal zusammenführen bzw. kontrastieren zu können. Dies gilt auch für einige Fragen aus unserem Fragebogen, die z.T. in leicht veränderter Form aus dem Erhebungsinstrument der Studie „Mathematikstudentinnen und -studenten – Studiererfahrungen und Zukunftsvorstellungen“ entnommen wurden, die ebenfalls am Institut für Mathematik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg durchgeführt wurde.

7 Zur Aufbereitung und Auswertung der quantitativen Daten sei angemerkt: Die Daten der standardisierten Befragung wurden zunächst jeweils für die

acht Universitäten getrennt in einer SPSS-Datei erfasst. Die einzelnen Datensätze wurden dann einer Datenüberprüfung unterzogen, wobei neben dem Auffinden von Eingabefehlern auch mögliche Inkonsistenzen beim Ausfüllen des Fragebogens überprüft wurden. Anschließend wurden die einzelnen Datensätze zu einem einzigen Datensatz zusammengeführt. Die statistischen Prüfungen für die im Folgenden dargestellten Ergebnisse erfolgten jeweils zweiseitig, das Signifikanzniveau wurde auf $p \leq 0.05$ festgesetzt. Die Verteilungen der nominalskalierten Daten wurden mittels Chi²-Test geprüft, die ordinalskalierten Daten wurden mittels Mann-Whitney-U-Test verglichen, die intervallskalierten Daten wurden jeweils einem t-Test oder einer ANOVA mit Games-Howell-Post-Hoc-Tests zugeführt. Wo möglich erfolgte die Berechnung der Prüfgrößen über die exaktere Monte-Carlo-Methode. Die Anzahl der fehlenden Werte schwankte zwischen 0 und 30.

*Dr. Anina Mischau
Interdisziplinäres Zentrum für Frauen-
und Geschlechterforschung (IFF)
Universität Bielefeld, Postfach 100131,
33501 Bielefeld
Email: anina.mischau@uni-bielefeld.de*

*Jasmin Lehmann und Judith Daniels
waren wissenschaftliche Hilfskräfte in
dem noch laufenden Gesamtprojekt
„Prozesse des doing gender in der
Mathematik“. Kontakt möglich über
minlehmann@web.de (Jasmin Leh-
mann) und juddaniels@gmx.net (Judith
Daniels).*

Frauen- und Geschlechterforschung in Russland. Einige Gedanken zu ihrer Entwicklung und zu den Probleme einer komparativen Forschung

(1) Verstand wird Russland nie verstehen,
Kein Maßstock sein Geheimnis rauben;
So wie es ist, so laßt es gehn –
An Rußland kann man nichts als glauben.
(2) Der kühle, wägende Verstand
Kann Rußlands Wesen nicht verstehen;
Denn daß es heilig ist, dies Land,
Das kann allein der Glaube sehen.
(Fedor Tjucev (1803-1873), 1866¹)

Die Auseinandersetzung mit Frauen- und Geschlechterthemen rückte in den letzten Jahren zunehmend in das Blickfeld auch der russischen Sozialwissenschaften. Die Genderforschung in Russland trifft dabei jedoch nicht selten auf ablehnende Haltungen in- und außerhalb der wissenschaftlichen Community. Feminismus ruft häufig negative Assoziationen und Abwehrmechanismen hervor, feministische akademische Kreise sehen sich in die Marginalisierung gedrängt. Darüber hinaus werden Grenzen der Rezeption und des kulturellen Transfers westlicher Konzepte und Theorien der Frauen- und Geschlechterforschung immer deutlicher, was die „Suche“ nach einer eigenständigen Entwicklung und Standortbestimmung in diesem Wissenschaftsfeld zunehmend zwingender macht. Der Artikel stellt Überlegungen an, mit welchen Schwierigkeiten sich die Frauen- und Geschlechterforschung in Russland konfrontiert sieht. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass eine systematische Erforschung der Frauen- und Geschlechterthematik notwendig ist, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie Prozesse der Annäherung und Abgrenzung im Vergleich zum westeuropäischen Geschlechterdiskurs einordnen und verstehen zu können. Daher wird in dem Artikel auch der Versuch unternommen, Probleme einer komparativen Forschung im Bereich von Frauen- und Geschlechterstudien aufzuzeigen, um Anregungen für weitere weiterführende Diskussion in diesem noch immer stiefmütterlich behandelten Forschungsfeld zu geben.

1. Theoretische Vorüberlegungen und konzeptionelles Anliegen

Für die Verortung und das Verständnis einer Frauen- und Geschlechterforschung in der neuen russischen Gesellschaft sollen zunächst drei Vorüberlegungen getroffen werden. Denn „es muss betont werden, dass die Gender-Konzeption (als Forschungsgegenstand für Russland – R.S.) nicht nur eine linguistische Innovation ist, sondern vielmehr den Anfang eines wissen-

schaftlichen Paradigmenwechsels in der Analyse sozialer Beziehungen bedeutet.“²

Erste Vorüberlegung:

Der russische Diskurs über die Frauen- und Geschlechterforschung erfolgt zu einem großen Teil durch die Rezeption westlicher Theorie- und Forschungsansätze durch eine kleine Gruppe russischer Frauen- und GeschlechterforscherInnen. Die Gefahr einer solchen Form der Annäherung an die Frauen- und Ge-

schlechterforschung oder einer solchen Form der „Aneignung“ dieses Forschungsfeldes besteht darin, einen notwendig zu führenden theoretischen Diskurs durch eine schematische und unkritische Übertragung westlicher Modelle und Theorienansätze quasi von Beginn an einzugrenzen. In der sozialen Praxis osteuropäischer Gesellschaften, nicht nur in Russland, wird das Thema „Frauen und Geschlecht“ mit Feminismus gleichgesetzt und ist in dieser Diktion entweder verkürzte

staatssozialistische Emanzipationspolitik oder Westimport. Für den Umgang mit den verschiedenen Forschungsansätzen, ihre kritische Reflexion, der Entwicklung eines eigenständigen russischen Frauen- und Geschlechterdiskurses sowie einer eigenständigen russischen Theoriedebatte ist es unabdingbar, diese Lücke zwischen wissenschaftlicher Diskussion und Alltagszuschreibungen zu schließen. Ein „bloßer Transfer“ westlicher Theoriedebatten und Erkenntnisinteressen beinhaltet zudem ein forschungsstrategisches Problem, das darin besteht, dass sich die russische Sprache „wenig eignet“ westeuropäische Texte zur Frauen- und Geschlechterforschung „eins zu eins“ ins Russische zu übertragen. Die russischen Entsprechungen sind oft nicht ausreichend, um den Inhalt und die Sinnstruktur der Texte adäquat wiederzugeben – auch deshalb nicht, weil die russische Sprache eine maskuline Sprache ist. Selbst als Forscherin mit ausreichenden Sprachkenntnissen ist dieses Vermittlungsproblem fast nicht zu überwinden, da man als „Außenstehende“ bestimmte Kultur-Kategorien „in sich“ aufgenommen hat und fremdsprachliche Interpretationen gegenüber steht, die in einem anderen Kulturraum angesiedelt sind. Für einen russischen Diskurs zur Frauen- und Geschlechterforschung müssen daher Sprachfelder erarbeitet werden, die die Erfahrung, Wahrnehmungsmuster, Traditionen und Geschichte der Frauen dieses Landes, aber auch dessen kulturelle Weiblichkeitsdiskurse wiedergeben. Das „Übertragungsproblem“ kann damit auf die Ebene eines politischen gehoben werden, da neben Sprachinterpretationen und -deutungen gleichzeitig die Spezifik der russischen Geschlechterbeziehungen und Herrschaftsverhältnisse in der Sprache widergespiegelt wird. Damit gilt

es aber auch, den im Osten oft als schulmeisterisch geführt wahrgenommen westlichen Frauen- und Geschlechterdiskurs zu vermeiden und dem im Osten blühenden „Modofeminismus“ entgegen zu wirken, also die Probleme der Frauen- und Geschlechterforschung in West wie Ost zu akzeptieren.

Zweite Vorüberlegung:

Gender als analytische Kategorie beschreibt nicht nur Geschlechterverhältnisse und -ordnungen, sondern beinhaltet auch Diskurse, die Erfahrungspotentiale reflexiv aufnehmen. Gerade diese Wechselseitigkeit erfordert ein ständiges kritisches Hinterfragen der eigenen Ansichten, Standpunkte und Herangehensweisen. Eine derartige Forschungsperspektive, die Gender nicht als normative Kategorie begreift, erleichtert die Annäherung an und Analyse von Geschlechterverhältnissen in Gesellschaften, die andere soziale, kulturelle und emotionale Hintergründe besitzen. Durch dieses Vorgehen wird es möglich, das Referenzmodell Westeuropa nicht als etwas Statisches zu begreifen und dessen Übertragbarkeit auf den Forschungsgegenstand Osteuropa kritisch zu hinterfragen. Will man andersartige kulturelle Gegebenheiten und Zusammenhänge untersuchen, spielen Fremd- und Selbstwahrnehmung eine wichtige Rolle. Kulturelle Ordnungen wiederum werden nur dann begreifbar, wenn es gelingt, die Interaktions-, Beziehungs- und Verhältnismuster „aufzudecken“, auf denen diese Ordnungen beruhen. Mit einer derartigen Fokussierung vermeidet man Fehler wie z.B. jene, die auf eine scheinbare Rückständigkeit und den Nachholbedarf Osteuropas abzielen. Erfahrungsräume, die Wahrnehmung des Alltäglichen in Ost und West, Geschichte und Kultur sind ver-

schieden. Kommunikationsdefizite und manchmal auch -widersprüchlichkeiten, die bei einem unreflektierten „Ost-West-Austausch“ auftreten, laufen so Gefahr, den Blick allein auf die Differenzen zu wenden, so dass das Gemeinsame überhaupt nicht mehr gesehen werden kann.

Dritte Vorüberlegung:

Im 18. Jahrhundert wurde mit der zunehmenden wissenschaftlichen Entdeckung fremder Kulturen in Europa der Begriff der Entzauberung Asiens ins Spiel gebracht, denn Europa verstand sich seit jeher als Gravitationspunkt der Welt.³ Entzauberung⁴ wurde gleichgesetzt mit Verlust von Sinnschätzen vormoderne Vielfalt, der Niederlage des Ästhetischen und einer methodischen Rationalität in den Wissenschaften unter andere Mechanismen der Rationalisierung. Diese Rationalisierung wird zumeist als Globalisierung der westlichen Kultur angesehen⁵, die keinen Platz für andere Kulturen lässt.⁶

Der Streit um den „richtigen Blick“ auf Differenz ist ganz und gar keine Ost-West-Angelegenheit; er verläuft immer und überall innerhalb und zwischen den Kulturen. In ihm verdichten sich Probleme des Subjektverständnisses, der Ich-Identität und der Handlungsfähigkeit anderer Denk- und Wahrnehmungsmodelle. Gleichzeitig impliziert er die Fragen nach dem Gemachten und Erlebten, aber auch die Verpflichtung der Gesellschaftsveränderung. Differenzwahrnehmung und Differenzsetzung wird oft dazu verwendet, fremde Kulturen so abzubilden und zu kontrastieren, dass einer bestimmter Ideologie gefolgt bzw. nach empirischer Richtigkeit gesucht wird. Nach Eisenstadt gilt, dass „in einer komparativ angelegten Untersuchung (...) die angemess-

senen Analyseeinheiten auch immer davon (abhängen), an welcher Art von Problem man interessiert ist.“⁷ Unterschiedliche Analyseeinheiten führen letztlich zu vielfältigen und differenzierten Betrachtungsweisen ein und derselben Problematik. Dies gilt allgemein für eine sozialwissenschaftliche Forschung über „fremde“ Kulturen oder eine kulturvergleichende Forschung und deshalb auch für die Frauen- und Geschlechterforschung.

2. Was geschieht heute im Osten?

Die strukturelle und institutionelle Transformation, wie sie derzeit in den osteuropäischen Gesellschaften stattfindet, impliziert einen Wandel auf allen Feldern des sozialen Lebens und bewirkt daher nicht nur eine Veränderung von Details der gesellschaftlichen Organisation, sondern eine Neudefinierung ihrer grundlegenden Prinzipien. Dem ideologischen Modell von Diskontinuität und Wandel folgend, nehmen gegenwärtige Forschungsansätze neuere Betrachtungsfelder auf, z.B. die Kontinuität kultureller und traditioneller Symbolik, die Legitimationsfunktion des ehemaligen politischen Regimes als soziokulturell stiftendes Zentrum und zum Teil unbekannte Muster kultureller und sozialer Aktivitäten. Es zeigt sich, dass in den osteuropäischen Gesellschaften einerseits neuartige Formen und Institutionen sozialen und kulturellen Handelns entstehen, dass andererseits aber auch verschiedenartige Regulierungsformen, Definitionen und Symbole wesentlicher zentraler Institutionen weiter existieren. Die Neudefinierung kultureller Normen sowie individueller wie kollektiver Identitäten, die Auseinandersetzung zwischen „Altem“ und „Neuen“ bestimmen ganz wesentlich den Inhalt und die Dimensio-

nen der sich verändernden Gesellschaften. Damit entstehen und etablieren sich neue Kategorien von Betrachtung und Analyse und es wird zunehmend deutlicher: es gibt keine Allgemeingültigkeit von Konstruktionen gesellschaftlicher Vorbilder, kein generelles implementiertes Muster eines einzigen ideologischen und institutionellen Entwurfes von Authentizität. Dabei interagieren zwei Pole miteinander: ein Innen- und ein Außenpol, d.h. die kontinuierliche Ausschöpfung bekannter kultureller Muster und Denktraditionen einerseits und die Unterordnung unter Universalien bzw. allgemeinen Gesetzmäßigkeiten andererseits. Man kann die Hypothese aufstellen, dass in Osteuropa eine spezifische Form von Modernität entsteht bzw. eine eigene Definition von Moderne, in der u.a. die Bedeutung von Kollektivität als ein Merkmal osteuropäischer Gesellschaften einfließt, so dass bei der Bewertung dieser Modernität auch die aus der Erweiterung der Erfahrungsräume folgende Entwicklung entsprechender (alter und neuer) kollektiver Identitäten und deren Implikationen für (gesellschaftliche) Identitätsmuster berücksichtigt werden müssen.

Der Umbau der Gesellschaft in Osteuropa hat nicht nur weitreichende strukturelle Veränderungen zur Folge. Der Transformationsprozess beeinflusst auch Wertevorstellungen und ihren Wandel und die Regulierung sozialer Konflikte. Auf dieser Folie werden soziale Beziehungen mit neuen Inhalten versehen, verändern sich Legitimationswege und letztlich auch die Figurationen der Sozialstruktur. Es ist festzuhalten, dass dabei eine Veränderung auch der Machttechnologie eintritt: Kollektivität wird ersetzt durch Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung, individuelle Verantwortung; der Markt fungiert als Grenze, als

Norm. Davon sind auch der Geschlechtervertrag und Geschlechterarrangements betroffen, der Bruch homogener Biografien. Traditionelle Gegebenheiten, stabile soziale Netze, feststehende individuelle Biografien und damit soziale Sicherheiten der Vergangenheit stehen Instabilitäten, Lebensrisiken, einer Vielzahl von Unsicherheiten individueller wie gesellschaftlicher Art in Osteuropa gegenüber. Eine Folge dieser Entwicklungen ist u.a. eine beginnende Ausdifferenzierung familialer Funktionen. Zurzeit kann noch nicht eingeschätzt werden, welche Konsequenzen das Entstehen neuer sozialer Beziehungen mit sich bringt, die langsam an die Stelle der traditionellen treten.

Die strukturellen Veränderungsprozesse in Osteuropa können zunächst nur über individuelle Reaktionen und Verarbeitungsmechanismen erfasst werden. Erst im Nachhinein ist es möglich, will man die Qualität von Lebensformen als Indikator für soziale Veränderungen verwenden, verallgemeinernde Aussagen über Entwicklungen in privaten Beziehungsgefügen und Beziehungsmustern zu treffen. Die Veränderung der gesellschaftlichen Makrobedingungen bewirkt auch eine Veränderung kultureller Deutungsmuster, sozialer Interaktionen und kultureller Symbolsysteme. Der Transformation der osteuropäischen Gesellschaften stehen historisch praktizierte Geschlechterarrangements gegenüber. Dieses „biografische Gepäck“ – Sozialismuserfahrung und praktische Bewältigung von Transformationsprozessen – ist bei sozial- und kulturvergleichenden Fragestellungen einzubeziehen. Mentale und kulturelle Differenzen zwischen Ost und West, die nicht nur mit der Vorstrukturierung von ökonomischen Machtverhältnissen verbunden sind, werden immer offensichtlicher. Die

biografische Vermittlung gelebter sozialistischer Vergangenheit wird in zwei Bereichen exemplarisch sichtbar: im Bereich Familie und im Bereich der Geschlechterbeziehungen.

Als Ergebnis der Veränderungen auf der Makroebene in den einzelnen osteuropäischen Ländern macht sich im Denken und Handeln eine Tendenz zur Privatisierung und Entstaatlichung auf der Mikroebene bemerkbar. Soziokulturelle Erfahrungsmuster haben sich geändert. In den Sozialwissenschaften wird dem noch nicht ausreichend Rechnung getragen. Einstellungen und Handlungshorizonte, (patriarchale) Familienkonstellationen oder -ideologien, Verwandtschaftsorganisation oder Ordnung der Lebensphasen sowie Formen der Haushaltsformierungen und der familialen Arbeitsorganisation spielen für die Ausgestaltung lebensweltlicher Entscheidungsspielräume eine große Rolle. Diese Elemente können über die unmittelbaren individuellen Lebenswelten hinausreichend Gesellschaften konstituieren. Der moralische Wert von Familie nimmt in den osteuropäischen Gesellschaften einen hohen Stellenwert ein. War Familie in der Vergangenheit Platz des „stummen Widerstandes“, so ist Familie heute Platz der Sicherheit und sozialen Zuspruchs.

Im Sozialismus beruhte der soziokulturelle Konsens im Wesentlichen auf drei Aspekten: der Familie, der Vollerwerbstätigkeit der Frau und gleichzeitiger Mutterschaft und der Vorstellung vom Normalarbeitsverhältnis. Neben diesen konsensualen Vorstellungen sind die Unterschiede bedeutsam, da hier die verschiedenen Legitimationsfiguren, Handlungskalküle, Wertorientierungen, Anpassungs- und Deutungsmuster zu finden sind, denn die Stel-

lung der Frauen und der Familien in den einzelnen osteuropäischen Gesellschaften unterschied sich unter den sozialistischen Bedingungen genauso wie heute.

3. Geschichte und Geschlecht in der UdSSR

Um die „Frau in Russland“ darzustellen, muss zunächst eine Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit erfolgen, die dort statt gefundenen Geschlechterkonstruktionen und deren Geschlechterbildern mit damit verbundenen Konsequenzen für die Lebenssituation von Frauen beschrieben werden. Mit der Transformation der sozialistischen Gesellschaft setzte eine Veränderung des Zusammenhangs von Individualität und Kollektivität ein und folglich auch eine (Neu)Gestaltung des privaten und öffentlichen Raums und der geschlechtsspezifischen Zuweisungen. Die neue russische Gesellschaft verändert das Bild der Frau, in dem diese in der Vergangenheit mit Berufstätigkeit und Kindererziehung assoziiert wurde, in der Gesellschaft „ihren Mann“ stand und heute, unterstützt durch die Massenmedien, als junge und begeisterte Hausfrau dargestellt wird, deren Lebensraum das Private ist.

Schon 1987 hat Gorbatschow in seinem Buch „Perestroika: die zweite russische Revolution“ die Frauen daran erinnert, sich ihrer ursprünglichen Vorbestimmung zu widmen. Soziale Probleme, Scheidungen, Jugendkriminalität und die Sorge um die Familie seien entstanden, weil Frauen ihre „die familiäre Verantwortung“⁸ vernachlässigt haben. Gleichzeitig ruft er die Frauen in dieser Schrift dazu auf, sich für den Umbau der Gesellschaft zu engagieren, sich an die gesellschaftlichen Aktivitäten der Frauenräte zu erinnern, die bis in die 1930er Jahre aktiv waren. An diesen (scheinbar wi-

dersprüchlichen) Aussagen wird deutlich, wie der öffentliche Diskurs zur „Frauenfrage“ geführt wurde (wird). Zum einen wird über die natürliche Vorbestimmtheit der Frau diskutiert, Frauen werden in den privaten Raum „verschoben“, ihre sozialistische Vergangenheit mit Erwerbstätigkeit und Aktivitäten im öffentlichem Raum werden in Frage gestellt. Zum anderen wird ein verstärktes gesellschaftliches Engagement der Frauen gefordert, das Strukturen zur Selbsthilfe aufbaut, um zur Lösung sozialer Probleme beizutragen und den Staat zum Teil zu entlasten.⁹ Damit sollen sich Frauen zwischen Politischem und Nichtpolitischem bewegen. Wie sie diese Aufgabe lösen, ist den Frauen überlassen.

Doch gehen wir zunächst noch einmal einen Schritt zurück in die Geschichte Russlands und betrachten dabei die jeweiligen historischen Ausprägungen des Geschlechterverhältnisses.¹⁰ Die vorrevolutionäre russische Gesellschaft war eine traditionelle Bauerngesellschaft, die ihren Mitgliedern oft nur ein Existenzminimum garantierte. In dieser Gesellschaft dominierte die patriarchalisch geführte (erweiterte) Familie mit einer herrschenden Rolle des Mannes und einer fest gefügten und klar definierten Position der Frau. Das Gewaltmonopol lag beim Ältesten und nur dann, wenn der männliche Teil einer Familie verloren war, konnte auch eine Frau die Herrschaftsstellung übernehmen. Gleichzeitig besaßen Frauen in Russland das Recht auf eigenes Vermögen in der Ehe. Da Männer häufig unterwegs waren, um in der Armee zu dienen oder landwirtschaftliche Saisonarbeit zu verrichten, wurde auch in diesen Fällen die Frau zum Oberhaupt in der Familie. Familien ohne ein männliches Familienoberhaupt waren daher keine Seltenheit. Dies

führte letztlich dazu, das Selbstbewusstsein der Frau zu stärken¹¹, und legte auch den Grundstein für eine Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzende politische Emanzipation der Frauen. So wurde z.B. 1905 die „Progressive Frauenpartei“ gegründet, die 1907 bereits 12.000 Mitglieder besaß. Diese „Emanzipation“ der Frau ist als Folgeerscheinung einer extremen gesellschaftlichen Situation zu betrachten und nicht etwa kulturellen Veränderungen oder gar einer emanzipatorischen Massenbewegung geschuldet. Es entstand das Bild der „starken russischen Frau“, die *Nekrassow*¹² in seinen Gedichten folgendermaßen beschrieb: „*sie bringt das galoppierende Pferd zum Stehen und betritt die brennende Hütte*“. Im russischen Alltag wird noch heute das Verhältnis zwischen schwachen Männern und starken Frauen thematisiert, also anders als im Westen, wo Geschlechterverhältnisse als hierarchisch strukturiert und dabei zu Ungunsten von Frauen betrachtet werden.

Schon mit Beginn der Sowjetmacht kam es zu einer parteipolitischen Frauenbewegung, die „Frauenpolitik“ unter dem Gesichtspunkt allgemeiner politischer Themen abhandelte. Die „Frauenfrage“ wurde als Nebenwiderspruch diskutiert. Im Vordergrund stand die Einbeziehung der Frauen in den Aufbau der neuen Gesellschaft. Damit verbunden war die Mobilisierung von Frauen für den Erwerbsbereich und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit wurde als Garant definiert, Gleichberechtigung der Geschlechter innerhalb und außerhalb der Familie zu erzeugen. Die „neue“ Frauenbewegung in Russland nach 1917 ist mit dem Ziel angetreten, Einfluss auf das System zu nehmen. Sie hatte in erster Linie mit Identitätsproblemen zu kämpfen, da sie sich selbst als Be-

standteil der revolutionären Bewegung verstand, quasi übergeordneten Zielen zu gehorchen hatte, gleichzeitig aber spezifische Frauenprobleme zur Sprache bringen wollte. Die Unterordnung unter die allgemeinen Ziele der Bolschewiki grenzte den Artikulations- und Bewegungsrahmen für die Frauenbewegung stark ein. Durch diesen engen Handlungsspielraum war auch der Adressatenkreis eingeschränkt, Möglichkeiten pluralistischer Orientierungen waren kaum gegeben. Man kann davon ausgehen, dass hier eine Fremdbestimmtheit des weiblichen Individuums stattfand.

In dieser besonderen historischen Konstellation ist m.E. auch das Spezifikum der Frauenbewegung zu sehen. In der ersten Etappe nach 1917 wurden neue Rechte und Pflichten für Frauen durchgesetzt, die sie erstmals in der russischen Geschichte aus der Unmündigkeit und Abhängigkeit des Vaters oder Ehemanns befreite. 1918 verankerte die Sowjetunion als erstes Land der Welt das Gesetz zur Gleichstellung der Frau in ihrer Verfassung. Die Provisorische Regierung unter Kerenskij, die von Februar bis November 1917 regierte, setzte ein Frauenwahlrecht durch. Dieses Wahlrecht nahmen die Bolschewiki auf und erweiterten es auf das Recht der vollen politischen Teilnahme für Frauen; Frauen konnten damit Abgeordnete werden in den Sowjets, die die Bolschewiki schufen.

Im Zuge der Oktoberrevolution erfolgte eine Vereinnahmung der „ursprünglichen Frauenbewegung“, wie sie durch die Progressive Frauenpartei Anfang des 20. Jahrhunderts symbolisiert wurde, durch den Versuch einer „Emanzipation von oben“. Gleichheit vor dem Gesetz, Wahlrecht für Frauen, ein liberalisiertes Ehe- und Scheidungsrecht, die Legalisierung der Abtreibung kön-

nen als Fortschritt für die Interessen der Frauen gelten. Gleichzeitig wurde die Frauenfrage als sog. Nebenwiderspruch artikuliert, der mit der Lösung der Klassenfrage einhergeht. Die zu Beginn der Sowjetära angestrebte Vergesellschaftung der Hausarbeit durch öffentliche Einrichtungen hat die traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern nie in Frage gestellt. Indem die ökonomische Mobilisierung der Frauen für politische Ziele instrumentalisiert wurde, ist unter Stalin die Frauenfrage für gelöst erklärt worden. Dabei wurden die traditionellen Ideale von Mütterlichkeit und Sittsamkeit für das sozialistische Emanzipationsmodell genutzt ohne die weibliche Erwerbstätigkeit als Norm aufzugeben. Auch in der ehemaligen UdSSR wurde in der nachfolgenden Zeit, Familienpolitik immer als Frauenpolitik verstanden.

Bestes Beispiel hierfür sind die Frauenräte, die als Zenotels 1918 beim ZK der Kommunistischen Partei gegründet worden waren, um die politische Partizipation von Frauen in der neuen Gesellschaft zu unterstützen. 1930 wurden diese Zenotels (die Frauenräte) unter Stalin aufgelöst. Man begründete deren Auflösung damit, dass die Industrialisierung Aufgaben hervorbringt, die die Kompetenzen der Frauen übersteigen. Damit gelang letztendlich eine Festschreibung männlicher Vorherrschaft in Partei und Gesellschaft. Gesellschaftliche Partizipation wäre dann gleich zu setzen mit der Übernahme zusätzlicher Rollen: die Mehrfachbelastung der Frauen wurden zur frauenspezifischen Normalität und als natürlich angesehen. Die Auflösung der Zenotels¹³ war nicht nur Ergebnis dieses Aktes. Bereits in den 1920er Jahren gewannen traditionelle Leitbilder wieder an Aufwind. Zeitschriften wie „Die Bäuerin“ (1922) und die „Arbeiterin“

(1923) sollten den Frauen bolschewistisches Gedankengut nahe bringen und sie gleichzeitig auf ihre Mehrfachrolle als Werktätige, Mutter, Hausfrau und politische Aktivistin vorbereiten.

Die 1920er Jahre waren in Europa u.a. geprägt durch Experimente im Bereich von Kunst und Kultur. Lebensstile veränderten sich, die Psychologie wurde mit Freud hoffähig, freie Liebe wurde von vielen Intellektuellen als Gegenpart und Alternative zur bürgerlichen Ehe gesehen. Diese Entwicklungen machten auch vor dem jungen Sowjetrussland nicht halt. Lenin als Führer der Bolschewiki stand dem negativ gegenüber: Nicht um sexuelle Aufklärung und Partnerschaften sollte sich die Jugend kümmern, sondern um Sport, Lernen und Studieren. Die Bolschewiki erhoben die Familie zur Keimzelle der Gesellschaft, als Grundstruktur des Gemeinwesens und förderten so die (Re-)Tradionalisierung geschlechtsspezifischer Rollenverteilungen. Alltagskultur wurde immer nur als Arbeitskultur gesehen, Zusammenleben innerhalb der Familie, familiäre Arbeitsteilung und Sexualität wurden als innerfamiliäre Sache betrachtet und vor der Gesellschaft tabuisiert.

Unter Stalin (1924 bis 1953) wurde eine dritte Verfassung verabschiedet. Während in den beiden voran gegangenen (1918 und 1924) eine allgemeine Arbeitspflicht nach dem Grundsatz „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ fixiert worden war, war in der Verfassung von 1936 nur noch vom Recht auf Arbeit die Rede, also von einer freien Möglichkeit der Wahl einer Erwerbstätigkeit. Freigestellt waren aber nur die Frauen aus der neuen Oberschicht, die auf keinen zweiten Verdienst angewiesen waren. Die Prozesse der sozialistischen Industrialisierung und Kollektivierung

verschärften die Lebenssituationen von Frauen und Männern gleichermaßen. So wurde die Arbeitswoche von fünf auf sieben Arbeitstage verlängert, der Mutterschutzurlaub verkürzt, Abtreibungen verboten, Scheidungen nahezu unmöglich gemacht, Steuern für Kinderlose erhoben, flüchtige sexuelle Beziehungen auf das schärfste verurteilt. Administrativ wurden Arbeitsbücher eingeführt, die z.B. auch Notizen über Scheidungen, Trennungen, Abtreibungen, abweichendes Verhalten enthielten; diese Eintragungen waren für eine berufliche Laufbahn sehr wichtig. Die Partei drang immer weiter in das Privatleben ein, da die Familie und die Kontrolle über die Familie auch Kontrolle über die Gesellschaftsmitglieder bedeutete. Dennoch: Das alltägliche Leben vieler Frauen verbesserte sich trotz dieser Einflussnahme. In jenen Jahren entstanden eine Vielzahl sozialer Einrichtungen, ein Prämiensystem wurde eingeführt, es gab eine Vielzahl von „Helden- und Heldinentitel“, Frauen und Männer erhielten das gleiche Gehalt, die medizinische Versorgung verbesserte sich.

Der XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 leitete die so genannte Tauwetterperiode ein. 1955, also zwei Jahre nach Stalins Tod, wurde die Abtreibung wieder legalisiert. Ehescheidungen wurden erleichtert und es gab Unterstützung für allein erziehende Mütter. Das Gesetz zum Mutterschutz wurde verbessert, es wurde die bezahlte Freistellung für Mütter, deren Kinder erkrankt waren, und eine Arbeitsplatzgarantie für Mütter mit Kleinkindern eingeführt. Diese Gesetze waren darauf ausgerichtet, eine Harmonie zwischen Mutterschaft und der Notwendigkeit des Einbringens in die politischen und wirtschaftlichen Sphären zu erreichen. Dem war eine Zunahme der weiblichen Beschäf-

tigung voraus gegangen, da es für eine normale sowjetische Familie nicht möglich war, nur von einem Einkommen zu leben. Auch wenn es zu einer langsamen Verbesserung der Lebenssituation gekommen war, gab es viele Lücken in der Konsumgüterversorgung.

Aus jenen Jahren stammt eine Erzählung von Natalija Baranskaja „Woche um Woche“ (1969)¹⁴, die in Form eines Tagebuches beschrieb, auf welcher Hetzjagd, sich die sowjetische Frau befindet: anspruchsvoller Job, kleine Kinder, einen wenig unterstützenden Mann, Bewältigung des anstrengenden sowjetischen Alltags mit Schlangestehen und dem Tragen schwerer Einkaufsnetze usw. Dieses kleine Buch hat im Westen mehr Diskussionen ausgelöst als im Land selbst.

In den 1970er Jahren begann die Etappe der Stagnation. Jetzt war es viel schwieriger geworden, Auseinandersetzungen zu führen, die Gesellschaft zu kritisieren: Es entstand eine Dissidentenbewegung, für die Verbreitung ihrer Ideen wurden so genannte *Samisdate* gegründet. Hier wurden illegal vertriebene Schriften gedruckt. Frauen aus diesen *Samisdaten* veröffentlichten 1979 einen Almanach „Die Frau und Russland“ – in dem die Lebensbedingungen und der anstrengende Alltag beschrieben und gleichzeitig mit dem männlichen Verhalten abgerechnet wurde. Nachdem drei Ausgaben erschienen waren, beschäftigte sich der KGB mit den Herausgeberinnen und verbot eine Weiterbeschäftigung. In jenen Jahren wurden – ausgelöst durch die sog. „demografische Krise“ – die finanziellen Unterstützungen für Mütter verbessert und Freistellungsregelungen von der Erwerbsarbeit für Mütter eingeführt, um die Zahl der Geburten zu steigern. Wichtig erscheint mir, darauf zu verweisen, dass Frauen – auch in

der russischen/sowjetischen Gesellschaft – immer als Arbeitsmarktreserve betrachtet wurden, deren Erwerbstätigkeit – je nach den gesellschaftlichen Notwendigkeiten – entweder begrüßt oder abgelehnt worden ist.

Um die Veränderungen und Neudefinitionen kultureller Normen sowie individueller und kollektiver Identitäten in Transformationsprozessen zu verstehen, sind Besonderheiten der jeweiligen Kultur und Geschichte hervorzuheben. Hinsichtlich der historischen Bedingtheit und Ausgestaltung der Geschlechterverhältnisse ist zusammenfassend festzuhalten:

1. Die russische Gesellschaft war vor 1917 eine traditionelle Bauerngesellschaft. Die atomatisierte Familie entstand, oft als erweiterte Familie, bereits zu dieser Zeit, d.h. lange vor der Oktoberrevolution. Beruhend auf Eigenschaften der Bäuerin entstand in dieser Zeit das Bild der „starken russischen Frau“, das im Sinne eines „sozialen Kapitals“ auch in die sowjetische Gesellschaft tradiert wurde und der russischen Frau Überlebensfähigkeit, Opferbereitschaft, erzwungene Selbstständigkeit und Wertekonservatismus zuschrieb.

2. Die bäuerliche Gesellschaft, die in Tradition durch das *mir*¹⁵, die OBSCINA¹⁶, geprägt ist, bedeutet eine ständige Bindung an das Gemeinschaftliche, an das Kollektiv, das kaum individuellen Spielraum zulässt und so die traditionelle Rolle der Frau verstetigt hat. Gleichzeitig garantierte die Gemeinschaft die Gleichheit aller ihrer Mitglieder. Durch die Entdifferenzierung von sozialem Status – der Gleichheit in Armut – wird eine Art Gemeinschaftspatriotismus genährt. Die Entstehung von Staatlichkeit entspricht der Vorstellung darüber, dass der Staat eine Vergrößerung der lokalen Gemeinschaft darstellt.

Kultur, Tradition und Religion vermitteln als Ordnungsrahmen Sicherheit und Stabilität.

3. Die Erwerbstätigkeit der Frauen war eine ökonomische Notwendigkeit infolge des Mangels an Männern. In den 1920er Jahren setzte eine politische Emanzipation der Frauen von oben ein, aber ohne eine vorrangig kulturell geführte Veränderung oder emanzipatorische Massenbewegung und ohne Effekt für Frauen, die sich aus den patriarchalen Verhältnissen lösen wollten. Politisches Ziel war, die nach der Revolution angeordnete Gleichheit der Geschlechter zu instrumentalisieren. Der private Charakter der Familie blieb zur Sicherung der Erwerbsarbeit unangetastet.

4. Wichtiges Merkmal der russischen Familie ist die Mutterzentriertheit und die Rolle der Babuschkas (liebevolle Bezeichnung für Großmutter). Eine Frau ohne Mann oder eine Familie ohne Vater war bereits in der vorrevolutionären russischen Gesellschaft fast die Regel. Die traditionelle Rolle des *pater familias* galt auch in der sozialistischen Gesellschaft nur für Mitglieder der Nomenklatur. Für den Durchschnitt galt die Erwerbstätigkeit beider als unabdingbar, um ein bestimmtes Einkommensniveau zu haben.

5. Die wachsende Unabhängigkeit der Frau und die soziale Degradierung des Mannes führten zu Veränderungen in den Geschlechterbeziehungen und veränderten die Einstellung der Geschlechter zueinander. Viele Bereiche wurden den Frauen quasi überlassen, besonders der nichtproduktive Bereich. Die hohe Erwerbsbeteiligung, der hohe Ausbildungsstand wird in der Geschichte als Expansion der Weiblichkeit gesehen oder als „gesellschaftlicher Kollektivkörper“, den Frauen besitzen. Der sowjetische Mann, dessen Erziehung oft den älteren Familien-

mitgliedern überlassen blieb, meist der Babuschka, wurde im Sinne des männlichen Vorbilds für die Familie erzogen. Sonja Margolina¹⁷ beschreibt diesen Mann als jemanden, der aus Familie flieht, um wieder in der Familie anzukommen.

6. Sexualität ist in der sowjetischen Gesellschaft ein tabuisiertes Thema gewesen. Abtreibungen sind Sache der Frau einerseits und „Manifestation der destruktiven Freiheit“ andererseits.

7. Für die soziale russische Kultur ist eine strenge Geschlechterhierarchisierung auszumachen – der Mann gilt als Hausherr, das alltägliche Überlebensmanagement ist Aufgabe der Frau.

4. Geschlechterordnung in Russland und deren Neustrukturierung

Heute wird die Geschichte der Frau in osteuropäischen sozialistischen Gesellschaften neu geschrieben. Die früheren Lehrmeinungen haben sich von Grund auf gewandelt: „Befreiung“, „Aufklärung“, „Anerkennung als gleichwertige Arbeitskraft“ – all dies wird einer Umwertung unterzogen und wird zur „Doppelbelastung“, „Opfer staatlicher Politik“, „Emanzipation von oben“. Unverändert ist jedoch, dass die Umschreibung der Frau abermals in einen Kollektivbegriff gefasst wird. Gleichzeitig erweist sich dieses „Umschreiben“ als Feld zweier diskursiver Politiken: auf der einen Seite wird die Frau, die sich die von oben angeordnete Gleichberechtigung zu Eigen machte, zu etwas „Neutralem“ gemacht, ohne auf ihre „Weiblichkeit“ abzustellen. Zum anderen wird die bis dato offizielle Geschichtsschreibung korrigiert und um die eigene weibliche Erfahrung erweitert, denn die Frau im Sozialismus wurde im Bewusstsein erzogen, dass man als Frau mensch-

lich und moralisch nicht schlechter ist als ein Mann. Gleichzeitig war das sich in Abgrenzung zum Staat konstituierende Selbstverständnis der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung dafür, dass Traditionen weitgehend beibehalten wurden. So wurden überkommene Geschlechterstereotype beständig reproduziert. In Russland galt die fast vollständige Erwerbstätigkeit von Frauen in der Bevölkerung als Maskulinisierung der Frauen, während das zugunsten des öffentlichen (wohlfahrtsstaatlichen) Patriarchats geschwächte „private“ Patriarchat als Feminisierung des Mannes verstanden und die Rückkehr zur traditionellen Rollenverteilung zum Ziel erhoben wurde.

Olga Lipowskaja hatte 1994 festgestellt: „Starke menschliche und familiäre Bindungen im Osten und eine kollektive Mentalität machen es schwierig, das Niveau von Individualismus zu erreichen, das notwendig ist, um ein Geschlechtsbewusstsein, vergleichbar zu dem im Westen, herauszubilden. Jede Kultur und jedes Land werden jedoch in der Lage sein, ihre eigenen Erfahrungen, ihre eigenen Schattierungen und Feinheiten (...) einzubringen.“¹⁸ Und „dem Prozess der Neubewertung, der im Osten statt findet, mangelt es am Verständnis der großen Kulturunterschiede gegenüber dem Westen. Die russische Kultur beruht z.B. auf einer kollektivistischen, ‚kommunalen‘ Tradition, die ein ernsthaftes Hindernis für die Errichtung einer pragmatischen, individualistischen Gesellschaft sein kann, in der der Begriff des ‚Privaten‘ ein Grundprinzip darstellt.“¹⁹

Im Transformationsverlauf Osteuropas und damit auch Russlands sind zwei Punkte auffällig: Zum einen die Tendenz zur Orientierung am westlichen Gesellschaftsmodell; zum anderen die Verschärfung der

Grenze zwischen dem öffentlichen und privaten Bereich mit dem Versuch des Rückverweises der Frauen in die private Sphäre. Das führt dazu, dass ein zunehmend neotraditioneller/neokonservativer Diskurs geführt wird, der die erwerbstätige Frau gegenüber der Hausfrau und Mutter diskreditiert. Die Ursachen hierfür sind einerseits in der Wiederbelebung von Idealbildern aus der vorsozialistischen Zeit zu suchen. Andererseits wird durch die Orientierung am westlichen Modell auch deren Interpretationen und Ausgestaltung des Geschlechterverhältnisses übernommen, die dem Mann Karriere und Beruf und der Frau ihre „natürliche“ Verortung in der Familie, in ihrer Vorbestimmtheit für Haus und Kinder zuschreibt. Die auch bei modernen russischen Frauen wieder einsetzende Identifikation über Familie entspricht den traditionellen Vorstellungen von Geschlecht und Geschlechterordnung und versucht subjektive Lebenszufriedenheit zu vermitteln. Die Wiederkehr von und die Hinwendung zu historischen Leitbildern kann auch daraus abgeleitet werden, dass die Suche nach nationaler Identität, nach gesellschaftlich geteilten Wertorientierungen – besonders in Umbruchzeiten – Nationalismus und ethnische Rückbesinnung hervorbringt. Nationalismus und ethnische Rückbesinnung werden jedoch – auch in Russland – oft mit traditionellen Geschlechterkonzepten assoziiert. Ein Leben der Frau außerhalb der Familie wird in dieser sich andeutenden Entwicklung zunehmend in Frage gestellt.

5. Skizzen zum „Geschlechterdenken“ im heutigen Russland

Die wohl spannendste Frage ist die nach dem Verhältnis zum feministischen Denken und zu Genderdiskursen im gegenwärtigen Russland;

wie wird dieses vermittelt, diskutiert und welche eigenen Denktraditionen und Selbsterfahrungen werden hier aufgenommen und verworfen. Der Begriff Feminismus wurde jahrzehntelang als bürgerlich abgelehnt, wird mit Männerfeindlichkeit assoziiert und auch der Begriff der Emanzipation, der von der Partei überstrapaziert und missbraucht wurde, ruft keinesfalls Sympathien hervor.

Wenn im Folgendem Aussagen über russischen Frauen getroffen werden, sei auf ein methodologisches Prinzip an dieser Stelle verwiesen: Die Frauenforschung lehrt uns, dass es problematisch ist von „der Frau“ oder den „russischen Frauen“ zu sprechen. Daher ist Vorsicht geboten, Abstraktionen oder Verallgemeinerungen vorzunehmen, um irgendwelche Universalien deutlich werden zu lassen. Wenn also von der/den russischen Frau/en die Rede ist, so geht es darum, die Unterschiede in den kulturellen und sozialen Mustern deutlich zu machen und somit in typisierender Art und Weise ihr Selbstverständnis, ihre konkrete Situation in der russischen Gesellschaft zu beschreiben.

Zugleich muss darauf hingewiesen werden, dass die Diskussion über Frauen- und Geschlechterforschung, der sozialwissenschaftliche Diskurs über die Geschlechterverhältnisse erst begonnen hat und noch lange nicht abgeschlossen sein kann. Verständigungsprozesse zwischen den Frauen- und Geschlechterforscherinnen aus West und Ost setzen genauere Kenntnisse der verschiedenen sozialen, kulturellen, historischen und auch emotionalen Kontexte voraus, Kenntnisse über Alltag, Lebensstruktur und Lebensweise. Dies muss bedacht werden, will man Geschlechterverhältnisse in Osteuropa beschreiben.

Das historische Gepäck, das

Frauen aus verschiedenen Gesellschaften und „Kulturkreisen“ besitzen, führt sehr oft zur Verständnislosigkeit: so wird in Osteuropa Gleichberechtigung anders interpretiert als in Westeuropa, Vollbeschäftigung für Frauen scheint den Frauen in Osteuropa wenig attraktiv zu sein und auch eine rechtliche Festbeschreibung gleicher Chancen für Frauen und Männer werden von den osteuropäischen Frauen skeptisch gesehen. Der Feminismus wird seit seinem Entstehen in Russland kritisch beurteilt. Nach 1917 wird er als westlich charakterisiert, nicht passend für die neu zu errichtende sozialistische Gesellschaft. Die Frauenfrage wurde als gelöst betrachtet. Das heißt es bestand keine Notwendigkeit, über geschlechtsspezifische Zuschreibungen im Privaten wie Öffentlichen zu diskutieren oder gar Zuschreibungen von weiblichen und männlichen Geschlechtscharakteren zu hinterfragen.

Wie bereits erwähnt, findet man in Russland eine Vielzahl übersetzter Literatur zur Frauen- und Geschlechterproblematik, deren Rezension mit den bereits beschriebenen Problemen bei der Übersetzung und Vermittlung des westlichen Diskurses einhergeht. Darüber hinaus steht dem westlichen Geschlechterdiskurs die Routine eines anderen Alltags, eines anderen politischen Handelns, einer anderen Sozialisation, andere kulturelle Wurzeln, eine andere Theorienvergangenheit gegenüber. Nichts desto trotz gibt es in Russland, wie auch in Osteuropa, Aktivistinnen, die westliche Konzepte der Frauen- und Geschlechterforschung aufnehmen und dies für ihre konkreten Verhältnisse zu übertragen versuchen und dabei aber auch kritisch hinterfragen. Hier liegt einerseits die Chance, dass trotz kultureller Barrieren ein russisches Feld der Geschlechterdebatte eröffnet wer-

den kann. Andererseits birgt dies auch die Gefahr in sich, dass die Öffnung des wissenschaftlichen Diskurses über Frau und Geschlecht nur einem kleinen Kreis zugänglich wird. Das fordert eine eigene Diskussion gerade zu heraus, damit diese auch russisch wird.

6. Zusammenfassende Charakterisierung der Geschlechterordnung in Osteuropa

Der gesellschaftliche Umbruch in Osteuropa führt zu Veränderungen aller gesellschaftlichen Indikatoren einschließlich des Geschlechterverhältnisses. Dabei wird das Arrangement von Staat, Markt, Individuum, Familie, Geschlecht neu definiert. Diese Prozesse drängen die Frauen in den häuslichen Bereich zurück; sie verändern die Zuschreibung der Wertigkeiten für Reproduktions- und Erwerbsarbeit sowie das geschlechterpolitische Wertesystem. Die sozialistische Geschlechterordnung unterschied sich grundlegend von der westlichen. Die westliche Interpretation dieser Ordnung beschreibt diese als „patriarchalisch“, „quasipatriarchalisch“, „egalitär“. Forscherinnen aus Osteuropa hingegen charakterisieren solch eine Ordnung einerseits als „aufgedrängten Geschlechtervertrag der berufstätigen Frau und Mutter“ und merken andererseits „das Fehlen von Männlichkeit“ an. Eine historisch angelegte Analyse des Geschlechtervertrages im Sozialismus, die notwendig ist, um dessen Veränderung unter den neuen Bedingungen deutlich zu machen, hat daher Muster der Geschlechterrollen herauszuarbeiten, die West- wie Ost-Ansprüchen gerecht werden. Es soll auch angemerkt werden, dass Probleme der Lage der Frau im öffentlichen Diskurs heute entweder als nicht bedeutsam eingestuft werden oder dass Bilder generiert werden, die die

Frau in einer Opferrolle abbilden. Es entstehen aber auch alternative Bilder, wie z.B. das der „business woman“. Damit wird zwar eine Entwicklung deutlich, die die Gender-Zuschreibungen im Prozess der Ausdifferenzierung begreift und Differenzen in Abhängigkeit von der sozialen Lage, Bildung, Ethnie verdeutlicht. Gleichzeitig verweist die Forschung aber auch auf eine (neue) Kommerzialisierung von Sexualität ausschließlich bezogen auf den weiblichen Körper. Damit entsteht heute an sozialwissenschaftliche Forschung über das Geschlecht im postsozialistischen Raum eine neue Herausforderung.

7. Probleme interkultureller Vergleichsforschungen

Der Umbruch in den Ländern Mittel- und Osteuropas zeigt auf, dass hier stark internalisierte, traditionell behaftete Vorstellungen über die Geschlechter existieren und die Frage nach der für diese Gesellschaften bedeutsame Geschlechterkonstruktion anders gestellt werden muss als im Westen. Mütterlichkeit und Weiblichkeit werden glorifiziert, die Einbindung der Frau in die Familie wird für sie als Ausweg aus der Krise der Gesellschaft verstanden. Herausgestellte Individualität hätte zur Konsequenz, die schützende Familie/Gemeinschaft verlassen zu müssen. Symptomatisch für die russische Gesellschaft ist deren kollektive Lebensweise, die über Jahrhunderte hinweg die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge prägte. Die freiwillige Einbindung des Individuums in soziale Gruppen, Kollektive, das Übergewicht des Gemeinsamen vor dem Einzelnen machte die russische/sowjetische Gesellschaft aus. Dieses Verständnis vom Einzelnen und vom Kollektiv bestimmte das Verhältnis von Gesellschaft und Staat. Jede

Veränderung die heute, durch die Implantation von Marktwirtschaft und civil society in Russland angestrebt wird, bedeutet Hinwendung zum Privaten, zum Individuellen, bedeutet letztlich eine qualitativ neue Gesellschaft und damit die Aufhebung von Kultur und Tradition. Folge davon ist aber auch die Schaffung eines neuen Verhältnisses von Individuum und Kollektiv und Staat und Gesellschaft.

Nach Eisenstadt (1979) wird den Beziehungen zwischen drei distinktiven „symbolischen Codes“ und den institutionellen Ordnungsmustern und Arrangements einer Gesellschaft eine wesentliche Bedeutung zugeschrieben. Erstens ist der Code zu berücksichtigen, der auf die „Perzeption der Welt, des Lebens und der kosmischen Ordnung“ abstellt; zweitens sind jene symbolischen Orientierungen bedeutsam, „die die soziale Struktur als solche betreffen und die mit der Dimension wie Hierarchie, Qualität, Solidarität oder Macht in Zusammenhang stehen“; drittens sind „Symbole der kollektiven Identität zu beachten“.²⁰

Die Marktliberalisierung nach westlichem Verständnis geht in Russland mit einer Bewahrung des Traditionalismus einher. Gerade dieser Traditionalismus ist zu analysieren, um eine Bewertung der Umgestaltungsprozesse Russlands vornehmen zu können. Ohne den Rückgriff auf gewachsene soziale Strukturen und Netzwerke, Beziehungen von und in Gemeinschaften und Institutionen ist die russische Gesellschaft nicht zu verstehen und auch nicht veränderbar. Diese Kulturabhängigkeit gesellschaftlicher Veränderungen lässt sich nur aus der russischen Geschichte begreifen.

Die nachfolgenden Überlegungen münden in einige Thesen, die m.E. bei interkulturellen Vergleichsforschungen zu beachten sind, wenn

es darum geht, Analysen und Interpretationen zum sozialen Wandel und dem Transformationsprozess in Osteuropa durchzuführen. Diese Thesen sind an die von Anthony Giddens' formulierten Leitsätze angelehnt, denen zufolge bei kulturvergleichenden Sozialstrukturanalysen folgendes beachtet werden sollte: „Vermeide Überverallgemeinerungen auf der Grundlage kurzer Zeitspannen (...) (und) auf der Grundlage einer einzigen Gesellschaft (...) Gehe nie davon aus, dass sozialer Wandel nur von immanenten Entwicklungen in einer Gesellschaft abhängt (...) Beachte den internationalen Kontext sozialer Strukturen und Prozesse (...)“²¹

1. Von westlichen ForscherInnen angewandte Messinstrumente spiegeln in der Regel Analysebedürfnisse nach westlichem Vorbild wider. Werden dabei gesamtgesellschaftliche Fragestellungen verfolgt, so können Unterschiede in den Gesellschaften und makrosoziale Sachverhalte primär in einem aktuell-historischen Gesellschaftsvergleich untersucht werden (z.B. politische oder wirtschaftliche Systeme). Denn Vergleiche sind hier weniger explizit, sondern eher ex-post angelegt. Deshalb erleben wir immer Überraschungen, wenn sich scheinbar „plötzlich“ soziale Realitäten auf tun, mit denen wir nicht gerechnet haben (wie z.B. der eigene Weg einer Privatisierung in Russland). Für die Frauen- und Geschlechterforschung bedeutet dies, der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der russischen Frauen- und Geschlechterforschung mehr Aufmerksamkeit zu kommen zu lassen, um deren „innere Logik“ zu verstehen.

2. Beobachtungs- und Analyseeinheiten müssen so angelegt sein, dass interkulturelle Vergleiche möglich werden: Zum Beispiel muss eine Definition von Armut oder von

Mittelschicht als quantifizierbare Charakteristik zugleich bulgarischen, russischen, französischen etc. Verhältnissen Rechnung tragen und auf diese anwendbar sein. Das heißt, die methodischen, theoretischen und empirischen Vergleichsinstrumente müssen derart konzipiert sein, dass sie einen hohen Verallgemeinerungsgrad zulassen, der es ermöglicht für verschiedene Kulturkreise gleichermaßen empirische Untersuchungen durchzuführen und zutreffende Aussagen zu finden. Hierin liegt die Chance in einem „gemeinsamen“ Frauen- und Geschlechterdiskurs, „ein Allgemeines zu finden“ und die „Individualität des jeweiligen Gender-Diskurses schärfer zu erfassen und vom anderen abzuheben.“²²

3. Gesellschafts- und Kulturvergleichende Beobachtungs- und Analysegänge auf der sozialen Mikroebene von Handlungsmustern sind mit vielfältigen Problemen behaftet, denn hierbei sind gründliche intragesellschaftliche und intrakulturelle Kenntnisse der zu vergleichenden Sozialwelten verlangt. Solche Kenntnisse sind letztlich notwendig, um die „Feinheiten“ einer Gesellschaft und der dort vorherrschenden Interaktionsmuster und Handlungsorientierungen zu erkennen. Erst aufgrund dieser Erkenntnisse kann auf der Ebene interkultureller Vergleiche der Frage über Erfolg oder Nichterfolg, der Entsprechung oder Nichtentsprechung von Ergebnissen der Vergleichsforschung nachgegangen werden. In der gegenwärtigen Diskussion der Frauen- und Geschlechterforschung fällt insbesondere die Kontrastierung von Ost und West auf. Die wechselseitigen Beziehungen, die sowohl sozial, kulturell, wirtschaftlich und auch intellektuell vonstatten gehen (und gegangen sind), die Debatten und Bilder über- und voneinander, die ge-

gegenseitigen Beeinflussungen werden kaum verfolgt, den Ursachen der Unterschiede oder Annäherungen, die in solchen Beziehungen zu finden sind, wird selten nachgegangen.

4. Meist erfolgt ein interkultureller Vergleich im Hinblick auf eine Ergebnisbezogenheit. Das heißt, es werden so genannte Resultate sozialer Entwicklungen, also „fertige Produkte“ untersucht. Die Eigendynamik, die in jedem Land unter ganz spezifischen Vorzeichen vonstatten geht, wird nicht oder kaum berücksichtigt, geschweige denn einbezogen. Hier ist die Frauen- und Geschlechterforschung gefordert, historischen Vergleich und Transferanalyse miteinander zu verbinden, auch wenn eine methodische Trennung weiterhin sinnvoll erscheint. Diese Verbindung scheint mir eine Möglichkeit zu sein, Unterschiede und Gemeinsamkeiten besser erklären zu können, selbst dann, wenn in einer komparativ angelegten Frauen- und Geschlechterforschung die ganze Komplexität nicht erfasst werden kann.

5. Schaut man auf Probleme der Vergleichsforschung mit Russland und deren Verortung im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung, so lassen sich hierfür zusammengefasst folgende Rahmenbedingungen ausmachen:

- In der Vergangenheit litt Russland unter zuviel Staat, der auf allen Ebenen der Gesellschaft involviert, wenn nicht gar Bestandteil war. Russland bedeutet nach wie vor Moskau, vielleicht noch St. Petersburg; Regionen und Städte außerhalb dieser global cities finden kaum Beachtung, obwohl hier Prozesse von statten gehen, die es verdienen analysiert zu werden (z.B. Sibirien). Damit wird das föderative Moment Russlands bislang in der Vergleichs-

forschung wenig beachtet: das Verhältnis der Hauptstädte und die „Provinz“.

- Russlands spezifische Fragen sind bei allen Analysen zu beachten, weil sie die Besonderheiten dieser nunmehr nach Öffnung strebenden Gesellschaft ausmachen. Zum einen ist Russlands Suche nach seiner internationalen Stellung zu nennen. Zum zweiten die Partizipation am Wohlstandsgefälle West-Ost, wobei innergesellschaftliche Ungleichheiten unter anderem anhand der „neuen Russen“ als Profiteure beobachtbar sind. Schließlich ist der noch nicht gänzlich abgeschlossene Entscheidungsprozess einer Wahlzugehörigkeit zu Europa oder Asien mitsamt der Suche nach einer eigenständigen Entwicklung (russischer Sonderweg) zu nennen. Dieser dürfte nicht nur nachhaltig interkulturelle Vergleichsforschungen im Bereich von Frauen- und Geschlechterstudien, sondern z.B. auch Forschungen zur Sozialstruktur und zu Lebensstilen beeinflussen.

Die oben dargestellten Problemfelder lassen erkennen, dass eine explizite und systematische Erforschung der Geschlechterverhältnisse, aber auch eine (unterstützende) Auseinandersetzung mit der wachsenden Frauen- und Geschlechterforschung in der russischen Gesellschaft gefordert ist, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie Prozesse der Annäherung und Auseinanderentwicklungen im Vergleich zum westeuropäischen Frauen- und Geschlechterdiskurs verstehen zu können. Weiter nachgedacht werden muss in Zukunft auch darüber, welche der Grundintentionen²³ in einer komparativ angelegten Frauen- und Geschlechterforschung verfolgt werden soll. Dies ist wichtig, damit

die vergleichende Forschung in diesem Forschungsfeld ihr Aschenputteldasein verlässt.

Anmerkungen

1 Übersetzt von Rolf-Dietrich Keil (1); Ludolf Müller (2) Literatur: Russische Lyrik. Gedichte aus drei Jahrhunderten. Ausgewählt und eingeleitet von Efim Etkind; München 1987.

2 Chotkina, Soja (Hg.): Zencina i socialnaja politika (genderny aspekt), Moskau 1992, S. 6.

3 Vergleiche dazu ausführlich: Kamphausen, Georg: Die Krise der europäischen Intelligenz, in: Eßbach, Wolfgang (Hg.): Welche Modernität? Intellektuelldiskurse zwischen Deutschland und Frankreich im Spannungsfeld nationaler und europäischer Identitätsbilder, Berlin, 2000, S. 109ff.

4 Vergleiche dazu ausführlich: Osterhammel, Jürgen: Die Entzauberung Asiens. Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert, München 1998.

5 Solch eine Herangehensweise bedeutet zugleich auch die Herausforderung von Differenz und Vielfalt in der Kultur und wurde auch im westlichen Selbstverständnis selber so empfunden und zum Ausdruck gebracht, das „stahlharte Gehäuse“ in dem die kulturelle Kreativität des Westens erstickt. Weber, Max: Die protestantische Ethik. Eine Aufsatzsammlung, herausgegeben von Winckelmann, Johannes, Gütersloh 1965, S. 188.

6 Rösen, Jörn: Einleitung: Für eine interkulturelle Kommunikation in der Geschichte. Die Herausforderungen des Ethnozentrismus in der Moderne und die Antwort der Kulturwissenschaften, in: Rösen, Jörn et al (Hg.): Die Vielfalt der Kulturen. Erinnerung, Geschichte, Identität 4, Frankfurt am Main 1998, S. 18ff.

7 Eisenstadt, Shmuel N.: Die Dimensionen komparativer Analyse und die Erforschung sozialer Dynamik, in: Kaelble, H./ J. Schriewe (Hg.): Diskurse und Entwicklungspfade. Der Gesellschaftsver-

gleich in den Geschichts- und Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main, New York 1999, S. 3.

8 Gorbatschow, Michail: Perestroika: die zweite russische Revolution; eine neue Politik für Europa und die Welt, München, 1987, S. 143.

9 Köbberling, Anna: Zwischen Liquidation und Wiedergeburt – Frauenbewegung in Russland von 1917 bis heute, Frankfurt am Main 1997, S. 229.

10 Dies kann natürlich hier nicht in aller historischen Vollständigkeit wiedergegeben werden. Entscheidend ist es, anhand einiger historischer „Wendepunkte“ exemplarisch auf die Ausgestaltung des Geschlechterverhältnisses, ihrer kulturellen „Legitimation“ und „politischen Dimension“ hinzuweisen.

11 Vor dem 1. Weltkrieg kam es durch die Aufhebung der Leibeigenschaft (die politischen Reformen waren in Russland immer Reformen, die von oben gemacht worden sind. So galt z.B. Nikolaus I. als Befreierzar, der Bildungsreformen durchgesetzt, die Zensur eingeschränkt und 1863 per Dekret die Leibeigenschaft aufgehoben hat) und die einsetzenden Prozesse der Industrialisierung zur Auflösung der erweiterten Familie. Verstärkt wurden diese Veränderungen durch den Anspruch der Söhne an eigenes Land, eine eigene Kernfamilie und den einsetzenden Mangel an Männern durch die Verluste im 1. Weltkrieg.

12 Nekrassow, Nikolaj Alexejewitsch (1821-1878), russischer Schriftsteller; Nekrassow, Nikolaj: Russkije zenciny. Knjaginja Trubeckaja. (Poema v dvuch castjach), 1826, in: Nekrassow, Nikolaj: Stichotvorenija, poemy, Moskva 1971, S. 298ff.

13 1956 trat an deren Stelle das Komitee der Sowjetfrauen. Es gab schon lange keine „anders denkenden“ Frauen mehr.

14 Baranskaja, Natalija: Woche um Woche: Frauen in der Sowjetunion; zwei Erzählungen, Darmstadt 1988

15 Die russische Dorfgemeinschaft, das *mir*, war die soziale und politische Organisationsform einer kollektiven Bauerngemeinschaft im vorrevolutionären Russland. Diese Gemeinschaft verfügte über ein Gesamtland, das regelmäßig umverteilt wurde. Der Sinn bestand darin, dass das *Mir* kollektiv haftbar war für die Ablösesummen an den Gutsbesitzer. Er wiederum musste dafür sorgen, dass jeder auf dem Land arbeiten konnte und das Land behielt, so dass es niemandem weggenommen werden konnte. 1861 wurde – im Ergebnis der verlustreichen militärischen Niederlage des Zarismus im Krimkrieg – der Versuch einer Modernisierung der russischen Ökonomie und Gesellschaft unternommen. Die faktische Leibeigenschaft der Bauern wurde in einem sich über Jahrzehnte hinziehenden Prozess gegen Abtretung von Land und Zahlung von Geld an die Adligen aufgehoben. Die russische Dorfgemeinschaft, das *mir*, blieb bestehen und wurde im Zuge dieser „Reform“ sogar gestärkt.

16 Die traditionelle russische Dorfgemeinschaft (*obscina*) ist bis zum späten 19. Jahrhundert lebendig geblieben. Später wurden sie geistig und organisatorisch in den Kolchosen revitalisiert. Vgl. Bronskij, Oleg G.: Krestjanskaja obscina na rubeze XIX-XX vv.: struktura upravlenija, pozemelnye otnosenija, pravoporjadok, Moskva 1999. Merl,

Stephan: Sowjetmacht und Bauern: Dokumente zur Agrarpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft während des „Kriegskommunismus“ und der Neuen Ökonomischen Politik, Berlin 1993.

17 Margolina, Sonja: Russland: die nicht-zivile Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1994.

18 Lipowskaja, Olga (1994: 275): Sisters or Stepsisters. How close is Sisterhood? In: Women's Studies International Forum, Vol. 17, Oxford 1994, S. 275.

19 Ebenda S. 273.

20 Eisenstadt, Shmuel N.: Tradition, Wandel und Modernität, Frankfurt am Main 1979, S. 15f.

21 Giddens, Anthony: The class structure of advanced societies, London 1983, S. 15.

22 Hintze, Otto: Soziologie und Geschichte, Gesammelte Abhandlungen, Bd. 2, Göttingen 1964, S. 251.

23 Man unterscheidet in der Vergleichsforschung vier Grundintentionen: den analytischen, den aufklärenden, den verstehenden und den Identitätsvergleich. Kaelble, Hartmut: Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main, New York 1999, S. 48 ff.

PD Dr. Rita Stein-Redent
Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF)
Universität Bielefeld, Postfach 100131,
33501 Bielefeld
Email: rita.stein-r@uni-bielefeld.de

Umstrukturierungsprozesse an Hochschulen:

Die Neuorganisation der Studiengangsstrukturen und der Studienorganisation an den deutschen Hochschulen ist spätestens mit der Bologna-Erklärung vom 19. Juni 1999 unausweichlich. Die Kultusminister und -ministerinnen der Mitgliedsländer der Europäischen Union haben sich in einer gemeinsamen Erklärung verpflichtet, sukzessive das zweistufige Modell von modularisierten Bachelor- (BA) und Masterabschlüssen (MA) einzuführen (vgl. BMBF 2004). Mit dieser Entscheidung wird unter anderem den Empfehlungen des deutschen Wissenschaftsrats und der Kultusministerkonferenz entsprochen, die schon seit längerem eine Internationalisierung deutscher Hochschulstrukturen, eine gesteigerte arbeitsmarktrelevante Ausbildung der Absolventen und Absolventinnen sowie eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandorts Deutschland fordern (vgl. Wissenschaftsrat 2000, S. 1-8; vgl. auch: Kaesler 2004; Metz-Göckel et al. 2000; Löther/Plöger 2000; Plöger/Riegraf 1998).

Angesichts dieser Entwicklungen steht auch die Universität Bielefeld vor vielfältigen Herausforderungen: Neben organisatorischen Aufgaben, die mit einer Umstellung auf konsekutive Studiengänge von der Gesamtuniversität und von den einzelnen Fakultäten bewältigt werden müssen, impliziert die Reform der Studiengangsstrukturen eine Modularisierung des Studienangebots sowie eine inhaltliche Reorganisation der Curricula. Bei der Einrichtung eines MA-Studienganges müssen die Hochschulen sich auf ein inhaltliches Profil festlegen, wobei die konkrete thematische Ausgestaltung der Studiengänge wesentlich von den personellen Kompetenzen in den Fakultäten bestimmt werden. Der Umstrukturierungsprozess hat weitreichende Konsequenzen für die Neuorganisation der Lehre in der „Frauen- und Geschlechterforschung“ (vgl. Pache/Jähnert 2004, S. 6f.). Im Zuge dieser Entwicklung müssen einerseits die bisherigen Verankerungen in den Curricula der einzelnen Disziplinen gesichert und erneuert werden. Andererseits gilt es die wenigen bestehenden eigenständigen Studienanteile und Studiengänge „Frauen und Geschlechterforschung“ bzw. „Gender Studies“ durch BA- und MA Studiengänge zu ersetzen bzw. neue Studiengänge zu konzipieren (vgl. Ebeling et al. 2004).

Die besonderen personellen und organisatorischen Bedingungen an der Bielefelder Universität legen den Aufbau eines eigenständigen und interdisziplinär ausgelegten MA-Studienganges in der Frauen- und Geschlechterforschung nahe. Sechs Professuren mit (Teil-)Denominationen für Frauen- und Geschlechterforschung mit den entsprechenden Qualifikationsstellen sind hier an vier Fakultäten angesiedelt. Darüber hinaus betreibt das Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) als zentrale wissenschaftliche Einrichtung interdisziplinär ausgerichtete Forschung. Im Vergleich zu anderen Hochschulen ist das Angebot der Universität Bielefeld damit als herausragend zu bezeichnen. Um dieses Potenzial nutzbar zu machen, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die in den nächsten Monaten auf der Grundlage der vorhandenen Ressourcen einen interdisziplinären Masterstudiengang „Gender Studies“ mit einem spezifischen Bielefelder Profil entwickeln und für die Akkreditierung vorbereiten wird.

Im Folgenden wird der bisherige Stand der Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung rekapituliert, um die neuen Herausforderungen für die „Gender Studies“ nachvollziehbar zu machen. Ein Blick auf die Ressourcen und Angebotssituation an der Universität Bielefeld wird die Breite der bislang ausschließlich disziplinär

Neue Herausforderungen für die Frauen- und Geschlechterforschung –
Auf dem Weg zu einem MA Gender Studies an der Universität Bielefeld

1 Im Folgenden wird der Begriff „Gender Studies“ als eine mögliche Bezeichnung eines Studiengangs benutzt. Dies ist eine Angleichung an die gängige Sprachregelung, soll aber noch keine endgültige Benennung sein. Damit ist auch keine inhaltliche Abgrenzung gegenüber der Frauen- und Geschlechterforschung intendiert, vielmehr wird „Gender Studies“ als Überbegriff verstanden, der auch Frauen- und Geschlechterforschung umfasst (vgl. Riegraf 2003).

2 Bis zum Sommer 2003 existierten noch 103 Professuren mit entsprechender Denomination (vgl. Mischau/Oechsle 2003). In der Zwischenzeit wurden jedoch zwei Professuren gestrichen bzw. nicht mehr neu besetzt. Zusätzlich wurden seit 2002 sechs Juniorprofessuren geschaffen.

verorteten Lehre veranschaulichen. Mit der Darstellung der im IFF angesiedelten innovativen und auf Curriculumentwicklung ausgerichteten Projekte sowie der bestehenden Infrastruktur der Frauen- und Geschlechterforschung ergibt sich so eine umfassendes Bild der Ausgangsbedingungen für eine mögliche Profilierung von „Gender Studies“¹ an der Universität Bielefeld.

1. Zur Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung in Deutschland

Mit einem retrospektiven Blick auf die Institutionalisierungsgeschichte der Frauen- und Geschlechterforschung in Deutschland soll nachfolgend die Tragweite der gegenwärtigen Veränderungen und die damit verbundenen Chancen und Risiken für die Frauen- und Geschlechterforschung verdeutlicht werden (vgl. Bock 2002; Mischau/Oechsle 2003; Bock/Landweer 1994; Holland-Cunz 2001; Pache/Jähnert 2004).

Implementierung von Professuren an Universitäten und Zentren für Frauen- und Geschlechterforschung

Seit fast drei Jahrzehnten beschäftigt sich die Frauen- und Geschlechterforschung mit der Entwicklung der Geschlechterverhältnisse sowie deren Bedeutung für die Verteilung von politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Macht in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (vgl. Jähnert 2004; Mischau/Oechsle 2003; Müller 1997; Hornung et al. 2001; Knapp/Wetterer 2003). Während sich bis Mitte der 1990er Jahre an deutschen Universitäten (einige wenige) überfakultative Forschungs- und Koordinationszentren der Frauen- und Geschlechterforschung ansiedelten (wie das IFF an der Universität Bielefeld), wurde die Lehre weitgehend von einzelnen Professuren mit entsprechender Denomination in den jeweiligen Disziplinen geleistet. Seit Mitte der 1990er Jahren entstehen in Deutschland vermehrt Studiengänge und Studienschwerpunkte der „Frauen- und Geschlechterforschung“ bzw. der „Gender Studies“, die die disziplinären Begrenzungen im Lehr- und Betreuungsangebot und in den Prüfungsanforderungen zu überwinden suchen. Dennoch ist die Mehrzahl der Studienangebote an deutschen Hochschulen trotz des grundsätzlich interdisziplinären Anspruchs der Frauen- und Geschlechterforschung auch weiterhin vorwiegend in den einzelnen Fachdisziplinen und Fakultäten verankert.

Die deutsche Institutionalisierungsgeschichte unterscheidet sich von der Entwicklung in vielen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern, die bereits seit den Anfängen der Frauen- und Geschlechterforschung eigenständige Studiengänge und -schwerpunkte etabliert haben (vgl. Bock 2000; Griffin 2002). Ein Grund für die disziplinäre Verankerung der Lehre in Deutschland war, dass viele Frauen- und Geschlechterforscherinnen der Etablierung von autonomen interdisziplinären Studiengangsstrukturen lange Zeit skeptisch gegenüberstanden, da eine Marginalisierung und Entpolitisierung der Frauen- und Geschlechterforschung durch universitäre Organisationsstrukturen befürchtet wurde (vgl. Pache/Jähnert 2004, S. 37; Jähnert 2004, S. 10).

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt existieren an deutschen Universitäten insgesamt 101 Professuren für Frauen- und Geschlechterforschung, von denen 95 besetzt und 6 unbesetzt sind.² Diese verteilen sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Bundesländer. Während es z.B. in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein bis heute keine einzige Professur für Frauen- und Geschlechterforschung gibt, nimmt Nordrhein-Westfalen mit 36 Professuren eine klare Führungsposition ein, gefolgt von Berlin und Niedersachsen. Dies gilt auch, wenn man den Status der jeweiligen Professuren betrachtet. 26 der 101 Professuren für Frauen und Geschlechterforschung sind C4-Professuren, 75 sind C3-Professuren. Zehn der 26 C4-Professuren für Frauen-

und Geschlechterforschung an deutschen Universitäten wurden in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Die bestehenden 101 Professuren für Frauen- und Geschlechterforschung verteilen sich auf 43 der 99 Universitäten in Deutschland. Die meisten befinden sich an der Freien Universität Berlin (8), der Universität Bremen (7), der Universität Bielefeld (6), der Ruhr-Universität Bochum (6), der Universität Hamburg (5) und der Universität Dortmund (5).

Interessanterweise existieren an der Mehrzahl dieser Universitäten auch ausgewiesene und relativ früh gegründete Zentren der Frauen- und Geschlechterforschung, wie die Tabelle 1 zeigt. Demnach gibt es eine „nicht zu übersehende Wechselwirkung zwischen diesen beiden ‚Institutionalisierungsformen‘, die offensichtlich die Chancen und Möglichkeiten einer Integration der Frauen- und Geschlechterforschung an den jeweiligen Universitäten deutlich erhöht“ (vgl. Mischau/Oechsle 2003, S. 11).

Tabelle 1: Zentren der Frauen- und Geschlechterforschung (aufgeführt in chronologischer Reihenfolge ihrer Entstehung), Quelle: <http://www.fu-berlin.de/zefrauen/index.html>

	Hochschule/Name der Einrichtung	Gründungs-Jahr
01	Universität Bielefeld : Interdisziplinäres Frauenforschungs-Zentrum (IFF)	1980
02	Freie Universität Berlin : Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung	1981
03	Hamburg (Hochschulübergreifende): Koordinationsstelle Frauenstudien/Frauenforschung	1984
04	Universität/Gesamthochschule Kassel : Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Frauen- und Geschlechterforschung (IAG FG)	1987
05	Humboldt-Universität zu Berlin : Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF)	1989
06	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel : Zentrum für Interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF)	1992
07	Universität Flenburg : Zentrum für Geschlechterforschung	1993
08	Technische Universität Berlin : Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZiFG)	1996
09	Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald : Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien (IZFG)	1996
10	Universität/Gesamthochschule Essen : Essener Kolleg für Geschlechterforschung	1997
11	Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt : Cornelia Goethe Centrum für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse (CGC)	1997
12	Carl-von-Ossietsky Universität Oldenburg : Kolleg Kulturwissenschaftliche Geschlechterstudien	1997
13	Universität Bremen : Zentrum für feministische Studien/Frauenstudien/Gender Studies (ZFS)	1998
14	Albert-Ludwigs-Universität Freiburg : Zentrum für Anthropologie und Gender Studies, Koordinierungsstelle Gender Studies	1999
15	Universität Hannover : Koordinierungsstelle Gender Studies	1999
16	Universität Hamburg : Zentrum für Frauen-, Geschlechter-, und Queer-Forschung	2000
17	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn : Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung	2000
18	Carl-von-Ossietsky Universität Oldenburg : Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZFG)	2000
19	Universität Göttingen : Koordinationsstelle Geschlechterforschung	2001
20	Philipps-Universität Marburg : Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung	2001
21	Universität Leipzig : Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (FraGes)	2001
22	Universität Hildesheim (und der Fachhochschulen Hildesheim/Holzminde/Göttingen): Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZiF)	2001
23	Universität Trier : Koordinationsstelle Interdisziplinäre & Interkulturelle Geschlechterstudien	2001

Implementierung von Magisterstudiengängen und Studienschwerpunkten der Frauen- und Geschlechterforschung bzw. Gender Studies

Seit den 1990er Jahre wurden eigenständige Studiengänge bzw. Studienschwerpunkte in der Frauen- und Geschlechterforschung eingerichtet. Insbesondere Studierende kritisierten die ausschließlich dezentrale Verankerung der Frauen- und Geschlechterstudien, da diese in den wenigsten Fällen zu den Pflichtveranstaltungen in den traditionellen Studiengängen zählten. Darüber hinaus war es Studierenden nicht möglich im interdisziplinären Kontext geschlechterforschungsrelevanten Fragen nachgehen bzw. entsprechende Leistungsnachweise in den disziplinären Prüfungskanon zu integrieren (vgl. Pache/Jähner 2004). Die skizzierten Kritikpunkte sowie die Etablierung der personellen und strukturellen Voraussetzungen für ein kontinuierliches Lehrangebot trugen wesentlich dazu bei, dass mittlerweile 19 Gender Studiengänge bzw. Studienschwerpunkte eingerichtet werden konnten (siehe auch Tabelle 2).

Die aufgelisteten Studiengänge bzw. Studienschwerpunkte sind überwiegend interdisziplinär ausgerichtet und weisen unterschiedliche Organisationsmodelle und inhaltliche Schwerpunkte auf (vgl. Bock 2002). Verschiedene Studiengänge bieten eine Weiterbildungs- bzw. Zusatzqualifikation an, andere hingegen sind Studiengänge der wissen-

Tabelle 2: Studiengänge und Studienschwerpunkte Frauen- und Geschlechterforschung bzw. Gender Studies an deutschen Universitäten (aufgeführt in chronologischer Reihenfolge ihrer Institutionalisierung).
 Quelle: <http://www.fu-berlin.de/zefrauen/index.html>

	Hochschule/Programm	Start
01	Universität Osnabrück: Studienschwerpunkt „Pädagogische Frauenforschung“ im Magister-Studiengang Erziehungswissenschaft	1991
02	Humboldt Universität zu Berlin: Magister-Haupt- und Nebenfach-Studiengang „Geschlechterstudien/Gender Studies“	1997
03	Universität Oldenburg: Magister-Nebenfach-Studiengang „Frauen- und Geschlechterforschung“	1997
04	Universität Oldenburg: Promotions-Studiengang „Kulturwissenschaftliche Geschlechterstudien“	1997
05	Universität Hannover: Studienprogramm „Gender Studies“	1999
06	Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP): Interdisziplinärer Studienschwerpunkt „Geschlechterverhältnisse/ Frauenforschung“	2000
07	Universität Regensburg: Studieneinheit „Gender Studies“	2000
08	Universität Frankfurt: Interdisziplinäres Studienprogramm „Frauenstudien/Gender Studies“	2000
09	Universitäten Bielefeld, Bochum, Hannover und FernUniversität Hagen: Modellstudium Gender Studies (VINGS – Virtual International Gender Studies)	2000
10	Universität Trier: Zertifikat „Interdisziplinäre Geschlechterstudien“	2001
11	Universität Göttingen: Magister-Nebenfach-Studiengang „Geschlechterforschung“	2001
12	Universität Freiburg: Magister-Nebenfach-Studiengang „Gender Studies/Geschlechterforschung“	2001
13	Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP): Master-Studiengang „Gender und Arbeit“	2002
14	Hamburg (hochschulübergreifendes Studienangebot): Magister-Neben-, Wahl-, oder Zusätzlich in Diplomstudiengängen „Gender Studies“	2003
15	Universität Marburg: Studienprogramm „Gender Studies und feministische Wissenschaft“	2003
16	Universität Bochum: Magister-Studiengang „Gender Studies“	2003
17	Universität Freiburg: Magister-Studiengang „Gender Studies/Geschlechterforschung“	2003
18	Freie Universität Berlin: Weiterbildender Zusatz-Studiengang „Gender-Kompetenz“	2003
19	Universität Bremen: Zertifikats-Studiengang „Gender Studies/Geschlechterstudien“	2003

schaftlichen „Erstausbildung“. An einigen Standorten kann lediglich ein entsprechendes Zertifikat erworben werden, andere hingegen sind in Magister- und Aufbaustudiengänge integriert oder selbst als solche konzipiert und ermöglichen damit einen integrierten oder eigenständigen wissenschaftlichen Abschluss in diesem Studiengebiet (vgl. Mischau/Oechsle 2003). Einen detaillierten Überblick über die einzelnen Studiengänge und interdisziplinären Studienschwerpunkte gibt die tabellarische Übersicht in der Dokumentation der Tagung Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum (Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin 2004, S. 21-67).

2. Neue Implementierungsanforderungen und -voraussetzungen für die Frauen- und Geschlechterforschung bzw. Gender Studies

Mit der Einführung der BA- und MA-Studiengänge sollen die Ausbildungsstrukturen und -inhalte an internationale Anforderungen angeglichen werden. Zudem sollen so die Voraussetzungen für interdisziplinäre Forschung und Lehre verbessert und Universitäten als wissenschaftliche Weiterbildungsstätten dem Anspruch des lebenslangen Lernens eher gerecht werden (vgl. MWF NRW 2004).

Frauen- und Geschlechterstudien im internationalen Vergleich

Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Deutschland haben sich die Frauen- und Geschlechterstudien in anderen Ländern in Form von eigenständigen Studienprogrammen etabliert. In den USA finden sich mittlerweile nicht nur Women's Studies Programme, sondern auch Women's Studies Departments (was in etwa unserem Fakultätsstatus entspricht) sowie ausgewiesene Ph.D. Programme in Women's bzw. Gender Studies. Die Entwicklungen hin zu einer eigenständigen Disziplin wurde in den USA von nationalen Netzwerken, wie der National Women's Studies Association (NWSA) gefordert und begleitet. Darüber hinaus wuchs an den Universitäten die Nachfrage nach ausgebildeten Akademikern und Akademikerinnen in Women's Studies. Kompetenzen im Bereich von „gender issues“ wurden zudem durch internationale Organisationen (wie NGO's oder die Weltbank) zunehmend nachgefragt (vgl. Griffin 2002, S. 81).

Interdisziplinarität in der Lehre und Forschung

Seit Beginn ihrer Institutionalisierung formuliert die Frauen- und Geschlechterforschung einen interdisziplinären Anspruch, um der Komplexität des Forschungsgegenstandes gerecht zu werden (vgl. Bock/Landweer 1994), aber auch, um mit einer erweiterten Perspektive erkenntnistheoretische Prämissen der herkömmlichen und

disziplinär begrenzten Wissensbestände kritisch hinterfragen zu können. Der interdisziplinäre Anspruch konnte in Deutschland angesichts der streng an Einzeldisziplinen orientierten universitären Strukturen bislang nicht oder nur mit enormen Hindernissen eingelöst werden (vgl. Hauenschild 2004; Hark 2003, S. 85). Zudem finden innerhalb der Disziplinen starke inhaltliche Ausdifferenzierungsprozesse statt, die einer interdisziplinären Ausrichtung entgegenstehen. Mit der Einführung der BA- und MA-Studiengänge soll interdisziplinäre Forschung und Lehre erleichtert werden.

Die gegenwärtige Umstrukturierung der Studiengangsstrukturen bietet der Frauen- und Geschlechterforschung die Möglichkeit, ihren Institutionalisierungsprozess zu überdenken und durch die Einrichtung von BA- und MA-Studiengängen „Gender Studies“ eine weiterführende interdisziplinäre Infrastruktur zu entwickeln. Bislang wurden in Deutschland zwei Masterstudiengänge mit jeweils eigenen inhaltlichen Profilen entwickelt: der MA-Studiengang „Gender und Arbeit“ an der Universität für Wirtschaft und Politik Hamburg (<http://www.hwp-hamburg.de/3720.shtml>), der bereits akkreditiert ist, sowie „Gender Studies – Kultur, Kommunikation, Gesellschaft“ an der Ruhr-Universität Bochum (http://www.ruhr-uni-bochum.de/genderstudies/gender_selbst.htm), der sich noch in einem – wenn auch schon sehr konkreten – Planungsstadium befindet.

Das Lehrangebot des Masterprogramms „Gender und Arbeit“ besteht aus einem Kernangebot, in welchem die Zusammenhänge von Geschlecht und Arbeit aus der Sicht verschiedener Fachdisziplinen (wie „Geschlecht und Macht im Wohlfahrtsstaat“ oder „Geschlecht in betrieblichen Organisationen“) im Zentrum stehen. Als Zusatzangebot kann zwischen den Studienschwerpunkten „Human Resource Management – Personalpolitik“, „Genderforschung: Theorien und Methoden“ und „Geschlechterverhältnisse – Männlichkeiten“ gewählt werden. Das Lehrangebot des MA-Studiengangs „Kultur, Kommunikation und Geschlecht“ der Ruhr-Universität Bochum wird durch die 3 Module „Arbeit, Institutionen und kulturelle Praktiken“, „Kulturelle und mediale Repräsentationen“ und „Identitäten, Positionen, Differenzen“ strukturiert.

Universitäten als wissenschaftliche Weiterbildungsstätten

Mit der Forderung wissenschaftliche Weiterbildungsprogramme auszubauen, wird der Auftrag an die Universitäten formuliert, den Brückenschlag zwischen wissenschaftlicher Forschung und berufspraktischen Anwendungen zu vollziehen. Auch hier kann die Frauen- und Geschlechterforschung auf eigene Erfahrungen zurückgreifen: Schon zu Beginn der 1980er Jahre wurde auf die Relevanz wissenschaftlicher Weiterbildungsprogramme in diesem Bereich verwiesen und an den Universitäten Dortmund, Bielefeld, Koblenz, Oldenburg und der Universität-Gesamthochschule Essen weiterbildende Frauenstudiengänge eingerichtet (vgl. Bock 2000).

In Anbetracht der gegenwärtig stattfindenden Studienstrukturreformen stellt sich auch hier die Frage nach neuen Modi der Institutionalisierung. So wäre es zum Beispiel denkbar, dass Praxismodule in die Curricula aufgenommen werden, die nicht nur für Studierende, sondern auch für Gleichstellungsbeauftragte und Ressort-Leiter und Ressort-Leiterinnen in Politik und Verwaltung geöffnet sind, die sich mit dem aktuellen Stand der Forschung auseinandersetzen wollen. Weiterbildungsprogramme könnten so mit den Regelstudiengängen verknüpft werden bzw. andere Formen der Institutionalisierung implizieren.

3. Zur Nachfrage nach gender-relevantem Wissen von Seiten der Studierenden und des Arbeitsmarktes

Die Ausgestaltung des inhaltlichen Profils eines Masterstudiengangs „Gender Studies“ ist nicht zuletzt an der Nachfrage der Studierenden und des Arbeitsmarktes ausgerich-

tet. Zunächst kann konstatiert werden, dass die bereits existierenden Studiengänge ein großes Interesse verzeichnen: Zum Wintersemester 2002/03 strebten „ca. 1000 Studierende einen formalen akademischen Abschluss in Gender Studies an, davon ca. 400 als Magisterhauptfach, ca. 550 als Magisternebenfach in Deutschland und der Schweiz sowie 20 als Master. (...) In interdisziplinären Studienschwerpunkten (in der Regel im Hauptstudium) studieren schätzungsweise weitere 500 Frauen und Männer“ (Jähnert 2004, S. 15). Diese Zahlen vermitteln jedoch nur ein ungefähres Bild, da für einige Studiengänge Studienplatzbeschränkungen vorliegen. Um die Arbeitsmarktchancen von Absolventen und Absolventinnen eines eigenständigen Studienganges „Gender Studies“ speziell im deutschsprachigen Raum einschätzen zu können, gibt es bislang nur wenig gesicherte Erkenntnisse, da entsprechende Studiengänge erst seit kurzem institutionalisiert wurden und die Mehrzahl der Studierenden noch keinen Abschluss haben. Internationale Studien zeigen jedoch, dass sich die Absolventinnen der Frauen- und Geschlechterforschung auf dem Arbeitsmarkt in qualifikationsadäquaten Berufsfeldern (wenn auch nicht immer in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen) behaupten können und sich ihre Berufschancen kaum von denen der Absolventen und Absolventinnen anderer sozial- und geisteswissenschaftlicher Fächer unterscheiden (vgl. Schmidbauer 2004a; Silius/Tuori 2003).

Verbleibstudien über HochschulabsolventInnen weisen darauf hin, dass Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen zwar beim Übergang in die Berufstätigkeit häufiger von Erwerbslosigkeit und ausbildungsinadäquater Beschäftigung betroffen sind als Natur-, Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen, trotzdem liegen ihre Erwerbslosenzahlen deutlich niedriger als die durchschnittliche Erwerbslosenquote (vgl. Stief/Abele 2002; Agreiter/Schindler 2002). Dies dürfte auch für Absolventen und Absolventinnen der einzelnen Disziplinen mit den inhaltlichen Schwerpunkten „Frauen- und Geschlechterforschung“ gelten. Es gibt zudem Anhaltspunkte dafür, dass eine immer größer werdende Zahl von „Gender-Experten“ und „Gender-Expertinnen“ von Seiten des Arbeitsmarkts nachgefragt werden (vgl. Schmidbauer 2004b). Neben den klassischen Berufs- und Tätigkeitsfelder (z.B. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in einer Vielzahl unterschiedlicher Organisationen, Referentinnen für Frauen- und Geschlechterfragen bei der EU, in Bundes- und Landesministerien, bei Parteien, Gewerkschaften und Verbände) (vgl. Wetterer 2002, S. 138) sind deutliche Anzeichen erkennbar, dass neue Berufs- und Tätigkeitsfelder entstehen. So zeichnet sich zum Beispiel aufgrund der Anerkennung von Gender Mainstreaming als Leitprinzip staatlichen Handelns³ durch die Bundesregierung ein wachsender Bedarf nach gender-relevantem Wissen ab, der nicht durch die betroffenen Institutionen selbst abgedeckt werden kann (vgl. Kirsch-Auwärter 2002, S. 101; Bock et al. 2004). Die Implementierung dieses Leitprinzips in Verwaltungen und anderen Organisationen erfordert zum einen spezielles Wissen in Bezug auf Organisationsanalysen, zum anderen jedoch auch die Kompetenz, diesen Prozess gegebenenfalls durch Maßnahmen wie Gender-Trainings begleiten zu können (vgl. Bock et al. 2004; Metz-Göckel et al. 2003). Mit der Umsetzung des Konzepts Gender Mainstreaming soll jede „politische Entscheidung oder Verwaltungsmaßnahme eine Abschätzung ihrer möglichen Folgen für die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern“ (Bock et al. 2004, S. 239) auf allen Ebenen und in allen Bereichen politischer Entscheidungsprozesse beinhalten. Diese Anforderung stellt die Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen in Verwaltung und Politik vor die Aufgabe, die Konstruktion der Geschlechterdifferenz durch politische Programme, Entscheidungen oder Administrationsroutinen wahrzunehmen und den so entstehenden Geschlechterasymmetrien durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken. Um dies bewerkstelligen zu können, sind die Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen auf die Ergeb-

3 Gender Mainstreaming erscheint jedoch nicht nur vermehrt auf den Agenden der Ministerien von Bund, Ländern und Kommunen. Auch Organisationen wie die Gewerkschaften (vgl. Kleit 2003), die Kirche und der deutsche Sportbund haben Gender Mainstreaming als Leitprinzip ihrer Entscheidungsprozesse anerkannt (vgl. Bock et al. 2004; Döge 2003).

nisse der Geschlechterforschung angewiesen, wie zum Beispiel Sigrid Metz-Göckel und Marion Kamphans (2002) für den Bereich der Hochschulpolitik zeigen.

4. Voraussetzungen eines MA „Gender Studies“ an der Universität Bielefeld

In Anbetracht der dargestellten Umstrukturierungsprozesse an deutschen Hochschulen sowie der wachsenden Nachfrage nach gender-relevantem Wissen bietet sich der Aufbau eines MA-Studienganges „Gender Studies“ an der Universität Bielefeld aufgrund der hier bereits etablierten Strukturen und Angebote an:

- Die Universität bietet durch ihre bestehenden sechs Professuren, deren Denominationen in unterschiedlichen Bereichen den Geschlechteraspekt reflektieren, gute Voraussetzungen für eine curriculare Verankerung von Gender Studies in den Studien- und Prüfungsordnungen der einzelnen Disziplinen sowie für die Einrichtung eigener Studienangebote der Frauen- und Geschlechterforschung in einem MA. Entsprechende Professuren schaffen die Grundlage für eine Kontinuität, die nicht nur für die Entwicklung der inhaltlichen Diskussionen und die methodologische Ausdifferenzierung von Frauen- und Geschlechterforschung unabdingbar ist, sondern auch für den Aufbau eines strukturierten Lehrangebots und für eine angemessene Betreuung der Studierenden.
- Professorinnen und Professoren verschiedener Fakultäten der Universität Bielefeld stehen der Geschlechterthematik in ihren jeweiligen Fachgebieten und/oder unter Gleichstellungs- und Förderaspekten offen gegenüber. Insbesondere sind hier die Soziologie, die Pädagogik und die Geschichtswissenschaft zu nennen, aber auch die Biologie, Mathematik, Psychologie, Sportwissenschaft, Rechtswissenschaft und Informatik.
- Für die Entwicklung eines Masterstudienganges „Gender Studies“ kann außerdem auf Erfahrungen mit der Entwicklung, Umsetzung und Erprobung eines Lehrangebotes Gender Studies im Rahmen von verschiedenen IFF-Projekten zurückgegriffen werden.
- Mit dem IFF existiert zudem eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung, die als erstes Institut der Frauen- und Geschlechterforschung in Deutschland auf eine lange Tradition in der interdisziplinären Forschungsarbeit zurückblicken kann, infrastrukturell günstige Voraussetzungen für interdisziplinäre Lehre geschaffen hat und die in Kooperation mit einigen Fakultäten in nationalen und internationalen Netzwerken hervorragend platziert ist.

4.1 Gender Studies an den Fakultäten

Die nachfolgende Zusammenstellung soll einen Eindruck von dem breit gefächerten genderbezogenen Lehrangebot der Universität Bielefeld vermitteln. Welche der hier benannten Themen und Aspekte in einen MA „Gender Studies“ einfließen werden, ist derzeit noch offen.

Fakultät für Soziologie

Strukturelle Verankerung:

Die Fakultät für Soziologie hat die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung als reguläres Wahlangebot begründet und verfügt über ein Curriculum für das Wahlfach/Wahlpflichtfach „Frauenforschung“ im Diplomstudiengang. Neben der etwa zeitgleichen Einrichtung von Frauenforschung an der Universität Osnabrück im Studiengang „Sozialpädagogik“ sowie von „Frauenforschung“ im Hauptstudium des Diplomstudiengangs Pädagogik an der Universität Dortmund wurde Frauenforschung damit erstmalig im Rahmen eines regulären Studiengangs an einer deutschen Hochschule etabliert.

Stellensituation:

Die Fakultät verfügt insgesamt über drei Professuren mit (Teil-)Denominationen für Gender Studies bzw. entsprechenden Arbeitsschwerpunkten, die im Folgenden näher dargestellt werden.

1. Professur „Sozialwissenschaftliche Frauenforschung“ plus eine entsprechende Qualifikationsstelle.

Der Schwerpunkt ist der Wissenschaftlichen Einheit „Allgemeine Soziologie“ zugeordnet. Folgende Themen werden in der Lehre regelmäßig angeboten:

- Einführung in die Frauen- und Geschlechterforschung
- Feministische Methode und Methodologien
- Ungleichheiten und Machtdifferenzen
- Soziologische Gegenwartstheorien und die Modernisierung der Geschlechterverhältnisse
- Globalisierungstheorien und Cultural Studies
- Organisationswandel, Globalisierung und Geschlecht
- Geschlecht im Kontext: Polizei, Militär und Leistungssport
- Gewalt und Geschlecht
- Konstruktionsweisen von Geschlecht
- Organisation, Profession und Geschlecht
- Geschlecht und Führung

Kontinuierlich angebotene Kolloquien mit unterschiedlichen Schwerpunkten zur Frauen- und Geschlechterforschung (Forschungs- und Doktorandinnenkolloquien) runden das Lehrangebot ab. Die Inhaberin der Professur war an mehreren Promotionskolloquien zur Geschlechterforschung (z.B. „Geschlechterverhältnis und sozialer Wandel“, „Geschlechterdemokratie und Organisationswandel im globalisierten Kontext“) beteiligt.

2. Professur „Frauen- und Geschlechterforschung in Entwicklungsländern“ plus eine entsprechenden Qualifikationsstelle.

Diese Arbeitsgruppe ist Teil des Forschungsschwerpunktes „Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie“ und profiliert sich durch die systematische Einbeziehung der Geschlechterdimension. Angestrebt wird eine theoretische und methodologische Ausrichtung des „engendering“, d.h. der geschlechtsspezifischen Ausrichtung der Entwicklungsforschung.

Folgende Themen werden in der Lehre regelmäßig angeboten:

- Globalisierungstheorien und Geschlechterforschung
- Geschlechtsspezifität der Einbettung und Translokaltät
- Transnationale Geschlechterpolitik
- Frauen und Markt
- Wissen und Geschlechterverhältnisse
- Migration und Geschlecht
- Konstruktion von Geschlecht, Grenzziehungen und Netzwerken
- Ansätze der internationalen Geschlechteranalyse

Darüber hinaus wird ein Kolloquium zu laufenden Arbeiten in der Entwicklungssoziologie mit Schwerpunkten in der Frauen- und Geschlechterforschung (alternierend als Doktoranden- oder Forschungskolloquium) angeboten.

3. Professur „Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Berufsorientierung und Arbeitswelt unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse“, z.Z. noch am Zentrum für Lehrerbildung angesiedelt.

Folgende Themen werden in der Lehre regelmäßig angeboten:

- Modernisierungsprozesse und weibliche Lebenslagen
- Berufsorientierung und Lebensplanung

- Zeit und Geschlecht
- Modernisierung von Lebensformen und Lebensführung
- Geschlechterverhältnisse und sozialer Wandel
- Politische Bildung und Geschlechterverhältnisse
- Familie und Kindheit im Wandel
- Modernisierungstheorien und Geschlechterforschung

Die Inhaberin der Professur war ebenfalls am Graduiertenkolleg „Geschlechterverhältnis und sozialer Wandel“ beteiligt. Darüber hinaus wird in Zusammenarbeit der Fakultät für Soziologie mit dem IFF und Professorinnen anderer Disziplinen regelmäßig das „Interdisziplinäre Kolloquium Frauen- und Geschlechterforschung“ angeboten.

Fakultät für Pädagogik

Strukturelle Verankerung:

Das Gender-Thema ist in der Fakultät im Lehrplan des neuen BA Nebenfach Pädagogik im Profilmodul „Umgang mit Heterogenität“ systematisch verankert. „Geschlecht“ wird im Zusammenhang mit anderen Differenzierungsdimensionen (wie soziale Herkunft und Ethnizität) analysiert. Auch in der noch im Prozess befindlichen Neustrukturierung des Diplomstudiengangs Erziehungswissenschaft wird das Gender-Thema absehbar in ähnlicher Weise als Modul „Heterogenität/Differenz“ integriert werden.

Stellensituation:

1. Professur „Pädagogische Diagnose und Beratung unter besonderer Berücksichtigung der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse“.
2. Eine zum WS 04/05 neu besetzte Professur für Allgemeine Erziehungswissenschaft ist in ihrem Profil in besonderer Weise auf die Verknüpfung von Erziehungswissenschaft mit der Geschlechterforschung ausgerichtet.
3. Eine Qualifikationsstelle mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „geschlechtsspezifische Sozialisation“.

Folgende Themen werden in der Lehre regelmäßig angeboten:

- Geschichte der Frauenbewegung/Frauenbildung
- feministische Theorien und Wissenschaftskritik
- Konstruktion/De-Konstruktion von Geschlecht, Differenztheorien
- geschlechterreflektierende Pädagogik in schulischen und außerschulischen Kontexten
- empirische Geschlechterforschung (qualitative Forschungsmethodologien)
- Sozialisation und soziale Konstruktion von Geschlecht
- Geschlecht und Medien
- Geschlecht, Gesundheit, Sexualität
- Aggression und Geschlecht
- Bildung und Geschlecht
- Biographie und Geschlecht
- Generation und Geschlecht
- Migration und Geschlecht

An der Fakultät für Pädagogik existiert zudem das Weiterbildungsangebot *FrauenStudien* für Frauen nach der Familienphase, das die Möglichkeit eröffnet, weibliche Lebenszusammenhänge auf der Basis wissenschaftlicher Erklärungsansätze zu reflektieren und neue Perspektiven für individuelle Zukunftsgestaltungen zu entwickeln. Dabei knüpft das Lehrangebot an die besonderen Kenntnisse und Erfahrungen der Teilnehmerinnen aus der Familienarbeit sowie ehrenamtlicher und beruflicher Arbeit an. Vor diesem Hintergrund vermittelt *FrauenStudien* Kontakte zur Berufspraxis, wissenschaft-

liche Kenntnisse und praxisbezogene Kompetenzen in den Schwerpunkten „Pädagogische Beratung“, „Gesundheit und Umwelt“ und „Bildungsarbeit und Politik“.

Fakultät für Geschichte

Strukturelle Verankerung:

In der Fakultät für Geschichte werden Genderthemen im Wahlbereich angeboten. Daneben besteht in den bisherigen Magisterstudiengängen die Möglichkeit, Geschlechtergeschichte als Nebenfach zu wählen. Diese Möglichkeit ist im Laufe der Umstellung auf die neuen Studiengänge weggefallen. Wie sich die konsekutive Studienstruktur ansonsten auf die Lehre in der „Geschlechtergeschichte“ auswirken wird, ist bislang noch unklar.

Stellensituation:

1. Professur „Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechtergeschichte“ plus eine entsprechende Qualifikationsstelle

Folgende Themen werden in der Lehre regelmäßig angeboten:

- Kultur- und Sozialgeschichte der Geschlechterverhältnisse seit der Aufklärung
- Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus bzw. der Epoche der Weltkriege
- Geschlechtergeschichte der Bundesrepublik
- Geschichte der Männlichkeit(en)
- Theorien und Methoden der historischen Geschlechterforschung

Außerdem findet jedes Semester ein wöchentliches Kolloquium zur Geschlechtergeschichte statt, in dem neuere Forschungsarbeiten aus diesem Bereich vorgestellt werden.

Fakultät für Gesundheitswissenschaften

Strukturelle Verankerung:

Die Gesundheitswissenschaften als originär multidisziplinäres Fach bietet eine ideale Voraussetzung für geschlechtersensible Forschungsaktivitäten in dem weiten Feld zwischen Expositions- und Wirkungsforschung, Sozialstatus und Gesundheit, Versorgungsstrukturen und Nachhaltigkeitsdebatte. Die Integration der Genderperspektive als einer Querschnittsdimension ermöglicht es, gesellschaftlich verankerte Geschlechterrollen aufzudecken, zu reflektieren und auf der Grundlage von Forschungsergebnissen zu reformulieren. Dies ist im Hinblick auf mögliche Schlussfolgerungen für geschlechtersensible Handlungsorientierungen und Interventionen unerlässlich und lässt insgesamt wichtige Erkenntnisse im Hinblick auf den Themenbereich „Gesundheit und Gender“ erwarten.

Stellensituation:

1. Professur „Biologie und Ökologie in den Gesundheitswissenschaften unter besonderer Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte“ und eine entsprechende Qualifikationsstelle

Folgende Themen werden in der Lehre regelmäßig angeboten:

- Chronische Erkrankungen bei Frauen und Männern
- Geschlechtsspezifische Schadstoffexpositionen
- Gendersensible Prävention
- Umweltwahrnehmung bei Frauen und Männern
- Sozialer Status, Umwelt und Gesundheit
- Geschlechtersensibler Umgang mit Kindergesundheit

Fakultät für Sportwissenschaften

Strukturelle Verankerung:

Im Rahmen ihrer BA-Studiengänge bietet die Abteilung „Sportwissenschaft“ eine gemeinsame fachliche Basis sowie die Profile „Entwicklungsförderung – Kindheit – Jugend“, „Jugend – Bildung – Unterricht“ und „Gesundheit und Management“ an. In jedem der Profile ist mindestens ein Modul verortet, in dem Seminare mit gender-spezifischem Schwerpunkt gewählt werden können. Darüber hinaus fließen Gender-Themen in eine Reihe von Veranstaltungen der „fachlichen Basis“ sowie des „Theorie-Praxis-Bereichs“ ein. Die Abteilung Sportwissenschaft bietet zwei Masterstudiengänge an: „Prävention und Intervention“ und „Organisationsentwicklung und Management“. Gender-Themen lassen sich in beiden Studiengängen in verschiedenen Modulen verorten.

Stellensituation:

Es existieren (noch) keine Stellen mit (Teil-)Denominationen für Gender Studies.

Folgende Themen werden in der Lehre regelmäßig angeboten:

- Geschlechtersensible Sportpädagogik
- Motorische u. psychologische Entwicklung im Kindesalter
- Soziologie des Körpers
- Soziales Lernen im Sport
- Bewegungssozialisation im Kindes- und Jugendalter
- Ausgewählte Aspekte des Sportpsychologie
- Zur sozialen Konstruktion von Geschlecht im Sport – Didaktische Konsequenzen für den koedukativen Sportunterricht

In vielen Veranstaltungen der Abteilung Sportwissenschaften wird die Gender-Thematik behandelt, ohne im Titel explizit ausgewiesen zu sein. So wird beispielsweise bei allen Entwicklungsfragen oder Fragen zum Sportengagement eine zwischen Mädchen und Jungen differenzierende Analyse durchgeführt. In den Grundlagen-Vorlesungen sind einzelne Vorlesungen der Gender-Thematik gewidmet (z.B. „Ausgewählte Aspekte des Sportpsychologie“, „Grundlagen der Sportpädagogik“, „Einführung in die Bewegungswissenschaft“, „Soziologische und historische Fragen des Sports“).

4.2 Innovative Entwicklungen in der Lehre: Die Beispiele Internationalisierung, E-Learning und das weiterbildende Studium Gleichstellungspolitik

Bezogen auf die Lehre in der Frauen- und Geschlechterforschung haben sich in Kooperation von IFF und der Fakultät für Soziologie in den letzten Jahren bereits einige innovative Projekte etablieren können. Das Tempus-Tacis-Vorhaben „Geschlechterstudien als Bestandteil soziologischer Lehre“ hat in enger Zusammenarbeit mit der Fakultät für Soziologie der Staatsuniversität St. Petersburg sowie dem Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien zur Gründung eines Gender-Instituts und zur Einrichtung eines MA Gender Studies an der Staatsuniversität St. Petersburg geführt. Die über das Mobilitätsprogramm erfolgende Curriculumsentwicklung führt zu einem ständig wachsenden Interesse von russischen und anderen osteuropäischen Studierenden und Lehrenden an Kooperationen mit der Universität Bielefeld.

Im Rahmen des erfolgreichen Projekts VINGS – Virtual International Gender Studies (einziges auf die Gender-Thematik bezogenes Projekt im Rahmen des BMBF-Förderprogramms „Neue Medien in Bildung und Ausbildung“) wurde ein Curriculum „International Gender Studies“ mit über 40 SWS sowie ein 18 SWS umfassendes Weiterbildungsangebot entwickelt. Der hohe Innovationsgrad des Projektverbundes der Universitäten Bielefeld, Bochum, Hannover und der Fernuniversität Hagen (Konsortialführung: IFF/Prof. Dr. U. Müller) liegt u.a. in der mediengestützten Visualisierung

sozial- und kulturwissenschaftlicher Inhalte, der Entwicklung flexibel einsetzbarer Lernmodule, der Qualifizierung von Lehrenden und Studierenden für die Online-Lehre, der projektbegleitenden Evaluation, der hochschulübergreifend und international kooperativen Lehre. Auch wird die Universität Bielefeld durch Angebote der Online-Lehre im Bereich Gender Studies für neue Gruppen von Studierenden attraktiv, denen auf Grund räumlicher Entfernung und anderen Aspekten ihrer Lebenssituation die Aufnahme eines Präsenzstudiums in Bielefeld nicht möglich ist.

Zudem kann auf die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie des IFF für ein Studienangebot für Gleichstellungsbeauftragte in Verwaltung und Wirtschaft zurückgegriffen werden (vgl. Noller 2002): Hier wurden die Veränderungen in der Berufsrolle und der Position von Gleichstellungsbeauftragten durch das Landes-Gleichstellungs-Gesetz sowie durch die Umstrukturierungen in den Verwaltungen analysiert sowie ausgehend von der Frage nach den Chancen und möglichen Barrieren einer Professionalisierung der Bedarf nach und die Anforderungen an ein berufsbegleitendes weiterbildendes Fernstudium „Gleichstellungspolitik und Gender Studies“ untersucht.

4.3 Das IFF als zentrale wissenschaftliche Einrichtung

Weitere Leistungen und Aktivitäten stützen das Profil des IFF und der am IFF beteiligten Fakultäten im Hinblick auf die Entwicklung eines Lehrangebots Gender Studies an der Universität Bielefeld:

- Das IFF kann auf eine lange Tradition in der interdisziplinären Forschungsarbeit zurückblicken und hat sich, z.T. in Kooperation mit unterschiedlichen Fakultäten der Universität Bielefeld, in überuniversitären und internationalen Forschungsnetzwerken hervorragend platziert.
- Das IFF leistet einen wichtigen Beitrag zur universitären Ausbildung unter innovativen Aspekten. Es erprobt neue Studienelemente (fakultäts- und hochschulübergreifende Lehre, internationale Lehre) und neue Medien in der Lehre (Online-Lehre). Es leistet durch Projekte und Dissertationen wichtige Beiträge zur Förderung insbesondere des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses.
- Das IFF hat über die zwei o.g. Projekte, die sich explizit mit Curriculumentwicklung im Bereich Frauen- und Geschlechterforschung beschäftigen, eine hohe Fachkompetenz zu Genderwissen in der Lehre entwickelt.
- Die Aktivitäten des IFF sind auf die Initiierung universitätsübergreifender und außeruniversitärer Verbünde im Feld der Frauen- und Geschlechterforschung ausgerichtet. So war das IFF maßgeblich bei der Gründung des für Deutschland einzigartigen Netzwerkes Frauenforschung NRW beteiligt. Das Land NRW hat damit eine Pionierrolle übernommen. Auch im europäischen Rahmen wurde diese Entwicklung anerkannt.
- Das IFF arbeitet eng mit dem Bibliotheksschwerpunkt Frauenforschung an der Universität Bielefeld zusammen, dessen Begründung und Etablierung das IFF initiiert hat. Damit verfügt die Universität Bielefeld über einen landesweiten Sammel-schwerpunkt für Literatur zur Frauen- und Geschlechterforschung, der auch über-regional an Bedeutung gewinnt.
- Das IFF verfügt in seiner Informations- und Dokumentationsstelle über eine für Deutschland in dieser Konzentration wohl einzigartigen Sammlung von Büchern, Zeitschriften, Forschungsberichten, Dokumenten der „Grauen Literatur“ usw. aus dem Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung. Der Bestand ist systematisch aufgestellt und mit Hilfe der IFFiGenie-Datenbank erschlossen. Sie wird vor allem von Studierenden genutzt und dient als wichtige Anlaufstelle für an Gender-Themen Interessierte.

Das IFF fördert die Vernetzung und die Infrastruktur von Frauen- und Geschlechterforschung durch:

- die Herausgabe des FrauenForums, ein kommentiertes Vorlesungsverzeichnis zur Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Bielefeld;
- die Herausgabe der IFF-Forschungsreihe, deren Schwerpunkt auf der Darstellung aktueller Forschungsfragen und neuerer theoretischer Diskurse liegt, die unmittelbar der Forschungstätigkeit der Universität Bielefeld entstammen;
- die Herausgabe des IFF Infos, das über die Frauen- und Geschlechterforschung insbesondere an der Universität Bielefeld, über Arbeitsschwerpunkte, Entwicklungen, neue Forschungsprojekte und Forschungsergebnisse des IFF, über Veranstaltungen und Tagungen sowie über neue Publikationen informiert;
- durch das als „Tag der Offenen Tür“ konzipierte „IFF-Forum“, das sich als neue Kommunikationsplattform zur Entwicklung einer universitären und außeruniversitären Frauenöffentlichkeit etabliert hat. Zu thematischen Schwerpunkten werden hier aktuelle Informationen und Forschungsergebnisse aus der Frauen- und Geschlechterforschung vorgetragen und diskutiert.

4.4 Internationale Kooperationen/Austauschprogramme

Lange bevor Diskussionen um einen europäischen Hochschulraum oder der Internationalisierung von Studium und Lehre Einzug in Hochschulreformkonzepte gefunden haben, hat die Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Bielefeld erfolgreich Schritte hin zu einer stärkeren internationalen Ausrichtung unternommen. Dem Aufbau und der Intensivierung internationaler Lehr- und Lernkooperationen kommt eine herausragende Bedeutung zu.

Die Kooperationsbeziehungen und Vernetzungsaktivitäten auf internationaler Ebene finden ihren Niederschlag in der Mitwirkung der Bielefelder Frauen- und Geschlechterforschung in internationalen Netzwerken. Zu nennen sind hier z.B.: EU Thematic Network „Critical Research on Men and Masculinities“, WISE (Women's International Studies Europe), das Europäische Netzwerk NOISE (Network of Interdisciplinary Women's Studies in Europe, Erasmus Programm) AOIFE (Association of Institutions in Feminist Education and Research in Europe), ATHENA (Advanced Thematic Network for Activities in Women's Studies in Europe), EUROWIN (European Women in Technology and Science) und EWM (European Women in Mathematics).

Internationale Forschungsk Kooperationen bestehen zudem über konkrete Projekte. So ist das IFF an dem durch das 6. Rahmenprogramm der EU geförderte Netzwerk „Coordination Action on Human Rights Violations (CAHRV)“ beteiligt. Nachhaltige Strukturen der Kommunikation und des Wissensaustausches bestehen zwischen ost- und westeuropäischen Frauen- und Geschlechterforscherinnen. Über das derzeit laufende Tempusprojekt „Geschlechterstudien als Bestandteil soziologischer Lehre“ ist es beispielsweise gelungen, diese Länder in die international vergleichende Frauen- und Geschlechterforschung einzubeziehen. Durch das Projekt VINGS (Virtual International Gender Studies) hat das IFF entscheidende Entwicklungsarbeit hinsichtlich der Chancen von Lehre im Rahmen medial vernetzter internationaler Lehrkooperationen geleistet. Möglichkeiten, die Erfahrungen aus VINGS für die Entwicklung eines integrierten Lehrangebots der Universität Bielefeld im Bereich Gender Studies zu nutzen, wurden bereits dargelegt. Perspektivisch ist eine internationale Ausrichtung des Lehrangebotes geplant, da dies insbesondere für englischsprachige Studierende attraktiv wäre und darüber hinaus für Deutschland Modellcharakter hätte.

5. Ausblick

Das Potenzial der Universität Bielefeld, sich der Zukunfts- und Gestaltungsaufgabe im Hinblick auf die Entwicklung eines eigenständigen und interdisziplinären MA „Gender Studies“ zu stellen und damit ihre herausragende Stellung als Zentrum der deutschen Frauen- und Geschlechterforschung zu festigen, ist groß. Ein besonderes Charakteristikum ist das breite disziplinäre Spektrum, das nicht auf die Sozial- und Geisteswissenschaften beschränkt ist, sondern auch andere Disziplinen wie die Gesundheitswissenschaft und die Sportwissenschaft mit einschließt.

Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung des Masterstudiengangs „Gender Studies“ wird einerseits von den vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen bestimmt werden. Eine Schwerpunktsetzung wird aber auch wesentlich von der Nachfrage nach gender-relevantem Wissen und Gender-Kompetenz abhängen sowie von den sich hier abzeichnenden Arbeitsmarktchancen und Weiterbildungsbedarfen. Um hier fundierte Entscheidungen treffen zu können, sind im November mehrere Hearings geplant. Eine weitere Aufgabe in der Entwicklung eines Studiengangprofils wird darin bestehen, nationale und internationale Erfahrungen mit eigenständigen Studiengängen und Studienschwerpunkten auszuwerten.

6. Literatur

- Agreiter, Mechthild/Schindler, Götz: Geistes- und Sozialwissenschaftler für die europäische Wirtschaft, in: Zeitschrift „Sozialwissenschaften und Berufspraxis“, 25. Jg., Heft 1 und 2, 2002, S. 117-138.
- Bock, Ulla: Am Ausgang des Jahrhunderts. Zum Stand der Institutionalisierung von Frauenstudien an Universitäten Deutschlands, in: Querelles-Net, Rezensionsschrift für Frauen- und Geschlechterforschung, 2000, <http://www.querelles-net.de/> [Zugriff:31.03.04].
- Bock, Ulla: Zwanzig Jahre Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an deutschen Universitäten, in: Feministische Studien, Heft 1, 2002, S. 113-125.
- Bock, Ulla/Landweer, Hilge: Frauenforschungsprofessuren. Marginalisierung, Integration oder Transformation im Kanon der Wissenschaften? in: Feministische Studien, Heft 1, 1994, S. 99-109.
- Bock, Stephanie/Matthies, Hildegard/Riegraf, Riegraf/Zimmermann, Karin: Gender Mainstreaming – ein neues Tätigkeitsfeld für SozialwissenschaftlerInnen? in: Zeitschrift „Sozialwissenschaften und Berufspraxis“, Schwerpunktheft „Gender Mainstreaming“, 27 Jg., Heft 3, 2004, S. 239-254.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung): Reformen in Studiengängen und in der Hochschullehre, 2004, <http://www.bmbf.de/de/888.php> [Zugriff: 31.03.04].
- Döge, Peter: Von der Gleichstellung zur Gleichwertigkeit – Gender Mainstreaming als Ansatz zur Modernisierung von Organisationen, in: Jansen, Mechthild M./Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hgg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, München 2003, S. 34-48.
- Ebeling, Smilla/Flaake, Karin/Fleißner, Heike: Modularisierung und Übergänge in die BA-/MA-Studiengangsstruktur – aktuelle Anforderungen an die Frauen- und Geschlechterstudien, in: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin (Hg): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen und Herausforderungen. Dokumentation der gleichnamigen Tagung vom 4.-5. Juli 2003, Berlin 2004, S. 157-161.
- Griffin, Gabriele: Was haben wir erreicht? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem „Schicksal“ von Women’s Studies im Vereinigten Königreich, in: Feministische Studien, Heft 1, 2002, S. 70-86.
- Hark, Sabine: Material Conditions. Begrenzte Möglichkeiten inter- und transdisziplinärer Frauen- und Geschlechterforschung, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien,

- 21 Jg., Heft 2 und 3, 2003, S. 76-89.
- Hauenschild, Helga: Abenteuer Interdisziplinarität: Eine Herausforderung für Studierende und Lehrende, in: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität Berlin (Hg): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum – Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen. Dokumentation einer Tagung vom 4.-5. Juli 2003 in Berlin, Berlin 2004, S. 105-107.
- Holland-Cunz, Barbara: Zwanzig Jahre wissenschaftliche Revolution? Über Normalisierungen und Zukunftswege der feministischen Forschung, in: Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hgg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik, Münster, 2001, S. 42-55.
- Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hgg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik, Münster 2001.
- Jähnert, Gabriele: Der Status quo der Gender Studies im deutschsprachigen Raum, in: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität Berlin (Hg): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum – Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen. Dokumentation einer Tagung vom 4.-5. Juli 2003 in Berlin, Berlin 2004, S. 10-18.
- Kaesler, Dirk: Zur Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen im Fach Soziologie, in: Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 33. Jg., Heft 3, 2004, S. 66-77
- Kirsch-Auwärter, Edit: Gender Mainstreaming als neues Steuerungsinstrument? Versuch einer Standortbestimmung, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, 20 Jg., Heft 3, 2002, S. 101-112.
- Kleit, Joachim H.: Geschlechterdemokratie ist das Ziel – Gender Mainstreaming ist der Weg, in: Jansen, Mechthild M./Röming, Angelika/Rohde, Marianne (Hgg.): Gender Mainstreaming. Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, München 2003, S. 188-203.
- Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hgg.): Achsen der Differenz. Münster 2003.
- Löther, Andrea/Plöger, Lydia (Hgg.): Mittelvergabe und Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Wissenschaftliche Reihe, Band 127, Bielefeld 2000.
- Metz-Göckel, Sigrid/Schmalzhaf-Larsen, Christa/Belinszki, Eszter (Hgg.): Hochschulreform und Geschlecht. Neue Bündnisse und Dialoge, Opladen 2000.
- Metz-Göckel, Sigrid/Roloff, Christine/Sattari, Sanaz: Gendertrainings zur Entwicklung von Genderkompetenz: Eine Herausforderung für die Leitungspersonen, in: Neue Impulse. Wissenschaftliche Beiträge und Mitteilungen der Gesellschaft Deutscher Akademikerinnen, Heft 3, 2003, S. 6-11.
- Metz-Göckel, Sigrid/Kamphans, Marion: Gespräche mit der Hochschulleitung zum Gender Mainstreaming, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, 20 Jg., Heft 3, 2002, S. 67-88.
- MWF NRW (Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen): Zielvereinbarungen mit den Hochschulen in NRW, 2004, http://www.mwf.nrw.de/Hochschulen_in_NRW/Zielvereinbarungen.html [Zugriff: 29.03.04].
- Mischau, Anina/Oechsle, Mechthild: Wechselwirkungen; Risiken und Nebenwirkungen. Frauen- und Geschlechterforschung im Kontext von Disziplinen und Interdisziplinarität. 20 Jahre Frauen- und Geschlechterforschung am Interdisziplinären Frauenforschungszentrum (IFF) der Universität Bielefeld, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, 21. Jg., Heft 2 und 3, 2003, S. 3-19.
- Müller, Ursula: Von der Gegen- zur Interventionskultur: „Frauenforschung“ als institutionalisierte Sozialwissenschaft, in: Metz-Göckel, Sigrid/Steck, Felicitas (Hgg.): Frauenuniversitäten. Initiativen und Reformprojekte im internationalen Vergleich, Opladen 1997, S. 157-177.
- Noller, Monika: Gleichstellungspolitik und Gender Studies, IFF-Forschungsreihe Band 13, Bielefeld 2002.

- Pache, Ilona/Jähner, Gabriele: Schöne Aussichten? Gender Studies im deutschsprachigen Raum, in: Journal des Netzwerks Frauenforschung NRW, Nr. 16/2004, S. 37-42.
- Plöger, Lydia/Riegraf, Birgit (Hgg.): Gleichstellungspolitik als Element innovativer Hochschulreform. Wissenschaftliche Reihe, Band 105. Bielefeld 1998.
- Riegraf, Birgit: Von der Frauen- zur Geschlechterforschung, in: IFF Info, Zeitschrift des Interdisziplinären Frauenforschungs-Zentrums, 20. Jg., Nr. 25, Bielefeld 2003, S. 107-109.
- Schmidtbauer, Marianne: Schlüsselqualifikationen durch Gender Studies. Ergebnisse der Studie: Employment and Women's Studies, in: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität Berlin (Hg): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum – Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen, Dokumentation einer Tagung vom 4.-5. Juli 2003 in Berlin. Berlin 2004a, S. 121-127.
- Schmidtbauer, Marianne: Gender-Expertinnen in der beruflichen Praxis. Ausgewählte Ergebnisse des europäischen Forschungsprojektes „Employment and Women Studies“, in: Zeitschrift „Sozialwissenschaften und Berufspraxis“, Schwerpunktheft „Gender Mainstreaming“, 27 Jg., Heft 3, 2004b, S. 313-321.
- Silius, Harriet und Salla Tuori: The Professionalisation of Women's Studies Graduates (including the academic profession) in Europe. EWSI Comparative Report 6, 2003, www.hull.ac.uk/ewsi/comparative_data_reports.htm
- Stief, Mahena/Abele, Andrea E.: Berufsstart. Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen im Vergleich mit anderen Fächern – Befunde aus einer Langzeitstudie, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 25. Jg., Heft 1 und 2, 2002, S. 85-98.
- Wetterer, Angelika (2002): Strategien rhetorischer Modernisierung. Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, 20. Jg., Heft 3, S. 129 – 148.
- Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Einführung neuer Studienstrukturen und -abschlüsse (Bakkalaureus/Bachelor – Magister/Master) in Deutschland, 2000, <http://www.wissenschaftsrat.de/texte/4418-00.pdf> [Zugriff: 31.03.04]
- Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin (Hgg.): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen, Berlin 2004.

*Nora Gresch, Prof. Dr. Claudia Hornberg, Prof. Dr. Mechtild Oechsle,
Dr. Birgit Riegraf, Dr. Birgitta Wrede,
Universität Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld
Email: birgitta.wrede@uni-bielefeld.de*

GENDER MACHT DIVERSITY

Das rege öffentliche Interesse an dem Thema „Frauen in Führungspositionen“ schlägt sich in einer Vielzahl an Veröffentlichungen und Diskussionen in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nieder. So hat z.B. die konservative Tagespresse (unter anderem die FAZ) Befürchtungen gehegt, dass Frauen die kulturelle Dominanz im Leitmedium Fernsehen übernehmen.¹ Die Wirklichkeit sieht anders aus: An den Schaltstellen der Macht sitzen offensichtlich weitaus weniger Frauen als befürchtet. Der aktuelle Diskurs bekundet das öffentliche Interesse, legt aber einerseits eher offen, dass Frauen in entsprechenden Führungspositionen äußerst selten anzutreffen sind. Andererseits verdeutlicht er die anhaltende Brisanz, nicht nur der Macht- sondern auch der Geschlechterfrage in unserer Gesellschaft. Der Beitrag setzt sich kritisch mit möglichen Ursachen, gängigen Erklärungsmustern und politischen Rahmenbedingungen der Marginalität von Frauen in Führungspositionen auseinander und fragt darüber hinaus nach alternativen Orientierungsmodellen und Handlungsmöglichkeiten von Führungsfrauen (vgl. Deppe 2003).²

1. Theoretischer Hintergrund

M.E. kann der Diskussion um die Marginalität von Frauen in Führungspositionen nur auf dem theoretischen Hintergrund des „Doing Gender“ begegnet werden. Denn dieser Ansatz überwindet die eindimensionalen Betrachtungsweisen anderer, akteur- und nachfragezentrierter Ansätze wie z.B. die ökonomische Sichtweise der Humankapitaltheorie, der Sozialisationsansatz oder die den Arbeitsmarkt fokussierenden Segmentierungstheorien. Diese gehen von unterschiedlichen Standpunkten, aber insgesamt betrachtet davon aus, dass durch die diskontinuierliche Erwerbstätigkeit der Frauen aufgrund von Schwangerschaft und Erziehungszeiten, Frauen entweder gar nicht erst in ihr Humankapital investieren, also geringer qualifiziert sind. Oder die Arbeitgeber sie aufgrund dieses Umstandes als Arbeitnehmerinnen weniger für qualifizierte Arbeitsplätze nachfragen.

Der Ansatz des Doing Gender thematisiert demgegenüber die Herstellung geschlechtsspezifischer Strukturen als *Prozess*. Er betrachtet Geschlechterrollen als eine in Gesellschaft und Kultur konstruierte und erworbene Verhaltensform (vgl. Heintz u.a. 1997). Diese erlernte Verhaltensform wird in und durch Interaktionsprozesse aktualisiert und (re)konstruiert. Da das Geschlecht als *master-status* omnipräsent ist, vollzieht sich dieser Prozess kontinuierlich in alltäglichen Situationen, also auch am Arbeitsplatz. Geschlecht bietet demzufolge die Grundlage der sozialen Kategorisierung und Grenzziehung. Auf deren Basis werden Frauen und Männern Fähigkeiten, Eigenschaften und ein bestimmter Status zugeschrieben und Verhaltenserwartungen an sie herangetragen. Die durch die Akteure in Interaktion gestaltete und reproduzierte (gesellschaftliche) Struktur definiert den Rahmen möglicher Handlungen – ebenso, wie sie ihn beschränkt. Es erscheint evident, dass Individuum und Struktur in Wechselbeziehung stehen und nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können, da bestehende Geschlechterrollen als Handlungsvorgaben wirken und gleichzeitig durch die alltägliche Interaktion der Akteure geschaffen und aufrechterhalten werden (vgl. Wimbauer 1999).

Was bedeutet dies nun bezogen auf das Thema? Erstens beinhaltet diese Haltung, dass Frauen den Prozess – und damit ihre Marginalität in Führungspositionen – aktiv mitgestaltet haben und weiterhin mitgestalten können. Und weiterhin, dass die Handlungen von Männern und Frauen immer in zirkulärer Wechselbeziehung zur Gesell-

1 Schirmmacher überschrieb einen Leitartikel der FAZ mit dem Titel „Männerdämmerung“, um die Gefahr des Untergangs männlicher Dominanz zu illustrieren. Im Juli 2003 entfachte dieser und andere Beiträge (u.a. Hans Christoph Buch) eine rege Diskussion um die Thematik, inwieweit Frauen bereits eine (kulturelle) Dominanz erricht haben. Dazu liegt eine Vielzahl von Artikeln im Netz vor, vgl. u.a. <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,267506,00.html> (eingesehen am 29.09.2003)

2 Ich möchte darauf hinweisen, dass bis auf wenige Ausnahmen der zusätzliche Gebrauch von weiblichen Wortwendungen vermieden wird. Dies erhöht zum einen die Lesbarkeit des Textes und zum anderen „sind gesellschaftliche Ungleichheiten und traditionelle Rollenverteilung nicht die Folge linguistischer Gegebenheiten, sondern umgekehrt.“ (Wiegand 1995, S. 7).

schaft zu betrachten sind und damit rekursiv auf das Verhalten von Männern und Frauen, wie auch zu strukturellen Ebenen wie Organisation und Politik wirken.

Damit stellen die Strukturen in Organisationen ein Spiegelbild der Gesellschaftsstrukturen – hinsichtlich Geschlecht – dar. Organisationen sind nicht nur eine Schnittstelle von individueller und struktureller Ebene, sondern bieten eine Plattform zur (Re)Konstruktion von Geschlecht und damit von Struktur. Die (Aus)Wirkung der Rekursivität soll nachfolgend in der Betrachtung der strukturellen Schnittstellen – also der Organisationen und der Politik – und anschließend auf der individuellen Ebene der Frauen erfolgen, um die Einflüsse zu identifizieren, mit denen Frauen auf ihrem Weg „nach oben“ konfrontiert werden.

2. Personalentwicklung/Personalauswahl

Weder die Einführung neuer Instrumente der Personalentwicklung wie z.B. „Management Diversity“, das die verbesserte Erschließung der vielfältigen Humanressourcen (einer Belegschaft) für das Unternehmen oder eine Organisation zum Ziel hat (vgl. Schunter-Kleemann 2001), noch neue Konzepte der Gleichstellungspolitik wie z.B. Gender Mainstreaming, dessen Übertragung auf die Wirtschaft offensichtlich bislang noch nicht gelungen ist, haben dazu geführt, die Anzahl von Führungsfrauen entscheidend zu erhöhen. Die Prinzipien der Personalauswahl für Führungsstellen in der Wirtschaft folgen anscheinend anderen Gesetzmäßigkeiten.³ Einigkeit herrscht in der Literatur darüber, dass Frauen branchenunabhängig und auch im Verhältnis zu verschiedenen Bezugsgrößen wie Alter, Größe des Unternehmens oder zu ihrem Bevölkerungsanteil in den Führungsetagen nach wie vor unterrepräsentiert sind. Ihr Anteil in den ersten beiden Führungsebenen liegt seit Jahren nahezu unverändert zwischen vier und fünf Prozent (vgl. Wiegand 1995, Wunderer/Dick 1997, Dienel 1996 und 2002). Wo also liegen die Knackpunkte, die Frauen anscheinend für Führungspositionen in der Wirtschaft ausschließen? Geht es in der Personalauswahl, wie immer wieder propagiert, einzig und allein um den Aspekt der Qualifikation?

Bei dem Versuch, geforderte Qualifikationen und Kompetenzen einer Führungskraft zu konkretisieren, wird man sehr schnell mit der Problematik einer definitiven Eingrenzung konfrontiert. Zusammenfassend lässt sich dennoch festhalten, dass einerseits fachliche Qualifikationen bezogen auf den jeweiligen Arbeitsbereich verlangt werden, die zumeist mit einem abgeschlossenen Studium einhergehen. Andererseits werden Fähigkeiten in Bezug auf Führung verlangt, die nicht nur eine adäquate Mitarbeiterführung (Leadership) verlangt, sondern insgesamt ein angemessenes Sozial- und Kooperationsverhalten erfordert (vgl. Wunderer 2003, Rau 1995, von Rosenstiel u.a. 1999). Aufgrund dieser undifferenzierten Vorgaben „objektiver Einstellungskriterien“ entsteht den Personalverantwortlichen ein Ermessensspielraum. Subjektive Erfahrungen und Erwartungen über mögliche (Dis-) Qualifikationen des Bewerbers nehmen damit Einfluss auf ihre Entscheidungen und sind, unter der Perspektive, damit mögliche Einflussfaktoren für den Einsatz von Frauen in Führungspositionen zu identifizieren, nur schwer überprüfbar.

Wird der Aspekt der Fachkompetenz näher beleuchtet, ist sicherlich festzustellen, dass Frauen längst nicht mehr geringer qualifiziert sind als Männer. Frauen erzielen, so das Ergebnis neuerer Studien, durchschnittlich bessere Studienabschlüsse in kürzerer Studienzeit als Männer (vgl. z.B. Rau 1995, Regnet 1997). Auch das Argument, Frauen seien nicht in den für Führungspositionen relevanten Fächer qualifiziert, ist kritisch zu sehen. Denn die Zahlen der Studienabsolventinnen in den relevanten (vor allem technischen) Studienfächern steigen kontinuierlich an (vgl. Engelbrech 2002). Die Fachkompetenz ist damit nicht die entscheidende, aber wohl die einzig konkrete Komponente in dem undurchsichtigen Geflecht der Anforderung an Führungskräfte.

3 Anzumerken ist: Führungskräfte sind definitiv als amorpher Personenkreis zu betrachten. Im Folgenden werden unter Führungskräften diejenigen zu verstehen sein, die in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen stehen und Positionen in der ersten und zweiten Führungsebene besetzen. Sie nehmen sowohl dispositive Aufgaben als auch Aufgaben in der Mitarbeiterführung wahr.

3. Sozial- und Individualkompetenz

Da Führungskompetenz ebenso aus bestimmten (Führungs-) Eigenschaften abgeleitet wird, ist in diesem Zusammenhang der Fokus auf das Kriterium der Individual- und Sozialkompetenz zu richten. Um einen Überblick zu geben, welchen Kriterien sich potentielle Führungskräfte bei ihrer Rekrutierung stellen müssen, werden hierzu im Folgenden die so genannten „Soft Skills“, die Leistungsbereitschaft, die Akzeptanz der Führungskraft und deren Motivationsbereitschaft darstellt. Hier handelt es sich um die persönlichen Verhaltensweisen des Bewerbers, die von dem Entscheidungsträger nur bedingt eingeschätzt werden können. Erfahrungen, Erwartungen und Zielsetzungen der Entscheidungsträger spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle.

3.1. *Soft Skills* und Leistungsbereitschaft

In der Diskussion um die Anforderungen an Führungskräfte treten die *Soft Skills* immer wieder in den Vordergrund. Hierunter werden die fachfremden Fähigkeiten subsumiert, insbesondere die Kommunikationsfähigkeit, das Kooperationsverhalten sowie die Teamfähigkeit (vgl. Goos/Hansen 2000). Frauen werden diese Fähigkeiten häufig per se zugesprochen und damit ihre Unverzichtbarkeit für die Führungsetagen begründet (vgl. Helgessen 1991, Dobner 1997). Ob solche pauschalen Belobigungen dazu führen, den Frauenanteil in Führungsetagen zu erhöhen, bleibt fragwürdig. Auch wenn z.B. befragte Personalverantwortliche Frauen die besseren Kommunikations- und Kooperationskompetenzen attestieren, scheint nach wie vor die „Sozialkompetenz“, sich zielgerichtet durchsetzen zu können, im Entscheidungsprozess der Personalfindung schwerer zu wiegen; eine Führungseigenschaft, die nach wie vor eher Männern zugesprochen wird (vgl. Goos/Hansen 2000). Dass die *Soft Skills* als Führungseigenschaften an Bedeutung gewinnen, sollte eigentlich einen Vorteil für Frauen bedeuten. Dass dem nicht so ist, lässt sich wohl so verstehen, dass man(n) auch die weiblichen Fähigkeiten schätzen kann, ohne Frauen zu wollen. Eher kann dies die Anforderung an männliche Führungs(nachwuchs)kräfte stellen, ihre Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit zu entwickeln (vgl. Müller 1999).

Die Frage der Leistungsbereitschaft manifestiert sich vor allem an der Bereitschaft, den Anforderungen an die Arbeitszeit zu genügen. Die Präsenz am Arbeitsplatz sowie die Bereitwilligkeit die Regelarbeitszeit je nach Bedarf zu überschreiten, stellt ein wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Leistungsbereitschaft des Bewerbers dar. Die wöchentliche Arbeitszeit einer Führungskraft liegt durchschnittlich bei fünfzig bis sechzig Stunden und schließt natürlich Feierabend- und Wochenendarbeit mit ein (vgl. Rau 1995, Hadler 1995, Goos/Hansen 2000). Das bedeutet für Führungsnachwuchskräfte, die auch außerberufliche Verpflichtungen wie z.B. Haus- und Familienaufgaben zu leisten haben, sich der zeitlichen Anforderung ihres Unternehmens anzupassen oder sich entweder für das eine (berufliche Karriere) oder das andere (Familie) zu entscheiden (vgl. Wunderer/Dick 1997). Beides scheint – gerade in Deutschland – weder für Frauen noch für Männer vereinbar zu sein. Aufgrund der noch immer nahezu ungebrochenen Wirksamkeit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft betrifft dies allerdings im Wesentlichen Frauen. Das Kriterium der Mobilität ist ein weiterer Gesichtspunkt der Leistungsbereitschaft. Im Rahmen der Globalisierung steht für befragte Führungsnachwuchskräfte und Personalverantwortliche fest, dass die Karriere begrenzt ist, wenn jemand nicht mobil ist und z.B. mögliche Auslandseinsätze nicht gewährleisten kann (vgl. Hadler 1995). Auch hier spielen mögliche Phantasien der Entscheidungsträger, Frauen würden z.B. in bestimmten Ländern als Verhandlungspartner nicht akzeptiert werden oder könnten aufgrund familiärer Verpflichtungen zeitweise ausfallen, eine bedeutende Rolle, auch wenn sie „empirisch“ nicht zu beweisen

sen sind. So zeigt die Untersuchung von Domsch/Regnet (1990), dass Frauen kaum entsprechende Mobilitätsangebote unterbreitet wurden und die Entsendung von Führungskräften ins Ausland gerade mal 3% der Frauen betraf.

3.2. Akzeptanz von Führungskräften

Führungskräften obliegt die Aufgabe, im Sinne des Unternehmens ökonomisch – also gewinnmaximierend – zu handeln und dieses durch verantwortungsvolle Mitarbeiterführung zu erreichen (vgl. von Rosenstiel u.a. 1999). Das Ziel kann jedoch nur erreicht werden, wenn sie das Ver- und Zutrauen der unterstellten Mitarbeiter, Kollegen, Vorgesetzten und (potentiellen) Kunden in ihre Leistungsfähigkeit genießen (vgl. Cordes 2001). Ist dies nicht der Fall, kann es zu Spannungen innerhalb des Gefüges (der Abteilung oder des Unternehmens) kommen, die sich auf die Produktivität der Mitarbeiter und somit zum ökonomischen Nachteil des Unternehmens auswirken können (vgl. Sprenger 1998). Damit zeichnet sich die Akzeptanz der potentiellen Führungskraft als bedeutsame Variable für die Personalauswahl ab.

Personalexperten aus der Schweiz und Deutschland vertreten die Ansicht, dass Frauen deutlich weniger Akzeptanz erfahren als ihre männlichen Kollegen. Nach Untersuchungen von Schmidt-Villanyi (in Wunderer/Dick 1997) müssen Frauen ein breiteres Know-How besitzen sowie mehr und fachlich besser arbeiten, um im gleichen Maße wie ihre männlichen Pendanten anerkannt zu werden. Dies wird in der von Nerger/Stahlmann (1991) durchgeführten Befragung bestätigt: 51% der männlichen und 32% der weiblichen Führungskräfte vertraten die Auffassung, dass Frauen weniger Vertrauen seitens ihres Vorgesetzten genießen würden „und deshalb immer wieder unter Beweisnot gerieten.“ (Wunderer/Dick 1997, S. 91).⁴

4 In informellen Gesprächen mit Personalleitern wurde mir bestätigt, dass die Akzeptanz der Führungskraft seitens der Mitarbeiter ein wichtiges Kriterium zur Auswahl einer Führungskraft sei. Frauen würden aufgrund der angenommenen Akzeptanzprobleme als Führungskraft für diese Unternehmen nicht in Frage kommen.

3.3. Motivationsbereitschaft

Die Motivationsbereitschaft ist als solche in der Literatur nicht definiert. Nach Sprenger (1998) bezieht sich die Motivation jedoch auf die Ebene der Leistungsbereitschaft. Dem Autor zufolge subsumiert sich Leistung aus den drei Dimensionen der Leistungs-Bereitschaft, der Leistungs-Fähigkeit und der Leistungs-Möglichkeit. Leistungsfähigkeit meint die Fähigkeit, geforderte Leistung zu erbringen, also die fachliche Qualifikation und die Erfüllung dieser Aufgaben. Die Möglichkeit, diese auch darstellen zu können, betrifft die Leistungsmöglichkeit, folglich die Rahmenbedingungen. Die Leistungsbereitschaft ist die Dimension der Leistung, die auf die Verantwortung jedes Einzelnen abzielt, nämlich auf die Bereitschaft. Danach kann unter Motivationsbereitschaft also der persönliche Einsatz eines Menschen verstanden werden, Leistungen zu erbringen.

Eine Ursache der Marginalität von Frauen in Führungspositionen wird häufig in ihrer geringeren Karrieremotivation vermutet. Die Erklärung der geringen Motivationsbereitschaft weiblicher Mitarbeiter bedeutet nach der obigen Erläuterung demnach, Frauen seien weniger motiviert, Leistungen zu erbringen, um in eine Führungsposition aufzusteigen. Die Motivationsbereitschaft von Führungskräften wird ebenso wie die Leistungsbereitschaft, an die Erfüllung des hohen zeitlichen Arbeitseinsatzes geknüpft. Das bedeutet, dem hohen zeitlichen Umfang sowie den Mobilitätsanforderungen uneingeschränkt Genüge zu leisten. Wird dieser Arbeitseinsatz von einer potentiellen Führungskraft nicht geleistet, wird ihr mangelnde Leistungsbereitschaft und damit mangelnde Motivation unterstellt.

Das zeigt unmissverständlich: Motivations-/Leistungsbereitschaft sowie die Leistungsfähigkeit werden bei der Auswahl von Führungskräften in starkem Maße berücksichtigt, wobei die Leistungsmöglichkeit, also die Rahmenbedingungen, weniger Berücksichtigung finden.

Auch hier avanciert der Ermessensspielraum der Personalverantwortlichen zum wesentlichen Kriterium der Personalauswahl.

4. Glass ceiling und „informelle Netzwerke“

Seit einigen Jahren werden neben den bereits dargestellten „objektiven“ und „subjektiven“ Faktoren, andere, subtile Mechanismen diskutiert, denen offensichtlich Schlüssel-funktionen im beruflichen Aufstieg bzw. „Nichtaufstieg“ von Frauen zukommt: die sog. „Gläserne Decke“ (glass ceiling) sowie die Verortung in informellen Netzwerken.

Der Begriff glass ceiling ist in den 70er Jahren in den USA geprägt worden und beschreibt die unsichtbaren Hürden, denen Frauen auf dem Weg *nach oben* begegnen. Die gläserne Decke drückt die Mechanismen der subtilen Rollenzuschreibung und der Diskriminierung aus, die Frauen daran hindern, dieselbigen durchbrechen zu können. Dabei werden Gegebenheiten berücksichtigt wie z.B. die Beförderung männlicher Mitarbeiter durch die Protektion von männlichen Vorgesetzten. Damit beschreibt diese unsichtbare Hürde den Ausschluss der Frauen aus Netzwerken, die Informationsaustausch bezüglich Aufstiegsmöglichkeiten bieten (vgl. Henry-Hutmacher o. J.).

Netzwerke haben vor allem die Funktion, die Unternehmenskultur, die Werte, Normen und Kenntnisse sowie Informationen über wichtige Handlungs- und Entscheidungsträger zu kommunizieren. Dieser Informationsaustausch entschlüsselt die über einen Aufstieg entscheidenden Botschaften, insbesondere für Führungsnachwuchskräfte. „Vergleichbar mit einem Eisberg, bei dem sich die wesentlichen und die gefährlichen Teile unterhalb der Wasserlinie befinden, ist auch der relevante Teil der Unternehmenskultur unsichtbar und daher für Neulinge in der Organisation kaum erkennbar.“ (Dolff/Hansen 2002, S. 8). Für einen erfolgreichen Aufstieg sind diese beruflichen Kontakte daher von immenser Bedeutung, da Informationen ausgetauscht werden, die Chancen aufzeigen. Das hat nicht nur den Sinn, dass Nachwuchskräfte durch Kontakte ihre Gelegenheit nutzen können, sondern auch, dass die Organisationen das Entwicklungspotential der Führungsnachwuchskräfte voll ausschöpfen können (vgl. Dolff/Hansen 2002).

Nahezu alle befragten männlichen Führungskräfte von Goos/Hansen (2000) gaben an, dass die Unterstützung von Vorgesetzten förderlich für ihren beruflichen Lebensweg war; hingegen traf das nur für etwas mehr als die Hälfte der befragten Frauen zu. Somit werden diese Netzwerke nicht ohne Grund als *old boys network* bezeichnet.

Der Ausschluss der Frauen aus den Netzwerken dokumentiert die Existenz der gläsernen Decke, die, eben weil sie nicht sichtbar ist, besonders effektiv wirkt (vgl. Henry-Hutmacher o.J.). Autenrieth u.a. (1993) untermauern diese These, wenn sie sagen, dass die Wahrnehmung von indirekter Diskriminierung⁵ hemmend auf Frauen wirkt, die folglich keine konkreten Gründe für einen versagten Aufstieg benennen können. Zwar haben Frauen die immense Bedeutung von Netzwerken für den innerbetrieblichen Aufstieg erfasst, können wegen der immer noch bestehenden Loyalität der Männerbünde (vgl. Müller 1999) jedoch nicht auf bestehende Netzwerke zurückgreifen. Selbst die neu gegründeten Netzwerke von Frauen haben innerhalb von Organisationen längst nicht den Einfluss der *old-boys-network* erreicht.

Vor diesem Hintergrund ist auf die geschlechtsstereotypen Rollenerwartungen einzugehen, um zu klären, wie massiv Netzwerke Einfluss auf den Prozess der Auswahl – und dabei sowohl auf die offensichtlichen als auch auf die subtilen Mechanismen – nehmen.

5. Phantasien versus empirische Untersuchungen

Geschlechterstereotypisierungen zeichnen sich durch Eigenschaften aus, die Männern und Frauen aufgrund der Kategorie Geschlecht zugeordnet werden. Gemäß der Ge-

5 Unter direkter Diskriminierung wird die Benachteiligung einer Person aufgrund ihres Geschlechtes verstanden. Indirekte Diskriminierung liegt dann vor, wenn aufgrund von Praktiken Abschlüsse o.ä. Maßnahmen unterschiedliche Konsequenzen für Männer und Frauen haben (vgl. Wunderer/Dick 1997).

schlechtsstereotypisierung werden Männern eher aktive, handlungsorientierte Merkmale wie Durchsetzungsfähigkeit, Rationalität und Selbstsicherheit zugesprochen. Frauen werden mit Merkmalen wie Emotionalität, Expressivität, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit assoziiert. Der männliche Stereotyp zeichnet sich in unserer Kultur als dominierende Kategorie ab, der demnach mit aktiven Eigenschaften belegt und positiver bewertet wird (vgl. Deters 1995).

Stellt man nun die Frage nach Fähigkeiten und Eigenschaften, die eine gute Führungskraft auszeichnen, werden solche genannt, die dem Stereotyp des Mannes entsprechen (vgl. von Rosenstiel 1997). In einer Untersuchung von Rustemeyer/Thrien (in Regnet 1997) in der Studenten und Studentinnen der Wirtschaft sowie männliche in der Wirtschaft tätige Manager zu den Merkmalen eines idealen Managers befragt wurden, gaben 85% der Studierenden sowie 64% der Manager Merkmale an, die auch einem idealtypischen Mann zugeschrieben werden.

Diese Vermutungen geschlechtsstereotyper Fähigkeiten werden in Bezug auf Führungskräfte empirisch nicht bestätigt. Neuere wissenschaftliche Untersuchungen besagen, dass die Ähnlichkeiten der Merkmalsausprägungen sowie des Führungsverhaltens weiblicher und männlicher Führungskräfte größer sind als die Unterschiede (vgl. Weinert 1990). Da Stereotype jedoch als Orientierung dienen, wirken sie als Vorurteile und beeinflussen den Wahrnehmungsprozess. Das erklärt, warum sie sich, trotzdem sie empirisch nicht verifiziert sind, hartnäckig halten. Geschlechtliche Differenzierungen und Stereotypisierungen finden demnach in Organisationsstrukturen als sozial eingeübte Konstruktion von Differenz statt. Die Differenzierung nach Geschlecht bietet damit „ein historisch nachwirkendes – ehemals systemkonstituierendes Muster der Grenzziehung“ (Wilz 2002, S. 98). Geschlechtliche Differenzierung in Organisationsstrukturen wirkt nicht mehr unbedingt omnirelevant, sondern sekundär strukturgebend, also subtil. Die strukturell angelegten Machtungleichgewichte zwischen Männern und Frauen in Organisationen führen somit zu ungleichen Machtpositionen, Ressourcenverteilungen und Verhandlungspositionen. Durch diese Differenzierung und Klassifizierung der Geschlechter wird im Prozess der Interaktion die organisatorische Segregation und Hierarchie (re-) produziert (vgl. Müller 1995 u.1999).

6. Geschlecht und Politik

Der Blick auf die Führungskräfteauswahl hat gezeigt, dass stereotype Annahmen über das Geschlecht deutlich im Spannungsfeld zwischen Individuum und Organisation, wie auch zwischen Individuum und Gesellschaft rekursiv wirken. Wird das Thema ganzheitlich, vor dem Hintergrund der Frage nach einer Einführung eines Gleichstellungsgesetzes für die Wirtschaft begriffen, sind ebenso die politischen Bedingungen als Schnittstelle ins Visier zu nehmen. Denn die Wechselwirkungen dieser Ebenen beeinflussen maßgeblich die Auswahl der Führungskräfte und die Karriereentscheidung von Frauen. Im Folgenden sollen hierzu exemplarisch „familienpolitische“ Regelungen wie z.B. das Mutterschutzgesetz oder die „Elternzeit“ als (möglicher) „Stolperstein“ für potentielle Führungsfrauen betrachtet werden.

6.1. Erziehungsurlaub/Elternzeit

Betrachtet man den Eckrahmen der Gesetzgebung, wie das Mutterschutzgesetz oder auch das „neue“ Gesetz der Elternzeit⁶, wird evident, dass Gesetze die grundsätzlich zum Schutz einer Personengruppe entstanden sind, diese an der Entfaltung ihrer beruflichen Ambitionen hindern bzw. hinderlich sein können. Welche Organisation kann bzw. will eine Ausfallzeit wegen Mutterschaft von 12 Wochen (vgl. Henning 2002) – im schlimmsten Fall von drei Jahren Elternzeit – einer Führungskraft riskieren? Abgesehen von den organisatorischen und finanziellen Konsequenzen, die das Unterneh-

6 Nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz (BErzGG) haben Arbeitnehmer Anspruch auf die Arbeitsfreistellung bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres ihres Kindes, dem so genannten Erziehungsurlaub bzw. der Elternzeit. Nach der Reform im Jahr 2001 können Eltern sich diese Zeit flexibler teilen. Nun haben sie die Möglichkeit, 30 Stunden wöchentlich nebenbei zu arbeiten und sich in dem gesamten Zeitraum bis zu dreimal abzuwechseln. Wird der Erziehungsurlaub in Anspruch genommen, besteht ein Kündigungsschutz. Seit dem 01.01.2001 kann außerdem jeder Arbeitnehmer verlangen, künftig Teilzeit zu arbeiten, wenn betriebsbedingte Hindernisse dem nicht entgegenstehen (vgl. Bundesministerium für Familie, Frauen und Senioren 2001, Hildebrandt-Woeckel 1999).

men zu tragen hat. Denn diese Folgen sind insbesondere bei Inanspruchnahme der gesetzlichen Elternzeit zu erwarten.

Die gesetzlichen Vorgaben bedingen, dass eine Schwangerschaft mit einem Ausfall der Führungskraft durch Mutterschaft und eventueller Elternzeit einhergeht. Dies stellt ein wesentliches Aufstiegshemmnis für Frauen dar.⁷ Denn Einsatz und Investition einer Führungskraft erweist sich nach der „Innensicht der Unternehmen“ unter anderem erst dann als lohnend, wenn diese der Organisation für einen längeren Zeitraum zur Verfügung steht (vgl. Rau 1995).

7 Dies gilt ebenso für Männer, die die Elternzeit in Anspruch nehmen.

Die Möglichkeit der Eltern, den Erziehungsurlaub zeitlich und individuell – bei gleichzeitig offener Option auf eine Berufsrückkehr – zu gestalten, erschwert zudem die kurz- bis mittelfristige Personalplanung der Unternehmen. Neben den zusätzlichen Kosten der Mutterschaft und Ausfallzeit sowie erneuter Personalplanung, wird der Betriebsablauf durch die nicht kalkulierbare Abwesenheit der Führungskraft beeinträchtigt. Zwar belegen Untersuchungen, dass Führungsfrauen ihre Erwerbstätigkeit zumeist nur für die gesetzliche Mutterschutzfrist unterbrechen und auf die Inanspruchnahme der Elternzeit verzichten (vgl. Regent 1997), dennoch erscheint die Konsequenz der Unternehmen eindeutig und aus ökonomischer Sicht verständlich.

Die Reform des Erziehungsurlaubes ist unter der Prämisse entstanden, beiden Elternteilen gleichermaßen die Möglichkeit zu bieten, sich partnerschaftlich den Familienpflichten zu widmen. Vor allem Vätern soll damit die Chance gegeben werden, den Erziehungsurlaub zu nutzen und gleichzeitig Frauen von der selbstverständlichen Zuständigkeit zu entlasten. Das politisch motivierte Ziel ist die Herstellung der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für Frauen. Die Neuerung der Elternzeit hat darüber hinaus das Ziel, die Abkehr des alten Leitbildes – der tradierten Rollenbilder von Männern und Frauen – zu fördern. Dies jedoch scheint nicht zu gelingen. Einerseits durch die öffentliche Dokumentation, dass Frauen scheinbar für die Vereinbarung von Beruf und Familie zuständig sind. Andererseits nehmen nach wie vor nur wenige Männer die Elternzeit in Anspruch, gerade 1 ½ Prozent der Erziehungsurlauber in Deutschland sind männlich (vgl. Bierach 2002). Dies nicht allein, aber wohl auch aus dem Grund, dass nach einer längeren – unter Umständen drei Jahren andauernden – Abwesenheit vom Arbeitsplatz die Karrierechancen rapide sinken (vgl. Wunderer/Dick 1997). Nach Ansicht von Hildebrand-Woeckel (1999) stellt der Erziehungsurlaub eine Karriere Falle dar, die nur den Sinn erfüllen würde, Frauen über einen längeren Zeitraum vom Arbeitsmarkt abzukoppeln. Aus der Möglichkeit, die die Elternzeit bietet, sich die ersten drei Jahre um sein Kind zu kümmern, wird der zwingende Moment. Denn in Deutschland existieren kaum öffentliche Einrichtungen zur (Ganztags-)Betreuung für Kinder diesen Alters.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern wie z.B. Frankreich wird die Auswirkung der genannten Familienpolitik für Führungsfrauen in Deutschland deutlich. Dienel (1996) konstatiert z.B. in Frankreich einen Frauenanteil von ca. 16% in Führungspositionen. Durch staatliche Maßnahmen sind in Frankreich die Betreuung der Kinder durch Ganztagschulen sowie die Betreuung außerhalb der Schulstunden zu nahezu 100% gewährleistet. Die damit verbundenen Möglichkeiten zur Vereinbarung von Beruf und Familie werden als wesentliches Motiv der erhöhten Präsenz von Führungsfrauen in Frankreich im Vergleich zu Deutschland benannt (vgl. Hadler 1995). Von der postulierten gesetzlichen Garantie auf einen Kindergartenplatz, also dem Betreuungsangebot für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren, ist Deutschland derzeit weit entfernt (vgl. Bierach 2002). Experten und gerade betroffene (Führungs-)Frauen weisen immer wieder auf die immense Bedeutung von ganztägiger Kinderbetreuung für die Chancengleichheit im Berufsleben hin (vgl. Goos/Hansen 2000).

Wenn es um eine grundlegende Chancengleichheit für Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt geht, insbesondere bei der Rekrutierung von Führungsnachwuchskräften, stellt die Möglichkeit der umfassenden Kinderbetreuung aber nur *einen* Rahmen im gesamten Geflecht der Bedingungen dar.⁸ Augenfällig wird hier, dass Debatten um Kinderbetreuung oder Teilzeitarbeitsplätze *Nebenkriegsschauplätze* in der Diskussion um die Erhöhung des Anteils von Führungsfrauen darstellen. Um die Chancengleichheit und die Attraktivität von Männern und Frauen gleichermaßen für die Unternehmen zu gewähren, geht Schweden einen Schritt weiter. Hier werden Eltern im Erziehungsurlaub nicht nur gleichberechtigt, sondern auch gleichverpflichtet. Für jedes Kind gibt es ein Jahr staatlich finanzierten Erziehungsurlaub, mindestens einen Monat davon muss der Partner nehmen, der ansonsten weiterarbeitet, andernfalls verfällt die staatliche Förderung. Ungefähr ein Drittel der schwedischen Väter entscheiden sich für einen längeren Zeitraum (vgl. Bierach 2002).

Festzuhalten ist, dass für karriereorientierte Frauen die vorgestellte familienpolitische Gesetzgebung sowie die schwach ausgeprägte öffentliche Kinderbetreuung in Deutschland folgenschwere Problematiken nach sich ziehen und sich kontraproduktiv auswirken können.⁹

7. Frauen und Karriere

Renate Künast prägte das „geflügelte Wort“, dass es nicht ausreiche, die Hälfte der Stühle zu fordern, Frauen müssten die Hälfte der Macht wollen. Würde man diese Aussage in eine These umformulieren, könnte sie provozierend lauten: Frauen wollen gar nicht in Führungspositionen! Immer wieder werden solche Thesen laut. Daher ist es von Nöten auch auf die Seite der Frauen zu schauen, welchen Anteil sie womöglich selbst an ihrer Marginalität in Führungspositionen haben.

7.1. Zur Bedeutung der Geschlechterrollen und der Selbstselektion von Frauen

Unbestritten ergibt sich für Führungsfrauen die schwierige Aufgabe, die Diskrepanz zwischen der normativen weiblichen Geschlechterrolle und der Rolle der Führungskraft zu überwinden. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Karriere, sondern besonders im Hinblick auf die Geschlechterrollen. „Beziehungen zwischen Frauen und Männern färben immer auf ihre z.B. beruflichen Umgangsweisen ab: sie sehen sich stets als Frau bzw. Mann, wenn sie als Kollegin bzw. Kollege miteinander umgehen.“ (Treibel 1997, S. 248)

Die normative Rolle der Frau beinhaltet Attribute der Weiblichkeit, die Rolle der Führungskraft wird jedoch mit männlichen (Rollen-)Attributen assoziiert. Zu diesen gegensätzlichen Rollenforderungen kommt die diskontinuierliche Berufstätigkeit der Frau im Falle von Mutterschaft, die dem beruflichen Aufstieg entgegensteht. Somit scheint es, als ob Frauen und berufliche Karriere nicht zusammenpassen, denn berufliche Karriere kann als die „bewusste Entscheidung für ein langfristiges Weiterkommen im Beruf“ verstanden werden (Sieverding 1990, S. 13). Hier ist die Motivation von Bedeutung, „in der eine Person Engagement in einer beruflichen Karriere als zentral in ihrem Leben ansieht“ (vgl. ebd., S. 13).

Nach Nerger/Stahlmann (1991) hängt es nicht nur von Bewertungen wie Motivation und Zielen ab, ob Menschen sich entscheiden aktiv zu werden und für welche Handlungen sie sich entscheiden. Ebenso ist auch die Bewertung über die eventuellen Folgen bestimmter Handlungen und die Einschätzung von Erreichbarkeit und Realisierung der Ziele bedeutsam. Eine positive Selbsteinschätzung im beruflichen Kontext zeichnet sich damit als entscheidender Faktor ab, um in hierarchisch höhere Positionen aufzusteigen (vgl. Sieverding 1990).¹⁰

8 Auch hier kann die Anzahl der kinderlosen Führungsfrauen im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen als Konsequenz der unzulänglichen Rahmenbedingungen genannt werden (vgl. Bischoff 1990).

9 Eine ausführlichere Abhandlung insbesondere hinsichtlich der Gesetzgebung zur Durchsetzung der Chancengleichheit finden Sie in der Veröffentlichung der gesamten Arbeit; Informationen unter alex_deppe@web.de

10 Einen zusammenfassenden Überblick über Selbstkonzept und Selbstwirksamkeit im beruflichen Kontext bietet Sieverding (1990).

Nach Lang-von Wins lassen die Erwartungen sich ebenso auf die berufliche Selbstselektion übertragen. „Die Erwartungen der eigenen Selbstwirksamkeit stellen im Endeffekt einen Kern der beruflichen Selbstselektion dar, da sie einer Einschätzung darüber entsprechen, ob bestimmte Berufe oder Arbeitsstellen aus ihrer eigenen Sicht zu einer Person ‚passen‘.“ (Lang-von Wins 1997, S. 107).

Die Ergebnisse von Untersuchungen zur Karriereorientierung zeigen, dass Studentinnen ihre Chancen auf beruflichen Erfolg pessimistischer einschätzen als ihre männlichen Kollegen (vgl. Rau 1995/von Rosenstiel 1997). Des Weiteren stellen sie fest, dass Frauen im beruflichen Kontext dazu neigen, sich und ihre erbrachten Leistungen zu unterschätzen. Dementsprechend warten Frauen eher darauf, dass ihre guten Leistungen von Vorgesetzten entdeckt werden, als ihre Leistungen explizit darzustellen. Aufgrund der Selbstunterschätzung würden Frauen häufig weniger und geringere Forderungen als ihre männlichen Pendanten stellen und sich eher auf formale Strukturen verlassen (vgl. Autenrieth u.a. 1993).

Befragte Personalverantwortliche bestätigten, dass sich Frauen bereits in Bewerbungsgesprächen tendenziell bescheidener geben, wogegen Männer meist selbstsicher ihre Fähigkeiten und Kenntnisse anpreisen (vgl. Wunderer/Dick 1997). Die von Goos/Hansen (2000) befragten Führungsfrauen der Wirtschaft bestätigten ebenfalls, dass allein das Erbringen guter Leistung nicht zum Erfolg führt. Vielmehr sei es die Kombination, diese auch an entsprechender Stelle, z.B. beim Vorgesetzten zu präsentieren. Die Zuschreibung des Leistungserfolgs auf die Leitungsfähigkeit einer bestimmten Person ist dabei ausschlaggebend und bringt den gewünschten Effekt. Mangelnde Selbstdarstellung wird häufig mit mangelndem Durchsetzungsvermögen und -willen von Vorgesetzten und anderen Kontaktpartnern gleichgesetzt.

Theorien der Selbstselektion besagen, dass Frauen sich aufgrund der gegebenen Strukturen selber selektieren, um in ihr (aufgetroyertes) Selbstkonzept *der Frauen* zu passen. Das bedeutet wiederum, dass sie damit bestehende Strukturen nicht gefährden. Interessanterweise scheinen zumindest ein Teil der Frauen sich diesen „Selbstselektionsmechanismen“ entzogen zu haben.

Sowohl die Ergebnisse von Rau (1995) als auch die von Keddi u.a. (1999) belegen, dass Frauen, die den Beruf ins Zentrum ihres Lebens stellten, ein hohes Maß an strategischer Planung und Umsetzung bezüglich ihrer beruflichen Laufbahn aufwiesen. Dies spiegelte sich unter anderem in der zielgerichteten Teilnahme an Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen, außerdem in der Initiierung von Auslandsaufenthalten wider.

Dass es keinen charakteristischen Unterschied in der Selbstdarstellung und Selbsteinschätzung von weiblichen und männlichen Führungskräften gibt, wurde von Wunderer/Dick (1997) herausgestellt. Auch ergab hier die Fremdeinschätzung durch die Befragung der Mitarbeiter keinen Unterschied – männlichen und weiblichen Führungskräften wurden gleiche Fähigkeiten bezüglich ihrer Selbstdarstellung attestiert.

Dennoch verweist die These der Selbstselektion auf einen wichtigen Aspekt. Nämlich, dass Frauen ebenso einen Anteil an ihrer Marginalität in Führungspositionen und folglich auch an den bestehenden ungleichen Machtverhältnissen und Strukturen haben. Das impliziert eine Haltung, die Frauen nicht in Form von Handlungsunfähigkeit entmündigt, sondern sie nach Thürmer-Rohr (1989) zu Verantwortung befähigt. Eine negativ-entmündigende Sichtweise würde darüber hinaus vor allem der Gruppe der Frauen in Führungspositionen nicht gerecht werden.

Frauen, die den Beruf ins Zentrum ihres Lebens stellen, weisen eine hohe Aufstiegsorientierung auf. Obwohl sie sich der Konsequenzen dieser Orientierung bewusst sind oder besser *gerade*, weil sie sich dieser Konsequenzen bewusst sind, entscheiden sie sich aktiv(er) für eine Karriere. Vor dem Hintergrund der dargestellten Hemmnis-

se und Barrieren insbesondere im Rahmen der doppelten Vergesellschaftung auf Haus- und Berufsarbeit der Frau ist dieser Aspekt deutlich hervorzuheben. Die Frauen, die Führungspositionen bekleiden, sind den geschlechtsstereotypen Rollenvorstellungen und den bestehenden Strukturen aktiv entgegengetreten, um ihr Ziel zu verwirklichen. Wie hat es diese Gruppe von Frauen¹¹ geschafft, die offensichtlichen und vielfältigen Barrieren zu überwinden, welche Strategien haben sie ergriffen?

8. Strategien

In der Vielzahl der möglichen Lebensentwürfe liegen gleichzeitig Grenzen, da die verschiedenen Varianten durch gesellschaftliche Normen und Rollenerwartungen geprägt sind, deren Einflüssen sich eine Frau nicht entziehen kann (Metz-Glöckel/Nyssen 1990). Welche Strategien ermöglichen es Frauen, diesen Bedingungen zu begegnen? Unter beruflicher Strategie wird im Folgenden ein planmäßiges Vorgehen zur Erreichung des beruflichen Aufstiegs, also der Karriere, verstanden. Hierbei ist die Vorgehensweise umfassend zu planen, um sowohl den Umständen als auch den Bedingungen zur Erreichung der Karriere zu entsprechen (vgl. Staehle 1994).

11 Zur Kritik der Identitätspolitik der Frauenbewegung vgl. Frey/Dinkler (2002).

8.1. Strategien auf struktureller Ebene

Nach dieser Definition wird Frauenförderung, speziell Maßnahmen, die in Organisationen zur Förderung von Frauen installiert sind, als Strategie auf struktureller Ebene begriffen. Diese gilt es nachfolgend zu erläutern und ihre Wirksamkeit für (potentielle) Führungsfrauen zu reflektieren.

Zur Förderung von Frauen werden zunehmend Maßnahmen und Förderpläne in Organisationen installiert. Allerdings sind Frauenförderprogramme in der Privatwirtschaft nicht verbindlich vorgeschrieben. Die Gleichstellungsgesetze gelten bisher nur für den öffentlichen Dienst (vgl. Silkenstedt o. J.). Auf der Ebene der Organisationen wird unter Frauenförderung „eine bewusste und gezielte unternehmensspezifische Personalplanung und -politik(...), die das Ziel hat, breitere Personalressourcen effizienter zu nutzen.“ verstanden (Krebsbach-Gnath/Schmid-Jörg, zitiert nach Rau 1995, S. 29). Durch eine veränderte Personalpolitik in Form von z.B. frauenorientiertem Personalmarketing und Frauenförderplänen sollen die Potentiale der Frauen in und für Organisationen besser genutzt werden. Dabei dienen die unterschiedlichen Konzepte auch dem Ziel, Diskriminierung und Ungleichbehandlungen von Frauen abzubauen. Die relevanten Kontextfaktoren der Frauenförderung in Organisationen sind dabei von Größen wie der Arbeitsmarktsituation, dem gesellschaftlichen Wertewandel und rechtlichen Bedingungen sowie der Branche und Unternehmensgröße abhängig (vgl. Goos/Hansen 1997).

Inwieweit können speziell geforderte Maßnahmen zur Gleichberechtigung oder Gleichförderung von weiblichen und männlichen Führungs(nachwuchs)kräften führen? Die Barrieren, die Frauen zu überwinden haben, sind, wie dargestellt, nicht die formalen Anforderungen, sondern eher die der gläsernen Decke. Der Aufstieg erfolgt nicht über die offiziellen Kriterien der Personalauswahl, sondern über die informellen Wege. Können Förderprogramme, Gleichstellungsmaßnahmen oder Personalentwicklungskonzepte wie z.B. Management Diversity diese subtilen Mechanismen wirklich durchbrechen?

Hadlers Erhebung in 17 Großunternehmen der deutschen Privatwirtschaft zeigt, dass der Bereich der Frauenförderung in der betrieblichen Personalpolitik nur schlep-pend an Profil gewinnt. Teilweise lehnen Personalexper-ten frauenfördernde Maßnahmen hinsichtlich einer aktiven Personalförderung von hochqualifizierten Frauen ab. „Die Frauen müssen sich selber durchsetzen, durch Kompetenz und klares Auftreten.“ „Frauen in besonderem Maße, nur weil sie Frauen sind, einfach in besondere Entwicklungskanäle bringen oder

auf Positionen zu biegen, so was würde ich ablehnen, weil die Tatsache, zu einem bestimmten Geschlecht zu gehören- das gilt für die Männer genauso – nicht ausreicht, um zu sagen: Für den müssen wir etwas Besonderes tun.“ (Hadler 1995, S. 254: Aussagen der interviewten Personalleiter; Hervorhebung im Original).

Selbst Personalleiter vermuten, dass Frauenförderung in Unternehmen als werbe-trächtiges Lippenbekenntnis instrumentalisiert wird. Sicherlich könnten Förderpläne insgesamt zu mehr Transparenz von Anforderungen und Auswahlkriterien führen, folglich die Offenlegung der Auswahlprozesse nach sich ziehen und somit als Kontrollfunktion des Personalauswahlverfahrens fungieren. Nach Rau (1995) sollte sich daher die Frauenförderung in diesem Zusammenhang eher als Potentialförderung begreifen. Hier, wie auch bei Regnet (1997), wird ersichtlich, dass undifferenzierte Frauenfördermaßnahmen wenig zur gezielten Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen beitragen können. Darüber hinaus lassen sich in Wirtschaftsunternehmen selten innerbetriebliche Maßnahmen zur Förderung speziell für Führungsfrauen identifizieren (vgl. Hadler 1995).

Um umfassend der Frage nachzugehen, wie es Führungsfrauen gelungen ist entsprechende Posten zu besetzen, ist folglich auf die Strategien der individuellen Ebene einzugehen.

8.2. Strategien auf individueller Ebene

Die Forschung befasst sich nur selten bzw. undifferenziert mit den individuellen Strategien, die Frauen entwickelt haben, um die bestehenden unsichtbaren Barrieren zu überwinden. Das Terrain scheint der populärwissenschaftlichen Literatur vorbehalten zu sein, die sich auf unterschiedlichste Weise und unterschiedlichem Niveau damit beschäftigt, spezielle Strategien für Frauen zu entwickeln und zu dokumentieren. Augenfällig ist, dass eben diese Literatur häufig auf bestehende Geschlechterrollen zurückgreift (vgl. Asgodom 1999). Besonders bei Helgessen (1991) und Dobner (1997) wird deutlich, dass die konstatierten Fähigkeiten, welche Frauen qua Geschlecht innehaben und somit unabdingbar für die Führungsetagen machen, tradierte Geschlechtsrollenbilder implizieren und zur Aufrechterhaltung dienen.

Dennoch zeigt die populärwissenschaftliche Literatur insgesamt auf ein wichtiges – in der Wissenschaft und Frauenforschung häufig vernachlässigtes Faktum: Es gibt Frauen, die Machtpositionen und Führungsqualitäten nicht mit einem Unwohlsein und Selbstzweifel verbinden, sondern ebenso den Wunsch verspüren, Großartiges zu leisten und dies auch tun (vgl. Müller 1999).

Der Lebensentwurf von Frauen, die den Beruf ins Zentrum stellen, wird im Wesentlichen von dem Konflikt geleitet, die Lebensbereiche Karriere und Familie in die *weibliche* Lebensrealität zu integrieren. Das Spannungsfeld der Karrierefrauen setzt dabei nicht erst mit der parallelen Ausübung von Beruf und Familienarbeit ein, sondern beginnt schon im Vorfeld. Diese Frauen müssen sich frühzeitig mit der Thematik auseinandersetzen, Entscheidungen bezüglich ihres Lebensentwurfes treffen und insbesondere gezielt planen und vorgehen (vgl. Goos/Hansen 1997). Nicht nur zur Überwindung der Barrieren, sondern auch um den permanenten Balanceakt auszuhalten, steht allen Strategien, die der eindeutigen Entscheidung für die berufliche Karriere voran.

Nachfolgend stützen sich diese Betrachtungen vor allem auf die in der Literatur identifizierbaren Strategien sowie auf die von Führungsfrauen retrospektiv als förderlich genannten Bedingungen für ihre Karriere. Dabei kann nicht der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden, da es sich immer um individuelle Lösungsstrategien handelt, die zwar Parallelen aufweisen, dennoch nicht verallgemeinerbar sind.

8.3 Strategien und Lebensrealität von Führungsfrauen

Während Männer in Führungspositionen häufig eine Familie haben, die von der Partnerin versorgt wird, können die wenigsten Frauen auf einen Partner zur Versorgung der Familie und zum Verrichten der Hausarbeit zurückgreifen. Danach ist für männliche Führungskräfte eine Familie tendenziell entlastend und karrierefördernd, für Frauen scheint das Umgekehrte zu gelten (vgl. Wunderer/Dick 1997). Eine Strategie von Führungsfrauen scheint daher zu sein, sich gegen eine Familie bzw. gegen Kinder zu entscheiden, um sich der Doppelbelastung gar nicht erst auszusetzen (vgl. Autenrieth u.a. 1993). Die Untersuchungen verschiedener Befragungen weisen hierzu gleiche Ergebnisse auf: Führungsfrauen sind sehr viel häufiger alleinstehend und kinderlos (über 60%) als ihre männlichen Kollegen (vgl. Cyba 2002). Allerdings kann nicht festgestellt werden, ob dies eine bewusste Entscheidung gegen Familie darstellt oder ob dies als Folge beruflichen Engagements zu werten ist. Die einschlägige Literatur geht mehrheitlich davon aus, dass sich hier die tradierte Rollenvorstellung widerspiegelt.

Nach der Untersuchung von Keddi u.a. (1999) zeigt sich indes, dass die Frauen, die ihre berufliche Laufbahn zielorientiert planen, andere Lebensbereiche weniger strategisch organisierten. Nach dieser Erhebung lassen sich bei diesen Frauen wenig planende Momente in Bezug auf Familie bzw. Kinderwunsch feststellen. Danach könnte auch die nicht zielstrebige Planung von Familie bzw. Kindern in diesem Zusammenhang eine Begründung darstellen. Gleichzeitig stellt die *bewusste* Familienplanung eine bedeutende Strategie dar, um auch diesen Lebensbereich in ihre Lebensrealität integrieren zu können (vgl. Asgodom/Steinberg 1994).

Eine weitere Strategie zur Vereinbarung von Familie und beruflichem Erfolg stellt die Partnerschaft dar. Partner von Führungsfrauen sind ebenfalls häufig in verantwortungsvollen Positionen tätig und damit zeitlich stark eingebunden, dennoch zeigen die Aussagen, dass eine partnerschaftliche Teilung der Aufgaben im privaten Sektor favorisiert wird (vgl. Keddi u.a. 1999). Die Partnerschaften der von Asgodom/Steinberg (1994) angeführten Frauen als auch die von der Verfasserin interviewte Führungsfrau zeichnen sich durch eine paritätische Aufteilung der Familienpflichten bei gleichzeitiger Möglichkeit beider Partner, sich in beruflicher Hinsicht im hohen Maße zu engagieren, aus. Die physische und psychische Unterstützung der Partner sowohl in familiärer als auch beruflicher Hinsicht ist nach Aussage der Frauen ein wesentlicher Punkt, um beides gemeinsam (Beruf und Familie) leben zu können (vgl. Asgodom/Steinberg 1994 sowie Interview vom 17.02.03).

8.4. Strategien auf betrieblicher Ebene zur Förderung der Karriere

Wie und mit welchen Strategien werden diese Frauen auf individueller Ebene den (in)formellen Anforderungen auf betrieblicher Ebene gerecht? Natürlich kann auch hier nur ein Ausschnitt der in der Literatur zugrunde liegenden Aspekte, sowie die von den Führungsfrauen beschriebenen Faktoren wieder gegeben werden.

Die Basisstrategie zur Fixierung des beruflichen Aufstiegs stellt die Anpassung an die Organisationsstruktur dar, wenngleich die männlich geprägte Kultur ebenso als Hindernis beschrieben wird. Das macht deutlich, dass Frauen, wenn sie aufsteigen wollen, derzeit keine Alternative der Anpassung und Akzeptanz zur Verfügung steht, sind doch die Führungsebenen männlich dominiert. Vor diesem Hintergrund sind auch die nachfolgenden individuellen Strategien der Frauen zu sehen. Goos/Hansen (2000) strukturieren die Erfahrungen der von ihnen interviewten Führungsfrauen in drei weitere Strategietypen: die Leistungsstrategie, die Offensivstrategie und die Integrationsstrategie.

Die individuelle Leistungsstrategie bezieht sich als meistgenannte Strategie auf die Annahme, dass gute und besondere Leistungen Garant beruflichen Erfolges sind. Als

Indikatoren gelten hier Qualifikationsbereitschaft, Zielorientierung, Reflektionsfähigkeit sowie die Bereitschaft, einen hohen Arbeitseinsatz zu erbringen und den Beruf damit in den Vordergrund zu stellen. Frauenfördermaßnahmen – insbesondere die Quotierung – werden von diesen Frauen explizit abgelehnt. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategie ist es, nicht nur gute und besondere Leistungen zu erbringen, sondern diese aktiv durch kompetente Selbstdarstellung sichtbar zu machen (vgl. Goos/Hansen 2000 sowie Dienel 1996).

Nahezu ähnlich viele Frauen der Untersuchung favorisieren offensives Handeln als geeignete Strategie. Dieses beinhaltet vor allem Mut und Selbstbewusstsein, offensiv Rechte einzufordern und frauenspezifische Widerstände – auch gegen Rollenklischees – zu überwinden. Ebenso sind Konfliktfähigkeit, Zielorientierung und Karrierebewusstsein von Bedeutung. Diese offensive Haltung bezieht sich auf das Verhalten innerhalb der Organisation und soll insbesondere auf die eigene Karrierekultur Anwendung finden, z.B. in der Bereitschaft, Unternehmenswechsel bei einer Karrierestagnation vorzunehmen. Dazu zählt auch, sich die Funktion von informellen Netzwerken der Männer bewusst zu machen, um darauf reagieren zu können.

Im Gegensatz dazu setzt die Integrationsstrategie auf den diplomatischen Einsatz weiblicher Qualifikationen. Dieser beziehungsorientierte Ansatz vertraut auf die Wirkung einer natürlichen Persönlichkeit, weiblicher Kompetenzen und einer kooperativen Haltung zum männlichen Gegenüber. Gleichwohl beinhaltet diese Strategie auch die bewusste Akzeptanz, sich als Frau in einer männerdominierten Kultur zu integrieren, d.h. sich auch in Bezug auf Chiffren, wie Bekleidung oder Gesprächsthemen, auf informeller Ebene anzupassen (vgl. Goos/Hansen 2000).

9. Schluss und Ausblick

Die dargestellten Strategien, sowohl auf privater als auch betrieblicher Ebene, sind individuellen Charakters. Sie lassen sich schon deshalb als Einzelkämpferstrategien bezeichnen, weil Frauen in Führungsetagen selten zu finden sind. Als essentielle Strategie auf privatem Sektor kristallisiert sich die bewusste Familienplanung in Verbindung mit einer gleichberechtigten Partnerschaft sichtbar heraus. Auf betrieblicher Ebene messen Frauen der Strategie der außerordentlichen Leistungserbringung, sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht, eine immense Bedeutung zu. Gleichzeitig sind sie sich aber auch der Wichtigkeit und Wirkungsmöglichkeit informeller Netzwerke und der Förderung durch Vorgesetzte bewusst. Zu diesen „Fördermöglichkeiten“ haben Frauen jedoch kaum Zugang. Daher verwundert es nicht, dass sie weder informelle Netzwerke noch berufliche Kontakte, sondern den eigenen Antrieb und somit die Leistungsstrategie als Karrierestrategie favorisieren (vgl. Regnet 1997).

Dieser Tatbestand manifestiert das Einzelkämpferdasein von Führungsfrauen und illustriert gleichwohl die Bedeutung „alternativer“ Netzwerke oder Maßnahmen wie z.B. Mentoringprogramme für Frauen (vgl. Dolff/Hansen 2002 u. Henry-Hutmacher o. J.). Gerade die Etablierung von Mentoringprogrammen stellt eine Strategie zur Überwindung der informellen Barrieren von Frauen dar. Diese haben die Aufgabe, durch persönliche Beziehungen zwischen Mentor oder Mentorin und Mentee¹² die Firmenkultur zu kommunizieren, so wie es auch informelle Netzwerke leisten. Durch gezielte Förderung von Führungsnachwuchskräften können Mentoringprogramme damit das offizielle Pendant zu den informellen Netzwerken darstellen.

Die gleichberechtigte und gemeinsame Förderung von weiblichen und männlichen Nachwuchskräften kann dabei helfen, Vorurteile abzubauen. Somit könnten indirekte Diskriminierungsmechanismen, wie die *Gläserne Decke* durchbrochen und damit langfristig eine Erhöhung des Frauenanteils in Führungsebenen erzielt werden (vgl. Dolff/Hansen 2002). Gerade weil Führungsfrauen in der Wirtschaft die Förderung durch

12 Als Mentor bzw. Mentorin wird die Person bezeichnet, welche die Nachwuchskraft – den Mentee – mit den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen der Organisation vertraut macht.

spezifische Frauenmaßnahmen (z.B. Quotenregelungen) ablehnen, kann ein Cross-Gender Mentoringkonzept die Entwicklung eines wirksamen Netzwerks ermöglichen. Der Ansatz des Cross-Gender Mentoring, also der gleichzeitigen Förderung von Frauen und Männern innerhalb eines Netzwerkes, bietet sowohl intern, als auch unternehmensübergreifend die Möglichkeit, Abstand von Polarisierungen und damit Reproduktionen der Geschlechterdifferenz zu nehmen. Inwiefern mit diesem Instrument ein Durchbruch erreicht werden kann, muss sich allerdings in der betrieblichen Praxis zeigen und kann abschließend noch nicht beantwortet werden. Darüber hinaus müssen unbestreitbar auch die Rahmenbedingungen auf betrieblicher wie politischer Ebene verändert werden, um eine Chancengleichheit für Männer und Frauen – auch in höheren Positionen des Arbeitsmarktes verwirklichen zu können. Gender Mainstreaming und vielfältige Konzepte für eine bessere Balance zwischen Karriere und Familie müssen dauerhaft und nachhaltig in den Chefetagen Eingang finden.

Es bedarf also in der Geschlechterfrage weiterhin multipler Perspektiven auf Mikro- und Makroebene, die es zulassen, Lösungen für die bestehenden Paradoxien für Männer und Frauen *gemeinsam* zu (er-)finden. Frauen in Führungspositionen können dafür exemplarisch stehen, da sie sich auf persönlicher Ebene täglich mit den vielfältigen Widersprüchen der Moderne konstruktiv auseinandersetzen mussten und weiterhin müssen.

Literatur

- Autenrieth, Christine/Chemnitzer Karin/Domsch Michael: Personalauswahl und -entwicklung von weiblichen Führungskräften, Frankfurt a. Main/New York 1993.
- Asgodom, Sabine/Steinberg, Sabine: Kinder und Karriere – geht das denn? Meinung, Erfahrung, Tips, Düsseldorf/Wien 1994.
- Bierach, Barbara: Das dämliche Geschlecht: Warum es kaum Frauen im Management gibt, Weinheim 2002.
- Bischoff, Sonja: Frauen zwischen Macht und Mann: Männer in der Defensive: Führungskräfte in Zeiten des Umbruchs, Reinbeck bei Hamburg 1990.
- Bundesministerin für Familie, Frauen und Senioren (Hrsg.): Bundeserziehungsgeldgesetz, Bundesgesetzblatt, Jg. 2001, Teil I, Nr. 65, Bonn 2001.
- Cordes, Mechtild: Chefinnen – Zur Akzeptanz von weiblichen Vorgesetzten bei Frauen, Opladen 2001.
- Cyba, Eva: Mechanismen der Diskriminierung und Strategien ihrer Überwindung, in: Keller, Barbara/Mischau, Anina (Hrsg.): Frauen machen Karriere in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Chancen nutzen – Barrieren überwinden, Baden-Baden 2002, S. 31-47.
- Deppe, Alexandra: Frauen in Führungspositionen. Eine Betrachtungsweise sozialer Wirklichkeit von Gleichberechtigung am Beispiel von Frauen in führenden Positionen, Diplomarbeit Fachhochschule Bielefeld, Oktober 2003.
- Deters, Magdalene: Sind Frauen vertrauenswürdig?, in: Wetterer, A. (Hrsg.): Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen, Frankfurt/New York 1995, S. 85-100.
- Dienel, Christiane: Frauen in Führungspositionen in Europa, Internationale Texte, Band 6, DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut, Weinheim und München 1996.
- Dienel, Christiane: Frauenkarrieren im europäischen Vergleich, in: Keller, Barbara/ Mischau, Anina (Hrsg.): Frauen machen Karriere in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Chancen nutzen- Barrieren überwinden, Baden- Baden 2002, S. 17-30.
- Dobner, Elke: Wie Frauen führen: Innovation durch weibliche Führung, Heidelberg 1997.
- Dolff, Margarete/Hansen, Katrin: Mentoring: Internationale Erfahrungen und aktuelle Ansätze in der Praxis, Ergebnisse einer Literaturanalyse. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW Düsseldorf 2002.

- Domsch, Michael/Regnet, Erika: Weibliche Fach- und Führungskräfte: Wege zur Chancengleichheit, Stuttgart 1990.
- Engelbrech, Gerhard (Hrsg.): Arbeitsmarktchancen für Frauen, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 258, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) 2002.
- Frey, Regina/Dinkler, Johannes: Wie Theorien Geschlechter konstruieren: Ein Debattenüberblick, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Schriften zur Geschlechterdemokratie: Alles Gender? Oder was? Theoretische Ansätze zur Konstruktion von Geschlecht(ern) und ihre Relevanz für die Praxis in Bildung, Beratung und Politik, Berlin 2002.
- Goos, Gisela/Hansen, Katrin: Führungsfrauen in der Wirtschaft: Studie zu Situation, Verhaltensweisen und Perspektiven. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2000.
- Goos, Gisela/Hansen, Katrin: Frauenorientiertes Personalmarketing: Chancen-Wege-Perspektiven, Sternenfels 1997.
- Hadler, Antje: Frauen & Führungspositionen: Prognosen bis zum Jahr 2000; eine empirische Untersuchung betrieblicher Voraussetzungen und Entwicklungen in Großunternehmen, Frankfurt a. Main 1995.
- Heintz, Bettina/Nadai, Eva/Fischer, Regula/Ummel, Hannes: Ungleich unter Gleichen: Studien zur geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes, Frankfurt a. Main 1997.
- Helgessen, Sally: Frauen führen anders. Vorteile eines neuen Führungsstils, Frankfurt a. Main/New York 1991.
- Henning, Werner (Hrsg.): Handbuch zum Sozialrecht 368, Berlin 2002.
- Henry-Hutmacher, Christine: Frauen- auf dem Weg an die Spitze, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Aktuelle Fragen der Politik- Heft 52, Berlin (o.J.).
- Hildebrandt-WoECKel, Sabine: Karrierefälle Erziehungsurlaub, Hamburg 1999.
- Keddi, Barbara/Pfeil, Patricia/Strehmel, Petra: Lebensthemen junger Frauen - die andere Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe: eine Längsschnittstudie in Bayern und Sachsen, Opladen 1999.
- Lang-von Wins, Thomas: Zum Einfluß von Selbstwirksamkeitserwartungen auf die Entscheidung für die Karriere, in: Rosenstiel, Lutz von/Lang-von Wins, Thomas/Sigl, Eduard (Hrsg.): Perspektiven der Karriere, Stuttgart 1997.
- Metz-Göckel, Sigrid/Nyssen, Elke: Frauen leben Widersprüche: Zwischenbilanz der Frauenforschung, Weinheim/Basel 1990.
- Müller, Ursula: Frauen und Führung, in: Wetterer, A.(Hrsg.): Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen, Frankfurt/New York 1995, S. 101-119.
- Müller, Ursula: Zwischen Licht und Grauzone: Frauen in Führungspositionen, Arbeit - Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Heft 2, Jg. 8, Bielefeld 1999, S: 137-161.
- Nerge, Sonja/Stahlmann, Marina: Mit Seidentuch und ohne Schlips: Frauen im Management: Eine empirische Untersuchung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, Frankfurt a. Main/Bern/New York/Paris 1991.
- Rau, Ilona: Weibliche Führungskräfte. Ursachen ihrer Unterrepräsentanz und Konsequenzen für die Förderung von Frauen für Führungspositionen, Frankfurt a. Main 1995.
- Regnet, Erika: Frau im Beruf. Stereotype und Aufstiegsbarrieren, in Wunderer, Rolf/Dick, Petra (Hrsg.): Frauen im Management: Kompetenzen – Führungsstile – Fördermodell, Berlin 1997, S. 241-265.
- Schunter-Kleemann, Susanne: Doppelbödiges Konzept. Ursprung, Wirkung und arbeitsmarktpolitische Folgen von „Gender Mainstreaming“, in: Forum Wissenschaft 02/2001, S. 20-24.
- Silkenstedt, Silke: Frauen und politische Macht – Ein Widerspruch? (o.J.) <http://www.frauennetz.de/familie/I-fa450.htm>, eingesehen am 21.09.2003.
- Sieverding, Monika: Psychologische Barrieren in der beruflichen Entwicklung von Frauen: das

- Beispiel der Medizinerinnen, Stuttgart 1990.
- Sprenger, Reinhard K.: Mythos Motivation: Wege aus der Sackgasse, Frankfurt/Main 1998.
- Staeble, Wolfgang H.: Vahlens Handbücher der Wirtschaft- und Sozialwissenschaften; Management: eine verhaltenswissenschaftliche Perspektive: überarbeitet von Conrad, Peter/Sydow, Jörg, München 1994.
- Thürmer-Rohr, Christina: Mittäterschaft der Frau- Analyse zwischen Mitgefühl und Kälte; in: Frauenforschung am Inst. Für Sozialpädagogik der TU Berlin (Hrsg.), Berlin 1989.
- Treibel, Annette: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, in: Korte, Hermann/Schäfers, Bernhard: Einführungskurs Soziologie, Band III, Opladen 1997.
- von Rosenstiel, Lutz: Karrieremuster von Hochschulabsolventinnen; in: Wunderer, Rolf/Dick, Petra (Hrsg.): Frauen im Management: Kompetenzen – Führungsstile – Fördermodell, Berlin 1997, S. 266-295.
- von Rosenstiel, Lutz/Regnet, Erika/Domsch, Michael: Führung von Mitarbeitern: Handbuch für erfolgreiches Personalmanagement, Stuttgart 1999.
- von Rosenstiel, Lutz/Lang-von Wins, Thomas/Sigl, Eduard (Hrsg.): Perspektiven der Karriere, Stuttgart 1997.
- Weinert, A.B.: Geschlechtsspezifische Unterschiede im Führungs- und Leistungsverhalten, in: Domsch, M. (Hrsg.): Weibliche Fach- und Führungskräfte: Wege zur Chancengleichheit, Stuttgart 1990, S. 35-66.
- Wiegand, Heike: Berufstätigkeit und Aufstiegschancen von Frauen: eine (nicht nur) ökonomische Analyse, Berlin 1995.
- Wilz, Sylvia Marlene: Organisation und Geschlecht: Strukturelle Bindungen und kontingente Kopplungen, Reihe Geschlecht und Gesellschaft, Band 28, Opladen 2002.
- Wimbauer, Christine: Organisation, Geschlecht, Karriere: Fallstudien aus einem Forschungsinstitut, Opladen 1999.
- Wunderer, Rolf/Dick, Petra (Hrsg.): Frauen im Management: Kompetenzen- Führungsstile- Fördermodell, Berlin 1997.
- Wunderer, Rolf: Führung und Zusammenarbeit: Eine unternehmerische Führungslehre, Berlin 2003.
- Artikel über Frank Schirrmachers FAZ Leitartikel „Männerdämmerung“ im Internet, u. a. <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,267506,00.html> (eingesehen am 29.09.2003)
- Das Interview der Biographien vom 17.02.2003 liegt niedergeschrieben bei der Verfasserin zur Einsicht vor.

Kontakt:
Alexandra Deppe
Alex_deppe@web.de

Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland

Die insgesamt drei Teilprojekte umfassende Gesamtstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Universität Bielefeld durchgeführt und im September diesen Jahres abgeschlossen. Der Beitrag basiert auf leicht modifizierten Auszügen aus der vom Ministerium herausgegebenen Broschüre und stellt zusammenfassend Ergebnisse aus der repräsentativen Hauptuntersuchung und der Teilpopulationen-Befragung vor.¹

1. Vorbemerkung

Die Untersuchung „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ ist die erste repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland und Bestandteil des nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen von 1999.² Sie will bestehende Wissenslücken über das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen und konkrete Handlungs- und Hilfebedarfe schließen, um eine empirische Basis für gezielte Maßnahmen und Strategien zum Abbau von Gewalt im Geschlechterverhältnis und zur Verbesserung der Hilfe- und Unterstützungssituation für gewaltbetroffene Frauen zu schaffen.

Sie steht darüber hinaus auch im internationalen, insbesondere im europäischen Kontext der Erforschung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Seit den 1980er und verstärkt seit den 1990er Jahren wurden im Zuge der zunehmenden internationalen Beschäftigung mit der Problematik in mehreren europäischen Ländern umfassende nationale Prävalenzstudien zu Gewalt gegen Frauen mit unterschiedlicher Methodik durchgeführt, auf europäischer Ebene unter anderem in den Niederlanden, der Schweiz, Portugal, Finnland, Schweden, Frankreich, Spanien, Irland sowie in England, Schottland und Wales.³ Die Methodik und Anlage der vorliegenden Untersuchung orientiert sich an den bislang im europäischen Forschungskontext erstellten Prävalenzstudien und wurde so konzipiert, dass international vergleichbare Daten hervorgebracht und bestehende Dunkelfelder bestmöglich aufgedeckt werden können.⁴

Die Gesamtstudie teilt sich in drei Untersuchungsteile auf: In der repräsentativen Hauptuntersuchung wurden in Kooperation mit *infas* von Februar bis Oktober 2003 auf der Basis einer repräsentativen Gemeindestichprobe 10.000 Frauen in ganz Deutschland umfassend zu ihren Gewalterfahrungen, zu ihrem Sicherheitsgefühl und zu ihrer psychosozialen und gesundheitlichen Situation befragt. Es handelte sich um standardisierte, ca. 60 bis 90-minütige face-to-face-Interviews, die in den Haushalten der Befragten, ggf. auch an anderen Orten, durchgeführt und durch einen schriftlichen Selbstausfüller zu Gewalt in Familien- und Paarbeziehungen ergänzt wurden.⁵

Parallel zur repräsentativen Hauptuntersuchung wurden im Rahmen der Studie weitere Teilerhebungen durchgeführt, die auch die Gewaltbetroffenheiten einiger schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen erfassen sollten und die prüfen, ob hier besondere Gewaltbetroffenheiten und Hilfebedarfe vorliegen. Dabei handelte es sich zum einen um eine zusätzliche Erhebung bei türkischen und osteuropäischen Migrantinnen, die sich organisatorisch an die repräsentative Hauptuntersuchung anschloss und in der – ebenfalls von *infas* – je 250 zusätzliche Interviews in türkischer und russischer Sprache erhoben wurden mit einem identischen Erhebungsinstrument wie in der Hauptuntersuchung.⁶ Zum anderen wurden in Kooperation mit anderen Fachhochschulen und

Universitäten im Rahmen von Forschungsseminaren kleinere Teilpopulationen-Erhebungen bei Prostituierten, Asylbewerberinnen und inhaftierten Frauen durchgeführt, wobei gegenüber der Hauptuntersuchung modifizierte, auf die spezifische Situation der jeweiligen Untersuchungsgruppen zugeschnittene Fragebögen eingesetzt wurden.

Die Studie umfasst darüber hinaus einen qualitativen Untersuchungsteil, dessen empirische Basis aus Gruppendiskussionen mit Frauen bestand, die direkt von Gewalt betroffen sind oder waren. Hier sollte der konkrete Unterstützungs- und Hilfebedarf gewaltbetroffener Frauen auch aus der Betroffenenperspektive ausgeleuchtet werden, um weitere vertiefende Informationen zur Entwicklung von Prävention, Hilfe und Intervention bei Gewalt gegen Frauen zu gewinnen.

Im Folgenden werden zusammenfassend einige Ergebnisse aus der repräsentativen Hauptuntersuchung und der Teilpopulationen-Zusatzbefragung vorgestellt. Ergebnisse aus dem dritten Untersuchungsteil des Projektes, den Gruppendiskussionen, werden im nächsten IFF Info veröffentlicht.⁷

2. Ergebnisse der repräsentativen Hauptuntersuchung

2.1 Methodik und Anlage der Untersuchung

Die repräsentative Hauptuntersuchung basiert auf 10.264 Interviews, die bundesweit von Februar bis Oktober 2003 mit in Deutschland lebenden Frauen im Alter von 16 bis 85 Jahren durchgeführt wurden. Die Daten wurden auf der Basis einer repräsentativen Gemeindestichprobe gezogen; die Ausschöpfung der von neutralen Ausfällen bereinigten Brutto-Stichprobe betrug 52%.⁸

Die Ergebnisse wurden zunächst in ihrer Breite ausgewertet, um einen Überblick über zentrale Befunde der Studie geben zu können. Vertiefende Analysen waren innerhalb des gegebenen Zeitrahmens an einigen Stellen möglich; aufgrund der Fülle interessanter Fragestellungen, die sich aus dem Datenmaterial ergeben, wäre es wünschenswert, wenn auf der nunmehr geschaffenen soliden Datengrundlage weitere vertiefende Analysen erfolgen könnten. Um die zentralen Befunde verstehen und einschätzen zu können, sind einige Vorbemerkungen über die komplexe Anlage der Untersuchung erforderlich:

Zentrale Gewaltformen, die in der Studie erfasst wurden, sind: körperliche Gewalt, sexuelle Gewalt, sexuelle Belästigung und psychische Gewalt. Die Betroffenheit durch alle vier Gewaltformen wurde zunächst im mündlichen Fragebogen abgefragt und zwar jeweils anhand einer allgemeinen Einstiegsfrage zum Erleben dieser Gewalt seit dem 16. Lebensjahr, der eine spezifizierete Liste mit konkreten Gewalthandlungen folgte, anhand derer die Befragten mithilfe von Kennbuchstaben benennen konnten, ob Gewalthandlung seit dem Alter von 16 Jahren erlebt wurde.⁹ Dem folgten dann – falls eine der Handlungen erlebt wurde – weitere Nachfragen zur Häufigkeit erlebter Situationen, zum Täter-Opfer-Kontext, in dem die Gewalt stattfand, zu den Folgen der Gewalt und zu weiteren Details bezogen auf die konkreten Gewaltsituationen.

Darüber hinaus wurde körperliche, sexuelle und psychische Gewalt auch im schriftlichen Fragebogen erfasst – einmal bezogen auf Gewalt durch aktuelle und frühere Beziehungspartnerinnen und -partner, zum anderen bezogen auf Gewalt in Kindheit und Jugend der Befragten bis zum Alter von 16 Jahren. Durch diese Methodik der zusätzlichen Abfrage sensibler Themenbereiche in einem schriftlichen Fragebogen, die auch in anderen Untersuchungen für die Abfrage von häuslicher und von sexueller Gewalt bereits erfolgreich angewendet wurde¹⁰, konnte anhand des schriftlichen Fragebogens deutlich mehr Gewalt in Partnerschaften aufgedeckt werden als durch den mündlichen Fragebogenteil allein. Offenbar sind viele Befragte eher bereit, über Gewalt in Familien- und Partnerschaften im anonymen wirkenden Setting eines schriftli-

chen, auf die Problematik zugeschnittenen Fragebogens Auskunft zu geben als direkt im mündlichen Interview gegenüber einer dritten Person.

Die folgenden Überblicksdaten zur Gewaltbetroffenheit der Frauen seit dem 16. Lebensjahr beziehen sich bei körperlicher und sexueller Gewalt auf alle Angaben aus dem mündlichen und schriftlichen Fragebogenteil. Die Überblicksdaten zu sexueller Belästigung und zu psychischer Gewalt beziehen sich nur auf die Angaben im mündlichen Fragebogenteil, da zu diesen keine vergleichbaren Untersuchungsinstrumente im schriftlichen Teil vorliegen.¹¹

Eine Befragte galt als von einer Gewaltform betroffen, wenn sie in der Einstiegsfrage oder in der nachfolgenden Itemliste angab, mindestens eine der genannten Gewalthandlungen mindestens einmal in ihrem Erwachsenenleben erlebt zu haben; weitere Differenzierungen wurden dann anhand der nachfolgenden Angaben zu erlebter Gewalt vorgenommen.

Die körperlichen Gewalthandlungen, die im Rahmen der Studie abgefragt wurden, umfassen ein breites Spektrum an Gewalthandlungen, von leichten Ohrfeigen und wütendem Wegschubsen über Werfen oder Schlagen mit Gegenständen bis hin zu Verprügeln, Würgen und Waffengewalt. Um Hinweise auf die Schwere der erlebten körperlichen Übergriffe zu erhalten, wurden unter anderem die aus den Gewalthandlungen resultierenden Verletzungsfolgen, sowie die Häufigkeit und die subjektiv erlebte Bedrohlichkeit der Situationen abgefragt.¹²

Im Vergleich zu den erfassten Handlungen körperlicher Gewalt bezogen sich die Items zu sexueller Gewalt auf einen engeren Gewaltbegriff, der ausschließlich strafrechtlich relevante Formen wie Vergewaltigung, versuchte Vergewaltigung und unterschiedliche Formen von sexueller Nötigung unter Anwendung von körperlichem Zwang oder Drohungen umfasste. Die folgenden Überblicksergebnisse zur Betroffenheit durch verschiedene Formen von Gewalt sind vor diesem Hintergrund einzuschätzen.

2.2 Gewaltprävalenzen im Überblick

Gewaltprävalenzen bezeichnen den Prozentsatz derjenigen, die in einem bestimmten Zeitraum Opfer von Gewalt geworden sind. Die Befunde der vorliegenden Untersuchung zur Gewaltbetroffenheit von Frauen in Deutschland ergeben insgesamt:

- Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Methodik zur Erfassung von körperlicher Gewalt haben 37% aller Befragten mindestens eine der genannten Handlungen körperlicher Gewalt und Übergriffe ab dem 16. Lebensjahr erlebt.
- 13% der befragten Frauen, also fast jede siebte Frau, gaben an, seit dem 16. Lebensjahr Formen von sexueller Gewalt erlebt zu haben, die sich auf die oben beschriebene enge Definition strafrechtlich relevanter Formen erzwungener sexueller Handlungen beziehen.¹³
- 40% der befragten Frauen haben – unabhängig vom Täter-Opfer-Kontext – körperliche oder sexuelle Gewalt oder beides seit dem 16. Lebensjahr erlebt (35% allein nach den Angaben im mündlichen Fragebogen).
- Unterschiedliche Formen von sexueller Belästigung haben 58% der Befragten erlebt.
- 42% aller befragten Frauen gaben an, Formen von psychischer Gewalt¹⁴ erlebt zu haben, die von Eingeschüchtert-Werden oder aggressivem Anschreien über Verleumdungen, Drohungen und Demütigungen bis hin zu Psychoterror reichten.
- Rund 25% der in Deutschland lebenden Frauen haben Formen körperlicher oder sexueller Gewalt (oder beides) durch aktuelle oder frühere Beziehungspartnerinnen oder -partner erlebt.¹⁵

Die vorliegenden Befunde zu Ausmaß und Verbreitung von körperlicher und sexueller Gewalt gegen Frauen in Deutschland bestätigen bisherige Dunkelfeldschätzungen

und Untersuchungsbefunde, wonach in Deutschland etwa jede zweite bis dritte Frau körperliche Übergriffe in ihrem Erwachsenenleben und etwa jede siebte Frau sexuelle Gewalt durch bekannte oder unbekannte Personen erlitten hat.¹⁶

Bezogen auf Gewalt in Paarbeziehungen weisen die Befunde über das bislang für Deutschland geschätzte Ausmaß hinaus, nach dem etwa jede fünfte bis siebte Frau körperliche oder sexuelle Übergriffe durch Partner erlebt habe.¹⁷ Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung zeigen auf, dass mindestens jede vierte Frau (25%) im Alter von 16 bis 85 Jahren, die in einer Partnerschaft gelebt hat, körperliche (23%) oder – zum Teil zusätzlich – sexuelle (7%) Übergriffe durch einen Beziehungspartner ein- oder mehrmals erlebt hat.

Es handelt sich allerdings um ein breites Spektrum unterschiedlich schwerwiegender Gewalthandlungen, die innerhalb der Paarbeziehungen verschieden ausgeprägt und kontextuell eingebettet waren. So konnte anhand der Nachfragen im schriftlichen Fragebogen festgestellt werden, dass von den Frauen, die körperliche oder sexuelle Übergriffe durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt haben, knapp ein Drittel (31%) angab, im bisherigen Leben nur eine Gewaltsituation durch Partner erlebt zu haben, während 36% 2 bis 10 Situationen nannten und ein weiteres Drittel (33%) mehr als 10 bis hin zu über 40 Situationen. Bei 64% der Betroffenen hatten die gewaltsamen Übergriffe durch (Ex-)Partner körperliche Verletzungen von Prellungen und blauen Flecken bis hin zu Verstauchungen, Knochenbrüchen, offenen Wunden und Kopf-/Gesichtsverletzungen zur Folge; bei 36% hatten sie keine Verletzungen zur Folge. Bezogen auf Gewalt in der letzten gewaltbelasteten Paarbeziehung konnte gezeigt werden, dass die körperlichen Übergriffe sich bei einem Teil der Paarbeziehungen (9%) ausschließlich auf die Ebene erzwungener sexueller Handlungen bezogen, bei 70% ausschließlich auf die Ebene körperlicher Auseinandersetzungen und bei 20% sowohl auf sexuelle wie auf körperliche Übergriffe. Hier deuten sich verschiedene Schweregrade von Gewalt in Paarbeziehungen an, die im Rahmen der Studie thematisiert wurden und in weiteren Auswertungen der Datenmaterialien noch vertieft werden sollen.

Da in der vorliegenden Untersuchung fast ausschließlich (d.h. von 99% der Frauen) männliche Beziehungspartner als Gewalt ausübende Partner benannt wurden und nur 1% der gewaltbetroffenen Frauen Übergriffe durch eine weibliche Beziehungspartnerin erlebt haben, wird im Folgenden für diesen Täterkontext nur die männliche Form „Partner/Ex-Partner“ verwendet.¹⁸

Es ist davon auszugehen, dass auch durch die vorliegende Untersuchung bestehende Dunkelfelder nicht vollständig aufgedeckt werden können, weil ein Teil der gewaltbetroffenen Frauen nicht an der Untersuchung teilgenommen oder aber zwar teilgenommen, aber keine Auskunft zu erlebter Gewalt gegeben hat. Insofern handelt es sich bei den oben genannten Gewaltprävalenzen eher um Mindestwerte; real dürften die Gewaltbetroffenheiten – insbesondere bei den stärker tabuisierten Gewaltformen und -kontexten im Bereich engster sozialer Beziehungen – höher liegen. Das gilt für die Hauptuntersuchung wie für die Ergebnisse der zusätzlichen Erhebungen bei Teilpopulationen.

2.3 Wichtige Einzelbefunde

Gewalt durch Partner im häuslichen Bereich

Die Analyse der Viktimisierung durch körperliche und sexuelle Gewalt zeigt auf, dass Gewalt gegen Frauen überwiegend durch – zumeist männliche – Partner oder Ex-Partner verübt wird. Beziehungspartner waren mit großem Abstand die am häufigsten genannte Gruppe der Täterinnen und Täter bei körperlicher und bei sexueller Gewalt. Demgegenüber spielten andere Personengruppen eine untergeordnete Rolle

(vgl. Diagramm 1 und 2).

Jeweils etwa die Hälfte der Frauen, die körperliche oder sexuelle Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erlebt haben, hatten diese durch (Ex-) Partner erlebt; unbekannte und flüchtig bekannte Personen wurden demgegenüber mit Anteilen zwischen 11% bzw. 22% und 15% bzw. 20% deutlich seltener genannt.

Entsprechend wurde auch die Gewalt überwiegend in der eigenen Wohnung erlitten. So gaben 71% der Frauen, die von körperlicher Gewalt und 69% der Frauen, die von sexueller Gewalt betroffen waren, als Tatort die eigene Wohnung an. Demgegenüber wurden öffentliche Orte (wie Straßen, Parks etc.), die für Frauen oft typische „Angstorte“ darstellen, mit 26% bei körperlicher und 20% bei sexueller Gewalt deutlich seltener als Tatorte genannt, ohne aber mit einem Viertel bzw. einem Fünftel der Fälle unerheblich zu sein.

Eine geschlechterdifferenzierende Analyse der Täterinnen und Täter zeigt auf, dass alle Formen von Gewalt gegen Frauen in höherem Maße durch männliche als durch weibliche Täter verübt werden. So hatten von den Frauen, die körperliche Übergriffe erlebt haben, in den Täterlisten 10% ausschließlich weibliche, 71% ausschließlich männliche und 19% sowohl männliche als auch weibliche Täterinnen und Täter genannt. Bei sexueller Gewalt wurden von 99% der Betroffenen ausschließlich männliche Täter genannt und nur von 1% der Frauen auch weibliche Täterinnen. Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich bei sexueller Belästigung: In 97% der Fälle gingen die Belästigungen von männlichen Personen und in nur 2% der Fälle auch von weiblichen Personen aus.

Entgegen kulturellen (Vor-)Urteilen, Männer übten mehr physische und Frauen dafür mehr psychische Gewalt aus, waren auch bei der psychischen Gewalt, die Frauen erlebten, in höherem Maße Männer beteiligt. So gaben 47% der Betroffenen an, Formen psychischer Gewalt ausschließlich oder überwiegend durch Männer erlebt zu haben, 32% gleichermaßen durch Männer wie durch Frauen und nur 20% ausschließlich oder überwiegend durch Frauen. Die Untersuchung bestätigt insgesamt, dass Gewalt gegen Frauen überwiegend häusliche Gewalt durch männliche Beziehungspartner ist.

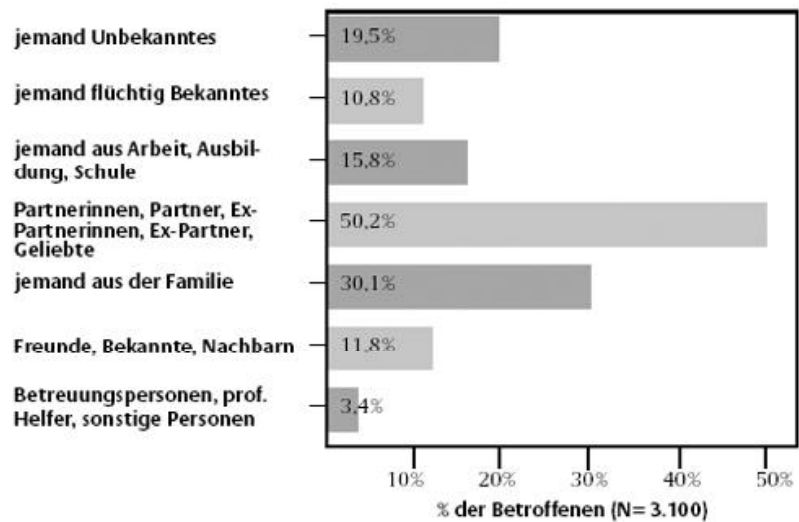


Diagramm 1: Täterinnen und Täter bei körperlicher Gewalt; Mehrfachnennungen. Fallbasis: Alle Befragten, die körperliche Gewalt erlebt und Angaben zu Täterinnen und Tätern gemacht haben.

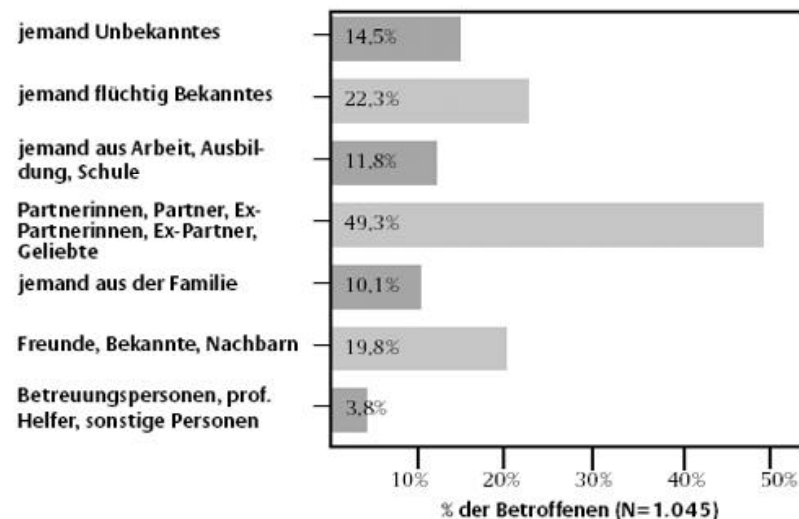


Diagramm 2: Täterinnen und Täter bei sexueller Gewalt; Mehrfachnennungen. Fallbasis: Alle Frauen, die sexuelle Gewalt erlebt und Angaben zu Täterinnen und Tätern gemacht haben.

Psychische, psychosoziale und gesundheitliche Folgen von Gewalt

Bei den in der Untersuchung erfassten Formen von Gewalt konnten zum Teil erhebliche gesundheitliche, psychische und psychosoziale Folgen festgestellt werden. So haben 55% aller Frauen, die seit dem 16. Lebensjahr körperliche Gewalt erlebt haben, und 44% aller Frauen, die sexuelle Gewalt erlebt haben, körperliche Verletzungen aus Übergriffen davongetragen, die von blauen Flecken und Schmerzen im Körper bis hin zu Verstauchungen, offenen Wunden, Knochenbrüchen und Kopf-/Gesichtsverletzungen reichten. Bei jeweils etwa einem Drittel der Frauen mit Verletzungsfolgen durch körperliche oder sexuelle Gewalt waren die Verletzungen so schwer, dass medizinische Hilfe in Anspruch genommen wurde.

Die Untersuchungsbefunde zeigen des Weiteren auf, dass sowohl der Anteil der Frauen mit Verletzungsfolgen als auch der Anteil der mehrfach viktimisierten Frauen deutlich höher war, wenn die Frau von Gewalt durch einen Partner oder Ex-Partner betroffen war. So gaben im schriftlichen Fragebogen 64% der Frauen, die körperliche

oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt haben, an, durch diese Übergriffe körperlich verletzt worden zu sein. Etwa ein Drittel dieser Frauen hat medizinische Hilfe in Anspruch genommen. Zudem hat etwa ein Drittel der Frauen, die körperliche oder sexuelle Übergriffe in Paarbeziehungen erlebt haben, mehr als 10 bis über 40 Situa-

PSYCHISCHE FOLGEN VON GEWALTHANDLUNGEN GENANNT? (% VON BETROFFENEN DIESER GEWALTFORM)				
Gewaltformen	ja	nein	Keine Angabe	Durchschnittliche Anzahl von Nennungen
Körperliche Gewalt (schlimmste/einzige Situation)	64%	35%	1%	3,6
Sexuelle Gewalt (schlimmste/einzige Situation)	79%	18%	3%	3,8
Sexuelle Belästigung (zusammenfassend für alle Situationen)	56%	43%	1%	3,2
Psychische Gewalt (zusammenfassend für alle Situationen)	83%	17%	0%	4,2

Tabelle 1: Psychische Folgen von Gewalt – differenziert nach unterschiedlichen Gewaltformen.¹⁹. Fallbasis: Jeweils alle Befragten, die eine der Gewaltformen erlitten haben; zeilenprozentuiert.

onen erlebt, worin sich eher häufige bis regelmäßige Gewaltanwendungen andeuten. Auch verschiedene andere Untersuchungsbefunde, etwa zur subjektiven Einschätzung der Bedrohlichkeit der Gewaltsituationen, verweisen darauf, dass die Schwere der Gewalt durchgängig höher war, wenn es sich um körperliche oder sexuelle Gewalt durch Beziehungspartner handelte.

Die Befunde zeigen, dass alle erfassten Formen von Gewalt und Belästigung in hohem Maße zu psychischen Folgebeschwerden führen können, die von Schlafstörungen, erhöhten Ängsten und vermindertem Selbstwertgefühl über Niedergeschlagenheit und Depressionen bis hin zu Selbstmordgedanken, Selbstverletzung und Essstörungen reichten. Je nach Gewaltform wurden von 56% bis über 80% der Betroffenen psychische Folgebeschwerden benannt, wobei durchschnittlich drei bis über vier unterschiedliche psychische Folgebeschwerden angegeben wurden (vgl. Tabelle 1).

Auffällig ist zum einen die ausgesprochen hohe psychische Belastung durch erlebte sexuelle Gewalt, die in hohem Maße von Niedergeschlagenheit und Depressionen, Schuld- und Schamgefühlen, dauerndem Grübeln und Schlafstörungen geprägt ist und sich häufig auf das Selbstwertgefühl und auf die zwischenmenschlichen Beziehungen der Befragten auswirkte.

Zum anderen fällt die hohe und bisher in der wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskussion noch weitgehend unterschätzte Belastung von Frauen durch psychische

Gewalt auf, die den Befunden der vorliegenden Untersuchung nach besonders häufig im Kontext von Arbeit, Ausbildung und Schule einerseits und im Kontext von Familien- und Paarbeziehungen andererseits, ausgeübt wird.²⁰ Häufiger als bei allen anderen Formen von Gewalt wurden von den Befragten, die psychische Gewalt erlebt haben, sowohl hohe psychische, psychosoziale und gesundheitliche Folgen wie Niedergeschlagenheit/Depressionen, dauerndes Grübeln, vermindertes Selbstwertgefühl, erhöhte Krankheitsanfälligkeit sowie Leistungsbeeinträchtigungen und Konzentrationschwierigkeiten genannt.

Für Frauen, die von psychischer und sexueller Gewalt – häufig auch in Verbindung mit anderen Formen körperlicher Gewalt – betroffen sind²¹, diagnostiziert die vorliegende Untersuchung einen hohen Unterstützungsbedarf, auf den das bisher entwickelte Hilfesystem noch kaum vorbereitet zu sein scheint, wie auch die Ergebnisse der im Projekt durchgeführten Gruppendiskussionen aufzeigen.

Auch die Belastung durch sexuelle Belästigung wird häufig unterschätzt – sei es, dass das Phänomen selbst nicht ernst genommen wird, sei es, dass die Verbesserung der Rechtssituation als Indiz für eine Verringerung des Problems gewertet wird. In der vorliegenden Untersuchung gaben 58% der befragten Frauen an, mindestens einmal sexuell belästigt worden zu sein, überwiegend durch unbekannte oder wenig bekannte Personen an öffentlichen Orten, gefolgt von Personen aus Arbeit, Schule und Ausbildung. Etwa die Hälfte dieser Frauen hatte Formen von sexueller Belästigung erlebt, bei denen sie sich ernsthaft bedroht fühlten und Angst um ihre persönliche Sicherheit hatten; bei 9% der Betroffenen führten die sexuellen Belästigungen sogar zu ungewolltem Geschlechtsverkehr oder zu anderen Formen körperlicher Gewalt. Hier wird sichtbar, dass ein Teil der erlebten sexuellen Belästigung fließende Übergänge zu sexueller Gewalt aufzeigt, die bislang noch wenig in den Blick genommen wurden. Bei gut der Hälfte der betroffenen Frauen (56%) ging die erlebte sexuelle Belästigung auch mit psychischen Folgeproblemen einher.

Die vorliegende Untersuchung gibt Hinweise darauf, dass bei jeder Form von erlebter Gewalt – und hier wieder in besonderem Maße neben sexueller und körperlicher auch die psychische Gewalt – langfristige soziale und psychosoziale Folgen für die Betroffenen auftreten können, z.B. in Form von Trennung, Scheidung, Wohnungswechsel und Kündigung des Arbeitsplatzes. Dies gilt interessanterweise auch dann, wenn der Partner nicht der Täter war. Gewalt scheint im Leben vieler Frauen einen Schnitt mit alten Beziehungs- und Arbeitsbezügen zu markieren und mündet bei etwa jeder dritten bis siebten betroffenen Frau in eine Therapie.

Die Gewalt kann zudem entscheidende Auswirkungen auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Frauen haben. So ist einerseits ein höherer Alkohol- und Medikamentenkonsum, vor allem ein sehr viel höherer Tabakkonsum bei Frauen festzustellen, die körperliche, sexuelle oder psychische Gewalt und sexuelle Belästigung erlebt haben. Andererseits waren diese Frauen deutlich stärker durch gesundheitliche Beschwerden belastet als Frauen, die keine dieser Gewaltformen erlebt haben. Da in der vorliegenden Untersuchung die Daten zur gesundheitlichen Situation der Frauen sehr differenziert abgefragt wurden, wäre es lohnend, diesem Zusammenhang anhand von Sekundäranalysen weiter vertiefend nachzugehen.

Frühzeitige Hilfe, Intervention und Prävention

Angesichts der hohen Betroffenheit von Frauen durch Gewalt und der oft negativen Auswirkungen auf ihre psychische, psychosoziale und gesundheitliche Situation sind verbesserte Hilfe und Prävention, aber auch gezielte Interventionen erforderlich.

Die verschiedenen Gewaltformen, die die Untersuchung beleuchtet – körperliche, sexuelle und psychische Gewalt –, werden in recht unterschiedlicher Weise im Hilfe-

system sichtbar. Zwar geben 62% aller Befragten an – unabhängig davon, ob sie Gewalterfahrung haben oder nicht –, Hilfeeinrichtungen zu kennen, an die sich Betroffene bei körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt wenden können. Nur 11% der Frauen, die körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt haben, wenden sich jedoch dorthin. Dieser Anteil erhöht sich allerdings, wenn die Fallbasis auf Frauen eingegrenzt wird, die gravierendere Formen von körperlicher Gewalt mit Verletzungsfolgen oder entsprechenden Bedrohungspotenzialen erlebt haben. Von den Frauen, die ernsthaftere oder bedrohlichere Formen von Gewalt innerhalb und außerhalb von Partnerschaften erlebt haben, hat – je nach Gewaltform und -kontext – etwa jede vierte bis fünfte Frau schon einmal psychosoziale Hilfen in Gewaltsituationen in Anspruch genommen.²²

Wenn sich die von Gewalt in Partnerschaften betroffenen Frauen an Repräsentantinnen oder Repräsentanten des Hilfe- bzw. Interventionssystems wenden, sind Ärzte und Ärztinnen oft die ersten Ansprechpersonen; in zweiter Linie werden Personen aus dem Bereich Frauenhilfeeinrichtungen/Therapie/Sozialarbeit kontaktiert. Die Polizei steht an dritter Stelle. Sowohl die repräsentative Hauptuntersuchung als auch die Gruppendiskussionen bestätigten den zentralen Stellenwert von Ärztinnen und Ärzten als „Anlaufstelle“ und beleuchteten zusätzlich die Schlüsselrolle, die dieser Gruppe für den weiteren Verlauf der Biographie einer gewaltbelasteten Frau zukommen kann. Etwa jede dritte Frau, die körperliche oder sexuelle Gewalt mit Verletzungsfolgen erlebte, hat medizinische Hilfe infolge der Gewaltsituationen in Anspruch genommen; bei Gewalt in Partnerschaften lag dieser Anteil mit 37% noch etwas höher.

Um Frauen in Gewaltsituationen besser unterstützen zu können, ist es wichtig, dass alle potenziellen Anlaufstellen einfühlsam und kompetent auf die Situation der Frauen reagieren und Informationen über geeignete Hilfsmöglichkeiten vermitteln können. Durch entsprechende Fachinformationen und Schulungen in verschiedenen Berufsgruppen, von der Ärzteschaft über die Sozialarbeit und therapeutische Einrichtungen bis hin zu Kirchen, Schulen und Kindergärten ist hier gezielte Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit ein geeignetes Mittel. Da gewaltbetroffene Frauen sich den Befunden der Untersuchung nach als erstes an nahe und vertraute Personen in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld wenden (Freundinnen, Eltern, Arbeitskolleginnen), sollte sich gezielte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit noch stärker als bisher an die sozialen Umfeldler der von Gewalt betroffenen Frauen richten.

Darüber hinaus sind – gerade für die Prävention von häuslicher Gewalt – frühzeitige Hilfen sinnvoll, denn auch die quantitativen Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung geben Hinweise darauf, was in Fachkreisen bekannt ist: Gewalt nimmt in Partnerschaften mit ihrer Dauer an Häufigkeit und Intensität zumeist zu. Bei insgesamt knapp 40% der Frauen, die vertiefende Angaben zu einer aktuellen oder früheren gewaltbelasteten Partnerschaft gemacht haben, dauerte die Gewalt länger als ein Jahr an, bei 17% sogar mehr als fünf Jahre. Die Untersuchung konnte anhand einer Typisierung von Gewalt in Partnerschaften aufzeigen, dass signifikante Zusammenhänge bestehen zwischen der Dauer der Gewalt in der Partnerschaft, ihrer Häufigkeit und ihrer Schwere und Bedrohlichkeit. Gewalt in Partnerschaften tritt häufig auf, nachdem Paare in eine gemeinsame Wohnung gezogen sind, geheiratet und/oder Kinder bekommen haben. Ein frühzeitiges Eingreifen und niedrigschwellige Unterstützungsangebote könnten hier helfen, schwerere Formen von Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften zu verhindern.

Polizeiliche und gerichtliche Intervention

Für Frauen in gewaltbelasteten Partnerschaften liegt die Schwelle, sich an zuständige Stellen des Hilfe- und Interventionssystems zu wenden, oft sehr hoch. Insbesondere wenn es darum geht, die Polizei zu verständigen, muss meist erst ein hoher Grad an

körperlicher Gewalt gegeben sein, bis sie sich zu diesem Schritt entschließen; bei sexueller Gewalt liegt die Schwelle noch höher. So haben sich – je nach Bedrohlichkeit der erlebten Situationen – 13% bis 19% der Frauen, die seit dem 16. Lebensjahr eine der genannten Formen körperlicher Gewalt erlebt haben und 20%, die seit dem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt erlebt haben, an psychosoziale Hilfseinrichtungen gewandt; von den Frauen, die körperliche oder sexuelle Gewalt in Partnerschaften erlebt haben, waren es 17% bis 26%, je nachdem, ob bedrohlichere Formen mit oder ohne Verletzungen einbezogen wurden.

Die Polizei wurde von 15% der Frauen, die körperliche Übergriffe (22% bei bedrohlicheren Formen mit Verletzungsfolgen oder Angst vor ernsthafter Verletzung), aber von nur 8% der Frauen, die sexuelle Gewalt erlebt haben, eingeschaltet. Die Frauen, die im schriftlichen Fragebogen Angaben zu Gewalt in Partnerschaften gemacht haben, gaben zu 13% an, die Polizei eingeschaltet zu haben.²³ Diese Anteile erhöhen sich auf 19% bis 26%, wenn nur jene Frauen einbezogen werden, die Verletzungen infolge der Gewalt hatten und/oder bedrohlichere Formen von Gewalt erlebt haben.²⁴

Haben sich Frauen an die Polizei gewandt, so ist bei körperlicher Gewalt die Zufriedenheit mit der Arbeit der Polizei inzwischen erfreulich hoch, bei sexueller Gewalt jedoch geringer. Folgen eine Anzeige und ein Gerichtsverfahren (dies ist nur bei 3% bis 4% aller Fälle gegeben), tritt überwiegend große Enttäuschung über die Erfahrungen vor Gericht ein. Die vorliegende Untersuchung liefert zu diesem Themenkomplex auch die Möglichkeit, die Inanspruchnahme polizeilicher Instanzen „im Wandel der Zeiten“ einzuschätzen, indem nach aktuellen Ereignissen sowie nach solchen gefragt wurde, die 5, 10 oder 20 Jahre zurückliegen. Im Vergleich dieser Gewalterfahrungen zeigt sich bezogen auf das Eingreifen der Polizei eine positive Entwicklung; hier sind deutliche Erfolge von Schulungsmaßnahmen und Umorientierungen im Bereich des polizeilichen Umgangs mit geschlechtsbezogener Gewalt, auch mit Partnergewalt, zu sehen.

Aus den Aussagen der Befragten zu Problemen im Zusammenhang mit gerichtlichen Interventionen wird deutlich, dass insbesondere bezogen auf den Opferschutz im Kontext von Gerichtsprozessen weitergehende Maßnahmen erforderlich sind. Auch im Bereich der rechtlichen Beratung und psychischen Betreuung im Vorfeld und während des Gerichtsprozesses sind Maßnahmen geboten, die eine sekundäre Viktimisierung der Opfer in und durch die gerichtliche Verhandlung vermeiden und die hohen psychischen Belastungen für Gewaltopfer mindern helfen.

Orientierung der Hilfe und Prävention an Risikofaktoren

Durch alle Teile der Untersuchung zieht sich der Befund, dass Frauen in Trennungs- oder Scheidungssituationen besonders gefährdet sind, Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt durch Partner oder Ex-Partner zu werden. So waren sowohl das Ausmaß wie auch die Schwere der Gewalt bei den geschiedenen Frauen deutlich höher als bei anderen Frauen und beide Faktoren stiegen deutlich an, je mehr Partnerschaften die Frauen eingegangen waren.²⁵ Auch wurde die Absicht, sich zu trennen, sehr häufig als Auslöser für den Beginn der Gewalthandlungen des Partners genannt. Trennung und Scheidung in einer heterosexuellen Partnerschaft scheinen mit einem hohen Risiko für Frauen einherzugehen, Opfer von (sich verstärkender) Gewalt in Partnerschaften zu werden.

Präventive und unterstützende Maßnahmen hätten in besonderem Maße auf erhöhte Risikofaktoren und -situationen zu reagieren.²⁶ Bei der Analyse der Ursachenzusammenhänge von Gewalt, insbesondere auch von Gewalt in Partnerschaften, zeigte sich, dass neben traditionellen Rollenvorstellungen und Abhängigkeiten in den Partne-

hungen und der erhöhten Gefährdung in Trennungs- und Scheidungssituationen noch weitere Risikofaktoren Gewalt zu begünstigen scheinen.

So scheint das Auftreten von psychischer Gewalt ein relevanter Faktor für weitere Gewalt in Paarbeziehungen zu sein. Die Befunde zeigen auf, dass dort, wo in höherem Maße psychische Gewalt, Kontrolle und Dominanz in Paarbeziehungen durch Partner ausgeübt werden, das Auftreten von körperlicher und sexueller Gewalt ebenfalls hoch ist. In etwa jeder fünften bis sechsten aktuellen Paarbeziehung werden Formen von psychischer Gewalt, extremer Kontrolle und Dominanz in mittlerer bis starker Ausprägung ausgeübt. Dies und auch die destruktiven Folgen von psychischer Gewalt sollten zum Anlass genommen werden, dieser Gewaltform auch in der Öffentlichkeitsarbeit und im Hilfesystem mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Untersuchung konnte aufzeigen, dass zwar Alkoholkonsum und Arbeitslosigkeit des Täters – gerade bei Gewalt in Paarbeziehungen – eine gewaltbeeinflussende Rolle spielen können. Allerdings dürfen diese Faktoren nicht überschätzt werden, da ein relevanter Anteil von gewaltbelasteten Paarbeziehungen nicht mit diesen Problemen in Zusammenhang steht. So waren zwar nach Angaben der Befragten 55% der Gewalt ausübenden Partner in den Situationen häufig oder gelegentlich durch Alkohol oder Drogen beeinträchtigt und dieser Anteil stieg mit der Intensität und Frequenz der ausgeübten Gewalt deutlich an. Immerhin 27% der Frauen gaben aber an, der Partner sei in den Situationen nie durch Alkohol oder Drogen beeinträchtigt gewesen. Das trifft auch für den Faktor Arbeitslosigkeit zu. Zwar waren die Gewalt ausübenden Partner mit einem Anteil von 21% arbeitslosen oder nicht erwerbstätigen Personen mehr als doppelt so häufig ohne Arbeit wie der Durchschnitt der aktuellen Partner (11%).²⁷ Der überwiegende Teil der Gewalt ausübenden Partner (65%) war jedoch erwerbstätig²⁸, was nahe legt, dass die Erwerbssituation kein ausreichend stichhaltiger Erklärungsfaktor für Gewaltbereitschaft in Paarbeziehungen sein kann.

Interessanterweise ließ sich in der vorliegenden Untersuchung – abgesehen von etwas höheren Quoten bei den Beziehungspartnern ohne Schulabschluss – kein Zusammenhang von Gewalt in Paarbeziehungen mit Bildungs- und Schichtzusammenhängen feststellen. Weder zeigte sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen Schulbildung/Berufsausbildung und der Gewalt des aktuellen Beziehungspartners noch ein signifikanter Zusammenhang zwischen dessen Einkommen und seiner Gewaltausübung. Insgesamt bestätigt somit auch die vorliegende Untersuchung, dass Gewalt in Paarbeziehungen kein Schichtphänomen ist. In zukünftigen Analysen wäre es jedoch lohnend, anhand der Daten weiter zu untersuchen, ob es Zusammenhänge zwischen Schichtfaktoren und unterschiedlichen Ausprägungen und Schweregraden von Gewalt in Paarbeziehungen gibt; das gilt auch für andere mögliche Risikofaktoren.

Als zentrale Risikofaktoren für eine Viktimisierung durch sexuelle oder körperliche Gewalt von Frauen konnten die Gewalt in der Herkunftsfamilie sowie Gewalt in Kindheit und Jugend der Befragten bestimmt werden. Die Untersuchungsergebnisse zeigen auf, dass Frauen, die ab dem 16. Lebensjahr körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt haben, in erheblich größerem Ausmaß Gewalt in der Herkunftsfamilie entweder als Zeuginnen elterlicher Gewalt oder durch körperliche Züchtigung der Eltern erlebt haben und relevant häufiger durch sexuellen Missbrauch in Kindheit und Jugend betroffen waren. Frauen, die in Kindheit und Jugend körperliche Auseinandersetzungen zwischen ihren Eltern miterlebt haben, haben später mehr als doppelt so häufig selbst Gewalt durch (Ex-)Partner erlitten, als Frauen, die keine körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den Eltern erlebt haben (47% vs. 21%). Befragte, die in Kindheit und Jugend selbst häufig oder gelegentlich Gewalt durch Erziehungspersonen erfahren haben, waren dreimal so häufig wie andere Frauen von Gewalt in Paarbeziehungen betroffen. Frauen, die Opfer von sexuellem Missbrauch vor dem

16. Lebensjahr geworden sind, wurden mehr als doppelt so häufig später Opfer von Gewalt durch (Ex-)Partner und sie wurden – unabhängig vom Täter-Opfer-Kontext – viermal häufiger Opfer von sexueller Gewalt ab dem 16. Lebensjahr. Diese Befunde zeigen auf, dass der Schutz von Kindern vor körperlichen und sexuellen Übergriffen eine zentrale Maßnahme auch für die Prävention von Gewalt gegen Frauen im Erwachsenenleben darstellt.

Weiterer Forschungsbedarf

Prävalenzdaten zur Betroffenheit von unterschiedlichen Formen von Gewalt in bestimmten Erfassungszeiträumen, bei denen in Betroffene oder Nicht-Betroffene der jeweiligen Gewaltform/Gewalthandlung unterteilt wird, verdecken oft, dass die erlebten Gewaltsituationen nicht als isolierte Phänomene zu betrachten sind. Menschen erleben psychische, sexuelle und körperliche Gewalt in unterschiedlicher Kombination, Ausprägung und Abfolge über den Lebenslauf hinweg, mitunter parallel oder zeitlich versetzt in verschiedenen Lebenskontexten. Die Einteilung in Betroffene hier und nicht Betroffene dort, wie sie die isolierte Betrachtung der Gewaltformen nahe legt, wird den bestehenden Lebensrealitäten und Gewaltbetroffenheiten von Menschen oft nicht gerecht. Tatsächlich gibt es nur sehr wenige Menschen, die keine der genannten Formen von Gewalt jemals erlebt haben. Wenn Gewalt in Kindheit und Jugend einbezogen wird, dann haben nur 14% der befragten Frauen bislang keinerlei sexuelle oder körperliche Gewalt vor und nach dem 16. Lebensjahr erlebt; nur 9% aller befragten Frauen hatten in ihrem Leben weder körperliche noch sexuelle Gewalt noch psychische Gewalt oder sexuelle Belästigung erlebt. Aus dieser Perspektive sind nur wenige Menschen gänzlich frei von Viktimisierungserfahrungen.

Um differenziertere Bilder darüber zu erhalten, in welchen Ausprägungen, Schweregraden und Verbindungen Gewalt im Leben von Menschen und im Lebensverlauf auftritt, sind weitere vertiefende Analysen erforderlich: Muster von Gewaltbetroffenheiten sollten herausgearbeitet werden, sowohl bezogen auf einzelne Menschen und Gewalt in verschiedenen Lebensphasen und sozialen Umfeldern, als auch bezogen auf unterschiedliche Formen und Ausprägungen von Gewalt in Paarbeziehungen. Dies und die Analyse, wann, wo und warum Gewalt beendet wurde oder sich fortsetzte, kann weitere wertvolle Hinweise liefern für wirksame Maßnahmen zur Gewaltprävention und für verbesserte Opferhilfen.

Ein weiterer wichtiger Zusammenhang, der anhand der vorliegenden Daten vertiefend zu prüfen wäre, ist der zwischen Frauengesundheit und Gewalt, da sich hier relevante Verbindungslinien andeuten. Darüber hinaus könnten in einer Folgestudie die Kosten der Gewalt gegen Frauen anhand unterschiedlicher Anhaltspunkte zu gesundheitlichen, psychischen und psychosozialen Folgen der Gewalt und zur Inanspruchnahme institutioneller Hilfen genauer bestimmt werden. Für diese und andere Fragestellungen liegt aus den Daten der vorliegenden Untersuchung noch eine Fülle hochinteressanter Materialien vor, die in differenzierten Analysen und in Kombination unterschiedlicher Untersuchungsbefunde weiter ausgewertet und durch zusätzliche qualitative Befunde ergänzt werden könnten.

3. Zentrale Ergebnisse der Teilpopulationen-Zusatzbefragung

Bei den Zusatzbefragungen verschiedener Teilpopulationen handelt es sich um jeweils eigene größere Untersuchungsteile. Befragt wurden einerseits durch *infas* mit den übersetzten Fragebögen der Hauptuntersuchung 250 türkische und 250 osteuropäische Migrantinnen in türkischer und russischer Sprache²⁹, andererseits durch das IFF in Kooperation mit verschiedenen bundesdeutschen Universitäten und Fachhochschulen – mit modifizierten Fragebögen und unter Beteiligung studentischer Interviewerinnen

nen – 60 Asylbewerberinnen, 88 Frauen in Haft und 110 Prostituierte.

Die Untersuchungsteile sind in unterschiedlicher Weise als repräsentativ und mit der Hauptuntersuchung vergleichbar einzuschätzen. Während die türkisch-russische Zusatzbefragung wegen der höheren Fallzahlen und der identischen Untersuchungsmethodik eher direkte Vergleiche mit der Hauptuntersuchung ermöglicht und bezogen auf die Untersuchungsgruppe der Migrantinnen Tendenzen in der Gewaltbetroffenheit widerspiegelt³⁰, sind bei den anderen Teilpopulationen wegen der geringeren Fallzahlen, der zu vermutenden höheren Selektivität bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen und der modifizierten Methodik und Untersuchungsanlage eher vorsichtige Vergleiche möglich. Die Befragungen der Prostituierten, der Frauen in Haft und der Flüchtlingsfrauen bieten, trotz der geringen Fallzahlen, erste Einblicke in die Gewaltbetroffenheit dieser schwer zugänglichen Teilpopulationen, die darüber hinaus den Blick auf Zusammenhänge zwischen ihren spezifischen Gewalterfahrungen, ihren unterschiedlichen Lebenssituationen und ihren lebensgeschichtlichen Vorerfahrungen eröffnen. Zunächst lässt sich feststellen, daß insbesondere die von uns befragten Teilpopulationen „Prostituierte“, „Inhaftierte“, „Flüchtlingsfrauen“ in deutlich höherem Maße von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt sowie von sexueller Belästigung betroffen waren als die Frauen der Hauptuntersuchung. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden einige zentrale Untersuchungsbefunde im Überblick zusammengefasst.

3.1 Prostituierte

Die befragten Prostituierten hatten – wie andere Untersuchungsgruppen auch – in hohem Maße Gewalt durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt; darüber hinaus stellte aber der Arbeits- und Berufszusammenhang einen zentralen Lebensbereich dar, in dem sowohl körperliche als auch sexuelle Gewalt häufig auftraten. Freier waren neben männlichen Beziehungspartnern die am zweithäufigsten genannte Tätergruppe bei körperlicher und bei sexueller Gewalt. 41% der befragten Prostituierten hatten körperliche oder sexuelle Gewalt (oder beides) im Kontext der Ausübung sexueller Dienstleistungen erlebt. Das erhöhte Risiko Prostituierten, Opfer von Gewalt zu werden, spiegelte sich auch in den Angaben der Frauen zu ihrem Sicherheitsgefühl und in ihren Ängsten vor Gewalt wider. Gerade in ihrem eigenen Zuhause, das vielfach zugleich der Arbeitsraum ist, sowie im Kontext der Ausübung sexueller Dienstleistungen brachten sie ein geringes Sicherheitsgefühl zum Ausdruck und benannten zudem häufig Angst vor körperlichen und sexuellen Übergriffen durch Freier, aber auch durch Unbekannte, Zuhälter, Arbeitskolleginnen und Beziehungspartner.

Somit sind die befragten Prostituierten eine in Bezug auf Gewalt hochgradig gefährdete Gruppe, die sich in hohem Maße unsicher fühlt und zudem von Missbrauchserfahrungen in Kindheit und Jugend besonders betroffen ist. 43% der befragten Prostituierten hatten sexuellen Missbrauch in der Kindheit erlebt, über die Hälfte (52%) wurde von den Eltern häufig oder gelegentlich körperlich bestraft; ein relevant hoher Anteil hatte körperliche Misshandlungen durch die Erziehungspersonen erlitten.

Wie die Ergebnisse der Untersuchung aufzeigen, ist die gesundheitliche und psychische Verfassung vieler Prostituierten äußerst problematisch, was sich unter anderem in erhöhten gesundheitlichen Beschwerden im gynäkologischen, im Magen-Darm-Bereich und in Essstörungen äußert. Etwa die Hälfte der Befragten weist zudem Symptome von Depressionen auf, ein Viertel der Befragten hat häufig oder gelegentlich Selbstmordgedanken, fast ein Drittel hat Angstanfälle und Panikattacken und etwa jede Siebte Selbstverletzungsabsichten in den letzten 12 Monaten gehabt. Die sehr hohen psychischen und gesundheitlichen Belastungen in dieser Befragungsgruppe verdeutlichen zudem der hohe Drogenkonsum (41% hatten in den letzten 12 Monaten

Drogen zu sich genommen) und der erhöhte Tabakkonsum.

Insgesamt deutete sich in der Untersuchung an, dass sowohl der schlechte gesundheitliche und psychische Zustand der Frauen wie auch der Mangel an verbindlichen und stabilen sozialen Bezugspersonen und die zudem vielfach vorhandenen Traumatisierungen und psychischen Beeinträchtigungen durch frühe Gewalterfahrungen in der Kindheit Faktoren sein können, die den eigenen Schutz vor Gewalt und Übergriffen auch im Erwachsenenleben beeinträchtigen und Gefährdungen erhöhen können.

3.2 Frauen in Haft

Auch die befragten inhaftierten Frauen hatten offensichtlich in höherem Maße als die Frauen der Hauptuntersuchung sexuellen Missbrauch und sexuelle Gewalt in der Kindheit und dann im späteren Erwachsenenleben erlitten. Wie die befragten Prostituierten wuchsen die Frauen seltener bei einem oder beiden leiblichen Eltern auf als andere Untersuchungsgruppen.³¹ Ihre Bildungs- und Berufschancen waren deutlich schlechter als bei anderen Untersuchungsgruppen. Ihr Leben vor der Haft war durch ein deutlich höheres Ausmaß an Gewalt, gerade auch an schwerer Gewalt mit Verletzungsfolgen, geprägt. Darüber hinaus war ein auffällig hoher Anteil der Frauen vor der Haft ganz oder teilweise obdachlos oder in anderen vorübergehenden Unterkünften untergebracht und mangelhaft in soziale Bezüge eingebunden.

Als problematisch ist anzusehen, dass die Frauen auch in der Haftsituation weiter Formen von psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt sind. Gut ein Drittel der befragten inhaftierten Frauen (36%) hat körperliche Gewalt in der Haftsituation erlebt; Formen von psychischer Gewalt wurden von 69% der Befragten genannt; sexuelle Gewalt in der Haftsituation und auch sexuelle Belästigung wurde dagegen nur von sehr wenigen Frauen genannt. Als Täterinnen und Täter wurden mit Abstand am häufigsten andere Mitgefängene und – mit einigem Abstand – das Personal in den Justizvollzugsanstalten benannt.

Auch wenn die Haftsituation notwendigerweise durch spezifische Bedingungen der Kontrolle und Freiheitseinschränkung geprägt ist, besteht eine besondere Verantwortung gegenüber inhaftierten Frauen, diese im Kontext der Haftsituation ausreichend vor körperlichen und sexuellen Übergriffen zu schützen.

3.3 Flüchtlingsfrauen

Bei den quantitativen Befunden zu Gewalt gegenüber Flüchtlingsfrauen ist zu berücksichtigen, dass die zugrundeliegende Stichprobe mit 65 Frauen klein ist und die besondere Lebens- und Abhängigkeitssituation vieler Flüchtlingsfrauen, die Tabuisierung von Gewalt in Deutschland und in der eigenen Familie sowie die erschwerte Thematisierung sensibler anderer Themenbereiche (wie Sexualität) aufgrund von spezifischen kulturellen Hintergründen das Antwortverhalten der befragten Flüchtlingsfrauen beeinflussen und eine Untererfassung der tatsächlich bestehenden Gewaltprobleme wahrscheinlich machen. Dass dennoch in der Untersuchung ein so hohes Ausmaß an Gewalt in allen erfassten Gewaltformen und Gewaltkontexten sichtbar wurde, deutet auf hohe Gewaltbetroffenheiten in dieser Untersuchungsgruppe hin. Es ist problematisch, dass diese oftmals bereits in ihren Heimatländern und im Kontext der Flucht viktimisierten und hoch traumatisierten Frauen auch in Deutschland in so hohem Maße körperlicher (51%), sexueller (25%) und psychischer (79%) Gewalt ausgesetzt sind. Dabei handelt es sich sowohl um Gewalt durch Beziehungspartner, um Gewalt und rassistische Übergriffe durch fremde oder kaum bekannte Personen als auch um Übergriffe durch Mitbewohner und Mitbewohnerinnen und Personal in den Wohnheimen und im Kontext der psychosozialen Betreuung und Versorgung.

Wie in anderen Befragungsgruppen scheinen auch die Flüchtlingsfrauen am häufigs-

ten Gewalt durch Partner zu erleben, wobei aufgrund der besonderen Lebens- und Abhängigkeitssituationen sowie vor dem Hintergrund teilweise traditionellerer Geschlechterverhältnisse davon auszugehen ist, dass sich das Problem für Flüchtlingsfrauen in besonderer Schärfe darstellt. Mehr als die Hälfte der befragten Flüchtlingsfrauen, die in einer Paarbeziehung leben, sind von körperlicher, sexueller und auch psychischer Gewalt durch den aktuellen Partner betroffen. Hierbei handelt es sich oftmals um Gewalt von hoher Intensität und Frequenz, der sich die betroffenen Frauen aufgrund von erhöhten Abhängigkeiten nur äußerst schwer entziehen können. Besonders problematisch ist, dass auch psychische, physische und sexualisierte Übergriffe und Grenzverletzungen durch professionelle Helferinnen und Helfer und Beratungs-/Betreuungspersonen in den Wohn- und Übergangsheimen, in Ämtern, Behörden und Hilfseinrichtungen, auf deren Hilfe und Unterstützung die Frauen in besonderer Weise angewiesen sind, keine Seltenheit zu sein scheinen. Dies scheint bislang nur unzureichend bekannt zu sein, vermutlich weil es nur schwer nach außen hin sichtbar wird. Hier besteht eine besondere Fürsorgepflicht auch der staatlichen Instanzen, Frauen vor derartigen Übergriffen zu schützen und Täterinnen und Täter konsequent zur Verantwortung zu ziehen.

3.4 Türkische und osteuropäische Migrantinnen

Frauen aus beiden Migrantinnengruppen haben häufiger als der Durchschnitt der weiblichen Bevölkerung Deutschlands körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt. Während in der Hauptuntersuchung 40% der befragten Frauen angaben, körperliche oder sexuelle Gewalt (oder beides) seit dem 16. Lebensjahr erlebt zu haben, waren es bei den Frauen osteuropäischer Herkunft 44% und bei den Frauen türkischer Herkunft mit 49% fast die Hälfte der Befragten.³²

Bei der Feinanalyse nach Gewaltformen zeigte sich, dass vor allem türkische Migrantinnen mehr körperliche Gewalt seit dem 16. Lebensjahr erlebt haben (46% im Vergleich zu 37% bei den Frauen der Hauptuntersuchung) und osteuropäische Frauen mehr sexuelle Gewalt angegeben haben (17% vs. 13% bei Frauen der Hauptuntersuchung), wobei letzteres möglicherweise auch mit kulturellen Unterschieden in der Benennung von sexueller Gewalt in Zusammenhang steht.

Bei Gewalt in Paarbeziehungen fällt vor allem die hohe Betroffenheit türkischer Frauen auf, die deutlich über dem Durchschnitt der weiblichen Bevölkerung in Deutschland liegt. So hatten in der Hauptuntersuchung insgesamt 25% der Frauen angegeben, Gewalt durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt zu haben, während Frauen türkischer Herkunft dies zu 38% angaben; die Frauen osteuropäischer Herkunft unterschieden sich mit einem Anteil von 28% dagegen kaum von den Befragten der Hauptuntersuchung.

Sichtbar wurde auch, dass die türkischen Migrantinnen nicht nur häufiger von körperlicher Gewalt betroffen waren, sondern auch schwerere Formen und Ausprägungen von körperlicher Gewalt erlitten haben. So waren bezogen auf die erlebten Gewalthandlungen die Anteile der Betroffenen, die verprügelt, gewürgt, mit einer Waffe bedroht oder denen eine Ermordung angedroht wurde, bei den türkischen Migrantinnen jeweils fast doppelt so hoch wie bei den von körperlicher Gewalt betroffenen Frauen der Hauptuntersuchung.

Beide Migrantinnengruppen haben zudem häufiger Verletzungsfolgen durch körperliche Gewaltsituationen erlitten als die Betroffenen der Hauptuntersuchung. So haben bei den osteuropäischen Migrantinnen 61% und bei den türkischen Migrantinnen 64% der von körperlicher Gewalt betroffenen Frauen Verletzungsfolgen genannt, während es bei den Befragten der Hauptuntersuchung 55% waren. Auch bei sexueller Gewalt gaben die türkischen Migrantinnen massivere Formen von sexueller Gewalt (vollendete

Vergewaltigungen) an, die häufiger mit Verletzungsfolgen verbunden waren. Bei den türkischen Migrantinnen, die insgesamt auch mehr Situationen von körperlicher Gewalt in den letzten fünf Jahren erlebt haben als Frauen der Hauptuntersuchung und osteuropäische Migrantinnen, lag zudem der Anteil der Mehrfachviktimsierten deutlich höher.³³ Dies steht auch mit der höheren Betroffenheit durch Gewalt in Familie und Partnerschaft bei den türkischen Migrantinnen in Zusammenhang.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass alle Untersuchungsbefunde auf sehr hohe Betroffenheiten insbesondere der türkischen Migrantinnen durch körperliche und sexuelle Gewalt in Paarbeziehungen und in der Familie hindeuten und dass Frauen osteuropäischer Herkunft demgegenüber stärker durch sexuelle Gewalt durch fremde oder kaum bekannte Täter bzw. durch Täter im Kontext der Arbeitssituation betroffen zu sein scheinen.

Bei der Analyse von psychischer Gewalt deutet sich an, dass Migrantinnen insgesamt, türkische Migrantinnen aber noch mehr als osteuropäische Migrantinnen, psychische Gewalt durch fremde oder kaum bekannte Täter erleben und dass es sich hier in stärkerem Maße um rassistisch oder ausländerfeindlich akzentuierte psychische Gewalt handeln könnte. So gaben 61% der türkischen Migrantinnen und 54% der osteuropäischen, aber nur 42% der überwiegend deutschen Befragungsgruppe der Hauptuntersuchung an, psychische Gewalt durch wenig oder nicht bekannte Personen im öffentlichen Raum erlebt zu haben. 54% der türkischen und 46% der osteuropäischen Migrantinnen, aber nur 26% der befragten Frauen der Hauptuntersuchung gaben an, aufgrund des Geschlechts, des Alters oder der Herkunft benachteiligt oder schlecht behandelt worden zu sein.

Als besondere Problematik für türkische Migrantinnen deutet sich in Zusammenhang mit Familien- und Paarbeziehungen das Thema Zwangsverheiratung an, zu dem knapp 150 der zusätzlich befragten türkischen Migrantinnen, die verheiratet sind oder waren, in einem Zusatzbogen Auskunft gegeben haben. Von den 143 Frauen, die mit einem türkischen Partner verheiratet sind oder waren, haben etwa drei Viertel den Partner vor der Heirat kennen gelernt und ein Viertel (25%) nicht. Bei etwa der Hälfte der Frauen war der Partner von Verwandten ausgewählt worden; 75% dieser Frauen waren mit der Wahl einverstanden, 23% hätten den Partner lieber selbst ausgewählt und knapp 3% machten dazu keine Angaben. Etwa ein Viertel der Frauen, deren Partner durch die Verwandten ausgewählt wurde, waren vor der Eheschließung nicht nach ihrer Meinung zu dem zukünftigen Ehepartner gefragt worden, und 17% hatten zum Zeitpunkt der Eheschließung das Gefühl, zu dieser Ehe gezwungen zu werden. Auch hier deuten sich Formen von psychischer Gewalt gegenüber türkischen Migrantinnen an, die einer weiteren wissenschaftlichen Klärung und ggf. einer spezifischen Unterstützung bedürfen. Eine höhere Betroffenheit zwangsverheirateter türkischer Frauen durch Partnergewalt konnte anhand der vorliegenden Daten allerdings nicht festgestellt werden.

4. Abschließende Bemerkungen

Die erste repräsentative Studie zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland und ihre zusätzlichen Untersuchungsteile konnten insgesamt ein großes Ausmaß von Gewalt gegen Frauen sichtbar machen. Im Vergleich mit den zugänglichen europäischen Prävalenzuntersuchungen ist ein mittleres bis hohes Gewaltausmaß feststellbar, wobei eine Basis für direkte internationale Vergleiche erst noch geschaffen werden muss.

Gewalt gegen Frauen findet überwiegend im häuslichen Bereich statt; ein Großteil der Gewalt wird durch – zumeist männliche – Beziehungspartner ausgeübt; nur zum kleineren – wenn auch nicht unbedeutenden – Teil handelte es sich um Gewalt durch wenig oder nicht bekannte Täter im öffentlichen Raum.

Die Studie konnte besondere Risikosituationen und -gruppen, die verstärkt von Gewalt betroffen sind, identifizieren, zeigt aber insgesamt auf, dass Gewaltbetroffenheit nicht auf bestimmte Gruppen oder Schichten begrenzt ist. Eine intensivierte Beschäftigung mit sogenannten Risikofaktoren und spezifischen Gewaltbetroffenheiten enthält jedoch wichtige Hinweise für die Prävention von Gewalt und die Verbesserung von gezielter Hilfe, Unterstützung und Schutz für Frauen in Gewaltsituationen.

Die Befunde legen einen Handlungs- und Unterstützungsbedarf für gewaltbetroffene Frauen nahe, aber auch die Notwendigkeit, mehr Anstrengungen in Richtung einer frühzeitigeren Intervention, Unterstützung und Prävention zu unternehmen.

Neben der Betroffenheit durch körperliche Gewalt sollte dabei gerade auch der sexuellen und der psychischen Gewalt – innerhalb und außerhalb von Partnerschaften – eine erhöhte Aufmerksamkeit zukommen, vor allem wegen der erheblichen psychischen, psychosozialen und gesundheitlichen Folgen, die mit diesen Gewaltformen häufig verbunden sind.

Der Auf- und Ausbau von möglichst niedrigschwelliger Hilfe und Unterstützung für gewaltbetroffene Frauen, eine stärkere Ausdifferenzierung der Angebote entlang von besonders betroffenen Risikogruppen und spezifischen Bedarfen, aber auch gezielte Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau von Vorurteilen und zur Verbreitung von Informationen über mögliche Hilfe und rechtliche Intervention können langfristig dem Problem entgegenwirken und zum Abbau von Gewalt gegen Frauen beitragen.

Parallel dazu wird auch ein verstärkter Schutz von Kindern vor körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt ein wichtiger Baustein zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Gewalt im Geschlechterverhältnis sein. Damit ist zum einen der Schutz der Kinder vor Gewalt angesprochen, die heute in gewaltförmigen Beziehungen aufwachsen, zum anderen aber auch das Ergebnis, dass Frauen ein weitaus größeres Risiko haben, als Erwachsene Gewalt (durch Partner) zu erleben, wenn sie als Kind Gewalt in nahen Beziehungen oder – unabhängig vom Täter-Opfer-Kontext – sexuelle Gewalt erlebt haben.

Die reichhaltigen Daten, die im Rahmen der vorliegenden Studie erhoben wurden, sollten in den nächsten Jahren weiter differenziert ausgewertet und analysiert werden, um die Themenbereiche Intervention, Prävention, Hilfe/Unterstützung, Migrantinnen, Gewalt und Gesundheit sowie die Kosten der Gewalt noch genauer auszuleuchten. Zugleich sollten sie eine Diskussion darüber anstoßen, wo Gewalt beginnt und wie viele Gesichter sie hat.

Anmerkungen

1 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland – Zusammenfassung zentraler Studienergebnisse –, Bonn 2004. Die Broschüre kann beim Ministerium bestellt werden: Tel.: 0180/5329329, E-Mail: broschuerenstelle@bmfsfj.bund.de (Homepage: www.bmfsfj.de).

2 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (1999).

3 Vgl. im Überblick Hagemann-White (2001), sowie Hagemann-White/Bohne/Micus (2001). Europäische nationale Studien liegen bislang u.a. vor aus: den Niederlanden (Römkens 1997), der Schweiz (Gillioz et al. 1997), England und Wales (vgl. Mirrlees-Black 1999 sowie Walby/Allen 2004); Dänemark (Christiansen/Koch-Nielsen 1992), Portugal (Lourenco et al. 1995), Irland (Kelleher/O'Connor 1995), Finnland (Heiskanen/Piispa 1998); weitere Repräsentativ-Untersuchungen wurden nach einer Recherche im Archiv von Women Against Violence Europe (WAVE) erstellt in: Ungarn, Russland, Polen, Island sowie in Bosnien-Herzegowina (unveröffentlichte Informationspapiere, WAVE, <http://www.wave-network.org>).

4 Zur Einbettung der Projektergebnisse in einen europäischen Vergleich vgl. Bundesministerium

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004). Die Thematik „Gewaltprävalenzen im europäischen Vergleich“ soll in den nächsten Jahren im Rahmen einer an der Universität Osnabrück angesiedelten EU-Forschungsnetzwerk (CAHRV-Coordination Action on Human Rights Violations) in einem Subnetwork zur Prävalenzforschung weiter vertieft werden, an dem auch das IFF der Universität Bielefeld beteiligt sein wird. An dieser Stelle soll jedoch angemerkt werden: Im europäischen Vergleich der Gewaltdefinitionen und abgefragten Gewalthandlungen beruhen die Daten der vorliegenden Untersuchung eher auf engeren Gewaltdefinitionen, da sich einerseits die sexuellen Gewalthandlungen auf Handlungen beziehen, die unter körperlichem Zwang oder Drohung verübt wurden und andererseits bei der Erfassung körperlicher Gewalthandlungen durch Zusätze wie „so dass es Angst machte oder weh tat“ bzw. „verletzen könnte“ versucht wurde, körperliche Übergriffe stärker zu akzentuieren und eine Erfassung von möglicherweise banalen, nicht als Übergriff einzustufenden Handlungen zu begrenzen.

5 Der schriftliche Selbstausfüller konnte im Anschluss an das mündliche Interview in Anwesenheit der Interviewerin ausgefüllt werden und wurde dann in einem verschlossenen Umschlag an die Interviewerin übergeben. Mit dieser Technik, die sich inzwischen auch in der internationalen Forschung bewährt hat und teilweise auch computergestützt durchgeführt wird, sollte eine bessere Aufdeckung von Dunkelfeldern gerade in den sehr sensiblen Problemfeldern von Gewalt in Familien- und Paarbeziehungen erreicht werden.

6 Bei der türkischen Zusatzbefragung wurde lediglich eine kleine Fragebogensequenz zum Thema Zwangsverheiratung angefügt.

7 Das nächste IFF Info erscheint im April 2005. Ein ausführlicher Forschungsbericht zu allen Untersuchungsteilen ist bereits jetzt im Internet verfügbar: Homepage des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, www.bmfsfj.de (Stichwort/Forschungsnetz/Forschungsberichte)

8 Als neutrale Ausfälle wurden Adressänderungen gewertet, nicht aber Ausfälle aus gesundheitlichen Gründen und Personen, die aus anderen Gründen nicht erreicht werden konnten. Verzerrungen in der Stichprobe – etwa durch die Alters-, Bildungs- und Ost-West-Zusammensetzung der Befragten – wurden nachträglich durch Redressmentgewichtung ausgeglichen (vgl. genauer Methodenbericht und Enddokumentation der Studie im Internet).

9 Die zentralen Untersuchungsinstrumente zur Erfassung von körperlicher, sexueller, psychischer Gewalt und sexueller Belästigung orientieren sich an Items, wie sie auch in anderen nationalen und internationalen Prävalenzstudien zu Gewalt verwendet wurden; sie wurden zum Teil für diese Untersuchung modifiziert oder ergänzt.

10 Wetzels/Pfeiffer (1995) verwendeten – wie die vorliegende Untersuchung – einen schriftlichen drop off zur Abfrage sexueller Gewalt; im British Crime Survey (1996 und 2004) erfolgte die anonymisierte Abfrage von häuslicher Gewalt dagegen computergestützt mithilfe eines Laptop (vgl. Mirrless-Black 1999, Walby/Allen 2004).

11 Die Erhebungsinstrumente waren im schriftlichen und mündlichen Teil insofern vergleichbar, als bei körperlicher Gewalt exakt dieselben Handlungen abgefragt wurden; bei sexueller Gewalt in Paarbeziehungen im schriftlichen Fragebogen war zwar – aus Gründen der Vergleichbarkeit mit anderen Studien zu häuslicher Gewalt – eine etwas weichere Formulierung gewählt worden, die jedoch den Charakter einer erzwungenen sexuellen Handlung deutlich beibehielt und damit ebenfalls mit den Angaben im mündlichen Fragebogen vergleichbar bleibt. Für die Erfassung von psychischer Misshandlung in Paarbeziehungen und von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt in Kindheit und Jugend der Befragten wurden im schriftlichen Fragebogen andere, spezifisch für diese Problembereiche entwickelte Instrumente verwendet. Da diese nicht direkt vergleichbar sind mit den Instrumenten zur Erfassung von psychischer Gewalt im mündlichen Fragebogen, die sich auf alle Lebenskontexte bezog, wird in der folgenden allgemeinen Darstellung der Prävalenzen psychischer Gewalt auf die Befunde des mündlichen Fragebogens Bezug genommen, ebenso wie bei den Befunden zur sexuellen Belästigung, die ausschließ-

lich im mündlichen Teil der Untersuchung thematisiert wurde.

12 Die subjektiv erlebte Bedrohlichkeit wurde durch die Frage erfasst, ob die befragte Frau in einer oder mehreren der Situationen Angst hatte, ernsthaft oder lebensgefährlich verletzt zu werden.

13 Daten zu Formen von sexueller Gewalt und Bedrängnis, denen breitere Definitionen von sexueller Gewalt zugrunde liegen, wurden im Rahmen der Untersuchung zwar zu Vergleichszwecken erfasst, aber nicht in die bewusst eng gehaltene Definition von sexueller Gewalt einbezogen. Werden die Angaben zu sexueller Gewalt im mündlichen Fragebogen weiter aufgeschlüsselt, dann gaben knapp 6% aller befragten Frauen an, vergewaltigt worden zu sein, 4% nannten eine versuchte Vergewaltigung, 5% den Zwang zu intimen Körperberührungen, 3% den Zwang zu anderen sexuellen Praktiken und 1% den Zwang, Pornographie nachzuspielen. Sexuelle Gewalt durch Partner benannten insgesamt 7% aller Frauen, die aktuell oder früher in einer Partnerschaft gelebt haben (im mündlichen oder schriftlichen Fragebogen).

14 Diese Angabe bezieht sich nur auf die Erfassung von psychischer Gewalt im mündlichen Fragebogenteil.

15 Diese Angaben beziehen sich auf alle Nennungen von Gewalt durch Partner im mündlichen oder im schriftlichen Fragebogenteil. Partnergewalt im mündlichen Fragebogenteil wurde erfasst anhand von differenzierten Listen von Täterinnen/Tätern in den Nachfragen zu erlebten Handlungen körperlicher oder sexueller Gewalt. Im schriftlichen Fragebogenteil wurde konkret – anhand einer leicht modifizierten Itemliste – nach Gewalt durch den aktuellen oder einen früheren Partner gefragt.

16 Diese Schätzung wurde im Rahmen der Frauenprojektebewegung und Frauenpolitik seit den 1980er Jahren häufiger benannt, und sie schien angesichts der hohen Werte, die nationale und internationale repräsentative Opferbefragungen hervorbrachten, nicht unrealistisch zu sein; vgl. zu nationalen und internationalen Befunden und Dunkelfeldschätzungen u.a. Wetzels et al. (1995); Schröttle (1999); Hagemann-White (2001) und Hagemann-White/Bohne (2002).

17 Vgl. u.a. Schröttle (1999); diese vorsichtigen Schätzungen beruhen auf unterschiedlichen empirischen Befunden aus Ost- und Westdeutschland in den 1980er und 1990er Jahren.

18 Zwar ist aus der Literatur bekannt, dass sexuelle und körperliche Übergriffe auch in lesbischen Partnerschaften eine Rolle spielen können (vgl. Ohms 2000), diese wurde aber im Rahmen der Untersuchung – vielleicht auch wegen der insgesamt niedrigen Beteiligung von Frauen, die angaben, mit Frauen in einer festen Partnerschaft zu leben (unter 1%) – nicht sichtbar.

19 Bei psychischer Gewalt und sexueller Belästigung basieren die Daten auf einer zusammenfassenden Abfrage der psychischen Folgen für alle erlittenen Situationen; bei sexueller und körperlicher Gewalt auf der Abfrage für nur eine, nämlich die einzige/schlimmste Situation. Deshalb ist nur eine direkte Vergleichbarkeit der Kategorien sexuelle Belästigung und psychische Gewalt einerseits, sexuelle und körperliche Gewalt andererseits möglich.

20 36% der betroffenen Frauen gaben im mündlichen Fragebogen an, häufig oder gelegentlich Formen psychischer Gewalt im Kontext von Arbeit, Ausbildung und Schule erlebt zu haben und 19% häufig oder gelegentlich in Familien- und Partnerschaften. Aus den Angaben im schriftlichen Fragebogen geht hervor, dass etwa 17% der Frauen, die zum Befragungszeitpunkt in einer festen Beziehung lebten, durch den Partner Formen von psychischer Gewalt und Kontrolle in mittlerer bis starker Ausprägung erlebten, häufig aber nicht überwiegend in Verbindung mit körperlicher oder sexueller Gewalt.

21 Insbesondere in Partnerschaften, die durch ein hohes Maß an körperlicher und sexueller Gewalt gekennzeichnet sind, tritt psychische Gewalt signifikant häufiger auf als in Partnerschaften, in denen keine körperliche oder sexuelle Gewalt ausgeübt wird.

22 Unter ernsthafteren oder bedrohlicheren Formen werden hier Gewaltanwendungen mit Verletzungsfolgen und/oder Angst vor ernsthafter Verletzung und/oder sexueller Gewalt im strafrechtlich relevanten Sinn verstanden.

23 Eine Anzeige erstattet hatten 10% der Frauen, die körperliche Übergriffe, und 5% der Frauen, die sexuelle Gewalt erlebt haben, sowie 8% der Frauen, die körperliche oder sexuelle Gewalt in Partnerschaften erlebt haben. Bei Verletzungsfolgen erhöht sich dieser Anteil auf 16% bei körperlicher Gewalt, auf 11% bei sexueller Gewalt und auf 16% bei körperlicher und sexueller Gewalt in Partnerschaften. Die Angaben beziehen sich nicht auf Gewaltsituationen, sondern auf Viktimisierte und die Frage, ob Betroffene in Gewaltsituationen jemals die Polizei eingeschaltet oder Anzeige erstattet haben.

24 19% bei Frauen, die Verletzungsfolgen oder eine Angst vor ernsthafter/lebensgefährlicher Verletzung genannt haben; 26% bei den Frauen, die Verletzungsfolgen hatten.

25 Während Frauen, die vor ihrer heutigen Partnerschaft keine andere Partnerschaft hatten, nur zu 13% Gewalt in Partnerschaften erlebt haben, waren es bei denen, die eine bis zwei Partnerschaften und Trennungen hinter sich hatten, 33% und bei weiteren Trennungen 50% bis hin zu 64%.

26 Vgl. zu Ursachen und Entstehungsbedingungen von Gewalt im Geschlechterverhältnis u.a. Minssen/Müller (1995), Schröttle (1999), Dackweiler/Schäfer (2002).

27 Partner im Ruhestand/Vorruhestand wurden nicht der Kategorie der Arbeitslosen/nicht Erwerbstätigen, sondern einer eigenen Kategorie zugeordnet. Die Angaben beziehen sich auf die Stichprobe der in der aktuellen Partnerschaft gewalttätigen Partner im Vergleich mit dem Durchschnitt aller aktuellen Partner.

28 Dies entspricht in etwa der durchschnittlichen Erwerbstätigenquote der aktuellen Partner, bei denen allerdings der Anteil der Ruheständler/Vorruheständler – auch wegen der höheren Altersverteilung – höher war.

29 In die Endauswertung der Migrantinnenbefragung flossen sowohl diese jeweils 250 in türkischer und russischer Sprache durchgeführten Interviews aus der Zusatzerhebung ein wie auch die deutschsprachigen Interviews mit Frauen türkischer und russischer Herkunft aus der Hauptuntersuchung. Damit konnten insgesamt 397 Interviews mit türkischen und 862 Interviews mit osteuropäischen Frauen in die Auswertung eingehen.

30 Inwiefern sie tatsächlich die jeweiligen Migrantinnengruppen in Deutschland repräsentieren, kann – auch wegen unzureichender repräsentativer Eckdaten für diese Untersuchungsgruppen – nicht abschließend beurteilt werden; u.a. wegen der geringen Ausfallquoten und der hohen Akzeptanz der Untersuchung, aber auch wegen der Vergleichbarkeit von Untersuchungsdesign, Methodik und Gewinnung der Interviewpartnerinnen durch Zufallsauswahl aus der Gemeindestichprobe kann jedoch nicht von großen Selektivitäten ausgegangen werden.

31 Nur knapp die Hälfte der befragten Inhaftierten (46%) waren in ihrer Kindheit ganz oder überwiegend bei beiden leiblichen Eltern aufgewachsen (in der Hauptuntersuchung waren es 81%); 26% wuchsen überwiegend bei einem leiblichen Elternteil (zumeist bei der Mutter) auf und 22% nicht bei den leiblichen Eltern, sondern bei anderen Personen.

32 Die folgenden Aussagen beziehen sich auf insgesamt 397 Interviews mit türkischen und 862 Interviews mit osteuropäischen Migrantinnen; von diesen Interviews wurden jeweils 250 im Rahmen der türkisch-russischen Zusatzbefragung und der Rest im Rahmen der Hauptuntersuchung in deutscher Sprache erhoben. Die Daten der Teilstichproben werden im Folgenden verglichen mit dem Durchschnitt der weiblichen Bevölkerung in Deutschland, der durch die Stichprobe aller 10.264 Befragten der Hauptuntersuchung repräsentiert wird.

33 So lag bei den türkischen Frauen, die in den letzten 5 Jahren körperliche Gewalt erlitten haben, der Anteil der Mehrfachviktimsierten bei 71%, bei den osteuropäischen Migrantinnen bei 53% und bei den Befragten der Hauptuntersuchung bei durchschnittlich 60%.

Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Bonn 1999.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): „Lebenssituation, Sicherheit

- und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland – Zusammenfassung zentraler Studienergebnisse –, Bonn 2004.
- Christiansen, E./Koch-Nielsen, I.: Vold ude og hjemme [Violence against Women], Copenhagen, Denmark, Socialforskningsinstituttet 1992 (Zitiert nach Hagemann-White 2001).
- Dackweiler, Regina/Schäfer, Reinhild (Hgg.): Gewalt-Verhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt, Frankfurt am Main 2002.
- Gillioz, L./de Puy, J./Ducret, V.: Domination et violence envers la femme dans le couple [Domination and violence towards women within the couple], Lausanne 1997.
- Hagemann-White, Carol: European Research on the Prevalence of Violence against Women, in: Violence against Women, Vol 7, No. 7, Juli 2001, 732-759.
- Hagemann-White, Carol/Bohne, Sabine/Micus, Christiane: Materialien zur Vorbereitung einer europäisch vergleichbaren Prävalenzuntersuchung zu Gewalt gegen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Osnabrück 2001.
- Hagemann-White, Carol/Bohne, Sabine: Versorgungsbedarf und Anforderungen an Professionelle im Gesundheitswesen im Problembereich Gewalt gegen Frauen, Expertise für die Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“, Osnabrück/Düsseldorf 2002.
- Heiskanen, Markku/Piispa, Minna/Hope, Faith: Battering – A National Victim Survey on Men's Violence against Women in Finland, Helsinki 1998.
- Holzbecher, Monika/Braszeit, Anne/Müller, Ursula/Plogstedt, Sibylle: Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Schriftenreihe des BMJFFG, Band 260, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1992.
- Kelleher, Patricia/O'Connor, Monica: Making the links. Towards an integrated strategy for the elimination of violence against women in intimate relationships with men, Dublin 1995.
- Lourenco, Nelson/Lisboa, Manuel/Pais, Elza: Violencia contra as mulheres [Violence against Women], Lisboa 1997 (Zitiert. n. Hagemann-White 2001).
- Minssen, Angela/Müller, Ursula: Wann wird ein Mann zum Täter? Psycho- und Soziogenese von männlicher Gewaltbereitschaft gegenüber Frauen – Eine Literaturobwohlwertung, Schriftenreihe des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann NRW, Duisburg 1995.
- Mirrlees-Black, Catriona: Domestic violence: Findings from a new British Crime Survey self completion questionnaire, Home Office Research Study 191, London 1999.
- Ohms, Constance: Gewalt gegen Lesben, Berlin 2000.
- Römkens, Renee: Prevalence of Wife Abuse in the Netherlands. Combining Quantitative and Qualitative Methods in Survey Research, in: Journal of Interpersonal Violence, 1/1997, 99-125.
- Schrötte, Monika: Politik und Gewalt im Geschlechterverhältnis. Eine empirische Untersuchung über Ausmaß, Ursachen und Hintergründe von Gewalt gegen Frauen in ostdeutschen Partnerschaften vor und nach der deutsch-deutschen Vereinigung, Bielefeld 1999.
- Walby, Sylvia/Allen, Jonathan: Domestic violence, sexual assault and stalking: Findings from the British Crime Survey, Home Office Research Study 276, London 2004.
- Wetzels, Peter/Greve, Werner/Mecklenburg, Eberhardt/Bilky, Wolfgang/Pfeiffer, Christian: Kriminalität im Leben alter Menschen. Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht. Schriftenreihe des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 105. Bonn 1995..
- Wetzels, Peter/Pfeiffer, Christian: Sexuelle Gewalt gegen Frauen im öffentlichen und im privaten Raum. Ergebnisse der KFN-Opferbefragung 1992, KFN-Forschungsberichte Nr. 37, Hannover 1995.

*Prof. Dr. Ursula Müller
Dr. Monika Schrötte
Interdisziplinäres
Zentrum für Frauen- und
Geschlechterforschung
(IFF)
Universität Bielefeld,
Postfach 100131
33501 Bielefeld
Email:
ursula.mueller@uni-
bielefeld.de und
monika.schroettle@uni-
bielefeld.de*

Frauen – Mathematik – Männer: Ein Tagungsrückblick

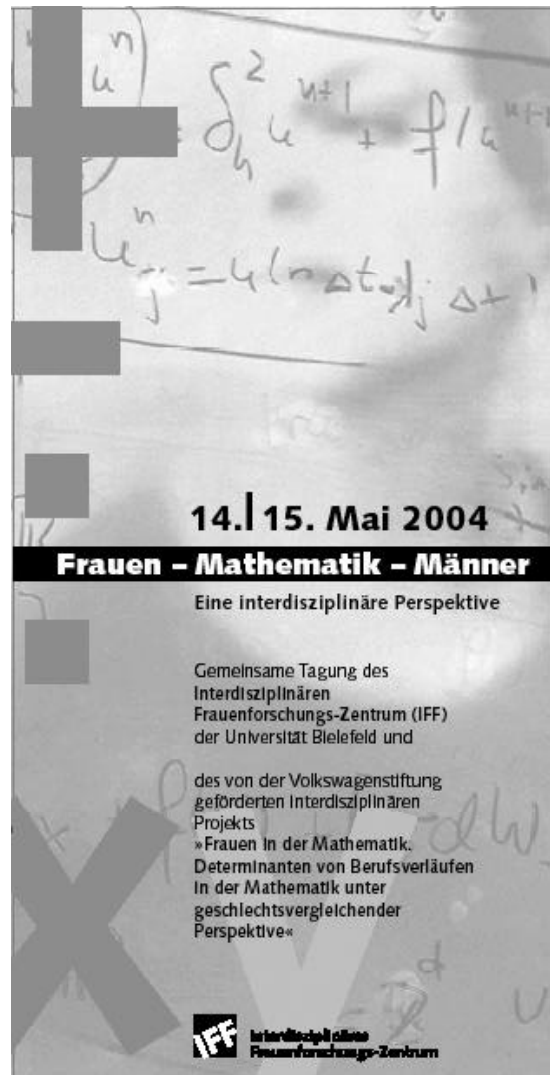
Im Mai diesen Jahres veranstaltete das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Universität Bielefeld gemeinsam mit dem von der Volkswagenstiftung geförderten interdisziplinären Forschungsprojekt „Frauen in der Mathematik. Determinanten von Berufsverläufen in der Mathematik unter geschlechtervergleichender Perspektive“ die Tagung „Frauen – Mathematik – Männer“. Mehr als 30 TeilnehmerInnen – Studierende, LehrerInnen, WissenschaftlerInnen, Frauenbeauftragte, HochschuldozentInnen – aus unterschiedlichen „Ecken“ Deutschlands, aus Österreich und Frankreich folgten der Einladung zu dieser zwei Tage dauernden, interdisziplinär angelegten Tagung.

Innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung in oder zur Mathematik können einige zentrale Forschungsschwerpunkte identifiziert werden, die insgesamt einen umfassenden und dabei interdisziplinären Blick auf „Geschlechterverhältnisse (in) der Mathematik“ eröffnen. Diese sind:

1. die wissenschaftshistorische und die wissenschaftstheoretische Perspektive auf die Entwicklung der Mathematik als Wissenschaftsdisziplin, die u.a. die Geschichte der Frauen in der Mathematik sowie Exklusionsprozesse während dieser Disziplinentwicklung betrachtet und sich kritisch mit dem eigenen Wissenschaftsverständnis dieser Disziplin und dessen Grundlagen auseinandersetzt;
2. die sozialpsychologische und fachdidaktische Perspektive, die sich in empirischen Studien vor allem mit Fragen nach den Ursachen geschlechtsspezifischer Unterschiede hinsichtlich des Interesses an Mathematik, der Einstellung zur Mathematik oder der Leistung in Mathematik bei Schülern und Schülerinnen beschäftigt und dabei auch kritisch die Fachdidaktik der Mathematik beleuchtet;
3. die organisations- und berufssoziologische Perspektive, die vor allem quantitative und qualitative Untersuchungen zur Studiensituation von Mathematikstudierenden, zu Berufs- und Karriereverläufen von MathematikerInnen und zu heutigen Prozessen des „doing gender“ in der Mathematik beinhaltet.

16 Wissenschaftlerinnen und ein Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen (Mathematik, Pädagogik, Soziologie, Psychologie) stellten auf der Tagung aktuelle Diskussionsstränge und neue Forschungsergebnisse zu diesen Forschungsfeldern vor und luden zu einem interdisziplinären Austausch ein. Die Tagung widmete sich dabei vier Themenschwerpunkten, die für die mathematikbezogene Frauen- und Geschlechterforschung bis heute von großer Aktualität sind und die Bandbreite dieses Forschungsfeldes aufzeigen.

Im ersten Themenschwerpunkt der Tagung „Frauen/Männer in der Mathematik – gestern und heute“ wurden in zwei Beiträgen Ergebnisse aus dem von der Volkswagenstiftung



geförderten interdisziplinären Forschungsprojekt „Frauen in der Mathematik. Determinanten von Berufsverläufen in der Mathematik unter geschlechtervergleichender Perspektive“ vorgestellt. *PD Dr. Renate Tobies* (Fraunhoferinstitut für Techno- und Wirtschaftsmathematik, Kaiserslautern) beschrieb in ihrem Beitrag „Berufswege von Frauen und Männern in der Mathematik – gestern“ Berufsverläufe von Mathematikerinnen und Mathematikern vom Anfang bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Ihre auf einer umfassenden Aktenanalyse beruhenden Aufarbeitung des historischen Materials basiert auf zwei repräsentativen Stichproben: Einerseits auf der geschlechtervergleichenden Untersuchung der Berufswege von 3.040 Personen, die im Zeitraum von 1902 bis 1940 erfolgreich ein Lehramtsstaatsexamen im Hauptfach Mathematik abgelegt hatten und andererseits auf der Analyse der Berufswege der rund 1.400 Mathematikern und Mathematikerinnen, die im Zeitraum von Wintersemester 1907/08 bis zum Wintersemester 1944/45 an deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen in Mathematik promoviert hatten. Darüber hinaus ging Renate Tobies in ihrem Vortrag auch auf einige grundsätzliche methodische Fragestellungen der Biografienforschung in der Mathematik ein. *Prof. Dr. Andrea Abele-Brehm* (Lehrstuhl für Sozialpsychologie an der Universität Erlangen-Nürnberg) kontrastierte in ihrem Vortrag „Berufswege



Die Veranstalterinnen der Tagung (von links nach rechts: Dr. Anina Mischau, Prof. Dr. Andrea Abele-Brehm und PD Dr. Renate Tobies)

von Frauen und Männern in der Mathematik – heute“ die Befunde von Renate Tobies mit aktuellen Ergebnissen, die auf einer repräsentativen Stichprobe von über 1.000 Absolventinnen und Absolventen eines Studiengangs Mathematik (Diplom und Staatsexamen) des Jahrgangs 1998 basieren. Diese Personen wurden 1998 zum ersten Mal, 2001 zum zweiten Mal und 2003 zum dritten Mal befragt. Untersucht wurden die Berufswege sowie die Determinanten des mehr oder weniger gelungenen Berufseinstiegs dieser Personen, wobei unter einer geschlechtervergleichenden Perspektive drei Gruppen differenziert betrachtet wurden: Personen, die zwecks Promotion an einer Forschungsinstitution verbleiben, Personen, die in der Privatwirtschaft arbeiten und LehrerInnen. Der Schwerpunkt des Vortrages lag

auf der Darstellung der bislang unveröffentlichten Befunde aus der dritten Befragungswelle und zeigt auf, in welchen Aspekten sich die Berufswege von Mathematikerinnen und Mathematikern unterscheiden und in welchen nicht. Darüber hinaus wurden potentielle Ursachen der Gemeinsamkeiten und Unterschiede diskutiert.

Dem zweiten Themenschwerpunkt der Tagung „Geschlecht und Disziplin – ein wissenschaftskritischer Blick auf die Mathematik“ widmeten sich vier Vorträge, die sich aus der Innen- wie der Außenperspektive mit der Mathematik als Wissenschaftsdisziplin, ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Vergeschlechtlichung sowie deren Überwindung beschäftigten. *PD Dr. Elvira Scheich* (Technische Universität Berlin) setzte sich in ihrem Vortrag „Wissenschaftsordnung und Wissenschaftsverständnis in der Neuzeit. Die Stellung der Mathematik und die Rolle der Frauen“ kritisch mit dem Programm der Aufklärung „gesellschaftliche Emanzipation durch Naturwissen“ auseinander. Sie zeigte auf, dass eine erste grundlegende Einschränkung offenkundig wird, wenn die Repräsentationsfunktion des Weiblichen für die Ordnung des Wissens und die Exklusion der Frauen aus dem Wissenschaftlerkollektiv miteinander in Beziehung gesetzt werden. Ihre weiteren Betrachtungen richteten sich dann auf die kollektive Praxis der Wissenschaften bei der experimentellen Herstellung von Naturtatsachen und der ma-

thematischen Konstruktion von Kausalität sowie auf die Analyse der „empirischen Wende“ des Wissenschaftsverständnisses um 1800, in der das Geschlechterverhältnis ebenso wie andere Formen sozialer Herrschaft als Naturverhältnisse beschrieben und festgeschrieben wurden. Dabei zeigte Elvira Scheich auf, dass die Versuche zur Re-Integration der auf diese Weise ausgeschlossenen Wissenschaftssubjekte Dissonanzen, Ambivalenzen und Störungen der hierarchischen Ordnung hervor bringen und die Herausforderung, einer neuen Wissenschaftsordnung und ihrer Darstellung, Geltung zu verschaffen, sichtbar machen.

Prof. Dr. Claus Peter Ortlieb (Fachbereich Mathematik, Universität Hamburg) zeichnete in seinem Vortrag „Mathematisch-naturwissenschaftliche Methode und Geschlecht“ nach, inwieweit die für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnisakt notwendige Abspaltung der individuellen, weiblich konnotierten Anteile (Elimination des „subjektiven Faktors“) dem gleichen Schema folgte, das sich bereits bei der „Herausbildung“ des erkennenden Subjektes (Transzendentalsubjekt) im Verlauf der Entwicklung der mathematischen, objektiven Naturerkenntnis in Europa (Mitte des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts) und der damit entstehenden neuen „bürgerlichen“ Denkform sowie „objektiven“ Erkenntnisprozesse und -formen zeigte.

Prof. Dr. Irene Pieper-Seier (Institut für Mathematik, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) konstatierte in ihrem Vortrag „Mathematikbezogene Geschlechterforschung – ein interdisziplinäres Arbeitsfeld“ zunächst, dass sich vorliegende Studien im Feld „Frauen – Männer – Mathematik“ vor allem auf die Akteure in der Mathematik beziehen, nicht jedoch auf Inhalte, Methoden, Begriffe und Erkenntnisprozesse in der Mathematik selbst. Legt man die von E. F. Keller vorgeschlagenen Kategorien zugrunde, so konzentrieren sich nach Irene Pieper-Seier diese Arbeiten im Wesentlichen auf die Analyseebene „Women in Mathematics (Science)“, während die Ebene „Gender in Science (Mathematics)“ bislang noch unbestimmt ist. Auch in der auf die Mathematik bezogenen Geschlechterforschung erscheint das Wissenssystem der Mathematik als unanfechtbare Bastion. Irene Pieper-Seier plädierte in ihrem Vortrag daher dafür, detaillierter als bisher in den Mittelpunkt der Geschlechterforschung zu stellen, dass Mathematik in einem Arbeitsprozess entsteht, der von Individuen in einem gesellschaftlichen Umfeld geleistet und sozial abgesichert wird. Es kommt darauf an, nicht nur die Akteure zu beachten, sondern auch die Produkte und Artefakte, die sie hervorbringen und den Prozess, in dem diese erarbeitet werden und in der Community akzeptiert werden, insbesondere unter Beachtung der Gender-Perspektive. Eine solche Betrachtungsweise muss nach Irene Pieper-Seier Innenperspektive und Reflektion verbinden und zugleich berücksichtigen, dass auch Gender in einem sozialen Prozess hergestellt wird.

Auch *Mechthild Koreuber* (Zentrale Frauenbeauftragte, Freie Universität Berlin) hob in ihrem Vortrag „Die Dialogizität der mathematischen Texte Emmy Noethers: Anknüpfungspunkt für eine feministische Perspektive?“ zunächst noch einmal hervor, dass sich die Wissenschaft Mathematik einerseits gegenüber einer in das Fach integrierten Reflexion aus der Geschlechterperspektive zumeist sperrig gezeigt hat, dass aber andererseits auch bislang nur wenige Versuche unternommen worden sind, sich mit den Produkten mathematischer Tätigkeit aus einer feministischen Perspektive heraus zu befassen. Könnte, so ihre Ausgangsfrage, eine historisch und wissenschaftstheoretisch motivierte Leseart mathematischer Texte, deren Ziel Kontextualisierung ist, zu neuen Perspektiven auf die Mathematik führen? In ihren Untersuchungen der Publikationen Emmy Noethers (1882-1935) ist Mechthild Koreuber auf eine spezifische Art des Schreibens gestoßen, die sie, inspiriert durch den Literaturwissenschaftler Michail Bachtin, mit Dialogizität charakterisiert. Anhand von Textbeispielen ging Mechthild Koreuber sodann in ihrem Vortrag den Fragen nach, ob Dialogizität ein Anknüpfungspunkt für

eine feministische Perspektive sein kann oder aber, ob es eine durch den feministischen Hintergrund geschärfte Wahrnehmung ermöglicht, spezifische Arten mathematischen Schreibens und damit ggf. auch neue Formen der Erkenntnisprozesse zu verstehen?

Dem dritten Themenschwerpunkt der Tagung „Geschlecht und Mathematikunterricht – eine fachdidaktische und sozialpsychologische Perspektive auf die Mathematik“ waren drei Vorträge zugeordnet. *Britta Pohlmann* (Institut für Psychologie, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) ging in ihrem Vortrag „Zur Genese mathematischer und verbaler Selbstkonzepte bei Schülerinnen und Schülern“ auf Geschlechtsunterschiede bei der Genese akademischer Selbstkonzepte ein. Akademische Selbstkonzepte gelten als wichtige Einflussgrößen leistungsthematischen Verhaltens. Im Bereich der Pädagogischen Psychologie ist ihre Genese insbesondere im Zusammenhang mit dem Bezugsrahmenmodell (Internal/External frame of reference- Model; kurz: I/E-Modell) diskutiert worden. Dem Modell zufolge verwenden Schüler zur Einschätzung eigener Fähigkeiten zwei verschiedene Bezugsrahmen: Innerhalb des externalen Bezugsrahmens vergleichen sie ihre Leistungen in einem Fach mit den Leistungen ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler (sozialer Vergleich). Innerhalb des internalen Bezugsrahmens werden die eigenen Leistungen in einem Fach mit den eigenen Leistungen in anderen Fächern verglichen (dimensionaler Vergleich). Das Zusammenwirken dieser beiden Prozesse bietet somit eine Erklärung für das häufig beobachtete Phänomen, dass das mathematische und das verbale Selbstkonzept nahezu unkorreliert sind, obwohl die entsprechenden Leistungen einen hohen positiven Zusammenhang aufweisen. Aufgrund von Ergebnissen aus einer eigenen empirischen Studie konnte *Britta Pohlmann* darstellen, dass sich, entsprechend den Geschlechtsstereotypen, im mathematischen Bereich deutliche Unterschiede zu Gunsten der Jungen zeigen, im verbalen Bereich dagegen leichte Unterschiede zu Gunsten der Mädchen. Das I/E-Modell zeigt sich robust gegenüber dem Faktor Geschlecht, d. h. sowohl Mädchen als auch Jungen ziehen zur Ausbildung ihrer mathematischen und verbalen Selbstkonzepte soziale und dimensionale Vergleichsinformationen heran. Als moderierende Variablen sind in diesem Zusammenhang Geschlechtsstereotype relevant, die wiederum durch die Geschlechtstypizität der Fächer wirksam werden.

Prof. Dr. Ruth Rustemeyer und *Natalie Fischer* (Institut für Psychologie, Universität Koblenz) stellten in ihrem Vortrag „Förderung von Schülerinnen und Schülern im Mathematikunterricht“ Ergebnisse ihrer Studie vor, in der rund 250 Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Klassenstufen der Sekundarstufe I im Fach Mathematik hinsichtlich motivationaler Variablen und ihrer Mathematikleistungen untersucht wurden. In dieser Studie zeigten sich signifikante Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen in zentralen motivationalen Variablen, die nach dem „Erwartungsmal-Wert-Modell“ sowohl die Erwartungskomponente als auch die Wertzuschreibung beeinflussen können. So hatten Mädchen bezogen auf das Unterrichtsfach Mathematik u.a. ein niedrigeres Selbstkonzept, geringere Selbstwirksamkeitserwartungen und Kontrollüberzeugungen und schätzten die Mathematik subjektiv als weniger wichtig und nützlich ein als Jungen. Diese Unterschiede ließen sich unabhängig von den Mathematikleistungen feststellen. Weiter wurde bereits von der siebten Jahrgangsstufe an bei beiden Geschlechtern ein signifikanter Abfall bei den meisten motivationsrelevanten Variablen festgestellt. Ausgehend von diesen Ergebnissen wurde im weiteren Verlauf des Vortrags ein eigens entwickeltes LehrerInnentrainingsprogramm vorgestellt, dessen Schwerpunkt auf der Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen der Mathematiklehrkräfte liegt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Lehrperson zur Aufrechterhaltung negativer Selbsteinschätzungen der Schülerinnen beiträgt. Das Training enthält verschiedene Module, in denen die Information der Lehrkräfte im Sinne

einer Verbesserung problemrelevanten Wissens wie auch die Verhaltenskontrolle und Verhaltensänderung im Unterricht im Mittelpunkt stehen.

Prof. Dr. Gabriele Kaiser (Fachbereich Erziehungswissenschaften, Universität Hamburg) und Dr. Helga Jungwirth (Didaktisch-pädagogische Beratung, München) setzten sich in ihrem Vortrag „Feministische Ansätze zur Forschung in der Mathematikdidaktik“ mit der Anschlussfähigkeit feministisch-theoretischer Diskurse und den Potentialen derselben für die Mathematikdidaktik auseinander. Grundlage ihrer Überlegungen bildete der Ansatz des „Doing Gender“, der in der feministischen Diskussion stark vertreten wird, in der mathematikdidaktischen Diskussion aber noch kaum Resonanz gefunden hat. Eine spezifische Zuspitzung stellt die diskurstheoretische Position innerhalb dieses Ansatzes dar, die die soziale Realität und damit auch das Phänomen Geschlecht in seiner Gesamtheit als durch den Diskurs, also über sprachliche Abhandlungen und Auseinandersetzungen, hergestellt sieht. Davon ausgehend wurde, so die Ausführungen von Gabriele Kaiser und Helga Jungwirth, in der Mathematikdidaktik u.a. die Konstruktion der Vorstellung von der Minderbefähigung des weiblichen Geschlechts für Mathematik im Zusammenwirken der Bilder vom idealen Kind, vom genuin mathematischen Arbeiten und von den Geschlechterstereotypen aufgezeigt. Eine andere Zuspitzung nimmt die ethnomethodologische Position vor. Sie fokussiert auf die interaktive Herstellung von Geschlecht. Von diesem Ansatz aus wurde in der Mathematikdidaktik untersucht, wie durch bestimmte Handlungspraktiken von Lernenden und Lehrenden Geschlecht und Mathematik verknüpft werden und somit Weiblichkeit bzw. Männlichkeit im Verhältnis zur Mathematik hergestellt wird. Veränderungsmöglichkeiten des status quo eröffnen sich von diesem Ansatz ausgehend durch „Undoing Gender“. Abschließend gingen Gabriele Kaiser und Helga Jungwirth noch auf Konzepte für eine auf diesen theoretischen Diskursen aufbauende Arbeit mit Lehrkräften und Erkenntnisse aus deren Einsatz ein.



„Gruppenbild mit Herrn“: Die ReferentInnen der Tagung

Der vierten Themenschwerpunkt „Geschlecht, Studienfach, Beruf – eine berufssoziologische Sicht auf die Mathematik“ umfasste noch einmal vier Vorträge. Dr. Anina Mischau (IFF, Universität Bielefeld) und Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink (Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main) stellten in ihrem Vortrag „Prozesse des doing gender in der Mathematik. Ergebnisse einer empirischen Studie über Mathematikstudierende“ erste quantitative Teilergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt vor. In einem ersten Schritt erläuterten sie die theoretische Verortung des Projektes in dem organisationssoziologischen Ansatz von Joan Acker und ihre Modifizierung dieses Ansatzes auf folgende These: Nicht nur die Universität als Organisation, sondern auch wissenschaftliche Disziplinen sind geschlechtsstrukturiert, d.h. strukturelle, symbolische, interaktionale und mentale Pro-

zesse des „doing gender“ tragen dazu bei, dass Hochschuldisziplinen und in diesem Fall die Mathematik, keine neutralen sozialen Gebilde sind, sondern Geschlechterasymmetrien reproduzieren. In dem Projekt untersuchen Anina Mischau und Birgit Blättel-Mink, inwieweit sich durch beobachtbare Veränderungen auf der strukturellen Ebene, d.h. dem steigenden Studentinnenanteil, auch die Prozesse auf der symbolischen, der interaktionalen und der mentalen Ebene verändern, auf allen Ebenen (mögliche) Unterschiede zwischen den Geschlechtern also verschwinden oder sich zumindest nivellieren, d.h. statistisch nicht mehr signifikant sind. Um erste Antworten auf diese Frage zu finden, wurden in dem Vortrag quantitative Teilergebnisse aus dem Gesamtprojekt vorgestellt, die die „schulische



„schulische Vorprägung“ der befragten Studierenden, ihre Gründe für die Studienfachwahl, ihre Einstellung und Affinität zur Mathematik sowie ihre Wahrnehmung und Einschätzung symbolischer, interaktionaler und mentaler Aspekte des Studienfaches betreffen.

PD Dr. Andrea Blunck (Fachbereich Mathematik, Universität Hamburg) präsentierte in ihrem Vortrag „Geschlecht und Fachkulturen in der Mathematik. Ergebnisse aus einer Befragung von Mathematikstudierenden

der Universität Hamburg“ für ihre Universität ergänzende qualitative Teilergebnisse aus dem Forschungsprojekts „Prozesse des doing gender in der Mathematik“, an dem sie als Kooperationspartnerin beteiligt war. Vertiefend zu den quantitativen Ergebnissen analysierte sie 10 an der Universität Hamburg durchgeführte qualitative Leitfadenterviews mit je vier Studierenden der Studiengänge Mathematik-Diplom und Wirtschaftsmathematik und zwei Studierenden des Höheren Lehramts Mathematik hinsichtlich der folgenden Aspekte: Gründe für das Interesse an Mathematik, Interesse an anderen Fächern, das Verhältnis zwischen den Geschlechtern im Studium, die Einschätzung der eigenen Leistung, Meinungen zu „Mathematik als Männerdomäne“. Ihr mit zahlreichen Originalzitatzen illustrierter Vortrag belegte hierbei die immer noch vorhandenen Geschlechtsstereotype in der Mathematik.

Dr. Beate Curdes (Institut für Mathematik, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) stellte in ihrem Vortrag „Mathematikstudentinnen und -studenten – Studiererfahrungen und Zukunftsvorstellungen“ quantitative Teilergebnisse aus dem gleichnamigen Forschungsprojekt vor. In diesem wurde untersucht, warum in der Mathematik Frauen immer noch in wesentlich geringerem Maße als Männer eine Promotion oder Habilitation anstreben. Dabei wurde die Frage in den Vordergrund gestellt, wie sich studienspezifische Ursachen wie etwa das persönliche Bild von Mathematik oder die Wahrnehmung der eigenen Leistungsstärke im Vergleich zu Problemen wie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf die Einstellungen zu einer möglichen Promotion auswirken. Im Rahmen des Projekts wurde zunächst eine quantitative Studie durchgeführt, in der u.a. ein Mathematiktest und ein Fragebogen eingesetzt wurden. Anschließend wurden qualitative Interviews mit ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern der quantitativen Untersuchung geführt. Der Vortrag von Beate Curdes fokussierte auf quantitative Teilergebnisse. Mit Hilfe eines Strukturgleichungsmodells untersuchte sie die in Hauptkomponentenanalysen ermittelten Einflussfaktoren darauf hin, ob und wie stark sie die Einstellungen zu einer möglichen Promotion beeinflussen und wie sie untereinander zusammenhängen. Die durch das Strukturgleichungsmodell ermit-

telten Zusammenhänge zeigten, dass die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie keinen signifikanten Einfluss auf die Einstellungen zur Promotion ausübt. Zwei andere Ursachenkomplexe, die sich direkt auf das Studienfach Mathematik beziehen, wirkten sich dagegen deutlich aus. Einer dieser Komplexe umfasst die Faktoren zur Einstellung zu Mathematik und zu mathematischer Forschung. Ein weiterer wichtiger Komplex ist die Einschätzung der eigenen mathematischen Leistungsfähigkeit und die Fähigkeitsattribution. Die Ergebnisse zeigen damit, dass die Einstellungen zu einer möglichen Promotion während des Studiums durch mathematik- und studienspezifische Ursachen deutlich stärker beeinflusst werden als durch gesellschaftliche Bedingungen.

Alina Rull und *Eva Buckstegge* (Institut für Mathematik, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) hielten in Vertretung von Kristina Hackmann und Stephanie Radtke den abschließenden Vortrag „Berufliche Biographien von Professorinnen der Mathematik in Deutschland und Status in der Wissenschaftsdisziplin“. Sie präsentierten erste Ergebnisse aus dem noch laufenden interdisziplinären Forschungsprojekt „Status von Frauen in der Wissenschaftsdisziplin Mathematik“. In diesem werden Leitfadenterviews mit erfolgreich etablierten Mathematikerinnen u.a. hinsichtlich zweier Aspekte inhaltsanalytisch ausgewertet: (a) Berufssoziologische Bedingungen, unter denen Frauen sich in der Mathematik als universitärer Wissenschaft erfolgreich behaupten, d. h. promovieren, habilitieren und auf eine Professur berufen werden; (b) Strukturen des Faches unter geschlechterdifferenzierender Perspektive und Veränderungen durch die zunehmende Präsenz von Frauen. Auf der Grundlage der Interviewauswertungen und deskriptiver Statistiken berichteten Alina Rull und Eva Buckstegge sowohl über die individuellen Besonderheiten der einzelnen Karriereverläufe als auch über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den strukturellen und institutionellen Karrierebedingungen. Ergänzt wurden diese Ergebnisse durch einen kritischen Blick auf die Beteiligung von Frauen an Tagungen des Mathematischen Forschungsinstituts Oberwolfach sowie auf die teildisziplinäre Präsenz von Frauen.

Das Programm der Tagung machte insgesamt noch einmal die Vielfalt der auf die Mathematik bezogenen Frauen- und Geschlechterforschung deutlich. Die interdisziplinäre Zusammensetzung der ReferentInnen und ihrer Vorträge kann in dieser Form bislang als einmalig angesehen werden und erweiterte sicherlich nicht nur den Blick der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Tagung auf dieses spannende Forschungsfeld, sondern ließ auch für den wissenschaftlichen Diskurs innovative Impulse erkennen. Die Tagung, im Wesentlichen aus Eigenmitteln der beiden Veranstalterinnen finanziert, wurde durch die Westfälisch-Lippische Universitätsgesellschaft und das Heidelberger Institut für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung e.V. (HIFI) unterstützt, wofür an dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön ausgesprochen werden soll.

Dr. Anina Mischau

Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF)

Universität Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld

Emails: anina.mischau@uni-bielefeld.de

Mechtild Oechsle und Anina Mischau

Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit. Verlieren wir die Balance?

Unter dieser Fragestellung hatte das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) im Sommersemester 2003 eine Ringvorlesung an der Universität Bielefeld veranstaltet. Ein Teil der Vorträge dieser Ringvorlesung werden nun, ergänzt durch weitere Beiträge, in einem in Kürze erscheinenden Sonderheft der Zeitschrift für Familienforschung¹ publiziert. Dieser Beitrag gibt eine kurze Einführung in die thematische Verortung dieser Veröffentlichung und skizziert zusammenfassend die Themen-schwerpunkte der einzelnen Aufsätze.

Die Arbeitswelt befindet sich in einem rasanten Wandel und mit ihr die Koordinaten alltäglicher Lebensführung. Veränderte Muster von Arbeitsorganisation und neue Formen unternehmerischer Steuerung führen zu einer Entgrenzung von Arbeit, die auch das Verhältnis von Arbeit, Familie und Lebensführung tief greifend verändert und Familien wie Individuen mit neuen Anforderungen konfrontiert. Aber auch im Bereich von Familie hat sich durch demographische Entwicklungen und die zunehmende Erwerbsintegration der Frauen ein tiefgreifender Wandel vollzogen, der seinerseits Einfluss darauf hat, wie Familien und Individuen in ihren privaten Lebenszusammenhängen die Anforderungen einer zunehmend entgrenzten Erwerbsarbeit bewältigen, über welche Ressourcen und Kompetenzen sie verfügen und welche Strategien sie entwickeln.

Die Folgen dieses Umbruchs im Erwerbsbereich wie im Privaten werden kontrovers diskutiert: Sehen manche in der Entgrenzung von Arbeit Chancen für eine neue Balance von Arbeit und Leben und für eine veränderte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, befürchten andere eine verstärkte Dominanz der Erwerbsarbeit über den privaten Lebensbereich, einen Verlust an Zeit für Familie und Gemeinschaft, eine weitere Rationalisierung der alltäglichen Lebensführung und eine Re-Traditionalisierung im Geschlechterverhältnis. Wenngleich Chancen und Risiken dieser Entwicklung in der aktuellen Debatte unterschiedlich gewichtet werden, so scheint doch wenig Zweifel darüber zu bestehen, dass mit der Entgrenzung von Arbeit die Neugestaltung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und privatem Lebensbereich zu einem gesellschaftlichen Problem wird, das nicht mehr als klassisches Vereinbarkeitsproblem auf Frauen beschränkt ist und das der gesellschaftlichen und politischen Gestaltung bedarf.

Der Wandel von Zeitstrukturen in den verschiedenen Bereichen und die Herausbildung neuer Konfigurationen von Arbeitszeit, Familienzeit und Lebenszeit findet in einem gesellschaftlichen Kräftefeld statt, dessen Dynamik nur schwer abzuschätzen ist. Wichtig scheint in diesem Zusammenhang ein interdisziplinärer Zugriff zu sein, der Forschungsergebnisse aus Arbeits-, Familien- und Kindheitssoziologie, aus Zeitbudgetstudien und aus der Frauen- und Geschlechterforschung zusammen bringt, um die inneren Zusammenhänge zwischen der Erwerbsarbeit und dem Bereich des Privaten deutlich zu machen. Darüber hinaus gilt es, den Blick auf gesellschaftliche Akteure und Akteurinnen zu richten, die in Betrieben, in Kommunen und an der Schnittstelle zwischen Erwerbsarbeit und privatem Lebensbereich an der Gestaltung neuer Arrangements von Arbeit und Leben beteiligt sind – Akteure und Akteurinnen einer Zeitpolitik, die in verschiedenster Weise an der Gestaltung gesellschaftlicher Zeitstrukturen beteiligt sind.

Der Beitrag von *Karin Jurczyk, Andreas Lange* und *Peggy Szymenderski* befasst sich mit „*Chancen und Risiken neuer Konstellationen zwischen Familien- und Erwerbstätigkeit*“ im Kontext zwiespältiger Entgrenzungen. Die AutorInnen analysieren das Verhältnis von Familie und Arbeit in einem modernisierungstheoretischen Rahmen und machen deutlich, dass sich mit dem Fordismus auch die fordistische Familie auflöst und sich das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Familie/privater Lebensführung viel grundlegender wandelt als dies der Begriff der Vereinbarkeit impliziert. Die Herstellung eines gelingenden Familienalltags wird unter erhöhten internen wie externen Anforderungen zu einer zunehmend komplexen und störungsanfälligen Leistung. Nach einer Sichtung aktueller familien- wie arbeitssoziologischer Studien zum Spannungsfeld von Familie und Arbeitswelt skizzieren die AutorInnen neue Forschungszugänge für die Analyse aktueller Konstellationen von Arbeit und privatem Lebenszusammenhang.

Kerstin Jürgens gibt in ihrem Beitrag „*Kein Ende von Arbeitszeit und Familie*“ einen Überblick über die verschiedenen Formen flexibler Arbeitszeiten und analysiert die Folgen dieser zeitlichen Regelungen für familiäre Lebenszusammenhänge. Ihr Konzept der familialen Lebensführung verweist auf die Vielfalt von Leistungen, die notwendig sind, um Familienleben als primäre Form der Vergesellschaftung in all seinen Dimensionen zu realisieren. Vor diesem konzeptionellen Hintergrund bewertet sie eine weitergehende Flexibilisierung von Arbeitszeit für das Familienleben eher kritisch und betont die Bedeutung von verlässlichen und verbindlichen Arbeitszeitregelungen. Sie unterstreicht, dass Arbeitszeitmodelle an sich noch wenig über Möglichkeiten der Vereinbarkeit aussagen; entscheidend sind die betrieblichen Bedingungen ihrer Umsetzung, vor allem die betriebliche Arbeitszeitkultur und der Grad der Mitbestimmung. Insgesamt gewinnt Zeithandeln – individuell und kollektiv – eine qualitativ neue Bedeutung, sowohl als Ressource wie als Dimension sozialer Ungleichheit.

Mit dem Verhältnis von Arbeit und Leben im Rahmen neuer Erwerbsformen befasst sich der Beitrag von *Annette Henninger* über „*Neue Erwerbsformen, alte Geschlechterarrangements?*“ Henninger geht der Frage nach, wie Alleinselbstständige in ausgewählten Kultur- und Medienberufen die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben gestalten und ob sich bei ihnen mit der Entgrenzung von Arbeit und Leben auch die Geschlechterarrangements ändern. In kritischer Auseinandersetzung mit dem Konzept des Arbeitskraftunternehmers wird die These einer generellen Tendenz zur Entgrenzung von Arbeit und Leben zurückgewiesen und anhand einer Typologie gezeigt, wie sich Geschlechterarrangements und Muster von Arbeit und Leben bei dieser Gruppe von Alleinselbstständigen ausdifferenzieren und Entgrenzungen begrenzt werden.

Während Jürgens, Jurczyk/Lange/Szymenderski und Henninger in ihren Analysen des Spannungsverhältnisses von Erwerbsarbeit und Familie vor allem die Eltern oder die Familie als Ganzes in den Blick nehmen, konzentriert sich der Beitrag von *Helga Zeiher* über „*Neue Zeiten – neue Kindheiten*“ auf die Frage, wie sich der Wandel gesellschaftlicher Zeitbedingungen auf Kinder und ihre Lebensverhältnisse auswirkt. Kinder erscheinen in dieser Perspektive als eigenständige Akteure und nicht lediglich als Auslöser von Zeitproblemen ihrer Eltern. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich das Alltagsleben von Kindern – innerhalb und außerhalb der Familie – mit den gesellschaftlichen Zeitbedingungen verändert und welche Kompetenzen Kinder im Umgang mit diesen neuen Zeitstrukturen ausbilden (müssen). Zeiher skizziert den Wandel der Zeitbedingungen von der industriellen Zeitdisziplin zum individuellen Zeitmanagement und geht der Frage nach, inwieweit die Deregulierung von Zeitstrukturen auch im Alltag von Kindern greift. Sie zeigt, wie sich parallel zu den sich ändernden Zeitstrukturen auch das Bild vom Kind und wissenschaftliche wie öffentliche Diskurse ändern; das Bild eines schutzbedürftigen Kindes verblasst mehr und mehr, statt dessen gewinnt das Bild vom robusten Kind zunehmend an Bedeutung. Trotz der Einsicht in die soziale Kon-

struktion von Kindheit plädiert Zeiher dafür, nach eigenen Zeitinteressen und Zeitbedürfnissen von Kindern zu fragen und benennt Kriterien, an denen sich eine Zeitpolitik kritisch orientieren könnte.

Uta Meier und *Uta Zander* thematisieren in ihrem Beitrag „*Veränderte Familienzeiten – Neue Balancen zwischen Männern und Frauen?*“ Familienzeit als Versorgungszeit. Sie gehen der Frage nach, ob und wie sich das Zeitbudget der Haushalte für gemeinsame Mahlzeiten verändert hat und ob die verstärkte Integration von Frauen und Müttern in den Arbeitsmarkt zu neuen Geschlechterarrangements in der Familie führt, wenn es um die Verteilung von Haus- und Fürsorgearbeit zwischen den Geschlechtern geht. In ihrer Auswertung empirischer Daten der beiden Zeitbudgeterhebungen 1991/92 und 2001/02 kommen sie u.a. zu dem Ergebnis, dass sich die Deutschen im Jahr 2001/2002 mehr Zeit für das tägliche Essen nehmen als zehn Jahre zuvor, und dass der allergrößte Teil dieser Zeit auf das Essen zu Hause entfällt: gemeinsame Mahlzeiten spielen also immer noch eine zentrale Rolle im Familienleben. Auch von einem Essverhalten „rund-um-die-Uhr“ kann nach Meier/Zander nicht die Rede sein. Angleichungen zwischen den Geschlechtern im Bereich der Hausarbeit sind allerdings nur z.T. auf eine größere Beteiligung der Männer zurückzuführen, sie beruhen auch auf dem Rückgang der von Frauen aufgewendeten Zeit durch eine Reduzierung von Standards bzw. der Inanspruchnahme entsprechender Dienstleistungen. Interessant ist die Analyse der Zeitverwendung für hauswirtschaftliche Tätigkeiten in AkademikerInnenhaushalten; festgestellt wird sowohl eine überdurchschnittlich hohe Gleichverteilung der Haushaltspflichten als auch eine stärkere Inanspruchnahme bezahlter Dienstleistungen.

Zeitliche Entgrenzungen im Verhältnis von Arbeit und Leben sind eng gekoppelt mit räumlichen Entgrenzungen; Zeitstrukturen lassen sich ohne die Berücksichtigung räumlicher Strukturen nicht adäquat analysieren. Nicht nur die Deregulierung und Flexibilisierung von Arbeitszeiten tangiert die alltägliche Lebensführung in Partnerschaft und Familie; auch die zunehmende räumliche Mobilität im Erwerbsleben beeinflusst Familie und Partnerschaft. Die Folgen beruflicher Mobilität für Familie und Partnerschaft analysiert *Norbert F. Schneider* in seinem Beitrag „*Leben an zwei Orten*“. Schneider konstatiert ein Spannungsverhältnis zwischen wachsenden Mobilitätsanforderungen und einer eher sinkenden Bereitschaft zur Mobilität; die z.T. paradoxen Konfigurationen von Mobilität und Sesshaftigkeit, von Globalität und Lokalität in zirkulären Mobilitätsformen verweisen auf tiefgehende Ambivalenzen gegenüber Mobilitätsanforderungen. Die von Schneider referierten Ergebnisse der empirischen Studie über „Berufsmobilität und Lebensform“ zeigen die Auswirkungen verschiedener mobiler Lebensformen auf Partnerschaft, Familie und Gesundheit.

„*Wege und Wegezeiten von Männern und Frauen*“ untersucht der Beitrag von *Caroline Kramer* und *Anina Mischau* und fragt hier insbesondere nach Geschlechterdifferenzen im mobilen Alltag. Empirische Grundlage sind wie bei Meier und Zander die Daten der Zeitbudgetstudien von 1991/92 und 2001/02. Untersucht werden Wege und Wegezeiten für Erwerbsarbeit, für Haushaltzwecke und Kinder. Die Ergebnisse zeigen nach wie vor Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Bereich der Erwerbsarbeit, eine Abschwächung der Geschlechterdifferenzen bei den Wegen und Wegezeiten für Haushaltzwecke und einen immer noch fast doppelt so hohen Anteil der Frauen an den Wegezeiten für Kinder, wenngleich sich Väter stärker als vor zehn Jahren beteiligen. Am stärksten ist die Angleichung zwischen Frauen und Männern dann, wenn beide Partner Vollzeit erwerbstätig sind. Der Ost-West-Vergleich gibt interessante Einblicke in Kontinuität wie Wandel in den Mustern der Erwerbsbeteiligung und der innerfamiliären Arbeitsteilung.

Gisela Anna Erler setzt sich in ihrem Beitrag „*Work-Life-Balance*“ – *Stille Revolution oder Etikettenschwindel?*“ mit verschiedenen Paradigmen betrieblicher Personalpolitik wie „*Work-Life-Balance*“ oder „*Diversity*“ auseinander, die sie nicht nur als rhetorische Modernisierung begreift, sondern – angesichts der Veränderungen in der Zusammensetzung der Belegschaften – als Indiz für einen grundlegenden Wandel personalpolitischer Strategien interpretiert. Auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen als Unternehmerin des Familienservices, einer Dienstleistungsagentur zur Unterstützung von Firmen-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Fragen des privaten Lebens, plädiert Erler für einen offensiven Umgang mit den Entgrenzungen zwischen Erwerbsarbeit und privatem Leben – ein Zurück in eine Arbeitswelt mit klaren zeitlichen und örtlichen Konturen kann es für sie in einer Wissensgesellschaft nicht geben. Das Szenario, das sie entwirft, beinhaltet eine privatere Arbeitswelt mit einer veränderten Arbeitskultur, eine offenere Familie und einen öffentlichen Betreuungsraum, der eng mit der Familie und ihren wechselhaften Rhythmen verzahnt ist. Im Unterschied zu vielen Analysen, die eher die Risiken dieser Entwicklung thematisieren, unterstreicht Erler die Chancen, die in dieser neuen Verbindung von Arbeit und privatem Leben liegen.

Der Beitrag von Wilfried Glibmann über „*Die neue Selbstständigkeit in der Arbeit: Wie können Arbeitnehmer unter diesen Bedingungen ihre Interessen erkennen und durchsetzen?*“ analysiert neue Formen unternehmerischer Führung in ihren Auswirkungen auf die Beschäftigten. Auf dem Hintergrund seiner Erfahrungen als IBM-Betriebsrat beleuchtet Glibmann die paradoxen Folgen der neuen Selbstständigkeit und untersucht die Probleme, die sich für die Interessenvertretung unter diesen veränderten Rahmenbedingungen ergeben. Anhand von Plakaten und sogenannten Anstoß-Texten vermittelt er einen Eindruck davon, mit welchen betrieblichen Aktionen sich der Betriebsrat bei IBM mit diesen ambivalenten und paradoxen Folgen der neuen Selbstständigkeit in der Arbeit auseinandersetzt und Reflexionsprozesse bei den Beschäftigten anstößt. Seine Überlegungen setzen sich u.a. mit dem Spannungsverhältnis von Verschiedenheit und Solidarität, Freiwilligkeit und Unfreiwilligkeit, Selbstentfaltung und Selbstinstrumentalisierung im Arbeitshandeln der Beschäftigten auseinander und gehen der Frage nach, wie unter diesen Bedingungen die Aneignung der neuen Selbstständigkeit für Arbeitnehmer möglich ist.

In seinen Thesen „*Altes und Neues über Arbeitszeitverlängerungen*“ befasst sich Jürgen P. Rinderspacher mit aktuellen Tendenzen der Arbeitszeitverlängerung in Deutschland und diskutiert ihre arbeitsmarkt- wie arbeitszeitpolitische Relevanz sowohl auf dem Hintergrund veränderter Weltmarktbedingungen wie unter Aspekten einer Humanisierung der Arbeitswelt und beleuchtet die Rolle des Staates als Protagonist von Arbeitszeitverlängerungen. Der Beitrag diskutiert die Frage, ob Arbeitszeitverlängerungen nicht auch als Flexibilisierungsbremse dienen und zu einer zeitlichen Entdichtung des Arbeitsprozesses beitragen könnten. Unklar ist nach Rinderspacher, ob die gegenwärtigen Arbeitszeitverlängerungen den Beginn einer längerfristigen Entwicklung darstellen oder nur ein vorübergehendes Phänomen sind. Möglicherweise zeichnet sich langfristig eine Entwicklung ab, bei der die Arbeitszeit als Maßstab der Leistungsmessung wie als Regulierungsmechanismus zum Schutz der Beschäftigten an Bedeutung verliert und Zeit unabhängige Formen der Leistungsregulierung wichtiger werden.

Der abschließende Beitrag von Ulrich Mückenberger über „*Zeitpolitik als gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe*“ umreißt das noch wenig etablierte Politikfeld einer (lokalen) Zeitpolitik. Auf dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Initiator vieler zeitpolitischer Projekte analysiert Mückenberger die Herausforderungen für die Städte der Zukunft angesichts der Verwerfungen in Erwerbsarbeit, Familie und lokalen Gemeinschaften und macht deutlich, welche Rolle eine lokale Zeitpolitik bei der Gestaltung von sozial verträglichen Zeitstrukturen spielen könnte. Er skizziert Ziele, Anwendungsfelder und Instru-

mente einer lokalen Zeitpolitik, die die zeitlichen Bedingungen des Alltags zum Gegenstand bewusster, beteiligungsorientierter Gestaltung macht. Mit seinen Überlegungen zum Recht auf eigene Zeit entwickelt er einen normativen Rahmen, der geeignet ist, Kriterien für eine zukünftige Zeitpolitik an die Hand zu geben.

Das Schwerpunktheft der Zeitschrift für Familienforschung wendet sich nicht nur an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den genannten Wissenschaftsfeldern, sondern auch an alle, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zeitpolitisch tätig und an der Entwicklung neuer Arrangements von Arbeit und Leben beteiligt sind. Es soll als Einladung verstanden werden, sich diesem äußerst spannenden Forschungs- wie Politikfeld anzunähern und zu weiteren Diskussionen anregen.

Anmerkungen

1 Anina Mischau und Mechthild Oechsle (Hgg.): Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit. Verlieren wir die Balance?, Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 5, Leverkusen 2004 (erscheint voraussichtlich im Dezember).

*Prof. Dr. Mechthild Oechsle und Dr. Anina Mischau
Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF)
Universität Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld
Emails: anina.mischau@uni-bielefeld.de und m.oechsle@uni-bielefeld.de*

Gewalt – Geschlecht – Kontext

Durch die aktuelle Veröffentlichung neuer Untersuchungen – unter anderem der Repräsentativuntersuchung „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen“ sowie der Pilotuntersuchung „Gewalt gegen Männer“ – bekommt die geschlechterbezogene Gewaltdiskussion in der Bundesrepublik einen neuen Schub. Wie steht die Bundesrepublik im internationalen Vergleich da? Welche Gruppen von Frauen sind von Gewalt besonders betroffen? Inwieweit sind auch Männer Opfer von Gewalt? Wie steht es mit der Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen? Wo fängt Gewalt an, wie viele Gesichter hat sie, und wie kann sie verringert werden? Diese und andere Fragen stehen im Mittelpunkt einer öffentlichen Vorlesungsreihe, die das IFF der Universität Bielefeld in diesem Wintersemester ausrichtet.

Prof. Dr. Ursula Müller, Dr. Monika Schrötle und Sandra Glammeier, IFF Bielefeld, machen am 27. Oktober 2004 den Anfang. Sie geben Gelegenheit, die von ihnen durchgeführte erste international vergleichbare repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen „aus erster Hand“ kennenzulernen. Diese wurde im September von der zuständigen Bundesministerin der Presse vorgestellt und ist seither bundesweit in der Diskussion. Sie kann über die homepage des BMFSFJ als pdf-Datei heruntergeladen werden (vgl. <http://www.bmfsfj.de>).

Prof. Dr. Helmut Kury, Universität Freiburg, Direktor des Max-Planck-Instituts für Deutsches und interationales Strafrecht, wird im November diese Untersuchung vor dem Kontext seiner eigenen international vergleichenden Forschungen u.a. zu Täter-Opfer-Relationen bei Gewalthandlungen beleuchten.

Anfang Dezember wird Hans-Joachim Lenz, Pionier der Männerforschung in Deutschland und Mit-Autor der BMFSFJ-Pilotstudie „Gewalt gegen Männer“, seine These vortragen, dass die bisher gesellschaftlich nicht anerkannte Verletzbarkeit von Männern das andere Gesicht ihrer Gewaltbereitschaft sei. Auch diese Studie ist als pdf-Datei von der BMFSFJ-homepage herunterladbar.

Vor Weihnachten oder Anfang Januar wird Dr. Ralf Puchert, dissens e.V. Berlin und Mit-Autor der BMBSFJ-Studie „Gewalt gegen Männer“, aus dem Blickwinkel der Männerforschung und vor dem Hintergrund des EU-Forschungsnetzwerks „Work changes Gender – Gender changes Work“ den Blick auf noch wenig beachtete Dimensionen von Gewalt lenken, wie z.B. in der Arbeitswelt.

Und im Januar erhält das Gewaltthema noch eine neue Wendung: Constanze Ohms, Broken Rainbow e.V., beschäftigt sich auf dem Hintergrund ihrer Dissertation zu Gewalt in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit der Frage, inwieweit sich nicht eine „Auflösung“ des starren Täter-Opfer-Schemas bei Gewalthandlungen andeutet. Diese könnte auch die Analyse von Gewalt im heterosexuellen Rahmen anregen könnte.

Weitere Referentinnen und Referenten sind angefragt. Eine Publikation der Ringvorlesung ist geplant.

Die öffentliche Ringvorlesung findet jeweils mittwochs von 16-18 im Raum T2-220. Die genauen Termine werden per Aushang und über die Tagespresse bekannt gegeben.

Die Gleichstellungskommission der Fakultät für Mathematik und das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) laden ein

Dr. Anina Mischau, Universität Bielefeld, IFF

Geschlecht und Fachkulturen in der Mathematik

Ergebnisse einer Studierendenbefragung an der Universität Bielefeld

Welches Bild haben Mathematikstudierende von ihrer Disziplin? Was fasziniert und interessiert sie an der Mathematik? Was waren ihre Gründe für die Studienfachwahl, was sind mögliche Gründe für einen Studienfachwechsel oder Studienabbruch? Wie bewerten Mathematikstudierende die Studienbedingungen und die Studiensituation hier an der Universität Bielefeld? Wo und wie nehmen sie Prozesse der Geschlechterstrukturierung (in) der Mathematik bzw. in ihrem Studienalltag wahr?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden ausgewählte Ergebnisse aus einer Fragebogenerhebung und aus qualitativen Interviews vorgestellt, die in den Wintersemestern 2002/03 und 2003/04 mit Mathematikstudierenden der Universität Bielefeld durchgeführt wurden. Dabei soll der Blick vor allem darauf gewendet werden, ob und inwieweit sich hinsichtlich der genannten Aspekte Unterschiede (eher) zwischen den Geschlechtern oder den Studierenden unterschiedlicher Studiengänge (verstanden als Fachkulturen) zeigen.

Termin: 10.11.2004, Zeit: 16.15 Uhr, Ort: V3 – 201

Tee & Kaffee ab 15.45 Uhr in V3 – 201

Die Veranstaltung richtet sich an Studierende sowie Lehrende der Fakultät für Mathematik. Interessierte anderer Fakultäten sind herzlich willkommen.

Neu erschienen in der IFF Forschungsreihe



Anina Mischau, Birgit Blätzel-Mink, Judith Daniels and Jasmin Lehmann:

Doing gender in mathematics. Indications For more gender equality in German Universities?

IFF Forschungsreihe, Band 16

Bielefeld 2004

79 Seiten, € 5,50

ISBN 3-932869-16-8

Preis zuzüglich Porto von 1,50 €

Bestellung bitte an:

Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF), Universität Bielefeld

Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld

Fon: 0521-1064574, Fax: 0521-1062985

Email: iff@uni-bielefeld.de

Gender Studies – Arbeitsmarktperspektiven und Studiengangskonzepte

Universität Bielefeld

Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) in Kooperation mit der Fakultät für Soziologie, Fakultät für Pädagogik, Abt. Sportwissenschaften der Fakultät für Psychologie und Sportwissenschaft, Fakultät für Gesundheitswissenschaft

Donnerstag 11.11.2004, Raum U3-140, 13-18 Uhr

Genderwissen und Genderkompetenzen in der Berufspraxis: Berichte aus verschiedenen Berufs- und Tätigkeitsfeldern

Mit: *Helga Ebeling*, EU-Büro, Brüssel (angefragt), *Reinhild Engel*, Leiterin des Grundsatzreferats Chancengleichheit bei Schering AG (angefragt), *Dr. Regina Frey*, gender büro Berlin, Genderberaterin und -trainerin, *Barbara Haeming*, Fachplanerin für das Thema Gender in der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), *Monika Hünert*, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), *Prof. Dr. Anna-Maria Kreienbaum*, Lehrstuhl für Schulpädagogik, Schwerpunkt Geschlechterdifferenz, Universität/Gesamthochschule Paderborn (angefragt), *Friedel Schreyögg*, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt München, *Pia Zufall*, Leiterin des Ressorts Frauen im Sport beim Deutschen Sportbund (DSB).

Mittwoch, 24.11.2004, Raum A3-137

Gender Theorie für Gender Praxis: Erfahrungen mit Studiengängen und Studierenden

Mit: *Dr. Nathalie Amstutz*, Projektleiterin des Nachdiplomstudium Gender Management, FH Solothurn Nordwestschweiz, Olten/Schweiz, *Dr. Eske Wollrad*, Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZIG), Universität Oldenburg (angefragt), *Dr. Gabriele Jähnert*, Studiengang Geschlechterstudien/Gender Studies der Humboldt-Universität zu Berlin, *Lisa Mense*, Ruhr-Universität Bochum, Koordinierungsstelle RUB-Netzwerk Geschlechterforschung (angefragt), *Dr. Konstanze Plett*, Zentrum für feministische Studien, Universität Bremen (angefragt), *Dr. Marianne Schmidbaur*, Cornelia Goethe Centrum, Frankfurt a.M., *Martina Spigatis M.A.*, Studienprogramm Gender Studies der Hamburger Hochschulen, *Stefanie Zuber*, Braunschweiger Zentrum für Gender Studies (angefragt).

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Um Anmeldung wird gebeten bei

Ulla Reißland

Telefon: 0521/106-4574

Email: iff@uni-bielefeld.de

Fax: 0521/106-2985

ExpertInnenhearing

Neues Projekt am IFF

momentmal

ist ein Mentoring-Programm der Universität Bielefeld zur Studien- und Karriereplanung für Frauen in naturwissenschaftlich-technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen mit speziellen Angeboten für Studentinnen und Doktorandinnen.

Das Mentoring-Programm ist ein am Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) angesiedeltes Projekt der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Bielefeld. Es wird durch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung NRW gefördert.

Frauen in Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaft sind oft ausgezeichnet qualifiziert, leistungsstark und sozial kompetent - trotzdem sind Frauen in attraktiven Berufs- und Führungspositionen immer noch die Ausnahme. Gute Leistungen und Einsatzbereitschaft reichen häufig nicht aus, damit Frauen in Führungspositionen gelangen. Meistens fehlen ihnen Kontakte, individuelle Förderung und positive weibliche Vorbilder.

Genau hier setzt momentmal an. Wie viele andere Mentoring-Programme für Frauen an Universitäten und in Unternehmen hat es zum Ziel, Frauen eine gezielte Karriereförderung zu ermöglichen, Kontakte und Netzwerke anzustoßen und Förderbeziehungen von Frauen zu institutionalisieren.

momentmal

bietet Frauen in Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaft Unterstützung durch:

- die Vermittlung einer Mentorin, die eine Mentee für einen Zeitraum von einem Jahr begleitet
- die Initiierung von Netzwerken und Kontakten in Studium, Beruf und Wissenschaft
- ein Seminarprogramm zu Schlüsselqualifikationen für Mentees und Fortbildungen für Mentorinnen

Interessierte Studentinnen, Doktorantinnen und Mentorinnen können sich ab sofort melden!

Kontakt: Sylke Känner, Tel.: 106-4411, Email: kaenner@uni-bielefeld.de

Prostitution: eine ganz „normale“ Arbeit?

Das Thema Prostitution nahm im öffentlichen Diskurs der letzten Jahre einen zunehmenden Raum ein; dennoch blieb der Kauf sexueller Dienstleistungen als Sonderthema erhalten. Seit Beginn des Jahres 2002 wird Prostitution rechtlich nicht mehr als sittenwidrig definiert; die Ausübung sexueller Dienstleistungen gegen Geld ist damit jedoch scheinbar nicht enttabuisiert. Nach einer thematischen Auseinandersetzung mit Prostitution bietet der Aufsatz einen kurzen Blick auf die Ergebnisse der ver.di-Studie zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes auf die betroffenen Frauen sowie auf verschiedene Institutionen und Ämter.

Obwohl etwa 400.000 Prostituierte in Deutschland täglich bis zu 1,2 Millionen Männer mit sexuellen Dienstleistungen versorgen und das Thema Prostitution im öffentlichen Diskurs der letzten Jahre einen zunehmenden Raum einnahm, blieb der Kauf sexueller Dienstleistungen dennoch als Sonderthema erhalten. Insbesondere die männliche Prostitution verblieb weiterhin im Dunkeln. Zwar wurde die Prostitution seit Anfang des Jahres 2002 legalisiert, die Ausübung sexueller Dienstleistungen gegen Geld ist damit jedoch nicht enttabuisiert, wie Beratungsstellen für Prostituierte (z.B. Mimikry in München) und die Gewerkschaft ver.di bestätigen – sie wird weiterhin durch spezifische Problemlagen geprägt. Ein Rückblick zeigt, dass die thematische Auseinandersetzung mit Prostitution in der Literatur gesellschaftliche, rechtliche und gesundheitliche Aspekte fokussierte; Diskriminierung und Ausgrenzung stehen dabei im Zentrum. Vor allem die Auseinandersetzung mit der Doppelmoral – des gesellschaftlichen und rechtlichen Aspektes – verdeutlicht, dass Prostitution immer mehr oder weniger illegal war und sich zwischen Widersprüchen und gesellschaftlicher Inkonsequenz bewegte. Der geschätzte Umsatz im Wirtschaftssektor Prostitution beläuft sich auf 14,5 Mrd. Euro jährlich – dies entspricht nahezu dem Umsatz der Karstadt Quelle AG mit 15,2 Mrd. oder auch der MAN AG mit 15,0 Mrd. EUR¹. Dennoch bleiben Frauen und Männer, die diese sexuellen Dienstleistungen anbieten, diskriminiert, während Freier, die diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen, unbescholten bleiben. Prostitution als Gewerbe verspricht – trotz Marginalisierung und Grauzone – einen hohen Gewinn, der als Handel mit Frauen aus der „dritten Welt“ Höchstgewinne erzielt und jene des Drogenhandels zu überbieten verheißt.

Seit Beginn des Jahres 2002 wird Prostitution rechtlich nicht mehr als sittenwidrig definiert. Die neuen rechtlichen Regelungen erlauben beispielsweise dem/der SexarbeiterIn, seinen/ihren Lohn einzuklagen, die Arbeit in einem Angestelltenverhältnis auszuüben und neben der gesetzlichen Krankenversicherung auch den anderen Sozialversicherungen (GRV, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) beizutreten. Bereits ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Prostituiertengesetzes zeichnet sich ab, dass die neue rechtliche Regelung von den SexanbieterInnen scheinbar nicht angenommen wird.²

Seit Jahrhunderten ist Prostitution ein Untersuchungsgegenstand in verschiedenen Fachdisziplinen wie den Rechtswissenschaften, der Kriminologie und der Medizin. Im Vordergrund stand das Interesse an den Ursachen der Prostitution, an der Wirkung gesetzlicher Regelungen sowie an Resozialisierungsmöglichkeiten. In Medizin und Kriminologie bestimmten Überlegungen zum Ursprung der Prostitution lange Zeit das Forschungsinteresse, wobei häufig die biologisch bedingte „Triebhaftigkeit“ der Männer und die physische und psychische Degeneration oder das deviante Verhalten der Prostituierten als Ursache definiert wurden (vgl. Schuster 2002).

1 Vgl. Aufklärung und Kritik, Erlangen 2/2003.

2 Vgl. Stellungnahme der bundesweiten AG Recht Prostitution 2003; Statement zu den gewerkschaftlichen Perspektiven im Umgang mit dem neuen Prostitutionsgesetz für den Arbeitskreis Prostitution beim Bundesvorstand der Gewerkschaft ver.di, 09/2003.

Diese Position hielt sich noch weitgehend bis in die 1970er Jahre. Mit der Studentenbewegung und der „sexuellen Revolution“ fand ein Wechsel der Perspektive statt. Im Zuge der Veränderung fachlicher Positionen im Bereich der sozialen Arbeit (Weiterentwicklung der Fürsorge zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik) entstanden in verschiedenen deutschen Großstädten Beratungsstellen, die später mit den Selbsthilfegruppen der Hurenbewegung ab Beginn der 1980er Jahre kooperierten. In Hamburg existierte die Selbsthilfegruppe der Prostituierten „Hamburger Huren Solidarität“ nur für kurze Zeit. Die Forderungen nach Abschaffung der Diskriminierung wie z.B. der Zwangsuntersuchungen wurden jedoch von den Beratungsstellen des Diakonischen Werkes und der Gesundheitsbehörde weiterverfolgt.

Der Stand der Forschung hat sich innerhalb der Sozialwissenschaften und in der Kriminologie in den letzten zwanzig Jahren erheblich weiterentwickelt. Die Forschung beschäftigte sich nun weniger mit der Wirkung von Kontrollinstanzen, sondern zeigte auf, wie sich die gesellschaftliche Doppelmoral in der Gesetzgebung niedergeschlagen hat und richtete den Blick verstärkt auf Konsequenzen der aktuellen Rechtsprechung für die Lebens- und Arbeitssituation von Prostituierten. Unter dem Einfluss feministischer Forscherinnen aus den Disziplinen Soziologie und Psychologie wurde die Prostitution zunehmend auch unter dem Aspekt der Geschlechterverhältnisse wahrgenommen. Verstärkt wurden Themenkomplexe wie Beschaffungsprostitution (vgl. z.B. Tiede 1997), Migrantinnen in der Prostitution sowie Sextourismus und Kinderprostitution aufgegriffen.

Dem neuen Prostitutionsgesetz in Deutschland sind gravierende Gesetzesänderungen in Holland und Schweden vorausgegangen. Seit der Verabschiedung des Gesetzes „Kinnofrid – Friede für die Frauen“ am 1.1.1999 ist z.B. in Schweden die Ausübung der Prostitution nicht strafbar, der Kauf sexueller Dienstleistungen wird jedoch unter Strafe gestellt, d.h. die Freier werden mit Bußgeldern belegt. Das Interesse des Staates ist dabei nicht etwa die Gleichstellung mit anderen Berufsgruppen, sondern die Abschaffung der Prostitution. Bezüglich des Forschungsstandes in Schweden sind vor allem die Untersuchungen von Sven Axel Mansson³ zu erwähnen, der sich mit seinen Forschungen über Ausstiegsmöglichkeiten für Prostituierte und seiner Arbeit über Freier einen Namen gemacht hat.

In Holland dagegen wurde Prostitution im Jahre 2000 legalisiert. Damit sind Arbeitsverträge zwischen BordellbetreiberInnen und Prostituierten zulässig, die die Arbeitsbedingungen regeln und eine Absicherung der Rechte sowie einen höheren Standard der hygienischen Bedingungen in den Bordellen festschreiben sollen. Bordelle (und damit auch die Prostituierten) sind auf diese Weise stärker ins Visier der staatlichen Stellen gerückt und regelmäßigen Kontrollen unterworfen.⁴

Die neue Gesetzgebung in Deutschland trägt dem oben beschriebenen Paradigmenwechsel Rechnung: Die Prostituierte rückt als Subjekt mit eigenen Interessen in den Vordergrund. In der Bundesrepublik nach 1945 bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes am 1.1.2002 war Prostitution nicht verboten, wurde jedoch vom Gesetzgeber als sittenwidrig definiert und stand somit nicht unter dem Schutz des Gesetzes wie andere Dienstleistungen. Durch eine Reihe von Gesetzen, die sich auf die Förderung der Prostitution sowie die Zuhälterei bezogen, wurde die Ausübung der Prostitution erschwert, behindert und in eine Grauzone zwischen Illegalität und Kriminalisierung gedrängt. Die Tätigkeit der Prostituierten verwehrte ihr den Zugang zu einer Kranken- und Sozialversicherung, ihr Einkommen hingegen war steuerpflichtig.

Nach der langen Phase der gesellschaftlichen Stigmatisierung und Ausgrenzung hat die rot-grüne Regierung eine Gesetzgebung geschaffen, die auf die Gleichstellung der Prostitution mit anderen Arbeitsbereichen abzielt. Das neue Gesetz zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lage von Prostituierten bedeutet für diese einen

3 Professor für Soziale Arbeit an der Universität Göteborg

4 Marianne Jonen, de rode draad, Amsterdam, Mai 2003

positiven ersten Schritt im Sinne der Anerkennung ihrer Tätigkeit und der Garantie ihrer Rechte in sozialen und arbeitsrechtlichen Bereichen.

Zusammengefasst ergeben sich folgende Veränderungen:

- Prostituierte haben das Recht, in Ausübung ihres Berufes Sozialabgaben abzuführen und entsprechende Leistungen in Anspruch zu nehmen (Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung).
- Prostituierte haben die Möglichkeit, Verträge mit ihren ArbeitgeberInnen (Bordell, Bar- und ClubbesitzerInnen) abzuschließen und haben somit Anspruch auf ArbeitnehmerInnenrechte wie bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc.
- Der Paragraph, der die Förderung oder Begünstigung der Prostitution kriminalisiert, wurde abgeschafft. Somit wird die Bereitstellung von Kondomen und hygienischen Verbesserungen nicht mehr unter Strafe gestellt.
- Ein Kunde, der den angemessenen und vorher vereinbarten Preis für die erbrachte Leistung nicht bezahlt, kann jetzt strafrechtlich verfolgt werden.

Für migrierte Prostituierte ohne legalen Aufenthaltsstatus enthält jedoch die neue Gesetzgebung augenscheinlich keine Verbesserung. Der Anteil der zugewanderten Sexarbeiterinnen in Deutschland liegt über 50% (vgl. Tamper 2002). Von diesen werden nach der EU-Osterweiterung zumindest jene Prostituierten von dem neuen Gesetz profitieren, die aus einem der neuen Mitgliedsstaaten kommen und offiziell als Prostituierte eine selbständige Tätigkeit aufnehmen wollen. Unter den neuen EU-Mitgliedsstaaten – Estland, Lettland, Litauen, Polen und der Tschechischen Republik – befinden sich auch Herkunftsländer von Migrantinnen mit illegalem Aufenthaltsstatus, die der Prostitution in Deutschland nachgingen. Diese Frauen genießen nun mit der EU-Erweiterung als Staatsangehörige der EU die so genannte Dienstleistungsfreiheit und können in allen Staaten der EU als Selbständige in der Prostitution arbeiten (vgl. Bundesverband sexuelle Dienstleistungen, 2004). Für die Gruppe der Migrantinnen bedeutet das im Januar 2001 in Kraft getretene Infektionsschutzgesetz eine wichtige Veränderung. Dieses veränderte Schutzgesetz garantiert den Prostituierten Anonymität und Freiwilligkeit und ermöglicht damit gerade migrierten Sexarbeiterinnen, die in der Regel nicht krankenversichert sind, die Inanspruchnahme der Angebote öffentlicher Gesundheitsämter. In der Praxis allerdings beklagen inzwischen die Beratungsstellen der Gesundheitsämter als Folge der Gesetzesänderung einen Abbau von Personal und Sachmitteln. Rückläufige Fallzahlen wie beispielsweise in Stuttgart und Hamburg werden zum Anlass für Einsparungen in dieser Art genommen (vgl. Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft 2004).

Auswirkungen des neuen Prostitutionsgesetzes

Um die Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes auf die betroffenen Frauen sowie auf verschiedene Institutionen und Ämter zu überprüfen, gab die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di (Hamburg) eine Studie in Auftrag. Mit dieser sollten in verschiedenen Städten unterschiedlicher Bundesländer die Prostituierten selbst sowie auch in verschiedenen Institutionen und Ämtern die Annahme und Umsetzung der neuen gesetzlichen Möglichkeiten erforscht werden. Beispielsweise können sich Prostituierte durch die neue Gesetzgebung in „wirksame Beschäftigungsverhältnisse“ mit BordellbetreiberInnen begeben (vgl. Laskowski 2002), daraus folgend haben sie auch die Möglichkeit als Prostituierte einer Gewerkschaft beizutreten.

Im Rahmen der Untersuchung wurde in über 50 qualitativen Interviews mit Prostituierten sowie mit ExpertInnen unterschiedlicher Institutionen (Finanzämter, Krankenkassen; Polizeibehörden, BordellbetreiberInnen, VermieterInnen oder auch Selbsthilfegruppen) in Berlin, Bremen, Dortmund, Dresden, Hamburg, Leipzig und Stuttgart die Umsetzung und Anwendung der neuen Gesetzeslage ermittelt. Die Untersuchungs-

5 *Emilija Mitrovic auf der ver.di Pressekonferenz in Hamburg am 23.4.2004.*

ergebnisse verdeutlichen, dass durch die neue rechtliche Situation kaum eine Besserstellung der Prostituierten erwirkt werden konnte. „Überall wird anders mit dem Prostitutionsgesetz umgegangen, aber nirgendwo wirklich zu Gunsten der Prostituierten!“⁵ Es zeigt sich darüber hinaus, dass die meisten Prostituierten in Deutschland weiterhin lieber unerkannt diesen Beruf ausüben. Obwohl Prostitution offiziell legal ist, werden Sexarbeiterinnen weiterhin diskriminiert. Kaum eine der befragten Prostituierten nahm eine Besserstellung ihrer rechtlichen Situation durch das Prostitutionsgesetz wahr. Zwar gibt es eine Gruppe von Prostituierten, die – wie die Studie zeigt – diesen Beruf selbstbewusst und selbstbestimmt ausübt und für die eigene Sicherheit – sei es Krankenversicherung oder Altersvorsorge – sorgt. Dennoch besteht in dieser Branche weiterhin ein extrem hohes Ausbeutungsverhältnis und auch Gewaltpotential. Nach wie vor arbeiten die meisten der befragten Prostituierten unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen⁶ und stehen weiterhin in Abhängigkeit von Zuhältern oder auch ZimmervermieterInnen⁷. Die willkürlichen Sperrgebiets-Verordnungen einiger Städte verstärken diese Situation. Sie verdrängen die Prostituierten in unbelebte Industriegebiete, in denen sich für diese Frauen das Risiko zu Gewaltopfern zu werden, extrem erhöht.

6 *Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di entwickelte auf der Basis der Untersuchung eines Musterarbeitsvertrag, der auch die Funktion eines Leitfadens am Arbeitsplatz Prostitution besitzt.*

Im Folgenden sind nur die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung bezüglich der Praxisrelevanz des Prostitutionsgesetzes aufgeführt:⁸

7 *Beispielsweise zahlt eine Prostituierte in der Dortmunder Linienstraße (Bordellstraße im Stadtzentrum) pro Tag 100€ Zimmermiete.*

- Für die Krankenkassen besitzt das neue Gesetz wenig Praxisrelevanz; die Frauen versicherten sich weiterhin unter anderen Berufsbezeichnungen.
- Finanzämter erheben inzwischen zunehmend Steuern von Prostituierten, allerdings ist der Besteuerungsvorgang der einzelnen Städte sehr unterschiedlich. Das Finanzamt Stuttgart beispielsweise verlangt eine Art „freiwilliger Vorsteuer“ von 15-25 € pro Tag von jeder Prostituierten, die von den Bordell- und ClubbetreiberInnen einzuhalten ist.
- Die Arbeitsämter bzw. staatlichen Arbeitsagenturen für Arbeit verweigern die Vermittlung oder Umschulung zu Jobs im Sexdienstleistungsgewerbe. Diese „grundsätzlichen Erwägungen“ können seit Inkrafttreten des ProstG allerdings weniger rechtlicher sondern eher moralischer Art sein. Entsprechend fordert die Hurenbewegung in Deutschland „die eigeninitiierte ‚Selbstbindung‘ in Sachen Sexarbeit abzuschaffen“ und Sexarbeit als eine Tätigkeit wie jede andere zu behandeln.

8 *Eine Broschüre über die Untersuchungsergebnisse ist bei ver.di unter: Emilija.Mitrovic@verdi.de oder Peter.Bremme@verdi.de zu erhalten.*

Auf gesellschaftspolitischer Ebene kann davon ausgegangen werden, dass das neue Prostitutionsgesetz eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für einen Teil der Frauen und Männer im Sexdienstleistungsgewerbe bewirken könnte. Allerdings besteht weiterhin die Notwendigkeit, differenziert zu untersuchen, wie sich eine praktische, juristische und soziale Anwendung durchsetzen lässt. Für eine bundesweite Umsetzung wären Anwendungsordnungen notwendig; außerdem wäre zu untersuchen, ob das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung Novellierungen geboten erscheinen lässt.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die bundesweite AG Recht Prostitution bereits im März 2003 kritisierte, das neue Gesetz liefe ins Leere, Arbeitsverträge würden so gut wie kaum abgeschlossen und eine soziale Absicherung von Prostituierten sei nicht erreicht. Die Kritikpunkte und Forderungen dieser Arbeitsgruppe besitzen weiterhin Berechtigung, wie die Ergebnisse der ver.di-Studie zeigen. Daraus folgt:

- Der § 181a StGB müsste dahingehend nachgebessert werden, dass für potenzielle ArbeitgeberInnen von Prostituierten Rechtssicherheit besteht.
- Die Streichung der Unsittlichkeit/Sittlichkeit von Prostitution aus dem Gaststätten-/Gewerberecht müsste realisiert werden.
- Durchführungsrichtlinien zum ProstG müssten erlassen werden.
- Das Ausländerrecht müsste angepasst werden.
- Eine Stichtagsregelungen für die Anmeldung bei Finanzamt und Sozialversicherung müsste erstellt werden.

- Eine Überprüfung der Sperrgebietsverordnungen und des Werbeverbots für Prostitution müsste erfolgen.

Wir erweitern diesen Forderungskatalog dahin gehend, dass bestehende Gesetze überhaupt auf Wertewidersprüche geprüft werden müssten, um eine Einheit der Rechtsordnung aufrecht zu erhalten.

Abschließend sollen die in der ver.di-Untersuchung befragten Prostituierten und Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen zu Wort kommen und die von ihnen formulierten Wünsche an eine Verbesserung der Arbeitssituation aufgeführt sein. Als notwendig wurde von ihnen formuliert: eine verbesserte Rechtsberatung und ein verbesserter Rechtsschutz für Prostituierte, Steuerberatung, Gesundheitsberatung, eine Ausweitung des Angebots an Ausstiegsprojekten, Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über die Arbeitsbedingungen in der Prostitution und Lobbyarbeit im politischen Raum.

Literatur

Barton, G.: Blickwinkel „Szene“ – Wie hat sich „das Feld“ verändert? Entwicklung in den letzten 15 Jahren am Beispiel Dortmund in: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) (Hg.): Prostitution und Menschenhandel. Was hilft? Dokumentation der Fachtagung des Diakonischen Werkes der EKD vom 14. bis 16. März 2001 in Berlin, 2001, S. 27-30, Internetquelle: www.diakonie.de 2002.

Bundesverband sexuelle Dienstleistungen: 3. Newsletter 2004, Juni 2004.

Deutsche Hurenbewegung (Hg.): Prostitution – Job – Beruf – Arbeit, Nürnberg 1996.

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD): Prostitution und Menschenhandel – eine Herausforderung für Kirche und Diakonie, Stuttgart 2001, Internetquelle: www.diakonie.de 2001.

Geißler-Hehlke, J.: Zur Situation von Prostituierten, in: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Prostitution und Menschenhandel. Was hilft? Dokumentation der Fachtagung des Diakonischen Werkes der EKD vom 14. bis 16. März 2001 in Berlin, S. 35-38, Internetquelle: www.diakonie.de 2002.

Gleiß, S.: Die Reglementierung von Prostitution in Deutschland. Kriminologische und sanktionsrechtliche Forschungen, Bd. 10, Berlin 1999.

Heinz-Trossen, A.: Prostitution und Gesundheitspolitik – Prostituiertenbetreuung als pädagogischer Auftrag des Gesetzgebers an die Gesundheitsämter, Europäische Hochschulschriften, Reihe 22, Soziologie, Bd.239, Frankfurt am Main 1993.

Hitzke, A.: Existenzsicherung auf der Straße, in: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) (Hg.): Prostitution und Menschenhandel. Was hilft? Dokumentation der Fachtagung des Diakonischen Werkes der EKD vom 14. bis 16. März 2001 in Berlin, S. 38-43, Internetquelle: www.diakonie.de 2002.

Hydra (Hg.): Freier – Das heimliche Treiben der Männer, Hamburg 1991.

Jonen, de, Marianne, de rode draad, Amsterdam, Vortrag für die ver.di-Fortbildung im Mai 2003.

Lamnek, S.: Sex and Crime: Prostitution und Menschenhandel in soziologischer Analyse. Vortragsmanuskript zur Tagung: „Menschenhandel und Gewaltprostitution“ am 15. Feb. 2001 des Institut für Gesellschaftspolitik, Tagungsort München, Internetquelle <http://www.hfph.mwn.de/igp/akt/uebersicht.htm> 2002.

Laskowski, R.: Die Ausübung der Prostitution – Ein verfassungsrechtlich geschützter Beruf im Sinne von Art. 12 Abs. 1 GG, Frankfurt am Main 1997.

Laskowski, R.: Arbeits- und sozialrechtliche Auswirkungen des neuen Prostitutionsgesetzes, in: Arbeit und Recht 11/2002.

Leopold, B./Steffan, E./Paul, N.: Dokumentation zur rechtlichen und sozialen Situation von Prostituierten in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des BMFJ, Bd. 15, 1993.

Mansson/Hedin: The importance of relationships: on women leaving prostitution, Göteborg 1998.

Schuster, M.: Wir fordern unsere Rechte und Respekt, in: Studien und Materialien des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, Tübingen 2002.

Statement zu den gewerkschaftlichen Perspektiven im Umgang mit dem neuen Prostitutionsgesetz für den Arbeitskreis Prostitution beim Bundesvorstand der Gewerkschaft ver.di, 09/2003.

Stellungnahme der bundesweiten AG Recht Prostitution, Cassandra Nürnberg, Nürnberg 2003.

TAMPEP: Endbericht Deutschland, Hamburg 2002.

Tiede, I.: Mädchenprostitution, Hamburg 1997.

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di): Arbeitsplatz Prostitution, Bericht über die Ergebnisse der Feldstudie, Hamburg 2004.

Emilija Mitrovic

Soester Str. 45, 20099 Hamburg

Email: Emilija.Mitrovic@verdi.de

Christa Oppenheimer

Falkstraße 27, 60487 Frankfurt/Main

Email: Chr.Oppenheimer@ngi.de

Die Frauen- und Geschlechterpolitik der Europäischen Union: Rechtliche Normen, Programme, AkteurInnen

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Gestaltung der Frauen- und Geschlechterpolitik der Europäischen Union (EU) seit den 1950er Jahren. Er skizziert die rechtlichen Regelungen der EU zur Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie die seit den 1980er Jahren aufgelegten Aktionsprogramme, die zur Etablierung der Frauen- und Geschlechterpolitik als einem eigenen Politikbereich der EU geführt haben. Weiterhin wird gezeigt, welche Institutionen und AkteurInnen auf diesen Politikbereich der EU maßgeblich Einfluss nehmen. Schließlich wird ein Blick auf den Beitrag der Strukturfonds der EU zur Herstellung der Chancengleichheit geworfen.

1. Die Gestaltung der Frauen- und Geschlechterpolitik der EU seit den 1950er Jahren: Zwei Phasen der Gleichberechtigungspolitik

Die Frauen- und Geschlechterpolitik der EU ist bisher zweiphasig verlaufen. Die erste Phase umfasst den Zeitraum von den 1950er bis zum Ende der 1970er Jahre. Im Jahre 1957 wurden die Römischen Verträge geschlossen, die mit dem Art. 119 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Prinzip der Lohngleichheit für Frauen und Männer kodifizierten. Dabei handelte es sich nicht um eine gezielte Regelung zur Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern um eine Harmonisierungsmaßnahme für einen fairen Wettbewerb des gemeinsamen Marktes. Die Einbeziehung des Lohngleichheitsstandards in die Römischen Verträge resultierte aus Wettbewerbsnachteilen, die Frankreich Deutschland gegenüber befürchtete, nicht aber aus einer Präferenz für Geschlechtergleichheit (vgl. Hoskyns 1996, S. 43ff.; Hoskyns 1999). Der Art. 119 ist gleichwohl von großer Bedeutung, weil hiermit die Diskriminierung von Frauen in den Kompetenzbereich der Europäischen Gemeinschaft fiel und der Artikel – wie sich in den 1970er Jahren zeigen sollte – die primärrechtliche Grundlage für die gerichtliche Inanspruchnahme von Gleichheitsprinzipien bot.¹

In den 1970er Jahren wurde die EU-Kommission erstmals initiativ, um die Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Sie setzte dafür das Instrument der *Richtlinie* ein. Sie erließ die *Entgeltrichtlinie* von 1975 (75/117/EWG), die gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren soll, die *Gleichbehandlungs- und Zugangsrichtlinie* von 1976 (76/207/EWG), die Arbeitnehmerinnen bei Beförderungen und im Hinblick auf Karrierechancen mit Männern gleichstellen soll (z.B. durch geschlechtsneutrale Stellenausschreibungen) sowie die *Soziale Sicherungsrichtlinie* von 1979 (79/7/EWG), die schrittweise zur Gleichbehandlung von Frauen bei der sozialen Sicherheit führen soll. *Richtlinien* sind Vorgaben für die Mitgliedsstaaten und hinsichtlich der zu erreichenden Ziele verbindlich. Die Wahl der Form und Mittel für ihre Erreichung wurde allerdings den innerstaatlichen Stellen überlassen. In Deutschland hat z.B. die *Gleichbehandlungs- und Zugangsrichtlinie* in den 1980er Jahren zur Verankerung von Normen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) geführt, die einem/einer ArbeitgeberIn eine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts bei der Begründung von Arbeitsverhältnissen verbieten (vgl. Nishihara 2002, S. 56ff.). Die Gleichberechtigungspolitik der EU blieb bis Ende der 1970er Jahre *fragmentarisch* und auf die Gleichstellung von Frauen als Arbeitsmarktteilnehmerinnen beschränkt. Die Richtlinien sind allerdings seit ihrem Inkrafttreten Bezugspunkte für Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), mit de-

1 Dieser Artikel war der Ausgangspunkt der ersten beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) verhandelten Fälle, auf den sich Anwältinnen beriefen, um seinen Geltungsbereich in der Gemeinschaft strategisch zu testen (vgl. Hoskyns 1996, Kapitel 4). Der Fall Défrenne/SABENA markiert hierbei die entscheidende Wende für die Durchsetzbarkeit von Gemeinschaftsrecht (vgl. Langerfeld 1990, S. 82). Das Gericht entschied, dass die Gleichbehandlung der Geschlechter zu den Grundsätzen des Gemeinschaftsrechts gehört. Die belgische Stewardess Gabrielle Défrenne war im Alter von 40 Jahren als Stewardess entlassen worden, obwohl ihre männlichen Kollegen als Bordbegleiter bis zum 55. Lebensjahr weiter fliegen konnten. Daher klagte sie gegen die belgische Fluggesellschaft SABENA. Bis zu diesem Rechtsstreit war unklar, ob Art. 119 di-

rektes individuelles Recht verleiht, d.h., ob eine Bürgerin der Gemeinschaft auf der Grundlage von Art. 119 Klage erheben konnte. Der Fall Défrenne/SABENA zog sich über zehn Jahre durch mehrere belgische Instanzen. Der EuGH entschied schließlich, dass Art. 119 unmittelbare subjektive Wirkung habe, d.h., für das Individuum ergeben sich aus den Verträgen Verpflichtungen, deren Einhaltung es von dem nationalen Gericht erzwingen kann (Rs. 43/75, Slg. 1976, S. 476).

2 KOM bezeichnet jene Schriftenreihe, in der die Dokumente und Mitteilungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden. In Klammern wird jeweils das Erscheinungsjahr des Artikels genannt.

nen Frauen sich gegen geschlechtsspezifische Benachteiligungen zur Wehr setzen. Zahlreiche Urteile haben wiederum Konsequenzen für die Ausgestaltung und Präzisierung nationaler Gesetzgebungen und deren Gleichberechtigungsverständnis gehabt (vgl. Nishihara 2002).

Die zweite Phase der Frauen- und Geschlechterpolitik der EU beginnt in den 1980er Jahren. Seitdem hat sich ein Wandel vom marktbezogenen Gleichberechtigungsverständnis hin zu einer Auffassung vollzogen, die Frauen gleiche Rechte in allen Bereichen der Gesellschaft gewähren will und die sich gegen jede Form geschlechtsspezifischer Diskriminierung wendet. Dieser deutliche Akzentwechsel ist auf äußere Einflüsse und innere Dynamiken zurückzuführen. Er wird nachfolgend anhand der seit 1982 in fünfjährigem Abstand verabschiedeten Aktionsprogramme zur Chancengleichheit für Frauen, der Gleichberechtigungsregelungen im Vertrag von Amsterdam (1999) sowie der jüngsten Antidiskriminierungsrichtlinien der EU skizziert.

Seit Ende der 1970er Jahre haben Entschließungen der EU-Kommission wiederholt auf die von 1975 bis 1995 stattfindenden Weltfrauenkonferenzen (vgl. zu den Weltfrauenkonferenzen Wichterich 1995) Bezug genommen und zwar bereits auf deren Beschlüsse zur Dekade der Frau, die im Anschluss an die erste Weltfrauenkonferenz 1975 Nairobi ausgerufen wurde. Sie knüpften ausdrücklich an den von der UN initiierten Diskurs über Frauenrechte an. 1979 übernahm die EU die CEDAW, die UN-Konvention zur Eliminierung jeglicher Diskriminierung von Frauen, und forderte ihre Mitgliedstaaten zur Ratifizierung auf (vgl. Nave-Herz 1994, Neuhold/Pirsner/Ulrich 2003). Eine weitere wichtige Verbindung zum globalen Frauen- und Menschenrechtsdiskurs besteht im Rekurs auf die Pekinger Weltfrauenkonferenz von 1995 und deren Proklamierung des Gender Mainstreaming (vgl. Neuhold/Pirsner/Ulrich 2003).

In den 1980er Jahren erfolgte die Verabschiedung und Durchführung der ersten beiden Aktionsprogramme zur Chancengleichheit für Frauen. Die Absicht des ersten Aktionsprogramms (1981-1985) bestand darin, die Anwendung der o.g. Richtlinien zu überwachen und ihre Inanspruchnahme zu unterstützen. Das Programm sollte bereits vorhandene Ansätze der Gleichberechtigungspolitik festigen und für diese Politik eine administrative und budgetäre Grundlage schaffen (vgl. KOM(81)², S. 758). Das zweite Aktionsprogramm (1986-1990) sollte die Gleichberechtigung vor allem in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Erwerbsarbeit, soziale Gleichheit und Elternschaft voranbringen. Maßnahmen zur Gleichberechtigung beschränkten sich nicht mehr nur auf die Erwerbsarbeit, sondern schlossen nun auch die Hausarbeit und die reproduktiven Rollen von Frauen ein (vgl. KOM(85), S. 801). Das dritte Aktionsprogramm (1991-1995) verzeichnete die ersten Diskussionen zum Gender Mainstreaming. Zusätzlich zu den rechtlichen Vorgaben setzte die Kommission seit diesem Zeitraum auch auf das Instrument des soft law, also auf Resolutionen und Empfehlungen, sowie auf die Verdichtung der Kommunikation bzw. die Schaffung von europaweiten Netzwerken und Frauenorganisationen (vgl. KOM(90), S. 449). In dieser Phase wurden insgesamt neun europäische Expertinnen-Netzwerke gegründet. 1991 wurde außerdem die Europäische Frauenlobby (EFL) als Lobbygruppe bzw. als Zusammenschluss europäischer Frauenorganisationen ins Leben gerufen und von der Kommission finanziell ausgestattet. Das vierte Aktionsprogramm (1996-2000) zielte darauf ab, gesellschaftliche Einstellungen und Strukturen zu verändern. Es benannte das „Gender Mainstreaming“ zum zentralen Instrument der Umsetzung der EU-Geschlechterpolitik neben frauenspezifischen Maßnahmen (sog. „duale Strategie“). Es konzentrierte sich unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität außerdem auf die Erweiterung der Koordinationsstruktur und die Rationalisierung der Netzwerke (vgl. KOM(95), S. 381).

Der 1999 ratifizierte Vertrag von Amsterdam hat die Gleichstellung von Frauen und Männern als ein grundlegendes Prinzip des Gemeinschaftsrechts und als Ziel der Gemeinschaft verankert (Art. 2, Art. 3 Abs. 2 und Art. 13 EGV). In Art. 141 Amsterda-

mer Vertrag (ex-Artikel 119 der Römischen Verträge) wird nun der Begriff der *gleichwertigen* Arbeit eingeführt und somit die bisherige Rechtsprechung des EuGH als Norm konsolidiert. Außerdem schafft der neue Abs. 3 dieses Artikels eine Grundlage für die Entwicklung weiterer Rechtsvorschriften, nämlich für „Maßnahmen zur Gewährleistung der Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen“ (Art. 141, Abs. 3 EGV). Der Vertrag von Amsterdam verankert Gleichberechtigungsnormen als Gleichstellung und darüber hinaus als Grund- und Menschenrecht. Die Gleichstellungspolitik der Geschlechter wird erstmals primärrechtlich über den Erwerbsbereich hinaus auf weitere Politikbereiche ausgedehnt. Die Gemeinschaft verpflichtet sich in Art. 3, Abs. 2 dazu, in allen Politikfeldern die Gleichstellung als Ziel der Gemeinschaftspolitik zu fördern: „Bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten (Politikfelder der EG, Anm. d. Verf.) wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“

Diese Ausrichtung ist seit dem Jahr 2000 durch weitere Richtlinien präzisiert worden, die Diskriminierungen auf Grund des Geschlechts (Richtlinie 2002/73/EG), aufgrund von Religionszugehörigkeit, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung (Richtlinie 2000/78/EG) bzw. der ethnischen Herkunft/Rasse (Richtlinie 2000/43/EG) verbieten. Mit den Richtlinien erkennt die EU an, dass Ausgrenzung durch Benachteiligung aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit, Religion, ethnischer Zugehörigkeit etc. Menschen in ihrer gesamten Individualität trifft und nicht nur in einer Hinsicht wie z.B. als Arbeitnehmer/in. Alle Richtlinien bestimmen ausdrücklich, dass die EU nur ein Minimum dessen vorgibt, was Staaten gegen Diskriminierung tun können. Sie verbieten überdies, erreichte Schutzstandards abzusenken (vgl. Baer 2003).

Für das *fünfte Aktionsprogramm* (2001-2005) wurde ein Rahmen entworfen, der sämtliche EU-Politikbereiche einbezieht, um die Gleichberechtigung der Geschlechter voranzutreiben. Alle Dienststellen der Kommission sind aufgefordert, ihre Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichheit zu nennen, einschließlich der Mainstreaming-Maßnahmen und der Frauenfördermaßnahmen. Aktionsbereiche sind die Gleichstellung im Wirtschaftsleben, die gleichberechtigte Beteiligung und Vertretung, die Gleichstellung als Bürgerinnen und Bürger, der gleiche Zugang zu sozialen Rechten (vgl. KOM(2000), S. 335). Nachfolgend wird dargestellt, inwieweit die Aktionsprogramme bisher zur Institutionalisierung des Politikbereichs der Frauen- und Geschlechterpolitik auf EU-Ebene beigetragen haben.

2. AkteurInnen der EU-Geschlechterpolitik

Dies geschieht zunächst im Hinblick auf AkteurInnen, die die Geschlechterpolitik der EU maßgeblich gestalten und die auf Initiative der Kommission eingerichtet worden sind. Im Vorfeld der Aktionsprogramme wurde 1977 der *Fraueninformationsdienst* bei der Kommission eingerichtet. Seine Aufgabe besteht darin, die Frauenverbände über die Frauen- und Geschlechterpolitik der EU zu informieren. Dies geschieht z.T. durch eigene Schriften des Informationsdienstes (vgl. Albertini-Roth 1998, S. 17). 1979 wurde das *Referat für Chancengleichheit* eingesetzt. Es ist bei der Generaldirektion der EU-Kommission für *Beschäftigung und Soziales* angesiedelt und koordiniert die Weitergabe der Information der verschiedenen geschlechterpolitischen Akteure an die Kommission. Seit 1982 arbeitet der *Beratende Ausschuss für Chancengleichheit* der Kommission zu. Mit RegierungsvertreterInnen aus den 25 – Mitgliedsländern besetzt (jeweils zwei aus jedem Land), nimmt er eine Scharnierfunktion zwischen nationaler und supranationaler Ebene ein. Mit beratender Stimme gehören ihm ebenfalls VertreterInnen von Gewerkschaften, Beobachterinnen des Europarates, Vertreterinnen der Landwirtschaftsorganisationen und der Europäischen Frauenlobby (EFL) an. Der Ausschuss hat seit

Mitte der 1990er Jahre die Funktion inne, die Umsetzung der Aktionsprogramme in den Mitgliedsstaaten voranzutreiben (vgl. Albertini-Roth 1998). Die Europäische Frauenlobby ist als internationaler Frauenverband 1991 mit starker Unterstützung der Kommission der EU gegründet worden. Sie versteht sich als Verbindungsglied zwischen den politischen Institutionen der EU und den Frauenorganisationen und Frauennetzwerken in den Mitgliedsländern. Der EFL sind über fast 60 Dachverbände 3000 Frauenorganisationen angeschlossen. Die eine Hälfte der Dachverbände sind nationale Vertretungsorganisationen – von deutscher Seite gehört der EFL der Deutsche Frauenrat an (vgl. Icken 2002) – die andere Hälfte sind europaweite Frauenorganisationen wie z. B. Frauenberufsverbände. Sie gehören der EFL an, sofern sie in vier Ländern vertreten sind (vgl. Albertini-Roth 1998). Problematisch ist die Frage, welche Organisation als nationale Koordinierungsorganisation in der EFL auftritt. Für die Niederlande gilt das Modell, dass verschiedene Interessengruppen jeweils eine Delegierte entsenden (eine Vertreterin für feministische Netzwerke, eine Vertreterin der traditionellen Frauenorganisationen etc.). Für Deutschland ist nach wie vor der Deutsche Frauenrat die Koordinierungsgruppe. Er stellt nur Vertreterinnen aus eigenen Mitgliedsorganisationen für die Teilnahme an den Konferenzen der EFL ab (vgl. Schmidt 2000, S. 212).

Wesentliche Impulse hat die Frauen- und Geschlechterpolitik der EU seit den 1980er Jahren darüber hinaus von weiblichen Abgeordneten des Parlaments erhalten sowie durch den beim EU-Parlament angesiedelten Beratenden Ausschuss für Chancengleichheit. Das Parlament setzte bereits 1979 einen Ad-hoc-Ausschuss für die Belange von Frauen ein, der seit 1980 als ständiger Ausschuss arbeitet. Die Zusammensetzung des Ausschusses ergibt sich aus der Sitzverteilung der Parteien im Parlament. Der Ausschuss ist seit 1984 damit beauftragt, in den Mitgliedsstaaten die Umsetzung der Richtlinien zur Gleichbehandlung der Geschlechter zu überwachen (vgl. Schunter-Kleemann 1992, S. 35).

3. Chancengleichheit als Leitlinie der Strukturfonds der EU

Die Strukturfonds der EU – der Europäische Sozialfonds (ESF), der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF) – bilden die zentralen Finanzinstrumente der EU für die Qualifikationsentwicklung, die Beschäftigungsförderung und die Unterstützung bedürftiger Regionen (vgl. Meseke 2002). Parallel zum *dritten Aktionsprogramm* wurde 1994 das Programm Beschäftigung NOW (New Opportunities for Women) verabschiedet, das bis 1999 mit insgesamt 500 Mio. ECU aus dem ESF finanziert wurde und die Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben fördern sollte. Es wendete sich ausdrücklich gegen die „typische männliche Erwerbsbiografie als Grundlage von Bildung und Beschäftigung“ (Beschäftigung NOW 1996). NOW wurde als größtes Testfeld in der Europäischen Union zur Erprobung und Umsetzung neuer Ideen und Konzepte für bessere Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für Frauen betrachtet. Auswertungen zu Beschäftigung NOW kamen zu dem Ergebnis, dass von dem Programm zwar beschäftigungswirksame Impulse ausgingen, dass aber sowohl die Maßnahmen als auch die nach Abschluss der Maßnahmen besetzten Arbeitsplätze ein Spiegel der bestehenden beruflichen Segregation und der gängigen geschlechtsspezifischen Stereotype waren (vgl. Schlussfolgerungen der ESF-Schlussbewertungen, EU-Kommission, Okt. 2001).

1999 wurde in die allgemeine Strukturfondsverordnung erstmals das Gender Mainstreaming aufgenommen (Gültigkeit der Verordnung von 2000 – 2006). Es wird darin als eines der Hauptziele aller vier Strukturfonds ausgewiesen. Die Verordnung sieht vor, dass die Gleichstellungsdimension in sämtliche von den Fonds kofinanzierten

Maßnahmen zu integrieren ist. In 10 der insgesamt 56 Artikel der Verordnung wird der Aspekt der Geschlechtergleichheit ausdrücklich angesprochen. In dieser Verordnung finden die Kriterien des Amsterdamer Vertrages ihren Niederschlag, mit denen der duale Ansatz, der auf der Verknüpfung des Gender Mainstreaming mit spezifischen Maßnahmen beruht, formell verankert wurde. Dieser duale Ansatz liegt auch dem ESF zugrunde, weist aber erhebliche Defizite bei der Umsetzung auf.

Auf der Konferenz über Gender Mainstreaming in den Strukturfonds im Juni 2002 wurde darauf hingewiesen, dass lediglich einige wenige Strukturfondsprogramme in den Mitgliedsländern eine umfassende Gender Mainstreaming Strategie vorsehen. Die supranationalen Vorgaben bleiben auf der nationalen Ebene weitgehend ohne die erwartete Resonanz bzw. ohne Einarbeitung in die Projektkonzeptionen. Viele Programme enthalten zwar eine allgemeine Verpflichtungserklärung, die Auswirkungen der Fondsintervention auf Frauen und Männer zu berücksichtigen, aber sie formulieren keine klaren Zielvorgaben und benennen keine Überwachungsmechanismen (vgl. KOM(2003), S. 98.).

Die meisten fondsfinanzierten Maßnahmen zum Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten zielen auf Beschäftigung ab und werden aus dem ESF finanziert. In anderen von den Strukturfonds abgedeckten Bereichen wie Verkehr, Umwelt oder ländliche Entwicklung hat sich die Umsetzung des Gender Mainstreaming bislang als besonders schwierig erwiesen (vgl. ebd.).

Mit Gemeinschaftsinitiativen als Teilprogrammen innerhalb der Strukturfonds versucht die EU konkret umrissene Ziele anzugehen. Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL (Laufzeit 2000 – 2006) ist ein direkt auf die Erprobung neuer Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierung am Arbeitsmarkt ausgerichtetes Programm. Auch sie wird aus dem ESF finanziert. Es handelt sich bei EQUAL um ein Programm, das zur Bekämpfung von Diskriminierungen von Arbeitenden und Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt wird. Mit *einem* seiner fünf Teilbereiche zielt EQUAL auf die Chancengleichheit für Frauen und Männer. Er wird als Fortsetzung von NOW betrachtet und gibt für förderungswürdige Projekte die Themen „bessere Vereinbarkeit von Familien und Beruf“ sowie den „Abbau geschlechtsspezifischer Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt“ vor (vgl. www.equal-de.de). Die Europäische Union wendet bis 2005 insgesamt 2,973 Mrd. EUR aus Mitteln des ESF für die Gemeinschaftsinitiative EQUAL auf.

Das DAPHNE-Programm, das zentrale EU-Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen, wurde zeitgleich mit dem Vertrag von Amsterdam (1999) ins Leben gerufen. Es steht außerhalb der Strukturfonds. Mit DAPHNE hat die EU ein Förderfeld betreten, das nicht primär auf die Verbesserung der Teilnahmechancen von Frauen als Auszubildenden und Erwerbstätigen abzielt. In seiner Initiativphase (1997 – 1999) wurde es mit 8 Mio. ECU gefördert. Bis 2003 wurde es mit insgesamt 31 Mio. Euro ausgestattet. Für 2004 bis 2008 stehen für das Programm 50 Mio. Euro zur Verfügung. Zugriff auf DAPHNE haben neben den 25 Mitgliedsstaaten zusätzlich die Länder Bulgarien, Rumänien und die Türkei. Im Vergleich mit den Programmen zur Beschäftigungsförderung fällt das Budget für Maßnahmen zu Gewaltbekämpfung vergleichsweise gering aus.

4. Ausblick

Sowohl für die Frage nach der Umsetzung der rechtlichen Normen der EU zur Gleichberechtigung der Geschlechter auf nationaler Ebene als auch für die Frage nach der Ausgestaltung der materiellen Programme und ihrer Umsetzung mangelt es noch weitgehend an systematischer Forschung. Im Hinblick auf die Programme sollten z.B. die Fragen aufgegriffen werden, wie supranationale Vorgaben auf nationaler Ebene grei-

fen bzw. dort Probleme „abdecken“ und welchen Einfluss die EU-eigene Programmlogik, z.B. eine Förderung an transnationale Vernetzung zu koppeln, auf die konkrete Ausgestaltung der Projekte nimmt. Außerdem müsste beleuchtet werden, ob der in den 1980er Jahren einsetzende Wandel im Gleichberechtigungsverständnis der geschlechterpolitischen EU-AkteurInnen seit den 1990er Jahren mit restriktiven Budgetierungen kollidiert wie sie vom Maastricht-Vertrag (1993) ausgehen.

Literatur

- Albertini-Roth, Hilde: Europa. Eine Chance für die Frauen. 20 Jahre Fraueninformation der Europäischen Kommission, Köln 1998.
- Baer, Susanne: Europäische Richtlinien gegen Diskriminierung (paper), Berlin 2003
- Hoskyns, Catherine: Integrating Gender: Women, Law and Politics in the European Union, London 1996.
- Hoskyns, Catherine: Gender and Transnational Democracy: the case of the European Union, in: Meyer, M.K./Prügel E. (Hgg.): Gender Politics in Global Governance, Lanham/Boulder 1999, S. 72-87.
- Icken, Angela: Der Deutsche Frauenrat, Opladen 2002.
- Langerfeld, Christine: Gleichbehandlung von Mann und Frau im Europäischen Gemeinschaftsrecht, Baden-Baden 1990.
- Meseke, Henriette: Beim Geld hört die Gleichstellung auf! Die Strukturpolitik der Europäischen Union, in: Allroggen, Ulrike/Berger, Tanja/Erbe, Birgit (Hgg.): Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union, Hamburg 2002, S. 93-112.
- Nave-Herz, Rosemarie: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, 4. Aufl., Opladen 1994.
- Neuhold, Brita/Pirsner, Renate/Ulrich, Silvia: Frauenrechte – Menschenrechte. Internationale, europarechtliche und innerstaatliche Dimensionen, Innsbruck 2003.
- Nishihara, Hiroshi: Das Recht auf geschlechtsneutrale Behandlung nach EGV und GG. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau vor dem EuGH und dem BVerfG im Vergleich. Berlin 2002.
- Schmidt, Verena: Zum Wechselverhältnis zwischen europäischer Frauenpolitik und europäischer Frauenorganisation, in: Lenz, Ilse/Mar, Michiko/Klose, Karin (Hgg.). Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen, Opladen 2000, S. 155-172.
- Schlussfolgerungen der ESF-Schlussbewertungen, EU-Kommission, in: KOM(2001) 812, Okt. 2001.
- Schunter-Kleemann, Susann: Das Demokratiedefizit der EG und die Verrechtlichung der Frauenfrage, in: dies. (Hg.): Herrenhaus Europa: Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin 1992, S. 29-58.
- Wichterich, Christa: Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking, Bonn 1995.

Die Autorin war mehrjährige Mitarbeiterin am IFF. Sie arbeitet derzeit an der Universität Erfurt. Kontakt über ingrid.biermann@uni-erfurt.de

Kerstin Münder: Ich liebe den Menschen und nicht das Geschlecht. Frauen mit bisexuellen Erfahrungen, Ulrike HELMER Verlag, Königstein/Taunus 2004, 200 Seiten, 19,95 €, ISBN 3897411407



Wie leben bisexuell begehrende Frauen? Welche Chancen und Möglichkeiten bieten bisexuelle Erfahrungen? Sexuelle Abenteuer mit dem gleichen Geschlecht zu haben, gilt häufig als „chic“. Doch letztlich werden Sexualität und Leben von Frauen, die Frauen und Männer begehren, immer noch weitgehend ignoriert oder als bloße Variante homosexueller Praktiken betrachtet. Kerstin Münder hat mit bisexuellen Frauen gesprochen; sie geht den positiven und unterstützenden Aspekten bisexueller Lebensentwürfe nach und macht damit deutlich, welcher Reiz darin liegt, sexuelle Identität als fließend zu erleben und welche Freiräume das ermöglicht. Dabei verbindet sie theoretische Erörterungen und Erfahrungsberichte bisexuell l(i)ebender Frauen zu einer äußerst interessanten und lesenwerten Studien, die zur Auseinandersetzung mit einem Thema anregt, das von zahlreichen Klischees und Tabus behaftet ist. Der Schwerpunkt der Studie liegt dabei auf der Frage, inwieweit bisexuelles Begehren ein Gewinn im Leben von Frauen sein kann. Wo finden sie Unterstützung und Ermutigung in der Auseinandersetzung mit ihrem Begehren und ihrer sexuellen Identität, welchen Einfluss haben bisexuelle Erfahrungen auf das Selbstkonzept, die sexuelle Selbstdefinition und den Lebensalltag von Frauen?

Der erste Teil des Buches wirft einen Blick in die Geschichte, um zunächst einen Eindruck davon zu vermitteln, wie im Laufe der letzten Jahrhunderte über bisexuelles Begehren gedacht und wie damit umgegangen wurde. Dabei wird gezeigt, warum sich Menschen überhaupt über ihre Sexualität definieren, was unter sexueller Identität zu verstehen ist und welcher Nutzen, aber auch welche Gefahren damit verbunden sind, sich auf solche Identitäten zu beziehen. Hier wird

die gesellschaftliche Dimension sexueller Orientierung und entsprechender Kategorien und Zuschreibungen deutlich. „Die Verbindung von biologischem Geschlecht, sozialem Geschlecht, sexuellem Verhalten und sexueller Identität ist kein ursächlicher, vielmehr ist die Bedeutung dieser Faktoren und deren Zusammenspiel sozial konstruiert und ein Spiegel der jeweiligen Kultur und der sozialen Gruppe“ (S. 27). Die Autorin gibt einen guten Überblick über sexualwissenschaftliche Theorien und macht sie anhand von alltagsrelevanten Fragen auch für Nicht-WissenschaftlerInnen gut nachvollziehbar. Ihre Darstellung lässt sich auch als Aufforderung lesen, sich den dualistischen bzw. definitiven Rastern der herrschenden Denkstrukturen und sowohl der gängigen wie auch neuer Categoriesysteme – der Label und Etiketten und Selbstdefinitionen – zu entziehen. Denn es „stellt sich die Frage, worüber ein Label denn eigentlich eine Aussage treffen soll. Handelt es sich hier um die Beschreibung sexuellen Verhaltens, emotionaler Verbundenheit oder um eine politische Zugehörigkeit?“ (S. 39). Zwar sei der Anspruch, dass Identitäten weder festlegen noch reduzieren sollen, schwer einzulösen. Denn „aufgrund unserer Sozialisation haben wir gelernt, uns auf diese Kategorien zu beziehen und unsere Welt dementsprechend zu strukturieren. Im Denken jenseits dieser Begrifflichkeiten sind wir bisher noch zu ungeübt“ (S. 48). Ein Experiment, das aber dennoch lohnend erscheint, eröffnet die Auseinandersetzung mit Kategorien und deren Wirkungsmacht doch neue Freiräume und Möglichkeiten – auch jenseits von Geschlechtsrollenklischees.

Der zweite Teil des Buches ist den persönlichen Geschichten von sechs Frauen im Alter von 26 bis 48 gewidmet, die den Grundstock der Untersuchung bilden. Dabei kommen die Gesprächspartnerinnen selbst zu Wort. Ihre Berichte vermitteln den LeserInnen einen Zugang zu der realen Erfahrungswelt bisexuell begehrender Frauen. Die Autorin wollte u. a. wissen, ob bisexuelle Erfahrungen eine Bereicherung und ein Entwicklungspotential für Frauen darstellen können. Warum sollten sich Frauen und Männer auf einen Lebensweg einlassen, der dem Anschein nach eine Fülle von Schwierigkeiten mit sich bringt, jedoch nichts zu bieten hat? Was bewegt sie dazu, sich gegen bestehende Konventionen aufzulehnen und sich auf Erfahrungen mit Menschen beiderlei Geschlechts einzulassen? Könnte es sein, dass bisexuelle Erfahrungen neben all den Auseinandersetzungen auch Chancen und Möglichkeiten bieten, ja, vielleicht sogar eine Bereicherung im Leben darstellen? Welche Faktoren tragen dazu bei, dass bisexuelle Erfahrungen als Gewinn bringend er-

lebt werden? Auf der Suche nach Antworten auf diese Fragen ist eine sehr interessante Studie herausgekommen, die die große Bandbreite an Erfahrungen aufzeigt, die bisexuelle Frauen unterschiedlichen Alters und in unterschiedlichen Beziehungsstrukturen gemacht haben. Der „Einstiegsprozess“ in die lesbisch/feministische Szene, die bereichernden Erfahrungen durch Frauenbeziehungen, die erste Identitätsfindung als Lesbe und wiederum die Identitätswandlung nach dem Erkennen, wieder einen Mann zu begehren. Deutlich wird vor Augen geführt, wie sexuelles Begehren mit Fragen der sexuellen Identität, der politischen Verortung und der Zugehörigkeit zu einer Gruppe verknüpft ist. Die Gesprächspartnerinnen von Mürder wünschen sich übereinstimmend, dass das Denken in Kategorien aufgeben werden könnte. Ihnen wäre es am liebsten, wenn die Geschlechtszugehörigkeit einer Partnerin bzw. eines Partners keine Rolle spielen würde, sondern die menschlichen Qualitäten einer Person an erster Stelle stehen würden.

Die Untersuchung von Mürder ermöglicht einen Blick in bislang für viele verschlossene Lebenswelten. Einfühlsam und mutig führt die Autorin die Möglichkeiten vor Augen, die sich dabei eröffnen, sowohl Männer als auch Frauen zu lieben und nicht in Etikettierungen von Gruppenzugehörigkeiten, wie der Lesbenszene oder Rollenklischees der Heterowelt zu verfallen. Zu bedauern ist einzig die geringe Auswahl der interviewten Personen und dass nur Akademikerinnen zu Wort kommen. Dennoch kann die Studie von Mürder vielfältigen Anforderungen genügen: sie kann der Selbsterfahrung und Selbsthilfe dienen, als Aufklärungsbuch fungieren und unterstützend für die Bildungs- und Beratungsarbeit sein. Und dieses Buch lässt sich auch als ein Plädoyer für die Erweiterung eigener Identitätskonzeptionen lesen, als eine Warnung vor der Definitionsmacht gesellschaftlicher Konventionen und nicht zuletzt als ein Appell an Toleranz.

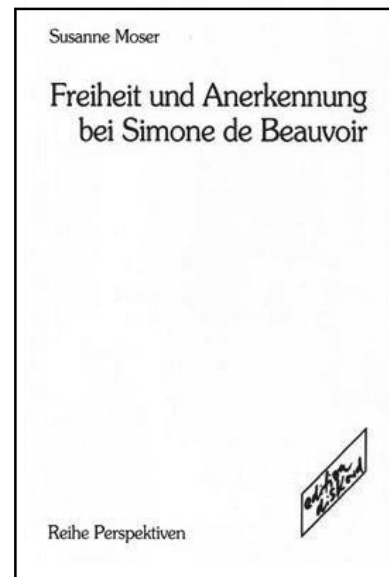
*Dr. Birgitta Wrede, Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF), Universität Bielefeld,
Email: birgitta.wrede@uni-bielefeld.de*

Susanne Moser: Freiheit und Anerkennung bei Simone de Beauvoir, edition diskord, Tübingen 2002, 254 Seiten, 16 € ISBN 3892957274

»Beauvoirs feministisches Ziel wäre es gewesen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die Frauen den Zugang zum Universellen als Frauen gewinnen – weder als Imitation der Männer noch als geschlechtsneutrale Wesen, die es ja gar nicht gibt« fasst Susanne Moser (S. 37) Beau-

voirs Denken und Wirken zusammen, wobei Moser gleichzeitig den Mangel einer ausreichenden philosophischen Aufarbeitung bezüglich der Begriffe Freiheit und Anerkennung in Beauvoir's Werken betont. Die Autorin bietet in ihrer Arbeit nicht nur einen komprimierten Überblick über die Debatte um Beauvoirs Theorie, sie revidiert gleichsam ‚feministische Vorwürfe‘, weist auf die Bedeutung des Gesamtwerkes hin und entwickelt eine Basis, auf der die vernachlässigten Begriffe präzisiert werden können. Die Auseinandersetzung mit diesen Begriffen erfolgt in zwei Schwerpunkten: der erste Teil des Bandes beschäftigt sich mit der Doppelsinnigkeit, der Freiheit und der Moral in Beauvoir's Gesamtwerk, im zweiten Teil werden das Subjekt, die Gesellschaft und die Anerkennung diskutiert. Die gesamte Beauvoir'sche Philosophie definiert Moser als Vermittlungspunkt zwischen Moderne und Postmoderne.

Die Autorin weist in ihrer Arbeit nach, dass Beauvoir nicht, wie hartnäckig unterstellt wird, »die Zweigeschlechtlichkeit [...] als ein notwendiges Attribut der Existenz ansieht« (S. 11), sondern in „Das andere Geschlecht“ eine geschlechterunabhängige Fortpflanzung ebenso andeute wie sie der Theorie einer Konstruktion der Geschlechter den Weg weise. Ziel des vorliegenden Buches ist die Thematisierung und Darstellung eines Konfliktes, in den Beauvoir – Moser zufolge – mit ihrem Rückgriff auf die Emanzipationspotentiale klassischer Philosophie zwangsläufig geraten müsste. Auf das Spagat zwischen innovativer Fortentwicklung klassi-



schen philosophischen Denkens, u.a. des Freiheits-, Identitäts- oder auch Anerkennungsbegriffes, und der gleichzeitigen Selbstverständlichkeit, weiterhin diese klassische Orientierung als Maßstab einzusetzen, geht Moser ausführlich ein. Sie zeichnet die Geschichte des Anerkennungsdenkens nach und arbeitet in Exkursen die eigenständige philosophische Deutung Beauvoir'scher Begriffe in Abgrenzung zur Hegel'schen oder Sartre'schen Philosophie heraus und verweist darauf, wie stark Beauvoirs Intention, Philosophie als eine lebendige Realität erfahrbar werden zu lassen, und diese als »unerschöpfliche Quelle für ihr eigenes Leben und ihre Erfahrungen« (S. 118) umzusetzen, geprägt war. Diesen Anspruch einzulösen, schien ihr wohl »am ehesten in der Literatur möglich« (S. 118), betont Moser und baut in ihrem Band eine Brücke zwischen philosophischen Modellen und literarischer Umsetzung.

So reflektiert Beauvoir in ihrem Roman „Sie kam und blieb“ – wie Moser herausarbeitet – die Bedeutung des Hegel'schen Anerkennungsmusters für das Alltagsleben, den Kampf zweier Bewusstseine und entwickelte in Folge ein modifiziertes Anerkennungsmodell, in dem sie den Kampf über das Konzept der Freundschaft auflösen wollte. Die klassische Anerkennungstheorie widerlege sie mit ihrem Hinweis, Frauen seien darin weder mitgedacht –wenn überhaupt, dann nur als „absolut Andere“- darüber hinaus würde nur in kriegerischen Metaphern argumentiert, was ebenfalls männlichem Denken geschuldet sei. Moser zeichnet Beauvoirs Suche nach einem ausgewogenen, wechselseitigen Anerkennungsverhältnis nach, in dem eine Spannung zwischen Freundschaft, reziproker Anerkennung und Verpflichtung mit der Freiheit der Subjekte zur Durchsetzung selbstgewählter Entwürfe einhergeht und sich vermittelt. Eine Denkstruktur, die der Existenz-Philosophie verbunden bleibt. Beauvoir will den Ausschluss der Frauen aufheben, sie will diese aus der Immanenz zur Transzendenz führen und entwirft ein Anerkennungsmodell, das die Geschlechtlichkeit mitdenkt, eine »grundlegende Feindseligkeit« (S. 141) verneint und den Kampf ‚befriedet‘. Beauvoirs Hauptthese, Anerkennung sei durch Freundschaft vermittelt möglich, wird von Moser detailliert nachvollzogen, in Abgrenzung zu Hegel, Sartre u.a. dargelegt und kritisch reflektiert. Nach Moser interpretiert Beauvoir den Anerkennungsprozess nicht als die Entgegensetzung zweier Subjekte, sondern als eine Vermittlung zwischen zwei Subjekten, in denen das jeweilige Subjekt nur über die Existenz des anderen Subjektes zum Menschen, zur Transzendenz und zum Leben des eigenen Entwurfes gelangen kann. Und dies für beide in Freiheit! Allerdings betone

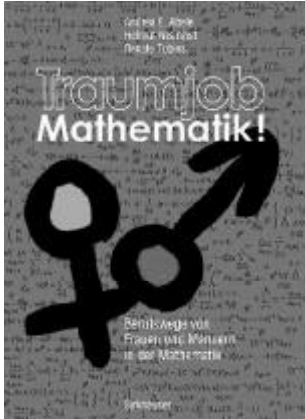
Beauvoir an dieser Stelle, dass es sich bei der Freundschaft um einen Anderen handeln müsse, der ganz und gar bei sich selbst sei. »Ich anerkenne, dass der Andere ebenso Bewusstsein und Subjekt ist wie ich, dass er jedoch von mir getrennt ist und diese Andersheit nicht in eine wie immer geartete Identität aufhebbar ist« (S. 179) fasst Moser diesen Prozess zusammen und differenziert dabei drei Formen von Alterität: das absolut Andere, Alterität als Merkmal von Identität und Alterität als Bedingung von Freundschaft. Beauvoir setzt damit an die Stelle des Herren-Subjektes ein Freundschaftssubjekt; ob und wie allerdings mit diesem Tausch sich das Anerkennungskonzept verändert, wurde von ihr nicht weiterentwickelt. Die daraus folgenden offene Fragen bleiben ohne Antwort. Nicht weiter ausgeführt bleibt bei dem veränderten Anerkennungsmodell die Mitte der Vermittlung. Als Mitte wird bei Hegel die bedeutende Rolle der Arbeit gesetzt und auch Beauvoir übernimmt Arbeit als Berufstätigkeit als ein Moment der Befreiung für Frauen, doch deren Rolle als Mittlerin zwischen den sich anerkennenden Subjekten – wie bei Hegel – bleibt unklar. Moser greift die Bedeutung der Mitte im Anerkennungsprozess nicht auf, unklar bleibt, wie sich die Subjekte in Freundschaft „vermitteln“. Dies mindert allerdings nicht die Leistung Beauvoirs, das Hegel'sche Anerkennungsmodell auf geschlechtliche Subjekte weiterzudenken und in Verbindung mit einer existentialistischen Perspektive »nicht die Widersprüche zwischen Freiheit und Situation, Wahl und Geschlecht durch eine Aufhebung zu versöhnen, sondern sie als Teil der Existenz zu denken« (S. 244).

Moser arbeitet detailliert die Konflikte und Widersprüche des Beauvoir'schen Denkens heraus, ohne dessen Bedeutung zu mindern. Im Gegenteil baute sie „theoretische Brücken“, die vielen Leserinnen möglicherweise einen neuen Zugang zum vorliegenden Werk Beauvoir's vermitteln können. Sie hat den Anspruch, den sie eingangs formuliert, eingelöst.

Christa Oppenheimer, Falkstraße 27, 60487 Frankfurt am Main, Email: Chr.Oppenheimer@ngi.de.

Die Rezension ist bereits erschienen in: Feministische Studien, Heft 1, 2004

Andrea E. Abele/Helmut Neunzert/Renate Tobies: Traumjob Mathematik! Berufswege von Frauen und Männern in der Mathematik, Birkhäuser Verlag, Basel/Boston/Berlin 2004, 192 Seiten, 28 € ISBN 3-7643-6749-0



Wie gelangten und gelangen Frauen und Männer in den mathematischen Beruf und warum erreichen noch immer nur wenige Mathematikerinnen Spitzenpositionen? Sind mathematische Leistung und Berufsintentionen stärker vom Geschlecht als von der Begabung abhängig? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten

hinsichtlich Leistungsniveau, Interessen und Berufsabsichten gibt es bei Mathematikabsolventen und -absolventinnen – früher und heute? Wie steht es mit den Klischees, die sich um das Thema „Frauen und Mathematik“ ranken? Mit diesen forschungsleitenden Fragen beginnt das Buch „Traumjob Mathematik!“, ein Buch, dies sei an dieser Stelle vorweg genommen, das nicht nur all jenen wärmstens zu empfehlen ist, die sich mit den Gedanken tragen, vielleicht Mathematik studieren zu wollen, sondern auch denjenigen, die sich bereits im Studium befinden und sich Gedanken über ihre Berufsperspektiven machen. AbiturientInnen wie Studierende kann das Buch ermutigen, ihren Weg in die/der Mathematik zu gehen, zeigt es doch insgesamt, „dass Mathematik für eine beträchtliche Gruppe von Personen eine Basis für verschiedene, sehr erfüllende und erfolgreiche Berufsverläufe darstellt“ (S. VI). Darüber hinaus ist das Buch für all jene lesenswert, die sich mit „der Geschlechterfrage“ (in) der Mathematik beschäftigen. Auch wenn sichtbar wird, dass die Mathematik und damit auch die Berufswege von MathematikerInnen weder historisch wie gegenwärtig gänzlich „frei“ von Geschlechterasymmetrien sind, räumt dieses Buch sehr gründlich mit „alten und neuen“ Mythen über „Frauen in der Mathematik auf“ und liest sich letztlich fast wie ein Plädoyer zur (Rück-)Eroberung dieser Disziplin und mathematischer Berufswege durch Mathematikerinnen.

Zur Datenbasis und den Forschungsmethoden

Die Publikation entstand im Rahmen des von der Volkswagenstiftung geförderten interdisziplinären For-

schungsprojekts „Frauen in der Mathematik. Determinanten von Berufsverläufen in der Mathematik unter geschlechtervergleichender Perspektive“. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit (Mathematik, Mathematikgeschichte, Psychologie) in diesem Projekt machte es erstmals möglich, historische und aktuelle Berufswege in der Mathematik vergleichend zu untersuchen. Die „historische“ Perspektive fokussiert auf Berufsverläufe von Mathematikerinnen und Mathematikern vom Anfang bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Diese auf einer umfassenden Aktenanalyse beruhende Aufarbeitung des historischen Materials basiert auf zwei repräsentativen Stichproben: Einerseits auf der geschlechtervergleichenden Untersuchung der Berufswege von 3.040 Personen, die im Zeitraum von 1902 bis 1940 erfolgreich ein Lehramtsstaatsexamen in Mathematik abgelegt hatten und andererseits auf der Analyse der Berufswege von mehr als 1.400 Mathematiker und Mathematikerinnen, die im Zeitraum von Wintersemester 1907/08 bis zum Wintersemester 1944/45 an deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen in Mathematik promoviert hatten. Die Untersuchung der aktuellen Situation der beruflichen Entwicklung von MathematikerInnen basiert auf einer repräsentativen Stichprobe von ca. 1.100 Absolventinnen und Absolventen eines Studiengangs Mathematik (Diplom und Staatsexamen), die 1998 erfolgreich ihr Studium abgeschlossen hatten. Diese Personen wurden 1998 zum ersten Mal, 2001 zum zweiten Mal und 2003 zum dritten Mal mittels eines Fragebogens befragt. Darüber hinaus erstreckte sich die Befragung über 170 Personen, die zwischen 1988 und 2000 einen Dokortitel mit einer mathematischen Dissertation erwarben.

Aufbau und Inhalte des Buches

Das Buch gliedert sich in acht Kapitel. Das erste Kapitel führt in die Fragestellung ein und benennt dabei acht „gängige“ Vorurteile über „Frauen und Mathematik“, wie z.B. dass sich Frauen nicht für Mathematik interessieren, dass sie weniger leistungsfähiger in der Mathematik sind als Männer, dass sie beruflich weniger erfolgreich sind als Männer und dass sie, wenn sie sich für Mathematik interessieren, in erster Linie einen Lehramtsstudiengang und damit den Berufsweg der Mathematiklehrerin wählen. Ein erklärtes Ziel der AutorInnen ist es, mit ihrer Studie Daten und Befunde zusammenzutragen, die zur Klärung der Frage beitragen können, ob die genannten Vorurteile bestätigt werden (müssen) oder nicht. Inwieweit ihre Ergebnisse die einzelnen Vorurteile über „Frauen und Mathematik“ als von Anbeginn an als (männliche) Unwahrheiten oder

als inzwischen überholte Stereotypen „entlarven“ können, soll nicht verraten werden, das mögen die LeserInnen selbst entdecken. In Kapitel acht des Buches, der Schlussbemerkung, werden diese Vorurteile jedenfalls noch einmal aufgenommen und anhand der Befunde der vorliegenden Studie sehr kritisch unter die Lupe genommen. Kapitel zwei gibt – unter einer geschlechtervergleichenden Perspektive – einen guten Überblick über historische wie aktuelle Daten zu Studierende und StudienanfängerInnen der Mathematik, zu den Studienabschlüssen, der Studiendauer, den StudienabrecherInnen und Examensnoten, zur Entwicklung der Promotionsquoten, zur beruflichen Tätigkeit und zu den Arbeitsmarktchancen von MathematikerInnen in unterschiedlichen Berufsfeldern. Kapitel drei und vier folgen demselben Aufbau, fokussieren aber einmal auf MathematikabsolventInnen im Lehramt und einmal auf DiplommathematikerInnen. Hierzu werden in beiden Kapiteln zunächst „historische“ Berufswege vorgestellt, einerseits unter einem geschlechtsvergleichenden Blick aufgrund der Analysen aus dem historischen Material, andererseits aber auch exemplarisch an einigen Biographien von Mathematikerinnen. Die historischen Abschnitte dieser Kapitel vermitteln zudem einen guten Einblick in die Geschichte und Wandlung dieser Disziplin an Hochschulen und beschreibt dabei auch „strukturelle“ Rahmenbedingungen des erschwerten Zugangs oder der Exklusion von Frauen in die Mathematik bzw. in akademische Berufswege der Mathematik. In beiden Kapiteln werden sodann die historischen Befunde mit aktuellen Ergebnissen der AbsolventInnenbefragung kontrastiert. Im Vordergrund stehen dabei die Fragen, welche Erfahrungen die AbsolventInnen (jeweils bezogen auf ihren Studiengang) in ihrer Studienzeit gemacht hatten, warum sie diesen Studiengang gewählt haben, welche Vorstellungen sie über ihre Berufstätigkeit am Ende des Studiums gehabt hatten, wie ihnen der Berufseinstieg gelungen ist, was aus ihnen drei Jahre nach dem Examen „geworden“ ist. Kapitel fünf durchbricht diese Systematik. Es betrachtet im Detail Ergebnisse aus einer Teilgruppe der „aktuellen Erhebung“, nämlich nur diejenigen Personen, die bei der ersten Befragung im Jahr 1998 angaben, promovieren zu wollen. Diese wurden 2001 noch einmal befragt, d.h. das Kapitel fokussiert auf die berufliche Entwicklung dieser Teilgruppe innerhalb dieses Zeitraums. Dabei werden u.a. die Fragen untersucht, wer promovieren will, was die Beweggründe für eine Promotion sind, wie die nach dem Examen geäußerte Promotionsabsicht umgesetzt wurde oder werden konnte und wie die Befragten ihre Promotionszeit erleben. Kapitel sechs hin-

gegen integriert wieder historische und aktuelle Analysen zu Berufswegen promovierter MathematikerInnen. Im „historischen“ Abschnitt werden zunächst wieder geschlechtervergleichende Daten und Befunde präsentiert, die z.B. die „Geschlechterverteilung“ bei mathematischen Promotionen von 1907 bis 1945 aufzeigen, bei den mathematischen Gebieten der Dissertationen oder bei den Noten im Rigorosum. Anschließend werden auch hier wieder exemplarisch einige Berufswege promovierter Mathematikerinnen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorgestellt. Im „aktuellen“ Abschnitt werden die Berufswege promovierter MathematikerInnen aus den Jahren 1988 bis 2000 dargestellt. Unter der geschlechtervergleichenden Perspektive werden z.B. die Fragen behandelt, wo die promovierten MathematikerInnen arbeiten, wie viel sie verdienen, wie zufrieden sie mit ihrem Berufsverlauf sind, wie sie ihre Arbeit erleben, wie ihr Privatleben aussieht und wie sie rückblickend ihre Studien- und Promotionszeit beurteilen. Kapitel 7 beleuchtet die internationale Perspektive des Mathematikstudiums und gibt so einen guten Rahmen, die „deutschen Verhältnisse“ noch einmal unter einem anderen Blickwinkel zu „bewerten“.

Ein kurzes Fazit

Das interdisziplinäre AutorInnenteam verbindet in hervorragender Weise die historische Perspektive auf Berufswege von Frauen und Männern in der Mathematik mit der gegenwärtigen. Dabei nehmen die AutorInnen ihre LeserInnen quasi an die Hand, lassen sie in die Geschichte dieser Disziplin und ihrer AkteurInnen eintauchen, schlagen dann den Bogen auf die heutige Situation und machen so, ganz nebenbei und wie selbstverständlich, die „etwa 100jährige Geschichte des mathematischen Frauenstudiums“ (S. 6) nachvollziehbar und einer wissenschaftlichen Reflexion zugänglich. Auch der Schreibstil der AutorInnen trägt dazu bei, LeserInnen ohne Mühen über die nahezu 200 Seiten zu fesseln. Das Buch hebt sich damit wohltuend von manch anderen wissenschaftlichen Publikationen ab, bei denen LeserInnen den Eindruck haben müssen, die „Wissenschaftlichkeit“ wird nur durch die Darstellung einer ausreichenden Kenntnis der Fachterminologie bewiesen. Das Buch bietet MathematikerInnen wie Nicht-MathematikerInnen spannende und zum Teil verblüffende Erkenntnisse zu diesem Forschungsfeld und lädt darüber hinaus zu weitergehenden Diskussionen ein.

*Dr. Anina Mischau, Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF), Universität Bielefeld,
Email: anina.mischau@uni-bielefeld.de*

Antje Goy: Vernetzte Frauen. Netzwerke als Beitrag zur beruflichen Förderung von Frauen, VSTP Verlag Soziale Theorie & Praxis GmbH, Gelsenkirchen 2004, 250 S., 24,90 € ISBN 3899832507



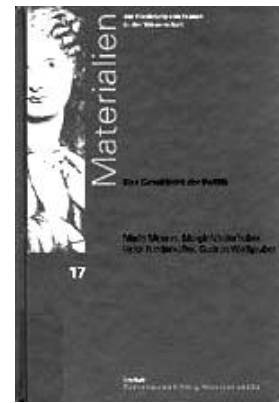
Seit Mitte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts sprießen sie wie Pilze aus dem Boden – berufliche Netzwerke von und für Frauen. Mehrere hundert solcher Netzwerke existieren in Deutschland. Bisher wurde diesen Netzwerken wenig wissenschaftliches Interesse zuteil. Durch ihre Selbstorganisation und geringe institutionelle Bindung befinden sie sich in einer Grauzone zwischen Frauenförderung und Frauenbildung. Bei allem unterschiedlichen Profil haben die Netzwerke eines gemeinsam: Sie wollen die berufliche Situation von Frauen in Gesellschaft und Arbeitswelt verbessern und die Entwicklung von Kompetenzen der Netzwerkfrauen durch den Austausch von Informationen, Erfahrungen und Kontakten unterstützen.

In der vorliegenden Untersuchung soll überprüft werden, ob berufliche Frauennetzwerke das erbringen, was sie sich zum Ziel gesetzt haben. Dazu wurden zahlreiche Frauen zweier Netzwerke befragt. Wie sehen die Kontakte und Beziehungen aus, durch die sich diese Netzwerke strukturieren und funktionieren? Wie gestaltet sich in flexiblen Organisations- und Arbeitsformen das konkrete Miteinander? Gelingt es Frauen in diesen Netzwerkformen, eine nachhaltige berufliche Förderung zu erzeugen? Können von solchen Netzwerken produktive Impulse für Frauenförderung und Frauenbildung ausgehen? Welche Kooperationen und Projekte sind denkbar?

Mesner, Maria; Niederhuber, Margit; Niederkofler, Heidi; Wolfgruber, Gudrun: Das Geschlecht der Politik (Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft 17), Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien 2004. 516 S., 22 € ISBN 3852241146

Im vorliegenden Band werden Länder aus drei Kontinenten einander gegenüber gestellt. Dabei fragen die Autorinnen anhand der Politikfelder politische Repräsentation, Reproduktion und Erwerbsarbeit danach, welche Bedeutung die Kategorie Geschlecht – sowohl

als soziale Zugehörigkeit als auch als Diskriminierungskategorie – in den verschiedenen Gesellschaften hat. Zwar bestätigt sich, dass Geschlecht in allen untersuchten Gesellschaften eine zentrale Funktion in der sozialen Differenzierung und Hierarchisierung hat, aber die Bedeutungen von Geschlecht in den verschiedenen Ländern, Gruppen und Regionen erweisen sich durchaus als unterschiedlich.



Rosenberger, Sieglinde K.; Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven, Wiener Universitätsverlag WUV, Wien 2004, 314 S., 22,90 € ISBN 3-8252-2479-1

Mit Beiträgen von Eva Kreisky, Regina-Maria Dackweiler, Sabine Lang, Cornelia Klinger, Birgit Sauer, Barbara Holland-Cunz, Sibylle Hardmeier, Sieglinde K. Rosenberger, Ute Behning, Gabriele Wilde und Cilja Harders.

Dieses Studienbuch diskutiert die zentralen Begriffe der Politik – Macht und Herrschaft, Staat, Recht und Institutionen, Öffentlichkeit, Interessen und Arbeit, Demokratie und Repräsentation, Krieg und Frieden – in ihrer geschlechterpolitischen Dimension.

Ausgehend von grundlegenden Reflexionen über Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie, bietet es den ersten systematischen Überblick über die historischen Entwicklungslinien, die Kontroversen und den aktuellen Stand feministischer Politikwissenschaft. Die Autorinnen konfrontieren den Mainstream mit geschlechtersensiblen Denken, zeigen Anknüpfungspunkte an andere sozialwissenschaftliche Disziplinen und eröffnen gesellschafts- und forschungsrelevante Perspektiven.

Mit einem Glossar, das die Grundbegriffe politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung präzise definiert, und einem Literaturverzeichnis, das sämtliche Positionen der feministischen Politikwissenschaft anführt.



Inken Lind: Aufstieg oder Ausstieg? Karrierewege von Wissenschaftlerinnen – Ein Forschungsüberblick, cews.Beiträge Frauen in Wissenschaft und Forschung no. 2, Kleine Verlag, Bielefeld 2004, 160 S., 17,80 € ISBN 3893703896

Der zweite Band der Schriftenreihe des CEWS „cews.Beiträge Frauen in Wissenschaft und Forschung“ gibt einen Überblick über die Forschungsergebnisse der



vergangenen Jahrzehnte zu den Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen der Wissenschaft und zeigt Perspektiven für weiterführende Ansätze auf.

Während rund 50 % der StudienanfängerInnen und etwa 47 % der HochschulabsolventInnen weiblich sind, sinkt der Anteil an Frauen mit jeder Stufe auf

der Karriereleiter kontinuierlich. Die Folge ist eine erhebliche geschlechterspezifische Asymmetrie in Führungspositionen im deutschen Wissenschaftssystem. Der mit dem langjährigen Qualifikationserwerb verbundene „return on investment“ ist für Frauen durchschnittlich deutlich geringer als bei ihren männlichen Kollegen. Die zahlreichen Bemühungen der letzten Jahre, Chancengleichheit in der Wissenschaft zu verwirklichen, greifen indes nur zögerlich. Eine zentrale Grundlage, um effektive Maßnahmen entwickeln und einsetzen zu können, ist die genaue Kenntnis der diesem Trend zu Grunde liegenden Ursachen. Mit der Erforschung dieser Ursachen haben sich in den vergangenen 50 Jahren unterschiedliche Disziplinen beschäftigt; dabei kamen eine Vielzahl an Theorien und Methoden zum Einsatz. Die dabei erzielten Ergebnisse wurden bislang kaum systematisch zusammengefasst und eingeordnet.

Hier knüpft der vorliegende Band der Autorin und CEWS-Mitarbeiterin Dr. Inken Lind an. Die Autorin schließt eine Lücke, indem sie die empirischen Ergebnisse einer rund 50jährigen interdisziplinären Forschungshistorie erstmals in der Zusammenschau analysiert und kenntnisreich gegenüber stellt. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Ansätze, Prämissen und Perspektiven wird das ganze Panorama an wissenschaftlicher Erkenntnis ersichtlich und der Forschungsgegenstand in seiner Komplexität erkennbar. Die Publikation ist eine wichtige Handreichung für die Fachöffent-

lichkeit in Wissenschaft und Politik, aber auch für Wissenschaftlerinnen und an der Thematik interessierte Personenkreise. Dabei zeichnet die Veröffentlichung besonders aus, dass sie über die Rezeption hinausgehend Ansatzpunkte für künftige, wirksame Handlungsstränge zur Herstellung von tatsächlicher Chancengleichheit aufzeigt.

Carmen Eccard: Ich bin erst glücklich, wenn ich fliegen kann! Berufliche Orientierungen von Pilotinnen, Ulrike Helmer Verlag, Königstein/T. 2004, 296 S., 24,95 € ISBN 3897411407

Pilotinnen werden bis heute gleichermaßen als Irritation wie Faszinosum betrachtet. Sie widersprechen mit ihrer Berufswahl ganz entschieden den gesellschaftlichen Weiblichkeitsvorstellungen. Umgekehrt schwingt im Männerberuf „Pilot“ nach wie vor die mythenbesetzte Geschichte vom „großen Vogel“ und seinem „Flieger“ mit, die von Mannhaftigkeit, Verantwortung, Technik und Heldentum erzählt...



In den letzten Jahren war im gewerblichen Flugwesen eine Steigerung des Zugangs von weiblichem Cockpitpersonal auszumachen. Trotzdem liegt der Frauenanteil unter 3%. Anlass genug, alle in Deutschland tätigen Pilotinnen danach zu befragen, welche Motive sie dazu ermutigt haben, diesen Beruf zu ergreifen, und was er für ihre Lebenszusammenhänge bedeutet. Mit einem Blick zurück auf die „ersten Frauen in der Luft“ wird zugleich ein anschaulicher Einblick in die Geschichte der Flugzeugführerinnen gegeben. Bemerkenswert ist, wie häufig sich in den Berufswünschen, an die sich die Flugzeugführerinnen aus ihrer Kindheit und Jugendzeit erinnern, schon in jungen Jahren geschlechtsuntypische Vorlieben und Auffälligkeiten zeigen. Die Existenz von hohen Schwellen, mit denen Frauen im Gegensatz zu Männern beim Einstieg in den Pilotenberuf konfrontiert sind, wird eindrücklich in den umweghaften Berufswahlprozessen der Pilotinnen und ihrem relativ hohen Einstiegsalter sichtbar. Über ein Viertel der Verkehrspilotinnen orientierte sich zunächst auf die Kabinentätigkeit. Stewardess zu werden bedingt keinen Bruch mit den Weiblichkeitsvorstellungen und lässt am Traum vom Fliegen bereits

partizipieren. Den meisten der Frauen reichte das aber nicht: Immerhin 90% der Pilotinnen nennen als wichtigstes Motiv für ihre Berufswahl den Wunsch, selbst ein Flugzeug zu fliegen...

Jutta Hartmann (Hg.): Grenzverwischungen. Vielfältige Lebensweisen im Gender-, Sexualitäts- und Generationendiskurs, Sozial- und Kulturwissenschaftliche Studientexte Band 9, Studia Verlag, Innsbruck 2004, 15 €, ISBN 3-901502-61-0



Im Mittelpunkt des Buches stehen Fragen zur Gestaltung geschlechtlicher und sexueller Existenz- und Lebensweisen in unterschiedlichen Altersstufen. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass die Pluralisierung von Lebensformen und die Relativierung von Lebensalter aktuelle gesellschaftliche Entwicklungsprozesse sind,

die frühere Selbstverständlichkeiten der Lebensgestaltung in Frage stellen. Dabei erweisen sich auch Geschlechtlichkeit und Sexualität als biografisiert.

Mit der Aufweichung geschlechtlicher und sexueller Kategorien und Lebensverläufe einher geht das janusköpfige Potenzial von Erweiterung und Bedrohung, von Lust und Angst. Für Erziehungswissenschaften und Soziale Arbeit stellt sich die Aufgabe, die Veränderungen für die Konstitutionsprozesse der Individuen, für deren Selbstverständnisse und Bewältigungsstrategien zu erforschen und Schlüsse für eine weitere Professionalisierung der pädagogischen und psychosozialen Arbeit zu ziehen.

Diesen innovativen Debatten wendet sich das Buch zu. Entlang generationenbezogener Forschungs- und Praxisfelder interessieren unter dem Motto „Grenzverwischungen“ besonders jene Prozesse, die gängige Normalitätsvorstellungen irritieren, indem sie die vorherrschenden Zweiteilungen von Männlichkeit und Weiblichkeit, Homo- und Heterosexualität, traditionellen und alternativen Lebensformen, Erwachsen- und Nichterwachsenheit in Frage stellen.

Daniela Mueller: „Ketzerinnen“ – Frauen gehen ihren eigenen Weg. Vom Leben und Sterben der Katharerinnen im 13. und 14. Jahrhundert, Religion & Kultur Verlag, Würzburg 2004, 287 S., 19,90 €, ISBN 3-933891-11-6

„Ketzerinnen“ waren Frauen, die in Lehre und Ritus vom Glauben der zu ihrer Zeit herrschenden Kirche abwichen. Die Kenntnisse über sie sind bis heute merkwürdig verschwommen und immer noch negativ geprägt – im Gegensatz zu ihrem männlichen Gegenstück, den Ketzern, die gegenwärtig als Synonym für Querdenker, für unabhängige Vertreter unbequemer ‚Wahrheiten‘ angesehen werden, und auch im Gegensatz zu den Hexen, die zu weiblichen Symbolgestalten machtvollen Frauenwiderstandes gegen patriarchalische Verhältnisse hochstilisiert wurden.

In der vorliegenden Studie, die sich außer an Fachleute auch an ein breiteres Publikum richtet, wird versucht, den Frauen, die in den Geschichtsbüchern größtenteils noch immer, wenn überhaupt, nur am Rande der großen „Ketzerbewegungen“ des Mittelalters vermerkt werden, wieder ihren geschichtlichen Platz zu geben und ihre Schicksale aus der Versenkung der Jahrhunderte hervorzuholen.

Aufgrund der Auswertung von Originalquellen, vor allem der Verhörprotokolle, die zum größten Teil bis heute nur in alten Handschriften und noch nicht in Buchform gedruckt vorliegen, wird gezeigt, wie Frauen in der westlichen Christenheit zunächst allgemein in die Herausbildung des Ketzereivorwurfs ab dem 11. Jahrhundert miteinbezogen wurden. Weiterhin wird ihre Beteiligung und ihr Leben und Sterben im Rahmen der von der Kirche als besonders gefährlichen Bewegung des Katharertums beleuchtet.

Eine Verbindung zwischen struktureller Einbindung des Phänomens ‚Ketzerei‘ und individuellen Schicksalen von ‚aktenkundig‘ gewordenen Frauen soll dabei den Lesern und Leserinnen ein plastisches Bild macht- und kirchenpolitischer Einbettung spiritueller Anliegen von mittelalterlichen Frauen – und Männern – vor Augen führen.

Infos

Tagung Innovationen — Technikwelten Frauenwelten. Fach- und Führungskrätemangel in der Technik – eine Chance für Frauen?!

21. Oktober 2004

Deutsches Technikmuseum Berlin, Trebbiner Straße 9, 10963 Berlin

Die Entwicklung in ingenieurwissenschaftlichen Studien- und technischen Ausbildungsgängen zeigt, dass Technik für immer mehr junge Frauen attraktiv wird. Noch nie gab es so viele Studienanfängerinnen in den Ingenieurwissenschaften wie im Jahr 2004 – dem Jahr der Technik. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die demographische Entwicklung zu Umbrüchen im Beschäftigungssystem führen wird und ein enormer Bedarf an Fach- und Führungskräften im technischen Bereich bevorsteht. Daher ist die nachhaltige Integration von Frauen insbesondere in technische Arbeitswelten unerlässlich. Nur mit den Kompetenzen und dem Innovationspotenzial qualifizierter Technikerinnen und Ingenieurinnen ist die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Will man mehr Mädchen und Frauen für technische Berufe gewinnen und ihre erfolgreichen Karriereverläufe in diesen Bereichen sichern, dann müssen Änderungen in den Rahmenbedingungen von Schule, Ausbildung und Studium in einem stärkeren Maße als bisher mit strukturellen und kulturellen Veränderungen der Arbeitswelt verknüpft sein. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die mit Begeisterung gestarteten Jungingenieurinnen und -technikerinnen in ihren anvisierten Berufsfeldern gehalten werden. Ziel der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Tagung ist es, die Bedeutung von Frauen in der Technikentwicklung herauszustellen und diese mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu erörtern.

Die in Kooperation mit der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik des DGB-Bundesvorstands und dem VDI Bereich Frauen im Ingenieurberuf von der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH veranstaltete Tagung will zu geschlechtergerechten Innovationsprozessen in unserer Gesellschaft beitragen.

Weitere Informationen: Dr. Regina Buhr, Bereich Gesellschaft, VDI/VDE-IT, Rheinstraße 10B, 14513 Teltow, Tel. 03328-435-109, buhr@vdivde-it.de

Internationale Konferenz „Schöner wirtschaften. Europa geschlechtergerecht gestalten!“

29. – 30. Oktober 2004

IHK-Akademie München, Orleansstr. 10-12, 81669 München

„Wirtschaftsmacht Europa“, „Europa braucht (mehr) Wachstum“, „Unternehmen drohen mit Jobexport“ – so oder so ähnlich klingen aktuelle Schlagworte in einschlägigen Wirtschaftsmagazinen, wenn es um den Europäischen Wirtschaftsraum geht.

Wer sind die AkteurInnen, die in Europa Wirtschaft gestalten? Wie und mit welchen Themen sind Frauen und Männer in Politik und Wirtschaft vertreten? Bislang ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Gestaltung und am Wohlstand Europas ein unerreichtes Ziel. Wie wird die Gleichstellung der Geschlechter in der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik in der erweiterten Europäischen Union befördert? Welche Zwischenbilanz kann aus der europaweiten Einführung von Gender Mainstreaming gezogen werden? Wie lauten die Anforderungen einer geschlechtergerechten Ökonomie? Welche alternativen feministischen Vorstellungen existieren? Wie kann es gelingen, diese verstärkt auf die politische Agenda zu setzen?

Die FAM Frauenakademie München e.V. möchte Frauen in Ost und West ermutigen und darin unterstützen, sich um ihre wirtschaftlichen Belange selbst zu kümmern und dazu Bündnisse auf- und auszubauen. Sie möchte mit der Konferenz Männer gewinnen, gemeinsam mit Frauen für eine geschlechtergerechte, nachhaltige Ökonomie zu streiten.

Veranstalterin und Auskunft: FAM Frauenakademie München e.V., Birgit Erbe, Auenstr. 31, D-80479 München, Tel. +49.(0)89-721 18 81, <http://www.frauenakademie.de>

5. dvs-Nachwuchsworkshop: „Frauen-, männer-, gender- und queertheoretische Arbeiten in der Sportwissenschaft“

3. – 4. November 2004

Hochschulsportzentrum der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Am Mittwoch den 03. und Donnerstag, den 04. November 2004 trifft sich der wissenschaftliche Nachwuchs der „Frauenforschung in der Sportwissenschaft“ im Hochschulsportzentrum der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zum fünften Mal. Hier soll die Möglichkeit geboten werden, sich mit Fragen der Geschlechterforschung in der Sportwissenschaft auseinander zu

setzen. Daher sollen bei diesem Treffen frauen-, männer-, gender- oder auch queertheoretisch ausgerichtete Qualifikationsvorhaben (vorrangig Dissertationen und Habilitationen) beraten und kritisch miteinander diskutiert werden.

Mit einer kurzen Präsentation soll in die Problemstellung, in methodologische bzw. methodische Themen oder auch in Fragen der Datenerhebung bzw. -auswertung einzelner Qualifikationsarbeiten eingeführt werden. Von hier aus wird die Arbeit gemeinsam diskutiert und beraten. Je nach Teilnahmezahl geschieht dies in thematischen Kleingruppen. Darüber hinaus werden im Nachwuchsworkshop allgemeine Fragen der Nachwuchsförderung besprochen und das Programm wird mit einem geselligen Abend im „Waldsee“ abgerundet. Als Expertinnen werden diese Veranstaltung begleiten Prof. Dr. Ilse Hartmann-Tews (DSHS Köln), Prof. Dr. Petra Gieß-Stüber (Uni Freiburg) und Prof. Dr. Gabriele Sobiech (PH Freiburg).

Kontakt: Dipl.-Päd. Elke Gramespacher; Institut für Sport und Sportwissenschaft; Uni Freiburg;
Email: Elke.Gramespacher@sport.uni-freiburg.de.

**Organisationen & Netzwerke: Der Fall Gender
7. interdisziplinäres Symposium zur Genderforschung an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**

13. November 2004

Auditorium Maximum, Universität Kiel

Der Fall Gender ist ein wichtiger Prüfstein für die Modernität von Organisationen und Netzwerken. Unternehmen, in denen Frauen und Männer miteinander kooperieren, können ihr Potenzial ausschöpfen, verdeckte Kosten senken und sich besser im internationalen Wettbewerb aufstellen.

Welche Strukturen von Organisationen und Netzwerken wirken sich nachteilig auf die Zusammenarbeit von Frauen und Männern aus? Wie lässt sich die Kooperation der Geschlechter im Unternehmen fördern?

In einer Mischung aus Impulsreferaten und vertiefter Diskussion thematisieren Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachrichtungen, wie sich Geschlechterverhältnisse in Betrieben zukünftig entwickeln könnten.

Organisation und Kontakt: Gender Research Group, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Tel. (0341) 57 949-51, Fax -50, email buero@gender.uni-kiel.de

Interdisziplinäre Tagung „Verhandeln, Verwandeln, Verwirren: Interdependenzen von Ethnizität und Geschlecht“

12.–14. November 2004

Universität Trier

Die übergeordnete Fragestellung der Konferenz „Verhandeln, Verwandeln, Verwirren: Interdependenzen von Ethnizität und Geschlecht“, die vom 12. bis 14. November 2004 vom Graduiertenkolleg *Identität und Differenz. Geschlechterkonstruktion und Interkulturalität* an der Universität Trier veranstaltet wird, gilt den Überschneidungen von Ethnizität und Geschlecht in verschiedenen wissenschaftlichen und künstlerischen Zusammenhängen. Vertreten sind die Disziplinen Ethnologie, Germanistik, Geschichtswissenschaft, Japanologie, Kunstgeschichte und Medienwissenschaft.

Die zentralen Fragestellungen der dreitägigen Konferenz lauten: Wie lassen sich Codierungen von Ethnizität und Geschlecht sowie damit einhergehende Machtverhältnisse und Gewaltmomente in den einzelnen Disziplinen analysieren bzw. interpretieren? Welche Synergien ergeben sich aus dem interdisziplinären Diskussionszusammenhang? Im Rahmen exemplarischer Analysen von Kunstwerken, literarischen Texten, Medienprodukten und historischem Material sollen sowohl die historische und soziale Bedingtheit als auch die wechselseitige Einflussnahme zwischen Forschendem/Forschender und Erforschtem diskutiert werden.

Weitere Informationen:

Christina Schoch: vvv-tagung@web.de

<http://www.uni-trier.de/~linsenho/tagung.htm>

Sex/ismus und Medien

Herbsttagung 2004 des Interdisziplinären

Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien (IZFG) an der Universität Greifswald

18. – 20. November 2004

Universität Greifswald

Die diesjährige Herbsttagung des IZFG nähert sich den komplexen Zusammenhängen zwischen Sexismus und Medien an. Feldman/Schülting (2001) definieren „Sexismus“ als „Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, zumeist die Abwertung von Frauen, die durch die Vorstellungen vom ‚natürlichen Wesen‘ der Geschlechter begründet wird.“ Da der Begriff „Sexismus“ zumeist auf das Konzept „Geschlecht“ im biologischen (sex) und soziokulturellen Sinn (gender) verweist, ist vorerst zu klären, wie der Begriff des Sexismus als Effekt der Medieninszenierungen mit der Performanz

bzw. Performativität des Geschlechts zusammen gedacht werden kann. Denn laut Butler (1990/1993) ist es ein performativer Akt innerhalb regulativer, institutionalisierter Praktiken eines hegemonialen und binären Gender-Diskurses, der durch Wiederholung und Zitation substantielle „natürliche“ Erscheinungen von Sex erst hervorbringt und die Sex/Gender-Dichotomie immer wieder aufs Neue festigt.

Medien (Buch, Film, Fernsehen, Radio, Internet, Zeitungen, Zeitschriften) gelten als ein Feld, wo subversive und hegemoniale Diskurspraktiken massenhaft produziert werden, aufeinander treffen und/oder nebeneinander existieren. Weil Papier, Druckmaschinen, Kameras, Computer, analoge und digitale Speichermedien etc. zunächst ein 'neutrales' Medium konstituieren, seit den 1990er Jahren aber auch insbesondere auf ihre Hybridität hin diskutiert werden, stellt sich die Frage nach der Instanz des Agens, die binäre Sex/Gender- und Sexismuskonzepte und/oder deren Auflösung konstruieren und sedimentieren. Wie eng hängen „Authentizität“ und Mimesis/Diegesis mit einer performativen Sex/Gender-Konstruktion in den Medien zusammen? Und wie sehr sind Sexismuspraktiken im medialen Diskurs verwurzelt? Inwiefern haben hegemoniale Geschlechterfiktionen in den Medien den Erfahrungshorizont der RezipientInnen in regulative, institutionalisierte Bahnen gelenkt bzw. deren Erwartungshorizont und Identitätskonstruktion geformt?

Die Tagungsbeiträge befassen sich mit der Reflexion und Analyse von Sex/Sexismus-Erscheinungen in den Medien, knüpfen aber auch an die aktuelle Sex/Gender-Debatte und ihren *performative turn* an.

Kontakt: IZFG Universität Greifswald
email: izentrum@uni-greifswald.de
Anklamer Str. 20
homepage: <http://www.uni-greifswald.de/~izfg>
17487 Greifswald Tel./Fax: +49 (0)3834 863191

Gender Dynamics and Globalization: Comparative Perspectives on Japan and Asia

19. – 21. November 2004

Japanese-German Center Berlin (jdzb)

This year's topic will be Gender Dynamics and Globalization: Comparative Perspectives on Japan and Asia. The conference is organized by VSJF board members Susanne Kreitz-Sandberg and Claudia Derichs, in cooperation with the association's „Gender Workshop on Japan“ and the Japanese-German-Center Berlin (JDZB).

The conference includes English and German

language presentations about „Gender Studies and Their Theoretical and Empirical Challenges for Cultural Studies and Social Science Research“, „Gender in Japan and Southeast Asia“ and „Gender and Organization in Transition“. By adopting a comparative perspective, the conference strives to overcome the single dichotomy of „East“ vs. „West“ and to include perspectives from multiple regions and disciplines. The conference addresses the state of gender in Japan, a trans-disciplinary field of research that draws contributions from all social science disciplines. The perspective is further widened by the inclusion of comparative aspects of gender in various Asian countries. Speakers from Korea and Southeast Asia will join Japanese and European speakers in discussing questions such as the gender dimension in social policy, the so-called glass ceiling effect in Asian politics, „Asia“ in the Japanese feminist discourse, the engendering of the military, or gender perspectives on changing welfare state and employment concepts.

Weitere Informationen:

Jörg Reinowski: jreinowski@jdz.de
<http://www.jdz.de>

Kongress Medizin und Geschlecht. Dimensionen soziomedizinischer Genderforschung

3. – 4. Dezember 2004

Universitätsklinikum Essen

Mit der Tagung „Medizin und Geschlecht. Dimensionen soziomedizinischer Genderforschung“ setzt das Essener Kolleg für Geschlechterforschung den auf den bisherigen Tagungen erfolgreich praktizierten interdisziplinären Dialog fort. Zentrale Fragen des Verhältnisses von Medizin und Geschlecht werden von führenden Fachvertreterinnen und Fachvertretern aus Medizin und Sozialwissenschaften behandelt. Referieren werden u.a. Prof. Dr. Elmar Brähler (Leipzig), Prof. Dr. Hartmut Gülker (Wuppertal), Prof. Dr. Uwe Heemann (München), Prof. Dr. Maria Kopp (Budapest), Prof. Dr. Karin Schenck-Gustafsson (Stockholm), Prof. Dr. Britta Schinzel (Freiburg), Prof. Dr. Petra Thürmann (Witten-Herdecke), PD Dr. Elisabeth Zemp-Stutz (Basel).

Der Fokus der Tagung richtet sich auf soziomedizinische Gendereffekte in der Forschung und der Versorgung von Patientinnen und Patienten. Die nachteiligen Folgen der bisherigen Vernachlässigung der Gender-Dimension in medizinischer Forschung und Praxis stehen im Mittelpunkt des Kongresses. Erste Ergebnisse

soziomedizinischer Genderforschung werden präsentiert. Fragen einer geschlechterbewussten Medizin werden in drei thematischen Blöcken behandelt werden: Innere Medizin (Schwerpunkte: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nephrologie), Hirnforschung, Therapie und Prävention.

Weitere Informationen: Angelika Voß (0201 183 3889) oder Michael Meuser (0201 183 4459) oder per E-Mail an geschlechterkolleg@uni-essen.de

Internationaler Kongress Sport, Women & Leadership

9. – 12. Dezember 2004

Berlin

Der Internationale Kongress „Sport, Women & Leadership“ ist Teil des Projektes „Frauen an die Spitze“, das hervorgegangen ist aus einer Initiative der Freien Universität Berlin und dem Deutschen Sportbund, in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft.

Der Kongress „Sport, Women & Leadership“ fördert die wissenschaftliche Arbeit auf internationaler Ebene. Die Tagung öffnet ein Forum zur Diskussion neuester Forschungsergebnisse, zeigt Perspektiven für die weitere wissenschaftliche Arbeit und bietet die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches für bestehende Praxisprojekte. Er ist damit Grundlage zur Entwicklung neuer Konzepte und der Bildung von Netzwerken innerhalb dieses bedeutenden Bereiches in Wissenschaft und Praxis. Hauptthemen:

1. Geschlechterverteilung, Aufgaben und Einfluss von Frauen und Männern in Führungspositionen und Führungsgremien internationaler Sportorganisationen
2. Vergleich der neuesten Ergebnisse auf diesen Gebieten
3. Ursachen und Gründe der Geschlechterverteilung im Sport
4. Vorstellung und Evaluation von Praxisprojekten

Weitere Informationen:

<http://www.femtotop.de/congress/index.html>